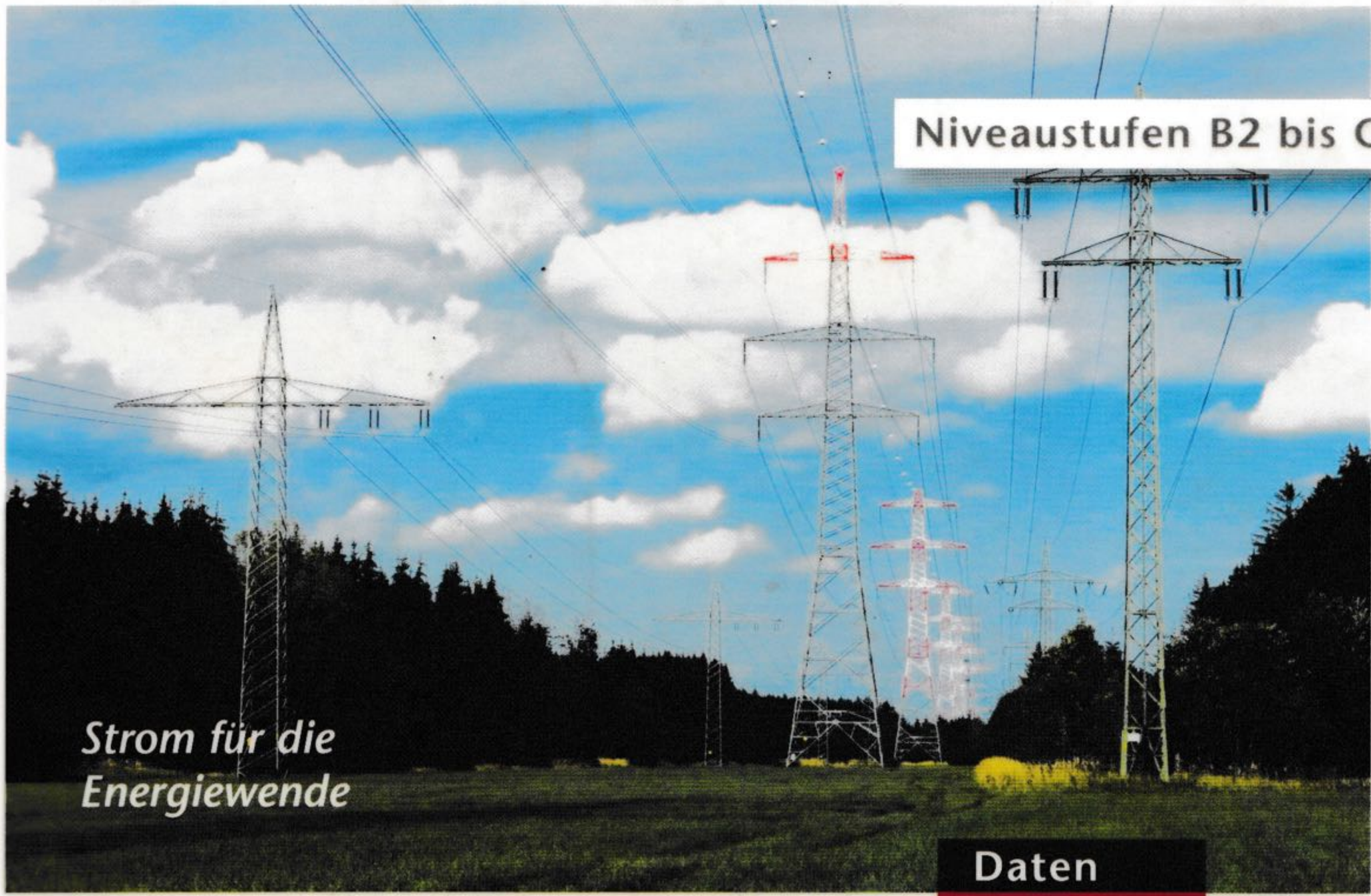
Landeskunde Deutschland



Daten
Texte
Aufgaben

Von der Wende bis heute

für Deutsch als Fremdsprache

Aktualisierte Fassung 2016

VERLAG für DEUTSCH
Renate Luscher

Renate Luscher

Von der Wende bis heute

Landeskunde Deutschland

Aktualisierte Fassung
2016

für Deutsch
als Fremdsprache

VERLAG für DEUTSCH
Renate Luscher

Kolleginnen, Kollegen und Freunde haben mit Vorschlägen, auch juristischen Sachkenntnissen, zur Entstehung dieses Lesebuchs beigetragen.
Ihnen allen danke ich sehr herzlich für Mitarbeit und Beistand. Ganz besonders danke ich Dr. Angelika Groth, Wolf Schreyer und Winfried Melchers für die redaktionelle Durchsicht und für die Überprüfung der Daten.

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlags.

Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne eine solche Einwilligung überspielt, gespeichert und in ein Netzwerk eingespielt werden. Dies gilt auch für Intranets von Firmen, Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen.

Eingetragene Warenzeichen oder Marken sind Eigentum des jeweiligen Zeichen- bzw. Markeninhabers, auch dann, wenn diese nicht gekennzeichnet sind. Es ist jedoch zu beachten, dass weder das Vorhandensein noch das Fehlen derartiger Kennzeichnungen die Rechtslage hinsichtlich dieser gewerblichen Schutzrechte berührt.

4.	3.	2.	1.	Die letzten Ziffern bezeichnen
2019	18	17	16	Zahl und Jahr des Druckes

11. Auflage 2016

© 2005 Verlag für Deutsch Renate Luscher e.K., Max-Beckmann-Str. 4, 81735 München, Deutschland
Layout: Andreas Oft, München; Peer Koop, München
Druck: Kessler Druck + Medien, Bobingen
Printed in Germany
ISBN 978-3-19-001741-6 (Hueber Verlag)

Das Jahr 1989 – die Wende genannt – war der größte Einschnitt in der jüngeren Geschichte Deutschlands. 1989 fiel die Mauer in Berlin, eine vierzigjährige Teilung war beendet . Die Zeit bis heute bildet deshalb den Schwerpunkt dieser Landeskunde. Die Auswirkungen, der Wandel der Befindlichkeiten und der Stimmungen wie auch die wirtschaftlichen Konsequenzen beschäftigen die Menschen und die Politik bis in unsere Tage. Bis ins Jahr 2019 reicht das Milliardenprogramm für den Aufbau Ostdeutschlands.
Deutschland liegt in der Mitte Europas. Die letzten Jahre haben Krisen das wirtschaftliche und politische Leben in Europa bestimmt und ein Ende ist nicht in Sicht. Die Landeskunde bezieht die EU mit ein und beschreibt die Rolle Deutschlands in der Staatengemeinschaft und der Euro-Zone.
Aus unterrichtspraktischen Gründen wurde diesem Lesebuch das Themengerüst einer allgemeinen Landeskunde zugrunde gelegt. Ein großer Teil des Lesebuchs besteht deshalb aus allgemeinen landeskundlichen Informationen; zusammen mit den historischen Rückblicken können diese Basisinformationen geeignet sein, die Ereignisse der jüngsten Zeit besser einzuordnen und zu verstehen. Diesem Zweck dient auch die chronologische Übersicht im Anhang.

So ist das Lesebuch am Ende zu einer Sammlung von Bausteinen geworden, die wie ein Puzzle verschiedene Aspekte des heutigen Deutschland zusammenstellt und dabei Fakten berücksichtigt, die speziell mit der Vereinigung Deutschlands und Deutschlands Rolle in Europa zu tun haben. Ein Kriterium für die Themenauswahl war auch die Beobachtung, dass bestimmte Fragestellungen Politik und Öffentlichkeit über einen größeren Zeitraum beschäftigt haben. Dazu gehören die Diskussionen über soziale Fragen, die Energiewende, das Thema Integration und vor allem die Euro-Krise und die Sorge um die Zukunft Europas. Diese sowie verschiedene Themen aus dem Bereich der Wirtschaft bergen noch ungelöste Probleme und es ist anzunehmen, dass sie uns noch länger begleiten werden.

Informationen für Deutschlehrer und -lerner mit guten Sprachkenntnissen (B2 – C2) zu liefern, ist der Hauptzweck dieses landeskundlichen Lesebuchs. Es kann auch als Referenzmaterial in fortgeschrittenen Klassen oder auswahlweise zum Lesen und Diskutieren eines bestimmten Themas verwendet werden. Die Kapitel sind im Allgemeinen so aufgebaut, dass sich an den informativen Teil ein authentischer Text – entsprechend dem Thema ein Sach- oder Fachtext bzw. ein literarischer Text – anschließt. Dieser konkretisiert den vorher behandelten Stoff, bringt neue Sichtweisen ins Spiel und ist vielleicht geeignet, die Darstellung ein wenig in Richtung „Objektivität" zu rücken.
Verschiedene Textsorten, je nach Anlass ausgewählt, schaffen weitere Abwechslung. Die sich anschließenden Aufgaben sind als Anregung für den Lehrer gedacht oder als konkrete Aufforderung an den Sprachlerner zur Weiterarbeit am Thema. Die Aufgaben betreffen meist einen neuen Aspekt, der sich aus dem Text ergibt und oft nur mit Eigeninitiative zu lösen ist. Bei einigen schwierigen Texten werden Vorschläge für das globale Verstehen gemacht.
Wichtige Schlüsselwörter – wie zum Beispiel „Asyl", „Hilfsorganisationen", „Elterngeld", „Atypische Beschäftigung" und viele mehr – werden als Stichwörter aus dem laufenden Text herausgezogen und kurz erklärt. Insgesamt sind die Texte und Aufgaben als Material zu sehen, das weiter ausgear-

beitet und durch Zeitungsausschnitte und Internetrecherchen aktuell ergänzt werden sollte. Hilfreich ist dabei die Erklärung aktueller Wörter auf den Internetseiten des Verlages: www.deutsch-verlag.com. Wissensvermittlung soll die Basis sein, auf der die interkulturelle Phase aufbaut. Das Land der Lerner wird zum Partnerland und die Lerner zu Partnern, die ihre Themen selbst bestimmen und Projekte entwickeln: Briefaustausch, Reisevorbereitungen usw. Das Lesebuch könnte dabei der Katalysator für Aktionen sein, die das Verstehen der anderen und der eigenen Kultur zum Ziel haben.

Über den engeren Rahmen eines landeskundlichen Lesebuchs geht das Kapitel „Kulturelles" hinaus, indem es auch die Nachbarländer miteinbezieht und historisch zurückgreift. Da Kultur nur grenzüberschreitend verstanden werden kann, werden an sich notwendige Informationen unüberschaubar; internationale Verflechtung und Austausch wären das eigentliche Thema. In diesem Rahmen kann deshalb nur eine bescheidene Auswahl geboten werden, die an bestimmte Orte und bekannte Namen anknüpft. Nicht berücksichtigt sind unter anderem Architektur und Malerei, die bei der Kürze der Darstellung nur zu einer Aufzählung von Namen ohne entsprechende Bebilderung geführt hätten. Ebenfalls nicht enthalten ist eine Darstellung von Sitten und Gebräuchen, die von der aktuellen Thematik zu weit abgewichen wäre.

Eine konkretisierende und objektivierende Funktion haben die zahlreichen Abbildungen, die direkt mit den jeweiligen Textabschnitten verknüpft sind. Auf den Einstiegsseiten sind Fotos, Zeichnungen und Texte abgebildet, die einen wichtigen Aspekt des jeweiligen Kapitels herausgreifen und Assoziationen in Gang setzen sollen.

Aus dem zu Beginn Gesagten wird offensichtlich, dass dieses Lesebuch nur eine Art Hürdenlauf mit vielen Stolpersteinen sein kann. Sollte der eine oder andere Stolperstein noch auf dem Wege liegen, bitten wir um Nachsicht. Über Ihre Zuschriften würden wir uns freuen.

Wir bemühen uns, jede Auflage so zu kalkulieren, dass wir jedes Jahr eine völlig überarbeitete Neuauflage herausbringen können. Dadurch ist die Aktualität weitgehend gesichert. Ergänzende Informationen veröffentlichen wir laufend auf unserer Homepage unter „Aktuelle Wörter".

Verfasserin und Verlag

Die vorliegende Auflage haben wir mit größter Sorgfalt und viel Engagement durchgesehen und aktualisiert. Sofern Artikel ein älteres Datum tragen, sind sie unverändert aktuell geblieben.

1. Geografische Lage und Bevölkerung 7

Die Bundesrepublik Deutschland seit der Vereinigung 9
Wechselhaft mit sonnigen Abschnitten 11
Die Bevölkerung 11
Deutsch und andere Sprachen 14
Sprachen in der Europäischen Union 17
Deutsche und Ausländer 19

2. Die Bundesländer 23

Die Bundesländer 24

3. Soziales 59

Die Familie 60
Wohnen heute und morgen 61
Die Frau, Familie und Beruf 64
Jugendliche nach der Wende und heute 67
Die Alten heute und morgen 75
Freizeit und Sport 77
Engagement in Ehrenämtern 82

4. Politik und öffentliches Leben 83

Das parlamentarische Regierungssystem 84
Europa – Ein Rückblick 90
Die Medien – Presse, Rundfunk und Fernsehen 94
Schule und Studium 98
Berufliche Bildung 104
Weiterbildung 107

5. Kulturelles 109

Orte und ihre Dichter 110
Das vereinte Deutschland und seine Autoren 115
Die Welt und die Bühnenwelt 121
Zentren der Musikgeschichte 125
Filmereignisse 129
Vielfalt der Museen 133

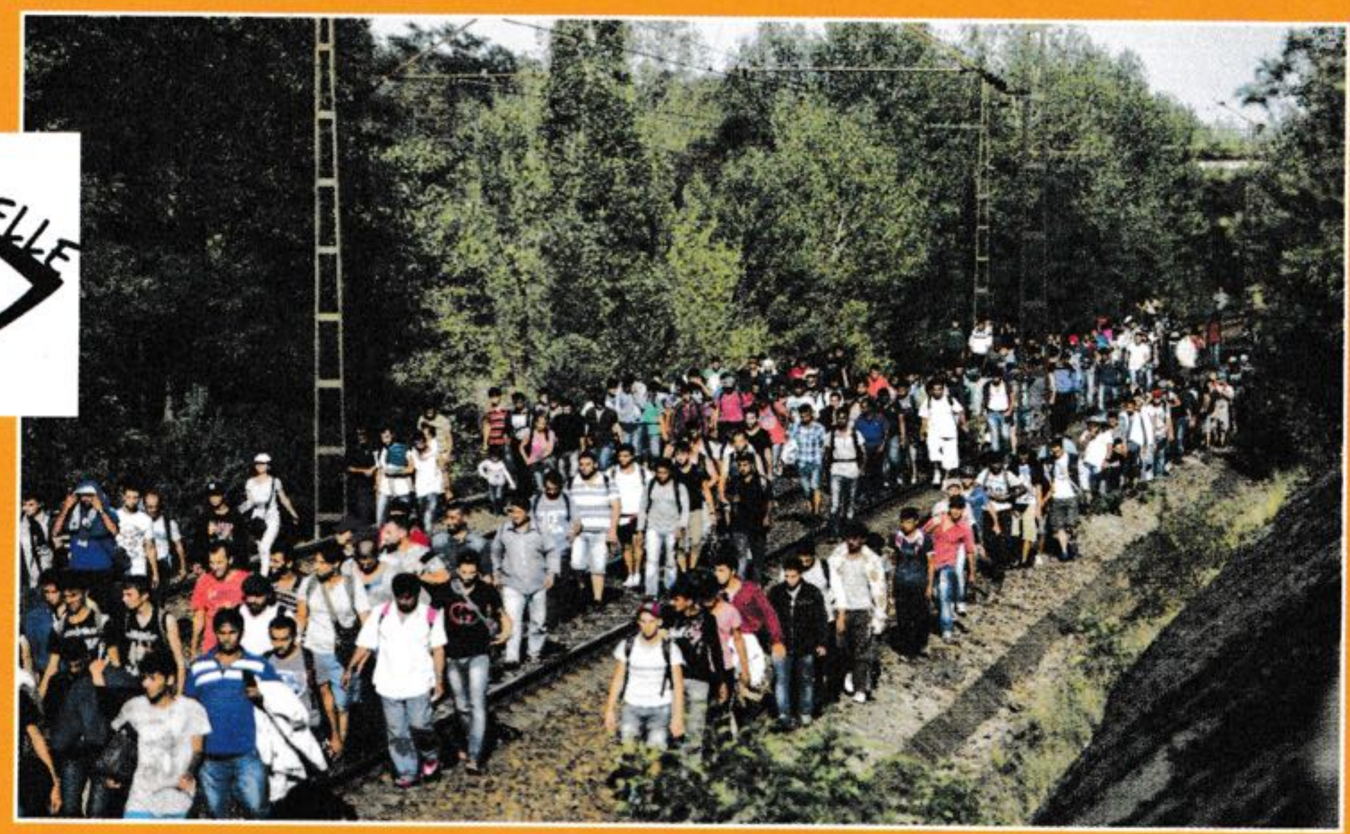
6. Aus der Wirtschaft 135

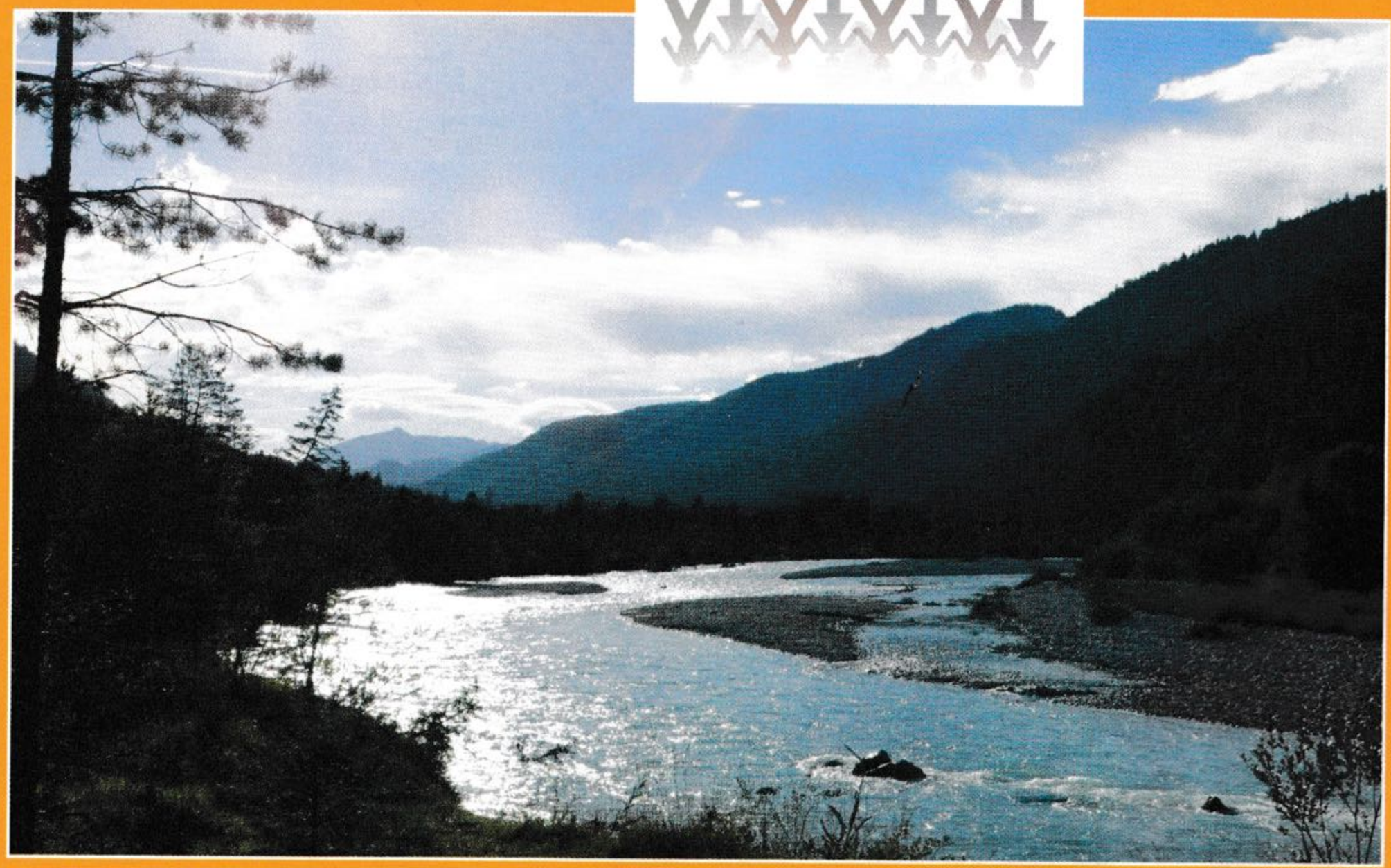
Die Welt der Arbeit 136
Made in Germany 139
Die EU und Europas Krisen 143
Umweltsorgen 145
Verkehrswege 149
Neue Technologien 151
Bewusstseinswandel 154

Anhang 158

Historische Rückblende 159
Literatur 168
Bildquellen 170
Lösungen und Bildinformationen 171
Index 172
Links 176

1. Geografische Lage und Bevölkerung





Naturlandschaft Isar (Bayern)

Albanien – Belgien – Bulgarien – Dänemark – Deutschland (die Bundesrepublik Deutschland) – Estland – Finnland – Frankreich – Griechenland – Großbritannien – die Niederlande (Holland) – Irland – Island – Italien – Kroatien – Lettland – Litauen – Luxemburg – Moldawien – Norwegen – Österreich – Polen – Portugal – Rumänien – Russland – Schweden – die Schweiz – die Slowakische Republik – Slowenien – Spanien – die Tschechische Republik (Tschechien) – die Türkei – die Ukraine – Ungarn – Weißrussland

Die Bundesrepublik Deutschland seit der Vereinigung

(3. Oktober 1990)

Auf einen Blick

Staatsform: Demokratisch-parlamentarischer Bundesstaat

Fläche:	**357 124 km²**
Zum Vergleich:	
Frankreich	543 965 km²
Polen	312 683 km²
Italien	301 302 km²
Großbritannien	242 100 km²
Österreich	83 858 km²
Schweiz	41 293 km²
Nord-Süd-Ausdehnung:	876 km
West-Ost-Ausdehnung:	640 km

Gliederung: 16 Bundesländer
Hauptstadt: Berlin

→ Das Stichwort Hauptstadt

1948 wurde Bonn provisorische Bundeshauptstadt. Die alte Hauptstadt Berlin stand seit Kriegsende unter der Verwaltung der vier Siegermächte (Frankreich, Großbritannien, Sowjetunion, USA = Vier-Mächte-Status Berlins). Nach der Vereinigung beschloss der Bundestag im Juni 1991 die Verlegung von Bundesregierung und Parlament von Bonn nach Berlin. Einige Ministerien residieren aber noch immer in Bonn. Ein kompletter Umzug wird aus Kostengründen gefordert.

→ Das Stichwort Wende (= Vereinigung / Wiedervereinigung)

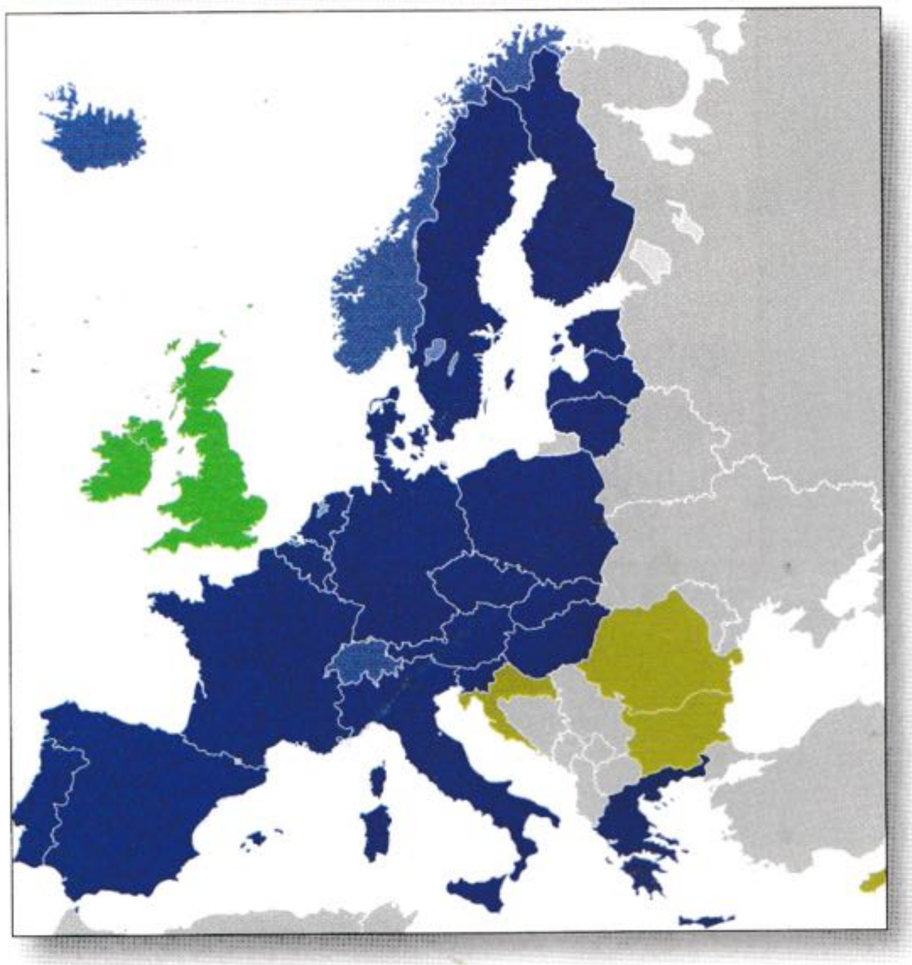
Mit diesem Begriff wird die Ablösung des kommunistischen Regimes im Herbst 1989 bezeichnet.

Deutschland liegt wie auch die übrigen deutschsprachigen Länder – Österreich und ein großer Teil der Schweiz – in Mitteleuropa. Seit der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland mit der Deutschen Demokratischen Republik am 3. Oktober 1990 und der Öffnung der Grenzen auch zu den östlichen Nachbarstaaten ist Deutschland Durchgangsland im Austausch zwischen Ost und West. Es grenzt im Norden an Dänemark, im Osten an Polen und die Tschechische Republik (auch Tschechien genannt), im Süden an Österreich und die Schweiz und im Westen an die Niederlande, Belgien, Luxemburg und Frankreich.

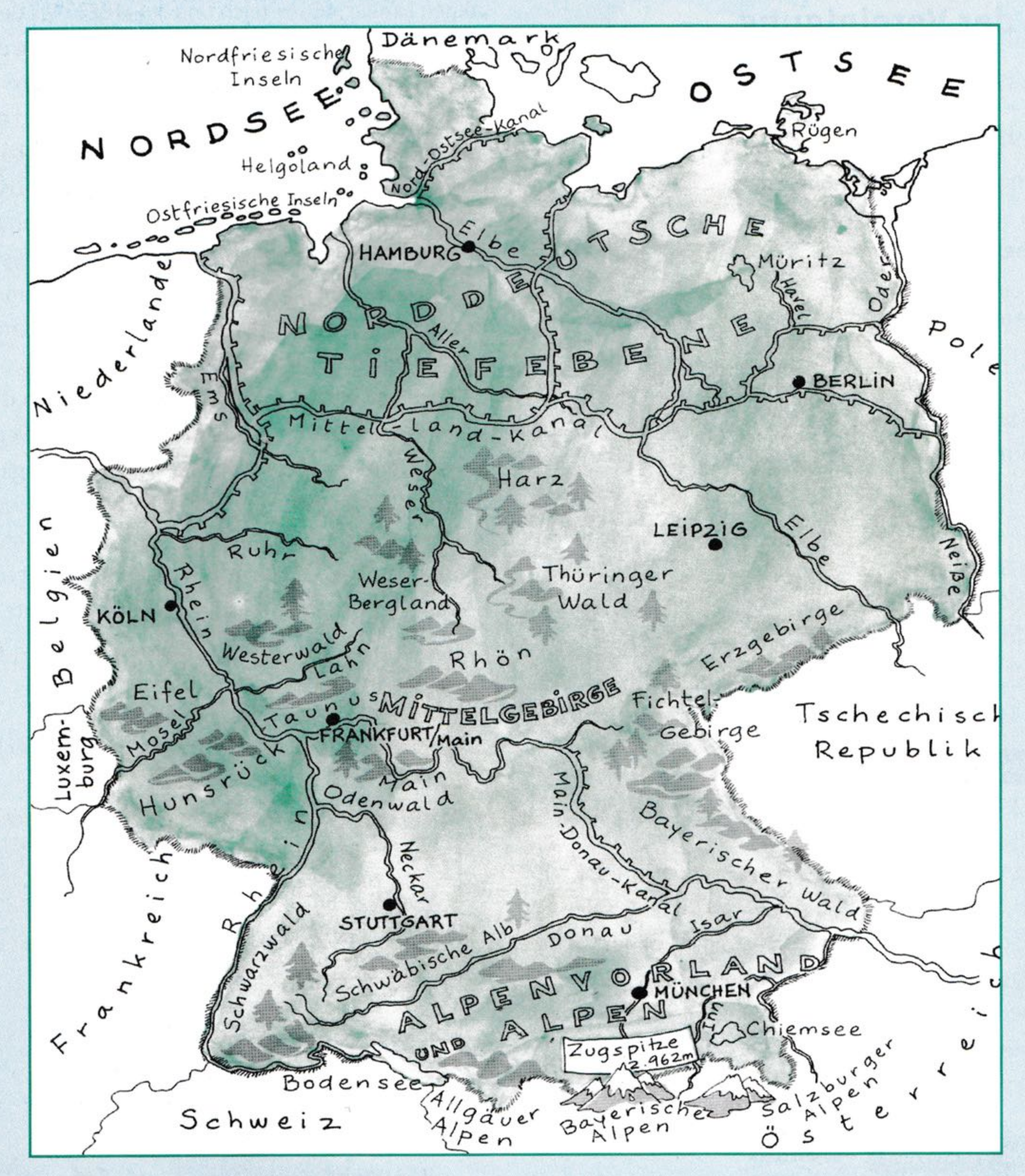
Deutschland gehört zu den Schengener Staaten, d.h. im Schengener Abkommen sind die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen abgeschafft worden. Zu den Mitgliedsländern gehören heute fast alle EU-Staaten, dazu Island, Norwegen, die Schweiz und Liechtenstein. Viele rechtliche und praktische Regelungen sollen Sicherheit und Recht im Schengen-Raum garantieren (siehe Seite 92).

AUFGABEN

1. Wie viele Länder grenzen an Deutschland?
2. Vergleichen Sie die geografische Lage mit der Ihres Landes.



Schengener Staaten
(Erklärungen siehe Seite 171)


Dänemark
Nordfriesische Inseln
NORDSEE
OSTSEE
Nord-Ostsee-Kanal
Rügen
Helgoland
Ostfriesische Inseln
HAMBURG
Elbe
NORDDEUTSCHE TIEFEBENE
Müritz
Havel
Oder
Niederlande
Ems
Aller
BERLIN
Mittel-land-kanal
Weser
Harz
LEIPZIG
Elbe
Neiße
Belgien
Ruhr
Rhein
Weser-Bergland
Thüringer Wald
KÖLN
Westerwald
Lahn
Rhön
Erzgebirge
Eifel
Taunus
MITTELGEBIRGE
Fichtel-Gebirge
Tschechische Republik
Luxemburg
Mosel
FRANKFURT/Main
Hunsrück
Main
Odenwald
Main-Donau-Kanal
Bayerischer Wald
Frankreich
Rhein
Neckar
STUTTGART
Schwarzwald
Schwäbische Alb
Donau
Isar
ALPENVORLAND
MÜNCHEN
ALPEN UND ALPEN
Inn
Chiemsee
Zugspitze 2.962m
Bodensee
Allgäuer Alpen
Bayerischer Alpen
Salzburger Alpen
Schweiz
Österreich

Wechselhaft mit sonnigen Abschnitten

Auf einen Blick

Der höchste Berg: die Zugspitze (2962 m)

Die wichtigsten Flüsse: der Rhein, die Elbe, die Donau, die Weser

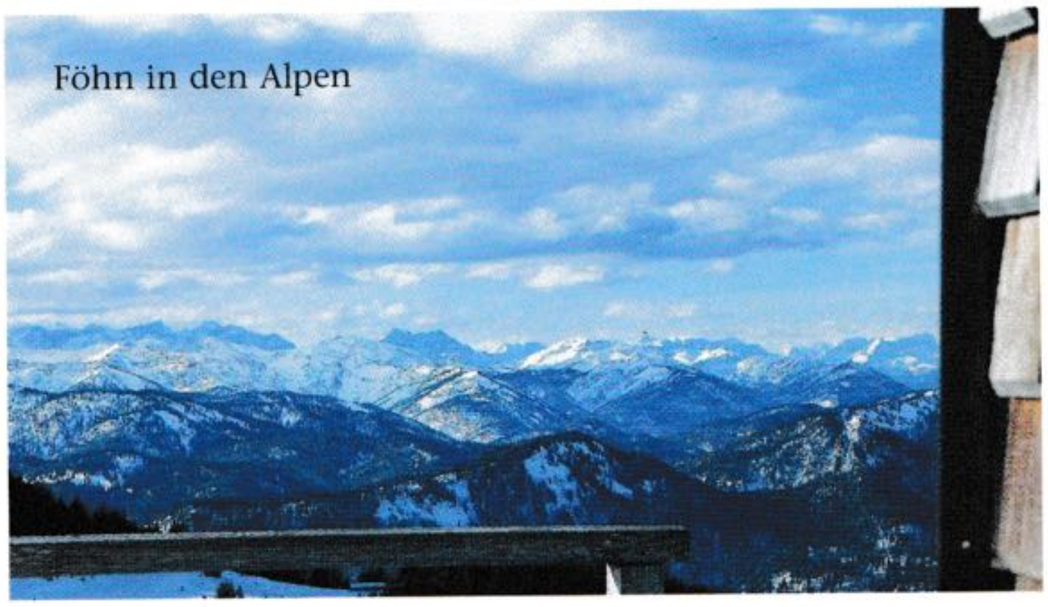
Die größten Seen: der Bodensee (539 km², davon 305 km² Deutschland. Auf der Seemitte Grenze zur Schweiz und zu Österreich.), die Müritz (113 km²; Mecklenburg), der Chiemsee (82 km²; Bayern)

Jahresdurchschnittstemperatur: Freiburg (Baden-Württemberg) 10,7°C, Oberstdorf (Bayern) 6,1°C

Deutschland liegt in einer gemäßigten Klimazone, die durch wolken- und regenreiche Westströmungen vom Atlantik her geprägt ist. Das Wetter wechselt häufig. Niederschlag fällt zu allen Jahreszeiten. Nach Osten und Südosten macht sich der Übergang zu mehr kontinentalem Klima bemerkbar. Die Temperaturschwankungen sind aber nirgends extrem. Charakteristisch für den nördlichen Alpenraum ist der Föhn, ein Fallwind, der die Temperaturen sprunghaft ansteigen lässt und für Stunden oder auch Tage strahlend blauen Himmel beschert. Am kältesten wird es im Winter in den Alpen und in den Hochlagen der Mittelgebirge; am wärmsten ist es im Rheintal und am Bodensee, wo auch die Baumblüte am frühesten beginnt.

Der Anteil des Hochgebirges beschränkt sich auf den Süden Bayerns. Die höchste Erhebung ist die Zugspitze.

Planen sollen den Gletscher der Zugspitze vor der Sonne schützen.



Föhn in den Alpen

Die Auswirkungen der globalen Erwärmung auf das Klima sind bereits spürbar: Die Sommer werden heißer und feuchter, die Winter milder und regenreicher. Flutkatastrophen und Sturmschäden nehmen zu und die Alpengletscher schmelzen. In der Nordsee werden südliche Fische gefangen und die Zugvögel ändern ihr Verhalten. Das Umweltbundesamt dokumentiert regelmäßig die Veränderungen.

AUFGABEN

1. Nehmen Sie eine Landkarte zu Hilfe und stellen Sie die Länge der Flüsse und die Höhe der Mittelgebirge fest.
2. Vergleichen Sie mit Ihrem Land.
3. Sprechen Sie über mögliche Klimaveränderungen in Ihrem Land.

Die Bevölkerung

→ Das Stichwort die neuen Bundesländer und die alten Bundesländer

Die geografischen Begriffe – im Osten, im Westen – waren auch immer politische Bezeichnungen. Neben „Westdeutschland" sagt man heute auch „die alten Bundesländer". Den östlichen Teil der Bundesrepublik bezeichnet man als „Ostdeutschland" oder als „die neuen Bundesländer". Die Jahre nach der Wende wurden die Bewohner umgangssprachlich auch „Ossis" und „Wessis" genannt.

Auf einen Blick

Einwohnerzahl: (Stand 31.12. 2014)	**81,2 Mio**
alte Bundesländer (ohne Berlin West)	65,2 Mio
neue Bundesländer (ohne Berlin Ost)	12,5 Mio
Zum Vergleich (Stand 2015):	
Frankreich	66,4 Mio
Italien	60,8 Mio
Polen	38,0 Mio
Österreich	8,6 Mio
Schweiz	8,2 Mio
EU (28 Länder)	508,2 Mio
	(= ca. 7 % der Weltbevölkerung)

Bevölkerungsdichte:
(Stand 2014)
232 Einwohner pro km²
(Nordrhein-Westfalen 516,
Mecklenburg-Vorpommern 69)

Zum Vergleich (Stand 2015):	
Italien	203 pro km²
Schweiz	199 pro km²
Polen	122 pro km²
Frankreich	121 pro km²
Österreich	102 pro km²

Städtische Bevölkerung: 50 %

Religion:
(Stand 2014)

28,9 %	Protestanten
29,9 %	Katholiken
2,6 %	Muslime

Minderheiten: Orthodoxe, Angehörige jüdischen Glaubens (0,13%), Buddhisten

Quelle: Statistisches Bundesamt; Eurostat

Stadt und Land

Deutschland gehört zu den am dichtesten besiedelten Regionen Europas. Trotzdem sind fast 90% der Gesamtfläche Äcker, Wiesen, Wälder und Wasserflächen. Der frühere Grenzstreifen, der „Todesstreifen", ist in vierzig Jahren der Teilung ein 1393 Kilometer langes „Grünes Band" geworden, ein Biotop, in dem seltene Tier- und Pflanzenarten zu Hause sind.
Der Bau von Straßen und Bahnlinien sowie von Gewerbegebieten reduziert allerdings laufend die landwirtschaftlichen Flächen. Dagegen wehren sind Bauern und der Bund Naturschutz (BUND, S. 146).

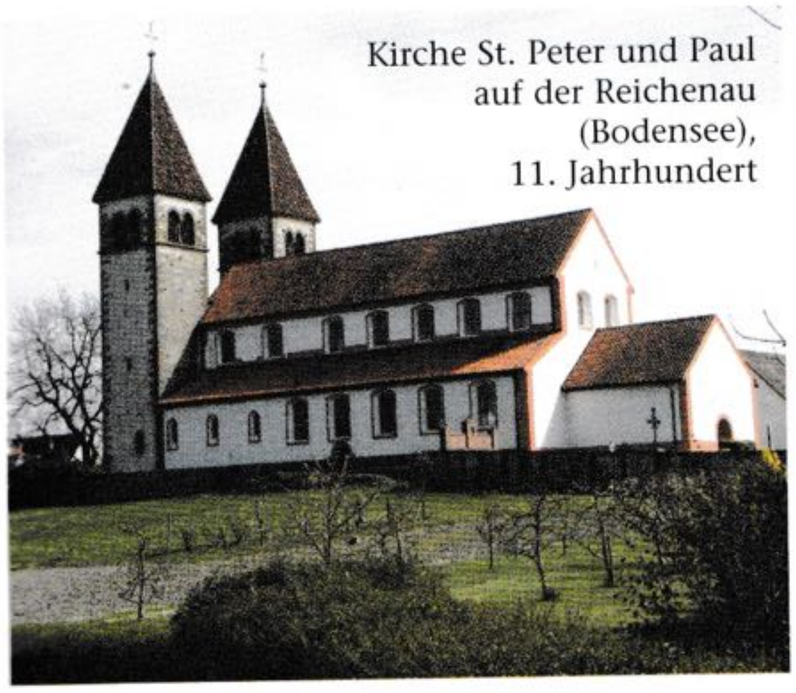
„Das grüne Band"

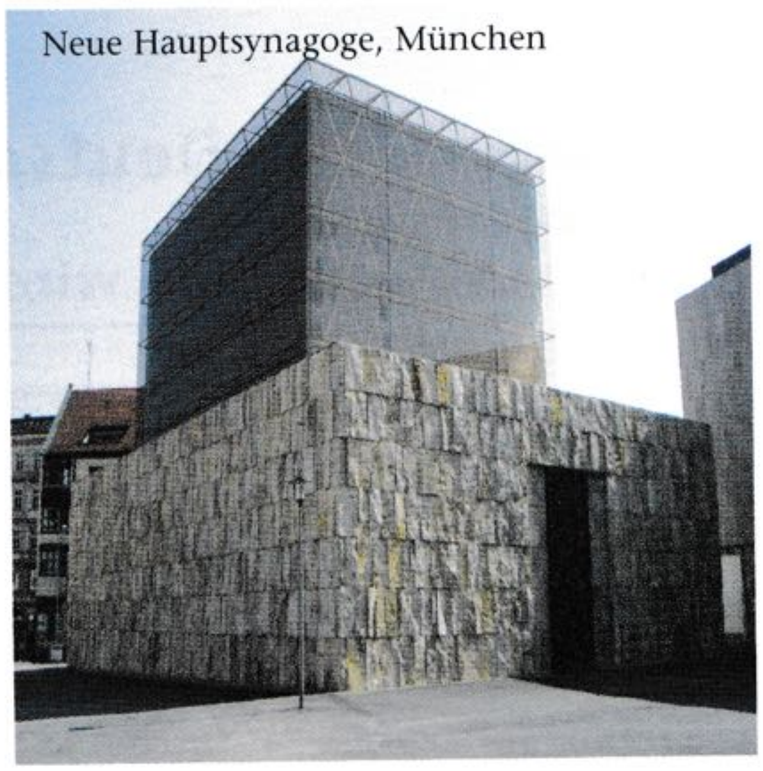
Bevölkerungsentwicklung

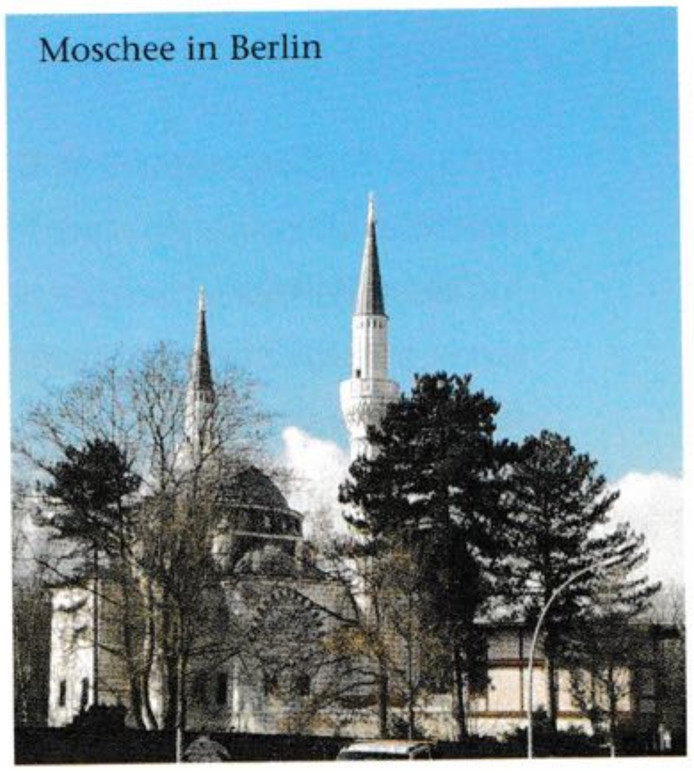
Deutschland ist inzwischen das kinderärmste Land Europas. Die Zahl der Geburten gleicht die Zahl der Sterbefälle nicht aus. Da die durchschnittliche Lebenserwartung bei fast 80 Jahren, bei Frauen sogar bei fast 83 liegt, wird der Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung immer größer, mit dramatischen Folgen. Schon heute hat Deutschland einen akuten Mangel an Berufseinsteigern und Fachkräften. Notwendige Reformen betreffen das gesamte Sozialwesen.

Religion

1. In Deutschland sind Kirche und Staat getrennt. Die Trennung ist aber nicht strikt durchgeführt: Der Staat zieht die Kirchensteuer ein, der Religionsunterricht ist


Kirche St. Peter und Paul auf der Reichenau (Bodensee), 11. Jahrhundert


Neue Hauptsynagoge, München


Moschee in Berlin

Lehrfach an öffentlichen Schulen. Der Staat profitiert von der karitativen Tätigkeit der Kirche, und die Kirche hat Einfluss in vielen gesellschaftlichen Bereichen.

Die katholische und die evangelische Kirche sind Träger von sozialen Einrichtungen, von Schulen, Kindergärten und Hospizen, die aber zum großen Teil vom Staat bezahlt werden. Besonders verdient machen sich die Kirchen bei der Betreuung von Flüchtlingen. Allerdings werden sie sich auf eine schwierige Zukunft einstellen müssen, denn die Mehrzahl der Zuwanderer ist muslimischen Glaubens. Die religiöse Landschaft in Deutschland wird nicht mehr dieselbe sein.

Die Kirchen beschäftigen ca. 1,3 Millionen Mitarbeiter, aber das kirchliche Arbeitsrecht ist nicht mehr zeitgemäß: kein Streikrecht, kein Betriebsverfassungsgesetz (s. S. 138). Selbstverständlichkeiten werden heute nicht mehr akzeptiert und der Druck auf die Kirchen, andere Lebenswirklichkeiten anzuerkennen, wächst..

Die Zahl der Mitglieder der römisch-katholischen und der evangelischen Kirche geht zurzeit zurück. In den neuen Bundesländern sind historisch bedingt sogar 75 % der Einwohner konfessionslos. Kirchlichkeit hatte im Osten mit Protest zu tun, während sie im Westen eher konservativ-traditionellen Vorstellungen entspricht. Christian Führer (1943 – 2014), Pfarrer in der Nikolaikirche in Leipzig, hatte ab 1982 Friedensgebete organisiert. Sie wurden im Herbst 1989 Ausgangspunkt der gewaltfreien Montagsdemonstrationen, die mit zum Fall der Berliner Mauer geführt haben.

2. Heute leben über 120 000 jüdische Mitbürger in 108 Gemeinden in Deutschland. Trotz rechtsextremistischer Tendenzen vertrauen die meisten auf die demokratische Mehrheit, für die eine Wiederholung der nationalsozialistischen Vergangenheit undenkbar ist. In Deutschland ist zur Bewältigung der Vergangenheit in jüngerer Zeit viel getan worden. Irritationen treten aber immer wieder auf und Skepsis bleibt, wenn alte Vorurteile aufbrechen. Alle jüdischen Einrichtungen werden von der Polizei bewacht.

→ Das Stichwort

Zentralrat der Juden in Deutschland

Gegründet 1950 in Frankfurt am Main als Dachorganisation von heute 108 jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik. Er unterstützt deren Wiederaufbau und übernimmt soziale Aufgaben (Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden).

Die Jüdische Gemeinde in Berlin ist mit mehr als 12 000 Mitgliedern die größte in der Bundesrepublik. Sie hatte Ende der 1920er-Jahre 160 000 Mitglieder. Heute stammt die Mehrzahl nicht mehr aus Deutschland. Bereits in den 1960er- und 1970er-Jahren hat die Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion begonnen. Nach der Wiedervereinigung sind Zehntausende aus der GUS (= Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) und Polen eingewandert. Die Gemeinde bietet ein viel-

seitiges Kulturprogramm. Die Grundschule und die Jüdische Oberschule vermitteln jüdische Erziehung. Die Jüdische Volkshochschule vermittelt Sprachkurse sowie Kurse zu jüdischer Religion, Geschichte und Kultur.
Am 9. November 2006 wurde in München die neu errichtete Hauptsynagoge eröffnet. Das neue Gemeindezentrum liegt in der Mitte der Stadt und kehrt damit an seinen ursprünglichen Ort zurück. Die Münchner Jüdische Gemeinde ist inzwischen die zweitgrößte in Deutschland. Ein kleinerer Teil der jüdischen Bevölkerung verteilt sich auf liberale Gemeinden und ist in der Union der progressiven Juden in Deutschland organisiert. Ein religiöser Pluralismus (liberale Gemeinden, weibliche Rabbiner) ist entstanden.

3. Fast 4 Millionen Muslime leben heute in Deutschland und werden auch in Deutschland bleiben, weil sie einen Teil der deutschen Gesellschaft geworden sind. Durch den Zustrom von Flüchtlingen aus Syrien, Irak und Afghanistan wird sich die Zahl der Muslime in Deutschland deutlich erhöhen.
In einer Islamischen Charta stellte der Zentralrat der Muslime 2002 fest, dass die im Zentralrat vertretenen Muslime die rechtsstaatliche und demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des Parteienpluralismus, des aktiven und passiven Wahlrechts der Frau und der Religionsfreiheit bejahen.
In verschiedenen Städten entstehen neue Moscheebauten mit Begegnungszentren für den interreligiösen und interkulturellen Dialog. Der jährlich stattfindende Tag der offenen Moschee fördert den Dialog zwischen den Religionen.

→ Das Stichwort Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD)

Der Zentralrat ist ein Spitzenverband der islamischen Dachorganisationen in Deutschland, der sich als Interessenvertretung und als Ansprechpartner versteht. Zu den Dachorganisationen gehören u.a. deutsche, türkische, arabische, albanische, bosnische und persische Muslime.

Deutsch und andere Sprachen

Wo wird Deutsch gesprochen?

→ Das Stichwort Deutsch

Von althochdeutsch diutisc = das Adjektiv zu diot(a) (das Volk). In der Form theodiscus wird das Wort ins Lateinische übertragen. Theodisca lingua hieß dann die Sprache der germanischen Stämme im Reich Karls des Großen. In einem Dokument des 8. Jahrhunderts wird theodiscus im Gegensatz zur lateinischen Sprache gebraucht und meint die Sprache des Volkes.

Deutsch ist Landessprache in Deutschland, Österreich, in der Schweiz, in Liechtenstein und in Südtirol (Italien). In der Schweiz sind alle vier Sprachen – Deutsch, Französisch, Italienisch und Rätoromanisch – auch Amtssprachen. Außerhalb der Staatsgrenzen der Bundesrepublik gibt es auch deutschsprachige Gebiete in Luxemburg, Belgien und in Frankreich (das Elsass), in der Tschechischen Republik und in Polen.

In den 90er-Jahren sind Aussiedler, Angehörige von deutschen Minderheiten, aus der GUS (= Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, besonders aus Kasachstan und Russland) und aus Rumänien in Deutschland eingewandert. Durch diese starke Rückwanderung hat sich die Zahl der in den osteuropäischen und asiatischen Ländern lebenden deutschstämmigen Bevölkerung stark verringert. Der Strom der Aussiedler ist inzwischen fast verebbt.

Minderheiten in Deutschland

1. Deutschland hat 1998 als zehntes Europaratsland die Minderheitenschutz-Konvention ratifiziert. Die „Charta zum Schutz der Regional- und Minderheitensprachen" ist am 1.1.1999 in Kraft getreten. Anerkannte Minderheiten sind etwa 30 000 Dänen in Schleswig-Holstein, die friesische Volksgruppe an der Nordseeküste (Sprache: Plattdeutsch, die aber von immer weniger Menschen gesprochen und verstanden wird), ca. 30 000 Sinti und Roma und rund 60 000 Sorben in Brandenburg und Sachsen.

2. Die Sorben oder Wenden sind im 7. Jahrhundert eingewandert und siedeln in der Gegend zwischen Cottbus (Brandenburg) und Bautzen (Sachsen). Sie sind das westlichste slawische Volk, das sich aber schon fast vollständig integriert hat. Die sorbischen Sprachkenntnisse nehmen ab; der Braunkohleabbau hat viele Dörfer zerstört. Deshalb verlassen viele Sorben ihre Heimat auf der Suche nach Arbeit und Lehrstellen. Der Bund unterstützt die „Stiftung für das sorbische Volk" mit Zuschüssen und fördert Projekte zur Stärkung der sorbischen Kultur: Schulen unterrichten die sorbische Sprache, es gibt sorbische Programme im Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) und im Rundfunk Berlin-Brandenburg, eine sorbische Tageszeitung und ein Theater. Ortsschilder und öffentliche Gebäude sind 2-sprachig ausgeschildert (mehr unter www.sorbe.de).

→ Das Stichwort Sinti und Roma

Als ethnische Minderheit mit besonderen Rechten gelten die Sinti und Roma seit 1998. 1982 wurde die Verfolgung der Sinti und Roma unter der NS-Diktatur als Völkermord anerkannt. Erst 30 Jahre später errichtete man ein Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma in Berlin.

3. Die Roma stammen aus Nordwestindien. Sie sind vor fast sechshundert Jahren nach Europa eingewandert. Die in Deutschland Geborenen bezeichnen sich selbst als „Sinti". Roma leben als Minderheit auf allen Kontinenten; die größte Minderheit sind sie jedoch in Europa, vor allem in Südosteuropa und einigen mitteleuropäischen Staaten sowie in Spanien und Frankreich. Die gemeinsame, in vielen Dialekten aufgegliederte Sprache ist das Romani/Romanes. Das frühere Wort „Zigeuner" gilt in Hinblick auf die Verfolgung im Nationalsozialismus als diskriminierend und ist aus den Medien verschwunden. Obwohl die meisten inzwischen in Siedlungen wohnen und sesshaft geworden sind, werden sie oft aus dem sozialen und gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt und fühlen sich nicht willkommen.
Der Zentralrat der Sinti und Roma vertritt die Interessen dieser Minderheiten; auch die EU setzt sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen ein.

Verstehen Sie Dialekte?

1. Wer nach Deutschland kommt, wird bemerken, dass er es mit ganz verschiedenen Sprachschichten zu tun hat: mit der Hochsprache, die früher nur geschrieben wurde, der Umgangssprache und dem Dialekt. Zwischen der Hochsprache und der Umgangssprache existiert in Wort und Schrift – zum Beispiel in Vorträgen und in Essays, in Funk und Fernsehen und in der Presse – eine gehobene Umgangssprache. Die sogenannte Umgangssprache erstreckt sich dann über eine dialektale Stufenleiter von der leichten Dialektfärbung bis zum regionalen Dialekt. Sie ist alles andere als einheitlich. Der Dialekt ist im Gegensatz zur Hochsprache an eine bestimmte Region gebunden. Erstaunlicherweise haben viele junge Leute eine hohe mundartliche Kompetenz, obwohl sie täglich von hochsprachlichen Medien umgeben sind.

2. Nicht nur Ausländer, auch Deutsche haben es oft schwer mit ihren Dialekten: Ein Norddeutscher, der zum ersten Mal nach Süddeutschland kommt, hat Schwierigkeiten, sich mit einem „echten" Bayern oder Schwaben zu verständigen; ebenso ergeht es dem Bayern und Schwaben im Norden. Auffallend ist, dass der Norddeutsche – zum Beispiel in den Ferien – überall im Süden auftaucht und deutlich an seiner Sprache zu erkennen ist. Den Süddeutschen dagegen zieht es im Allgemeinen nicht in den sprachlich ungewohnten Norden; er ist eher in Italien „zu Hause" als nördlich der Donau oder gar jenseits des Mains.

3. Die deutschen Dialekte werden – von Norden nach Süden – in drei Gruppen eingeteilt: Niederdeutsch, Mitteldeutsch (z.B. Hessisch oder Sächsisch) und Oberdeutsch (z.B. Schwäbisch, Bairisch oder Alemannisch).

→ Das Stichwort Hochdeutsch

1. gleichbedeutend mit Mittel- und Oberdeutsch
2. Bezeichnung für die Schriftsprache im Gegensatz zu den Dialekten
3. Die Luther-Bibel (erste Ausgabe 1534), die erste Übersetzung der Bibel ins Deutsche, ist die Grundlage des Hochdeutschen. Martin Luther (1483-1546) wählte die gesprochene Sprache, um der gesamten Bevölkerung, auch den einfachen Leuten, den Zugang zur Schrift zu ermöglichen.

AUFGABEN

1. Welcher Dialekt ist in dem folgendem Text am beliebtesten, welcher ist am wenigsten beliebt? Sind Sie der gleichen Meinung?
2. Welche Dialekte haben Sie schon gehört?

Bairisch ist laut Umfrage Lieblingsdialekt der Jugend

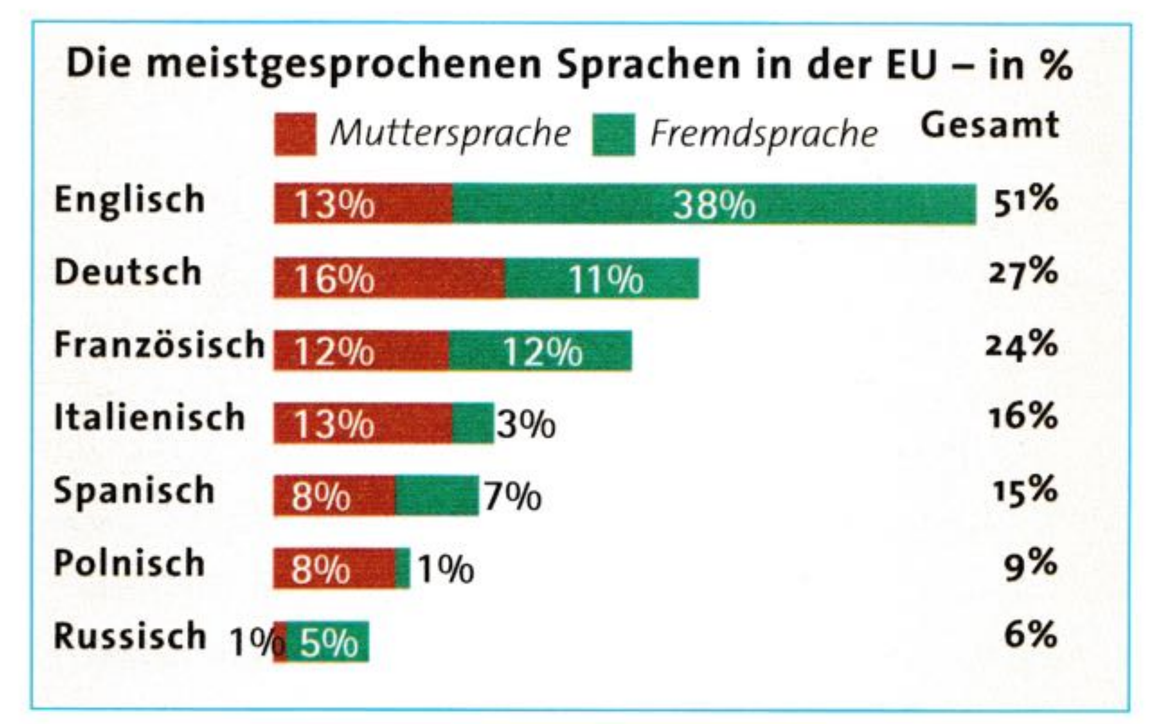
Hamburg (dpa) – Bairisch ist der Lieblingsdialekt der jungen Leute zwischen 19 und 29 Jahren. Nach einer repräsentativen Umfrage unter 700 Jugendlichen in Deutschland hören 35,1 Prozent von ihnen am liebsten diesen Dialekt. Zweitbeliebteste Sprache ist Berlinerisch mit 14 Prozent vor Kölsch (13 Prozent). Seitdem Berlin Hauptstadt ist, gilt dem Berliner Dialekt ein besonderes Interesse. Charakteristisch für die berühmte „Berliner Schnauze" sind Schnelligkeit, Schlagfertigkeit und Witz. Im Osten der Stadt war der Dialekt auch im öffentlichen Leben akzeptiert, während er in West-Berlin eher als etwas „ordinär" galt. Heute gleicht sich der Sprachgebrauch in Ost und West eher an, d.h. der Dialekt geht im Osten in Beruf und Öffentlichkeit zurück. „Zum Weghören" finden viele der Befragten vor allem Sächsisch (40,7 Prozent) und Schwäbisch (18,1 Prozent). Zu den weniger beliebten Dialekten zählen der Umfrage zufolge auch Plattdeutsch, der „Ruhrpott-Slang" (beide 8,1 Prozent) und Hessisch (7,4 Prozent).

Sprachen in der Europäischen Union

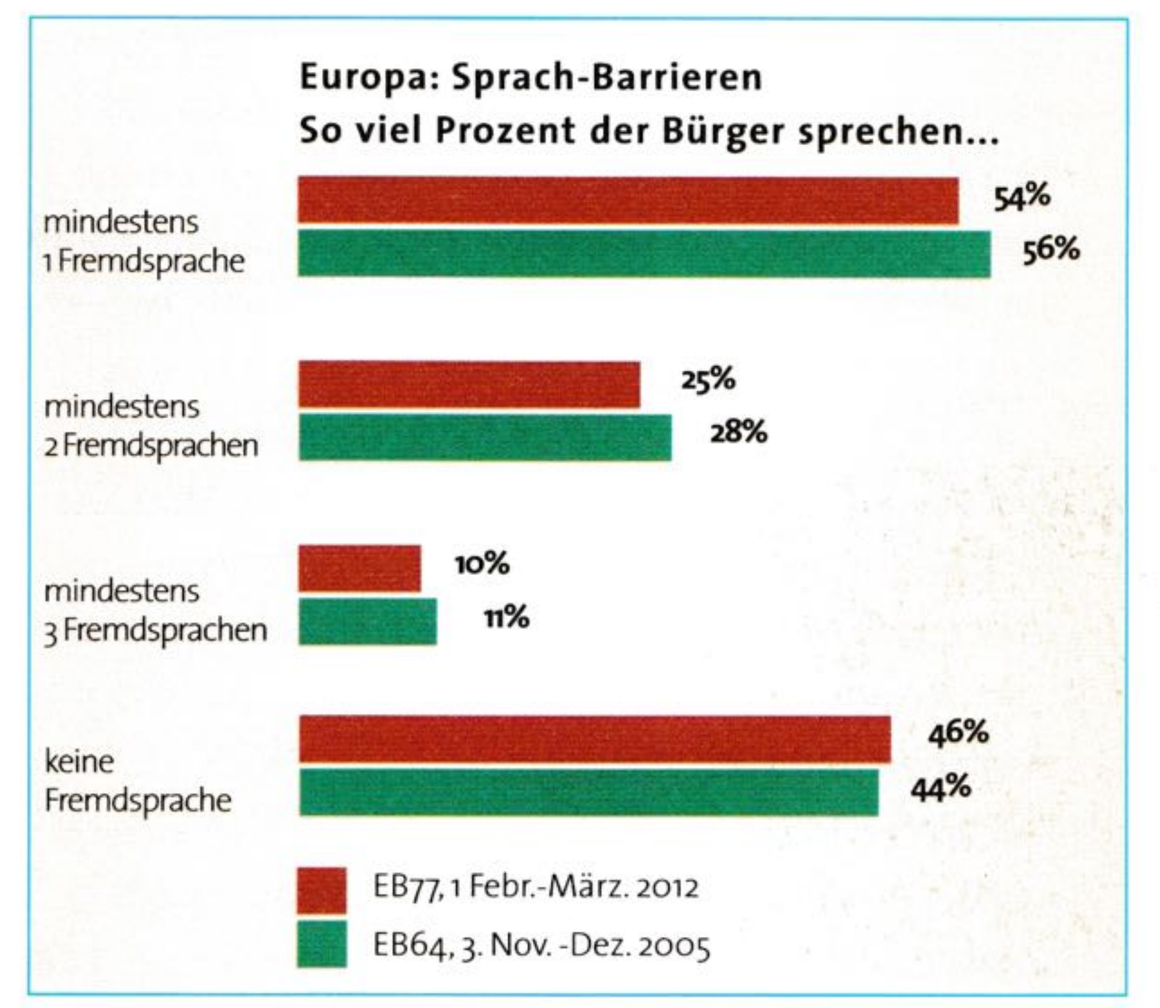
1. Deutsch ist keine Weltsprache, aber mit 95 Millionen Sprechern in Europa (132 Mio. weltweit) und als Amtssprache in 7 Ländern eine wichtige Regionalsprache. Deutsch ist anerkannte Minderheitssprache in Ostbelgien und Südtirol, wo es jeweils auch regionale Amtssprache ist, sowie in Dänemark (Nordschleswig), Frankreich (Elsass-Lothringen), Polen (Schlesien), Tschechien, Ungarn und Rumänien.

2. Wie die EU-Kommission in der Studie Spezial Eurobarometer 386 feststellt, sprechen 11% aller Einwohner der EU Deutsch als Fremdsprache, während das Englische von 38% beherrscht wird.
Eine Mehrheit der EU-Bürger können sich in einer Fremdsprache unterhalten (54%). 25% beherrschen weitere 2 Sprachen und 10% weitere 3. Weniger als die Hälfte spricht keine Fremdsprache. Das EU-Ziel, dass jeder Bürger mindestens 2 Fremdsprachen sprechen sollte, ist nur in 8 Staaten verwirklicht: in Luxemburg (84%), den Niederlanden (77%), Slowenien (67%), Malta (59%), Dänemark (58%), Lettland (54%), Litauen (52%) und Estland (52%).

3. Weltweit gibt es 80 Millionen, die Deutsch als Fremdsprache sprechen, 55 Millionen davon in Europa.



Der Spezial Eurobarometer 386 „Die europäischen Bürger und ihre Sprachen" der EU-Kommission stellt fest, dass 54% der Menschen in der EU sich in einer Fremdsprache verständigen können. Englisch bleibt die am meisten genannte Sprache, dann folgen Deutsch und Französisch. Deutsch ist die am meisten gesprochene Muttersprache in der Europäischen Union (16%). Gefragt wurden im Februar bis März 2012 Bürgerinnen und Bürger in den damals 27 Mitgliedstaaten der EU. 88% gaben an, dass Fremdsprachenkenntnisse für sie sehr nützlich sind. Der wichtigste Vorteil wäre, im Ausland arbeiten zu können.
Als nützlichste Sprachen gelten: Englisch (67%), Deutsch (17%), Französisch (16%), Spanisch (14%) und Chinesisch (6%). EU-Bürger sind der Meinung, dass jeder mindestens eine Fremdsprache beherrschen sollte.



→ Das Stichwort Amtssprachen der EU

Die Institutionen der EU haben 24 gleichberechtigte Amtssprachen: Bulgarisch, Dänisch, Deutsch, Englisch, Estnisch, Finnisch, Französisch, Griechisch, Irisch, Italienisch, Kroatisch, Lettisch, Litauisch, Maltesisch, Niederländisch, Polnisch, Portugiesisch, Rumänisch, Schwedisch, Slowenisch, Slowakisch, Spanisch, Tschechisch, Ungarisch. Daneben existieren 60 Regional- und Minderheitensprachen. Baskisch und Katalanisch in Spanien gelten als halbamtliche Sprachen. Die EU erklärt, die Sprachenvielfalt zu achten und zu respektieren. – Offizielle Arbeitssprachen sind Englisch, Französisch und Deutsch.

4. In der Europäischen Union spielt Deutsch als Verhandlungssprache bisher eine untergeordnete Rolle: Englisch und Französisch geben den Ton an. Die EU-Kommission (siehe S. 93) unterscheidet 24 Amtssprachen – von Bulgarisch bis Ungarisch –, in die alle Dokumente nach außen übersetzt werden, und drei interne Arbeitssprachen: Englisch, Französisch und Deutsch. Mit der Aufnahme weiterer Mitgliedsländer kann sich die Zahl der Amtssprachen erhöhen. Zurzeit beschäftigt die Kommission bereits 1750 Übersetzer, die Parlamentsreden und Rechtsvorschriften übersetzen und ihre Arbeit kaum noch schaffen. Das EuroMatrixPlus Projekt hat mit Hilfe maschineller Übersetzungssysteme Beispiele für alle offiziellen EU- Sprachen entwickelt.

5. Im Europarat (siehe S. 90) wurde im Mai 1993 die Einführung von Deutsch neben Englisch und Französisch mit großer Mehrheit abgelehnt. Anerkannte Arbeitssprache ist Deutsch aber in so wichtigen Organen wie der Kommission und dem Ministerrat, wird jedoch kaum verwendet. Geschäftssprache ist Deutsch dagegen in jüngeren internationalen Gremien, zu denen zum Beispiel die OSZE (= Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) gehört. Manchem fällt auf, dass die Deutschen selbst in den Gremien oft auf ihre Muttersprache verzichten und eine Fremdsprache sprechen. Da geht verloren, dass viele Europäer Deutsch gut verstehen und auch sprechen.
Die englische Sprache ist heute die lingua franca. Der deutschen Sprache wird die Rolle einer Begegnungssprache zugewiesen, die zur Vielfalt der Kulturen und deren Austausch beiträgt.

AUFGABEN
Diskutieren Sie die Rolle der Fremdsprachen in der EU. Wie würden Sie die Weichen stellen?

Sprachen in Europa

Sprachpolitik ist ein sensibles Thema, das oft den Nerv trifft und Konflikte schafft. Im Vertrag von Rom legten die Mitgliedsländer der EU fest, dass die offiziellen Sprachen gleichberechtigt sind. Und bei der Aufnahme der neuen Mitglieder im Jahr 2004 wurde nochmals festgehalten: „Um sicherzustellen, dass die neuen Bürger der EU das EU-Recht und die Tätigkeit ihrer Organe verstehen können, werden die neuen Sprachen genau so behandelt wie die bisherigen Amtssprachen" (Europäische Gemeinschaften, 1995–2003). Die Institutionen bekamen aber das Recht, sich auf Arbeitssprachen zu beschränken. Ergebnis: In informellen Treffen wird Englisch, Französisch und Deutsch gesprochen. Mit der Erweiterung der EU wäre die Verwendung von allen Sprachen unbezahlbar – und vor allem auch äußerst ineffizient.

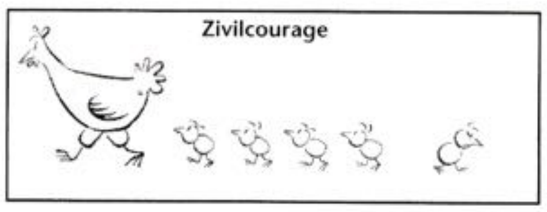
In dem Augenblick jedoch, da EU-Richtlinien in das Recht der Mitgliedsländer eingreifen und Produkte grenzüberschreitend gehandelt werden, spielen Sprachen eine besondere Rolle. Nichtverwendung hätte Wettbewerbsverzerrungen zur Folge. Beim Export müssen deshalb Produktbeschreibungen und technische Dokumentationen in der jeweiligen Landessprache mitgeliefert werden.
Mehrsprachigkeit ist ein Merkmal der EU, das sich u.a. in der Förderung des Jugendaustauschs und internationaler Schulen niederschlägt. Wunschvorstellung ist, dass Europäer mindestens zwei, besser drei Sprache sprechen, die Muttersprache und außerdem zwei Fremdsprachen (siehe S. 17). Wünschenswert wäre, dass der EU die Quadratur des Kreises gelingt und Mehrsprachigkeit, wechselseitige Rücksicht und konkrete Machbarkeit eines Tages zusammengehen.

Deutsche und Ausländer

Geschichte der Zuwanderung

1. Vor dem Ersten Weltkrieg lebten in Deutschland weit über eine Million Ausländer. Die Zahl ging in den folgenden Jahrzehnten stark zurück und stieg erst lange nach dem Zweiten Weltkrieg wieder an. Ausländische Arbeiter, genannt Gastarbeiter, kamen seit Anfang der 60er-Jahre vor allem aus Italien, dann aus Jugoslawien, Spanien, Portugal, Griechenland und aus der Türkei. 1973 erfolgte dann ein Anwerbestopp.

2. 2. Nach jahrelangen Diskussionen ist das Aufenthalts- und Zuwanderungsgesetz am 1. Januar 2005 in Kraft getreten. Damit wurde signalisiert, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Legale Einwanderung gibt es für EU-Bürger und bestimmte Personen- und Berufsgruppen.



Ausländische Bevölkerung in Deutschland 2014

	2013	2014	Anteil Ausländer 2013	Anteil Ausländer 2014	Veränderung 2014/2013
Europa	6.051.796	6.394.914	29,3%	78,4%	5,67%
davon EU	(3.366.504)	(3.672.394)	(44,1%)	(45,0%)	(9,1%)
Afrika	318.577	363.745*	4,2%	4,5%	14,18%
Amerika	239.044	245.674	3,1%	3,0%	2,77%
Asien	956.950	1.075.035*	12,5%	13,2%	12,22%
Australien, Ozeanien	14.311	14.767	0,2%	0,2%	3,19%
staatenlos, ungeklärt und ohne Angabe	51.950	58.833	0,7%	0,7%	13,25%
	7.633.628	**8.152.968**	**100,0%**	**100,0%**	**6,80%**

*Die größte Nationalitätengruppe stellten 2014 die Türken mit 1,5 Millionen (= ca. 20% der ausländischen Bevölkerung). Rund ein Drittel aller Menschen mit Migrationshintergrund sind in Deutschland geboren, etwa zwei Drittel sind zugewandert. Fast ein Drittel der ausländischen Bevölkerung lebt schon länger als 25 Jahre in Deutschland. (Enthalten sind keine Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit.) Die Einbürgerungsquote betrug 2014 nur 1,4%. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

* 2015 haben ca. 1 Million Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan und aus afrikanischen Ländern Deutschland erreicht.

Später erfolgten Reformen des Gesetzes. Die Hürden für ausländische Beschäftigte und Selbstständige aus Nicht-EU-Ländern bleiben aber hoch. Außer für Hochqualifizierte, die über die Blue Card kommen können, gilt weiterhin der seit den Siebzigerjahren geltende Anwerbestopp. Studenten bekommen nach einem erfolgreich abgeschlossenen Studium die Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für ein Jahr.
Geduldete Ausländer, die aus humanitären Gründen nicht ausgewiesen werden, können durch ihre Integrationsleistungen ein Bleiberecht erwerben. Sie sollten durch ihre Arbeit unabhängig sein, Deutsch gelernt haben und am sozialen Leben teilnehmen.

3. Vor der großen Einwanderungswelle 2015 lebten 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, das war jeder fünfte, der aus einem anderen Land stammte oder einen Vater bzw. eine Mutter mit ausländischer Herkunft hatte. 6,7 Millionen Ausländer (Zensus 2011) haben einen ausländischen Pass. Die größte Gruppe kommt aus der Türkei. Die Einbürgerungsquote betrug 2014 nur 1,4%.

→Das Stichwort Deutsche Staatsbürgerschaft

Wer sich mindestens acht Jahre rechtmäßig in der Bundesrepublik aufgehalten hat, kann die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben. Ausländer müssen dann in der Regel ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben (Ausnahme: EU-Bürger).
Die Gesetzesreform von 1999 brachte nur Kindern ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren wurden, eine gewisse Erleichterung. Sie erhalten automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn ein Elternteil mindestens seit 8 Jahren in Deutschland lebt.
Zwischen dem 18. und dem 23. Lebensjahr müssen sie entscheiden, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit behalten oder ob sie eine andere Staatsangehörigkeit vorziehen. Kinder, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, können die doppelte Staatsangehörigkeit behalten.

Enttäuschend ist die geltende Regelung für die seit Jahrzehnten in Deutschland lebenden Ausländer der älteren Generation. Für sie ist eine Reform, z.B. auch das kommunale Wahlrecht, politisch nicht durchsetzbar. Das kommunale Wahlrecht gilt nur für EU-Staatsbürger, die in Deutschland einen festen Wohnsitz haben.

Das Krisenjahr 2015

1. Große Sorgen macht die konstant steigende Zahl von Asylbewerbern aus den Kriegsgebieten des Nahen Ostens, aus Syrien, Irak und Afghanistan, und aus den Krisengebieten Afrikas. 2015 setzte eine Völkerwanderung über das Mittelmeer und über die sogenannte Balkanroute ein, die Europa in eine tiefe Krise stürzte. Im Mittelmeer vor den griechischen Inseln und vor Italien sind bereits Tausende ertrunken, die in Schlauchbooten Europa erreichen wollten.

2. Ca. 1 Million Menschen kamen bisher nach Deutschland. Überall bildeten sich Helferkreise, die die Flüchtlinge empfangen und mit dem Nötigsten versorgt haben (Thema Willkommenskultur), weil staatliche Stellen hoffnungslos überfordert waren. Bürger bauten über Nacht eine Grundversorgung für Tausende auf, eröffneten Spendenkammern, richteten Behelfsküchen ein und halfen bei Behördengängen. Diese zivilgesellschaftlichen Initiativen sind etwas ganz Neues in der deutschen Geschichte.

3. Brüssel appellierte an die Solidarität der Länder und schlug einen Verteilerschlüssel mit bestimmten Aufnahmequoten vor. Das Ergebnis war niederschmetternd. Viele, allen voran die neuen EU-Länder im Osten, lehnten die Aufnahme von Flüchtlingen strikt ab, trotz der Appelle des EU-Präsidenten für Menschlichkeit und Solidarität. Es

drohen aber auch innere Gefahren: Rechtsradikale Kräfte verbreiten Hassbotschaften über das Internet; rechter Pöbel und verblendete Mitläufer setzen Flüchtlingsunterkünfte in Brand und verüben Gewalttaten. Für die Montagsdemonstrationen der „Pegida" in Dresden und in anderen Städten (siehe Seite 73) ist das Thema Flüchtlinge zur Demonstration des Hasses und der Fremdenfeindlichkeit geworden; Gegendemonstrationen sind die Antwort. Es geht darum, die Inhalte der „Pegida" kritisch zu entlarven und zivilgesellschaftlichen Widerstand zu leisten.

4. Angesichts der Terrorgefahren haben sich die EU-Mitgliedsländer geeinigt, die EU-Außengrenzen besser zu schützen. Nationale Kontrollen an den EU-Innengrenzen sollen das Schengen-Abkommen der offenen Grenzen aber nicht außer Kraft setzen. Die Wirtschaft betont, dass Kontrollen den stabilen grenzüberschreitenden Austausch von Waren und Dienstleistungen bisher nicht stören.

→ Das Stichwort Asyl

„Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" heißt es in Artikel 16a des Grundgesetzes. Dieses Grundrecht wurde aus der Erfahrung der Vergangenheit heraus formuliert: Für Deutsche, die vor der Naziherrschaft ins Ausland fliehen mussten, war die Gewährung von Asyl vor und während des Zweiten Weltkriegs überlebenswichtig. 1993 wurde nach heftigen politischen Auseinandersetzungen das Recht auf Asyl modifiziert. Asylbewerber, die aus sicheren Drittstaaten (= Länder, in denen die Genfer Flüchtlingskonvention und die europäische Menschenrechtskonvention gilt) einreisen, haben kein Anrecht mehr auf Asyl. (Schengener Abkommen und Dubliner Verfahren, siehe Seite 92)

5. Bundesweit sind Erstaufnahmeeinrichtungen geschaffen worden, in denen Flüchtlinge Asyl beantragen. Das Dubliner Verfahren war wegen des Ansturms außer Kraft. Bürgerkriegsflüchtlinge haben gute Aussichten auf Asyl. Die Entscheidung über die Anerkennung von Asyl fällt in Deutschland das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg (= BAMF) und seine Außenstellen. Asylbewerber aus sicheren Drittstaaten können relativ schnell abgeschoben (= zurückgeschickt) werden. Es gibt für die meisten keine legale Möglichkeit, ein sicheres EU-Land zu erreichen. Deshalb flüchten viele mit falschen Papieren und auf lebensgefährlichen Wegen. Viele bezahlen das mit ihrem Leben.

6. Die Frankfurter Organisation Pro Asyl und Amnesty International Deutschland kämpfen für die Rechte von Asylsuchenden. Unzählige Initiativen und Netzwerke für Flüchtlinge entstehen: die Berliner Initiative „Moabit hilft", die für Tausende Nothilfe leistet, eine Flüchtlingsuni wird gegründet, die auf kostenlosen Onlinekursen aufbaut. Der Verein „Flüchtlinge Willkommen", der sich aus Spenden finanziert, hilft bei der Wohnungssuche und unterstützt sogar finanziell. Das Portal „HelpTo" bringt Flüchtlinge, Helfer und Kommunen zusammen und organisiert so notwendige Hilfe. Bund und Bundesländer stellen Geld für Wohnraum, Bildung und Arbeit bereit.

Zuwanderung in der Zukunft

Die deutsche Wirtschaft braucht Zuwanderung. Aber es wird dauern, bis Zuwanderer fit für den Arbeitsmarkt sind. Wirtschaft und Handelskammern bemühen sich, jungen Flüchtlingen den Weg über ein Praktikum zu ebnen. Es besteht ein Rechtsanspruch, dass Berufsabschlüsse der Heimat innerhalb von 3 Monaten überprüft werden, ob ihre Qualifikation für Deutschland genügt; aber die bürokratischen Hürden sind hoch. Das „Netzwerk Integration durch Qualifikation" (IQ) bietet persönliche Beratung. Die Bemühungen um Integration haben das Ziel, das Entstehen von Parallelgesellschaften zu verhindern. Die Politik und vor allem die deutsche Gesellschaft ist gefordert, damit junge Leute nicht in die radikale Szene abwandern. Die Integration von Flüchtlingen ist ein starkes Signal gegen den internationalen Terrorismus.
Es fehlt eine europäische Flüchtlingspolitik, die Asyl und Einwanderung unter bestimmten Bedingungen regelt und die Lasten auf die EU-Länder gleichmäßig verteilt.

Vom Fluchtland zum Zufluchtland

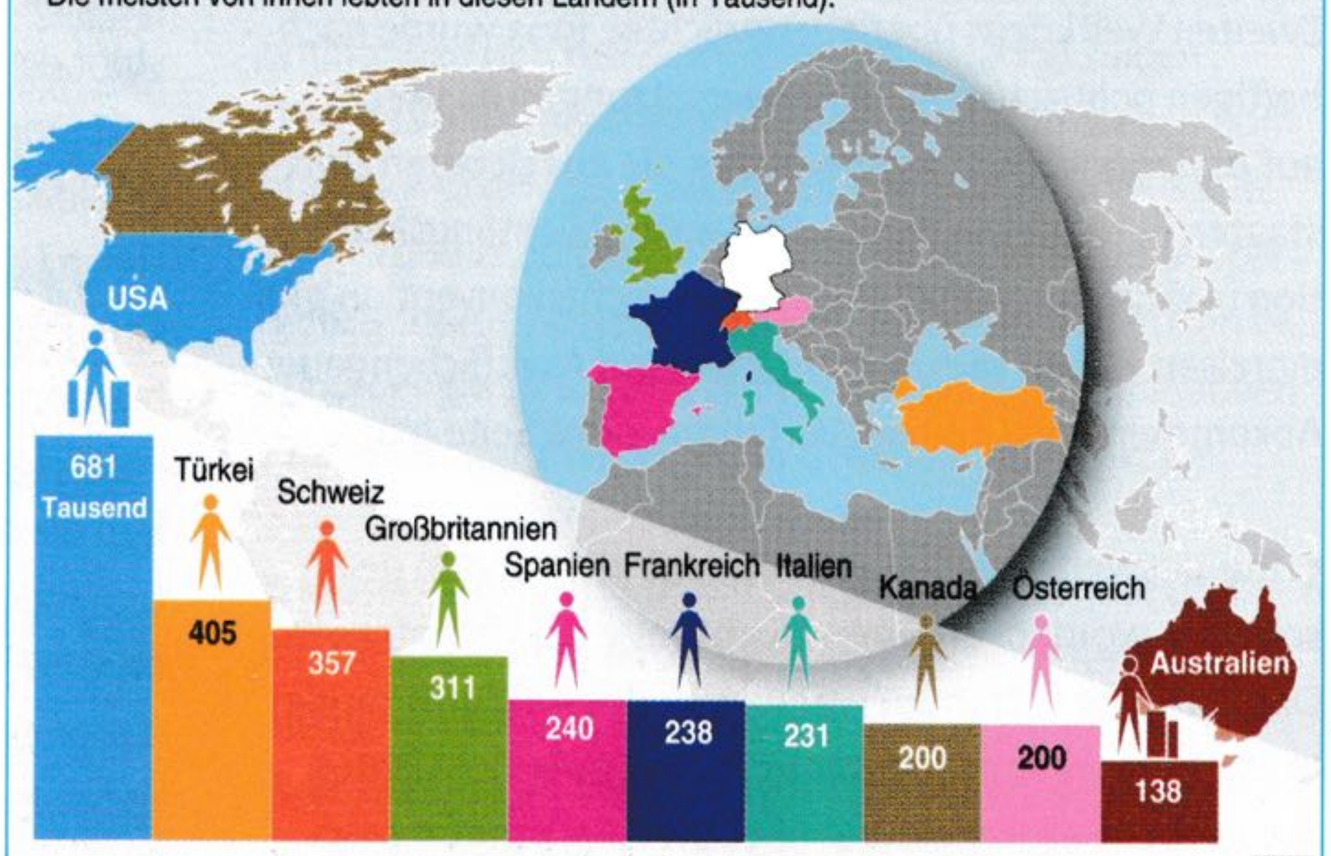
___ und politische Flüchtlinge, das waren im vorigen Jahrhundert viele Deutsche selbst. Die erste deutsche ___ begann mit der politischen Restauration nach dem Sieg über Napoleon und erreichte ihren Höhepunkt nach dem Scheitern der Revolution von 1848.
Zwischen 1850 und 1859 wanderten über eine Million Deutsche aus. Die zweite Auswanderungswelle war noch größer. Im Jahrzehnt 1881 bis 1890 verließen 1,3 Millionen Deutsche das gerade geschaffene Deutsche Reich, vor allem in Richtung USA.
Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs versiegte dann der deutsche ___ fast völlig. Nach Kriegsende sah es zunächst nach einer neuen Auswanderungswelle aus. Aber die Weltwirtschaftskrise, die Ende der 20er-Jahre begann, führte auch in den USA zu großem Elend; die Faszination des „Landes der unbegrenzten Möglichkeiten" war dahin.
Das Deutsche Reich hatte in den 30er-Jahren sogar einen ___ aufzuweisen. Der setzte sich nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg in Gesamtdeutschland (frühere Bundesrepublik und ehemalige DDR zusammengerechnet) fort. Aus den verlorenen Ostgebieten des Reiches (Ostpreußen, Pommern, Schlesien) wurden die meisten Deutschen vertrieben oder sie flüchteten aus Siedlungsgebieten östlich der Oder-Neiße-Grenze in das deutsche Rumpfgebiet.
Zu einem echten ___ wurde Deutschland erst seit den 60er-Jahren. Es war die Zeit des sogenannten Wirtschaftswunders, als „Gastarbeiter" in die Bundesrepublik kamen und zum Teil im Land blieben.
Der stärkste Wanderungsgewinn war aber im Jahrzehnt 1981 bis 1990 zu verzeichnen. Der ___ von deutschstämmigen ___ aus dem Osten nahm seit 1988 lawinenartig zu; gleichzeitig kamen immer mehr ___ ins Land: ein Wanderungsgewinn von 2,2 Millionen Menschen in einem Jahrzehnt. Inzwischen ist der Strom der Aussiedler verebbt.
Aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika dringen seit 2015 ___ nach Europa und bringen die EU in Bedrängnis. Die EU als Wertegemeinschaft kann ihren Anspruch, Flüchtlinge aus humanitären Gründen unbegrenzt willkommen zu heißen, nicht mehr gerecht werden. Das Lösung des Problems ___ wird entscheidend sein für die Zukunft Europas.

AUFGABEN

Die folgenden Wörter sind Schlüsselbegriffe.
Ergänzen Sie die Ziffern im Text:
1 Zustrom – 2 Aussiedler – 3 Wanderungsgewinn – 4 Auswanderungswelle – 5 Auswanderungsstrom – 6 Asylsuchende – 7 Einwanderungsland – 8 Wirtschaftsflüchtlinge – 9 Zuwanderung – 10 Flüchtlinge

Von Deutschland in die Welt

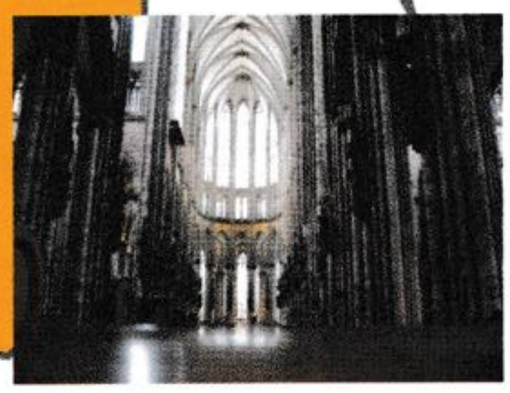
Weltweit gab es im Jahr 2013 rund vier Millionen Ausgewanderte aus Deutschland*. Die meisten von ihnen lebten in diesen Ländern (in Tausend):

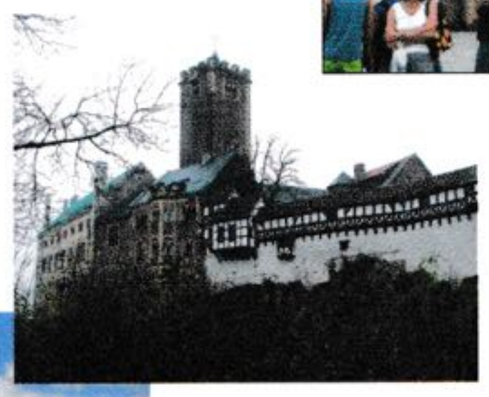


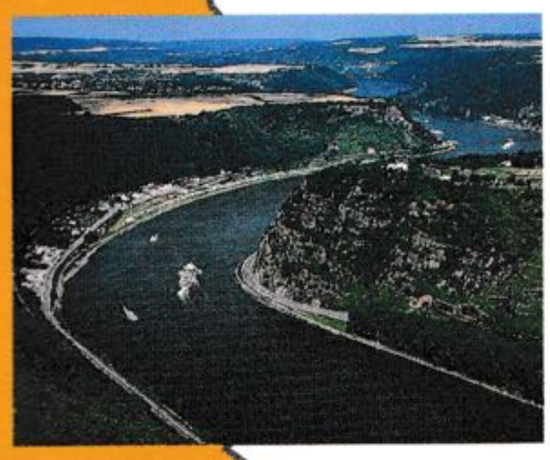
*in Deutschland geborene Deutsche und Ausländer
Quelle: UNDESA, Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Universität Duisburg-Essen

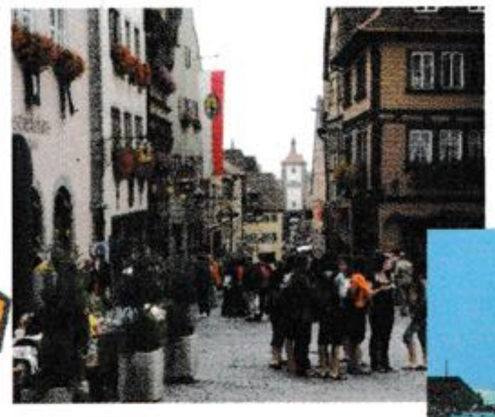
© Globus 10170

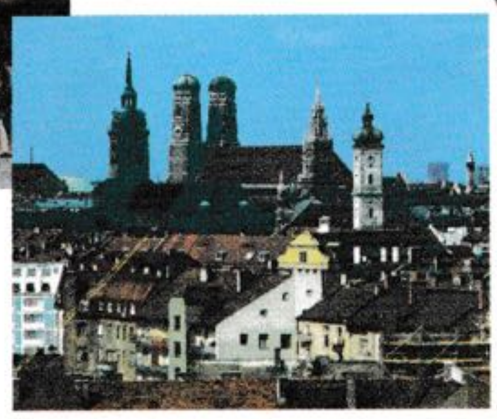
2. Die Bundesländer









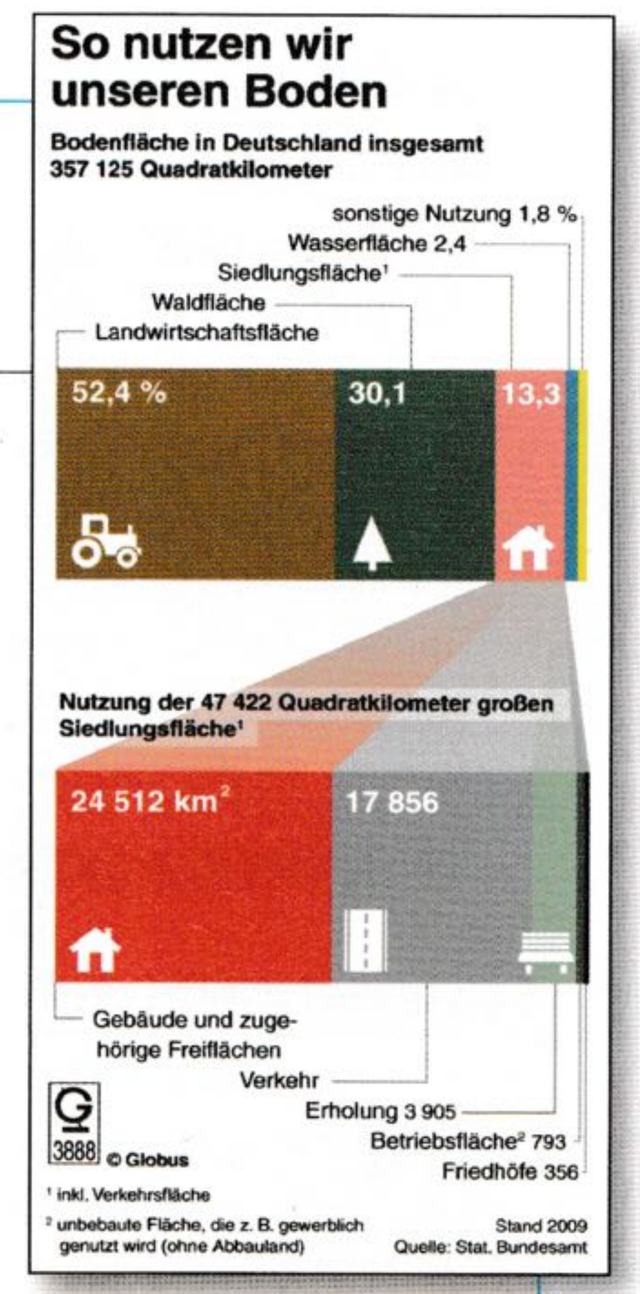


Schleswig-Holstein
Kiel
Lübeck
Hamburg
Rostock
Schwerin
Mecklenburg-Vorpommern
Bremerhaven
Bremen
Niedersachsen
Brandenburg
Berlin
Frankfurt (Oder)
Potsdam
Hannover
Braun-schweig
Sachsen-Anhalt
Magdeburg
Wittenberg
Dessau
Cottbus
Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf
Köln
Bonn
Meißen
Leipzig
Dresden
Thüringen
Weimar
Erfurt
Jena
Gera
Zwickau
Chemnitz
Sachsen
Hessen
Fulda
Koblenz
Wiesbaden
Frankfurt
Rheinland-Pfalz
Mainz
Trier
Bayreuth
Würzburg
Saarland
Saarbrücken
Mannheim
Heidelberg
Nürnberg
Karlsruhe
Stuttgart
Bayern
Regensburg
Augsburg
München
Baden-Württemberg
Freiburg

Auf einen Blick

Die Bundesländer und ihre Hauptstädte (2015)	Fläche (km^2)	Einwohner (1000)	Seite
Baden-Württemberg (Stuttgart)	35.751	10.717	51
Bayern (München)	70.550	12.692	53
Berlin	892	3.470	35
Brandenburg (Potsdam)	29.654	2.458	34
Bremen	419	662	30
Hamburg	755	1.763	27
Hessen (Wiesbaden)	21.115	6.094	44
Mecklenburg-Vorpommern (Schwerin)	23.212	1.599	31
Niedersachsen (Hannover)	47.614	7.827	29
Nordrhein-Westfalen (Düsseldorf)	34.110	17.638	41
Rheinland-Pfalz (Mainz)	19.854	4.012	50
Saarland (Saarbrücken)	2.569	989	51
Sachsen (Dresden)	18.420	4.055	47
Sachsen-Anhalt (Magdeburg)	20.452	2.236	39
Schleswig-Holstein (Kiel)	15.800	2.831	26
Thüringen (Erfurt)	16.173	2.157	45

(Statistisches Bundesamt 2015)



1. Die Bundesrepublik hat eine föderalistische Struktur: Jedes Bundesland hat eine eigene Verfassung, eine eigene Regierung und ein eigenes Parlament, den Landtag. Berlin, Bremen und Hamburg haben einen Senat.
Die Bundesländer sind für die Verwaltung, das Verkehrswesen, das Schulwesen, den Kulturbereich, den Strafvollzug und die Polizei verantwortlich. Die Städte und Gemeinden kümmern sich um die sozialen Einrichtungen.
Mit der Reform des Föderalismus 2005/2006 bekamen die Bundesländer mehr Rechte, vor allem in Bildungsfragen. In den 16 Bundesländern existieren nun 16 verschiedene Bildungssysteme mit jeweils unterschiedlichen Schulformen und Lehrplänen. Bundesweit einheitliche Standards für das Abitur wird es ab 2017 geben.

2. Der Bund ist für nationale und internationale Angelegenheiten, z.B. für die Außen- und Verteidigungspolitik, die Atomenergie, den Schutz deutschen Kulturguts, das Passwesen, die Währung, für Einwanderung und Abwehr des internationalen Terrorismus zuständig.

3. Immer mehr innenpolitische Entscheidungen sind an die Europäische Union gegangen, z.B. in der Wirtschaftspolitik und in der Agrarpolitik. Die Mitgliedsländer möchten aber Mitspracherechte bewahren und das Subsidiaritätsprinzip stärken: D.h. bestimmte Aufgaben werden nur dann an die Union abgegeben, wenn sie regional nicht erfüllt werden können. So wird das demokratische föderale Prinzip gestärkt. Der „Ausschuss der Regionen" vertritt diese regionalen Belange in den Bereichen Beschäftigung, Umwelt, Bildung und Gesundheit. Er ist die Stimme der Gemeinden, Städte und Regionen, z.B. der Bundesländer, in der EU.

4. Heute gehen zunehmend landwirtschaftliche Flächen verloren. Erosion und vor allem eine industriell betriebene Landwirtschaft machen dem Boden zu schaffen. Auch beansprucht der Ausbau der Infrastruktur wertvolle Flächen: Autobahnen und Straßen entstehen, Kommunen fördern Gewerbegebiete am Rande der Städte und Dörfer. Die Folge: Kleinere Geschäfte in den Innenstädten schließen und die Stadtkerne verändern sich.

AUFGABEN

1. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Bundesstaat, d.h. die Bundesländer sind zu einem Gesamtstaat miteinander verbunden. Nennen Sie andere Staatsformen. Versuchen Sie, die Europäische Union (S. 90ff. und S. 157) zu charakterisieren.
2. Finden Sie europäische und außereuropäische Staaten, die auch Bundesstaaten sind.
3. Nennen Sie die fünf neuen Bundesländer.

Schleswig-Holstein

Das nördlichste Bundesland. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25.
Kiel (= Landeshauptstadt): 243 000 Einwohner; Lübeck: 214 000 Einwohner

Aus der Geschichte: Bis zum 14. Jahrhundert regierten dänische Herzöge den nördlichen Landesteil. Auch später bildete Schleswig-Holstein für lange Zeit eine politische Union mit Dänemark. Nach dem Ersten Weltkrieg kamen schließlich Nordschleswig zu Dänemark und Südschleswig zu Deutschland. Die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein ist heute mit drei Abgeordneten im Kieler Landtag vertreten und besetzt ein Ministeramt.

Klima und Landschaft: Zwei Meere umschließen Schleswig-Holstein: Nordsee und Ostsee. Der Nordseeküste vorgelagert sind kleine und größere Inseln: die sogenannten Halligen, die Nordfriesischen Inseln und Helgoland. Zwischen diesen Inseln und dem Festland erstreckt sich das flache Wattenmeer. Die Nordseeküste liegt zum Teil unter dem Meeresspiegel. Die Sicherung der Küsten, d.h. der Bau von Dämmen und Deichen, ist deshalb immer wichtiger geworden, denn der Meeresspiegel steigt und die Gefahr von Sturmfluten nimmt zu.
Das Land ist fast unbewaldet. Die Sommer sind kühl und die Winter mild, bei ständigem Wind.
Die Ostseeküste hat mehr Sonne als die Nordseeküste, dazu eine landschaftlich reizvolle Seen- und Hügellandschaft im Hinterland, genannt „Holsteinische Schweiz". Auch an der Ostsee müssen höhere Deiche in Zukunft mehr Schutz bieten.

Wattwandern
in das Weltnaturerbe 2015

Wattwandern ohne Gefahr

Immer mehr Urlauber und Besucher des Nordseeheilbades Cuxhafen wollen den Nationalpark Wattenmeer kennenlernen – eine der letzten Naturlandschaften Europas, seit 2009 Weltnaturerbe, erweitert 2011 und 2014. Viele Gäste schließen sich aus Sicherheitsgründen informativen Wattführungen an. Damit die Gefahren von Flut und Ebbe nicht unterschätzt werden, hat die Kurverwaltung des Nordseeheilbads Cuxhafen die Broschüre „Wattwandern" herausgegeben. Der Gast findet darin nicht nur alle Wattwanderzeiten vor Cuxhafen, sondern auch die Termine der Wattführungen.

Wattwanderung

Möchten Sie hier wohnen?

Wirtschaft: Der Fremdenverkehr in den Nord- und Ostseebädern und auf den Inseln Sylt, Föhr, Amrum, Helgoland, Juist und Fehmarn ist neben der Landwirtschaft der wichtigste Wirtschaftsfaktor. Die Nordsee ist fischreich, aber Nutzfische wie der Kabeljau verschwinden, in der Ostsee ist der Hering in Gefahr. Der Nord-Ostsee-Kanal verbindet beide Meere.

Städte: Kiel liegt an einem Naturhafen. Sitz der Howaldtswerke – Deutsche Werft (HDW), fusioniert zu ThyssenKrupp Marine Systems, bekannt für den Bau von U-Booten und Marineschiffen. Hier findet die „Kieler Woche" statt mit internationalen Segelwettbewerben, verbunden mit einem großen Volksfest.
Lübeck, früher das Herz der Hanse, ist auch die Stadt der „Buddenbrooks" (Roman von Thomas Mann über den Niedergang einer hanseatischen Kaufmannsfamilie). Die Schriftsteller Thomas Mann, der 1929 den Nobelpreis für Literatur erhielt, und sein Bruder Heinrich Mann wurden hier geboren. Das Wahrzeichen Lübecks ist ein 500 Jahre altes Stadttor, das Holstentor.

→ Das Stichwort die Hanse

1358 gegründeter Städtebund aus insgesamt 70 bis 80 Städten unter der Führung Lübecks. Ziele: nur Handelsinteressen und gegenseitiger Schutz. Die Hanse hatte etwa 200 Jahre das Handelsmonopol im Ostseeraum. Hamburg, Bremen und Lübeck bezeichnen sich heute noch als „Hansestädte". 2015 eröffnete das europäische Museum zur Geschichte der Hanse, das Details aus 500 Jahren Handelsimperium präsentiert.

Porträt des Kaufmanns Sonnenschein (1534)

Hamburg (Freie und Hansestadt Hamburg)

Stadtstaat. – Hafenstadt. – Zweitgrößte Stadt Deutschlands. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25. An der Elbe gelegen, ca. 110 km von der Nordsee entfernt.

Aus der Geschichte: Hamburg war jahrhundertelang eine freie Reichs- und Hansestadt. Noch heute nennen sich ihre Minister „Senatoren".
Die Lage machte Hamburg schon im 13. Jahrhundert zu dem wichtigsten Seehafen an der Nordsee. Im Zeitalter der Entdeckungen verloren die Ostseehäfen an Bedeutung, Hamburg dagegen erlebte einen großen Aufschwung. Seine Schiffe fuhren auf den neuen Handelswegen bis nach Indien und Amerika.
Im Jahr 1842 wurde die mittelalterliche Altstadt durch ein Feuer vernichtet. Das Wahrzeichen der Stadt, der Michel – die St.-Michaelis-Kirche aus dem 18. Jahrhundert – wurde 1906 durch einen Brand zerstört und später originalgetreu wieder aufgebaut. Im Zweiten Weltkrieg wurde die Innenstadt von Hamburg fast völlig in Schutt und Asche gelegt.

Allgemeines: Hamburgs Hafen, das „Tor zur Welt", hat eine Fläche von 100 km^2; hier arbeiten ca. 140 000 Menschen. Hamburg ist der drittgrößte Hafen in Europa nach Rotterdam und Antwerpen (NL) und einer der zehn wichtigsten Häfen im Containerumschlag der Welt. Er ist der größte Importhafen für Kaffee, einer der führenden Umschlagplätze für Gewürze und Transithafen Nummer eins für Kakao in Europa.
Neubau- und Reparaturwerften müssen sich im internationalen Wettbewerb behaupten. Die HafenCity an den Hafenbecken und an der Elbe ist das größte inner-

Freie und Hansestadt Hamburg:
Speicherstadt (seit 2015 Weltkulturerbe)

städtische Entwicklungsprojekt Europas. Wohnen und Kontore kehren in die Hafengebiete zurück, der Hafen wird neuen Ansprüchen an Landeanlagen, Umschlag und Lager gerecht. Damit die immer größer werdenden Containerschiffe den Hafen auch in Zukunft anfahren können, soll die Elbe um ca. zwei Meter bis auf 17 Meter vertieft werden.
Für die Besucher ist eine Hafenrundfahrt ein bleibendes Erlebnis. Jedes Jahr am 7. Mai wird der „Hafengeburtstag" gefeiert; seit diesem Tag im Jahr 1189 besitzt der Hafen Zoll- und Schifffahrtsprivilegien (heute „Freihafen"-Status).

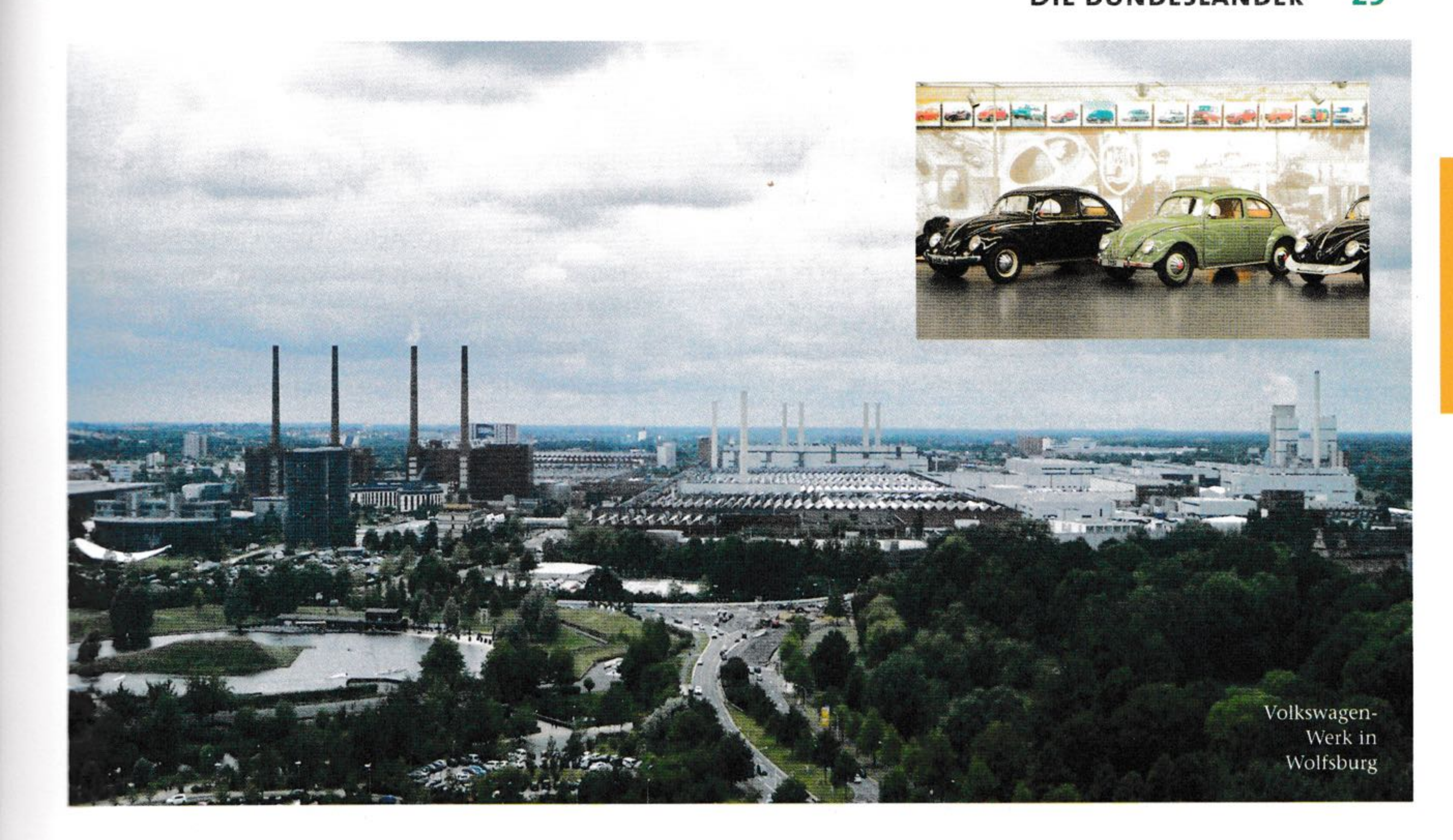
Hamburg ist eine weltoffene Stadt. Die Hamburger nennen sich gern „Hanseaten", weil sie stolz sind auf den Geist und die Geschichte ihrer Stadt. Aushängeschild dieses Weltgefühls ist die achteinhalb Kilometer lange Hamburger Elbchaussee mit ihren klassizistischen Villen, den Herrensitzen und Parks. Keine deutsche Großstadt hat so viele ausländische Konsulate wie Hamburg. Ausländische Kaufleute sind hier ebenso zu Hause wie Handelsdelegationen aus aller Welt.

Hamburg lebt aber nicht von seinem Hafen und den vielen Besuchern allein. In Hamburg wird ein Teil des europäischen Airbus gebaut, hier befindet sich auch DESY (= Deutsches Elektronen-Synchrotron), eine Forschungsstätte für Teilchenphysik.

Kultur: Hamburg ist auch eine Kulturstadt von Rang. Felix Mendelssohn Bartholdy (1809–1847) und Johannes Brahms (1833–1897) wurden hier geboren (siehe S.125). Die Namen Bach, Telemann und Händel sind mit Hamburg verknüpft. Die Hamburgische Staatsoper und ihr Ballett, das Thalia-Theater und das Deutsche Schauspielhaus haben eine lange Tradition. Im Bau ist die Elbphilharmonie, ein futuristisches Konzerthaus, das auf einem alten Kakao-Speicher im Hafen errichtet wird. Das Konzerthaus verursacht enorme Kosten und ist deshalb sehr umstritten. Typisch für das kulturelle Leben ist das Mäzenatentum, die Bedeutung privater Mäzene, die Stiftungen und Kulturpreise ins Leben rufen (Hamburg hat die meisten Stiftungen). Sie verschafften auch der Hamburger Kunsthalle und dem Museum für Kunst und Gewerbe bedeutende Sammlungen. Und bessern die leeren öffentlichen Kassen auf.
Hamburg ist Medienstadt: Hier wird DER SPIEGEL gemacht, hier erscheint die bekannte liberale Wochenzeitung DIE ZEIT. Die Deutsche Presseagentur (dpa) und Fernseh- und Hörfunkanstalten haben in Hamburg ihren Sitz.

Nachtleben: Weltberühmt ist Hamburg aber auch für sein Amüsierviertel St. Pauli, das treffend so charakterisiert wird: St. Pauli ist ein riesiges Varieté, am Tag ein Dorf, in der Nacht ist die Welt zu Gast. Musiker, Theatermacher, Abenteurer und Unternehmer treffen sich auf dem Kiez. Reeperbahn und Große Freiheit sind die Zentren des Nachtlebens, der Liveclubs und Tanzbars.

Elbphilharmonie



Volkswagen-Werk in Wolfsburg

Niedersachsen

Das flächenmäßig zweitgrößte Bundesland nach Bayern. – 300 km Nordseeküste. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25. Hannover (= Landeshauptstadt): 524 000 Einwohner; Braunschweig: 249 000 Einwohner

Aus der Geschichte: Fast hundert Jahre existierten enge dynastische Beziehungen zu England. Im 18. Jahrhundert bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts waren die Kurfürsten in Hannover zugleich Könige von England. Erst Queen Victoria beendete diese Personalunion.

Landschaft: Niedersachsen reicht von der Küste der Nordsee zu den Mittelgebirgen, dem Harz und dem Weserbergland. Wichtige Schifffahrtswege durchziehen das Land: die Weser, der Mittellandkanal und im Osten die Elbe.
Nördlich von Hannover liegt die Lüneburger Heide, ein Naturpark mit alten Bauernhäusern und Schafherden, den sogenannten Heidschnucken. Sie erstreckt sich über 7000 km².

Wirtschaft: Niedersachsen ist ein Agrarland; hier werden Weizen und Gemüse angebaut. Rinder, Schafe und Schweine werden gezüchtet. Berühmt ist die Pferdezucht. Der Hannoveraner ist das beliebteste Turnierpferd überhaupt und zugleich idealer Partner für einen Urlaub zu Pferd. Industrie ist im Raum Hannover und Braunschweig zu Hause. Das Volkswagenwerk (= VW), der größte Autobauer Europas, steht in Wolfburg, östlich von Hannover. Fast die Hälfte der Einwohner arbeiten bei VW.

Mit VW ist die Geschichte des legendären Käfers – so genannt nach seiner unverwüstlichen Form – verbunden. Am 17. Februar 1972 wurde VW Produktionsweltmeister: Über 15 Millionen Käfer waren vom Band gelaufen. Der berühmte Kultwagen lief und lief, wurde ständig umgebaut und verbessert. Nach 1977 wurde er noch in Mexiko gebaut.

Die Seehäfen mit ihren Werften sind wichtige Industriestandorte. Der westlichste Hafen ist Emden. Die dortige Meyer-Werft hat sich auf den Bau von Kreuzfahrtschiffen spezialisiert und ist auch in Krisenzeiten gut gerüstet. Die riesigen Schiffe werden unter den Augen von Tausenden von Schaulustigen die Ems flussabwärts zur Nordsee geschleppt. Der 2012 in Betrieb genommene JadeWeserPort ist ein Tiefseehafen, den die riesigen Containerschiffe der neuesten Generation anlaufen können.

Städte: Die Landeshauptstadt Hannover ist Verkehrsknotenpunkt zu Wasser (Mittellandkanal) und zu Lande und im Luftverkehr. Sie war Eisenbahnknotenpunkt schon im 19. Jahrhundert, als es über Hannover Verbindungen von Paris über Berlin und Warschau bis Moskau gab und von Kopenhagen bis nach Wien und Rom. Die günstige Lage machte Hannover zum Standort der größten Industriemesse der Welt, der Hannovermesse. Auch die weltgrößte Messe für Informationstechnik (Computer, Telefone, Kommunikationssysteme), die CeBIT, findet jährlich in Hannover statt.

Bremer Marktplatz mit Roland

Die nächstgrößte Stadt, Braunschweig, ist kulturell und historisch geprägt. Südlich von Braunschweig liegt Wolfenbüttel: An der berühmten Bibliothek dieser Stadt wirkten der Philosoph Gottfried Wilhelm Leibniz und der Dichter Gotthold Ephraim Lessing.
Laut aktueller EU-Studie ist Braunschweig („Stadt der Wissenschaft") auch die forschungsintensivste Region in Europa. Die Wissenschaftsregion vernetzt verschiedene Hochtechnologie-Kompetenzen, wissenschaftliche Forschungseinrichtungen mit Firmen des Hochtechnologie-Sektors (Biotechnologie, Verkehrstechnik, Finanzwirtschaft). Neue Unternehmen werden gegründet.

Bremen (Freie Hansestadt)

Stadtstaat, bestehend aus der alten Handelsstadt Bremen und Bremerhaven. – Das kleinste Bundesland. – Nach Hamburg größter deutscher Seehafen, auch führender Binnenhafen. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25.

Aus der Geschichte: Bremen wurde unter Karl dem Großen 787 Bischofssitz („Rom des Nordens" genannt), 1358 Mitglied der Hanse und 1646 Reichsstadt, d.h. sie hatte besondere Rechte. Seit 1815 nennt sich Bremen wieder Hansestadt.

→ Das Stichwort Bremer Roland

Errichtet 1404. – Die gotische Statue auf dem Bremer Marktplatz soll den Gefolgsmann Karls des Großen mit dem Schwert der Gerechtigkeit und dem kaiserlichen Adler darstellen. Rolandssäulen gibt es in vielen Ortschaften in Norddeutschland. Ursprung und Bedeutung sind umstritten, wahrscheinlich sind sie Symbol des Marktrechts (= Recht, einen regelmäßigen Markt abzuhalten) oder der Gerichtsbarkeit.

Lage und Bedeutung: Bremen liegt ca. 60 km von der Nordsee entfernt. Bremerhaven liegt an der Mündung der Weser in die Nordsee. Die junge Seestadt Bremerhaven wurde 1827 gegründet, als die Weser zu versanden drohte. Umgeschlagen und verarbeitet werden Erdöl, Wolle, Baumwolle, Tabak und Kaffee. In Bremerhaven ist das weltberühmte Alfred-Wegener-Institut zu Hause, das in der Arktis, Antarktis und anderen Ozeanen forscht. Es steuert die deutsche Polarforschung und stellt den Forschungseisbrecher Polarstern (s. S. 153) und Forschungsstationen für die nationale und internationale Wissenschaft zur Verfügung.

Deutsches Auswandererhaus Bremerhaven

Sehenswürdigkeiten: Die selbstbewussten Bremer Bürger sind von jeher stolz auf ihre Stadt, besonders auf den Marktplatz mit dem 1000 Jahre alten Dom, dem Renaissance-Rathaus und dem Wahrzeichen der Stadt, dem Bremer Roland.

Eine besondere Attraktion ist das Klimahaus. Die Besucher machen eine Reise um die Welt von und nach Bremerhaven, immer entlang des 8. Längengrades. Sie erleben die Klimazonen unseres Planeten hautnah und lernen die Menschen dort kennen.

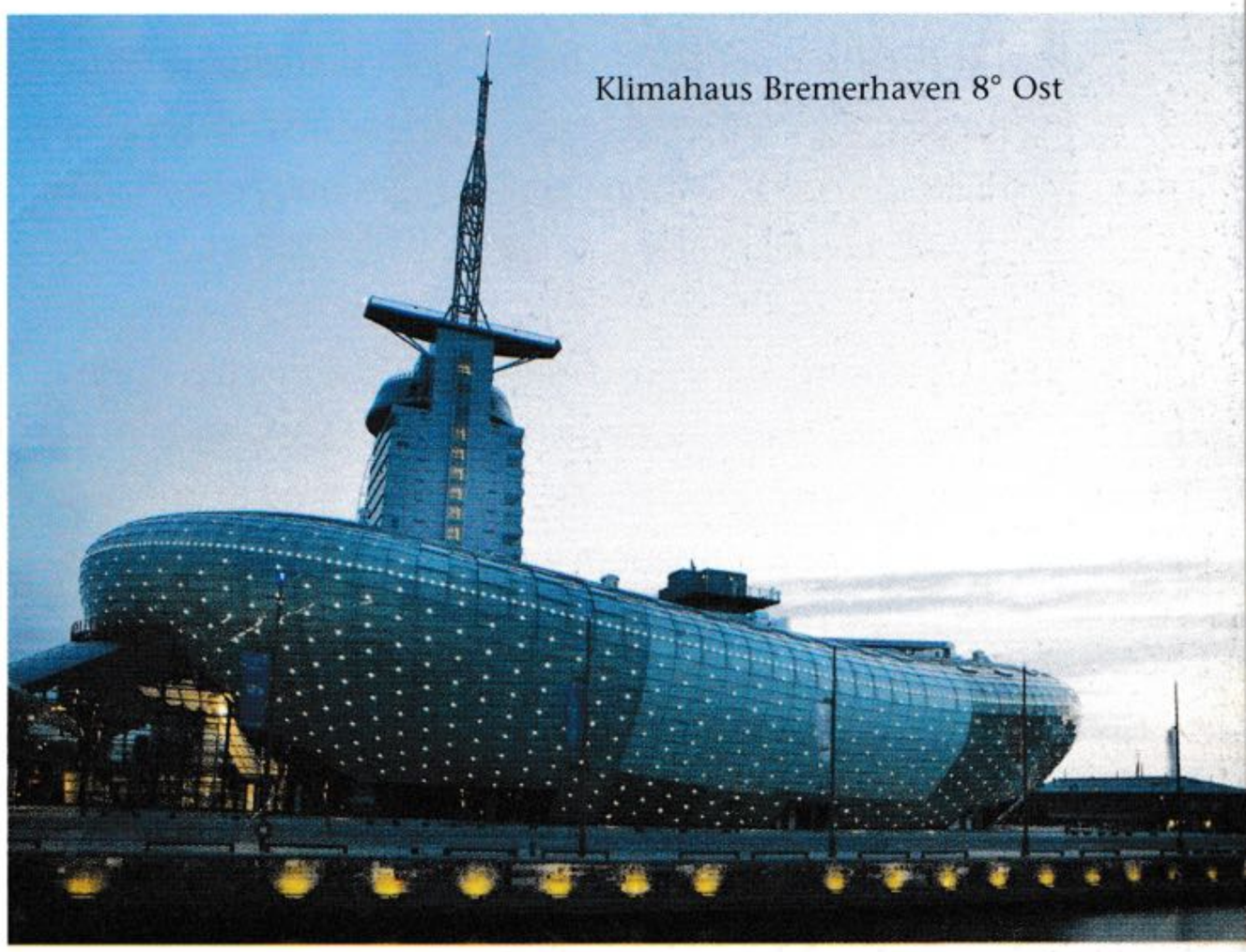
Das Deutsche Auswandererhaus in Bremerhaven macht über 300 Jahre Ein- und Auswanderungsgeschichte erlebbar. Anhand von exemplarischen Biografien können sich die Besucher in die Menschen hineinversetzen, die in die Neue Welt aufbrachen oder in Deutschland auf ein besseres Leben hofften. Das mit dem Europäischen Museumspreis 2007 ausgezeichnete Erlebnismuseum verbindet somit Vergangenheit und Gegenwart.

Mecklenburg-Vorpommern

Mit der Vereinigung wieder entstandenes Bundesland. – Mit 71 Einwohnern pro km² das am dünnsten besiedelte Bundesland. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25.

Schwerin (= Landeshauptstadt): 95 000 Einwohner; Rostock: 203 000 Einwohner; Neubrandenburg: 66 000 Einwohner; Stralsund: 58 000 Einwohner

Aus der Geschichte: Im Dreißigjährigen Krieg (1618–1648) wurden Mecklenburg und Pommern stark verwüstet. Vorpommern und die Insel Rügen gehörten von 1648 (Westfälischer Frieden) bis 1803 zu Schweden. Nach 1815 war ganz Pommern eine Provinz des Königreichs Preußen. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand 1945 das westlich der Oder liegende Land Mecklenburg-Vorpommern. Die östlich dieser Linie liegenden Teile Pommerns sowie das südlich davon gelegene Schlesien gehören heute zu Polen.


Klimahaus Bremerhaven 8° Ost

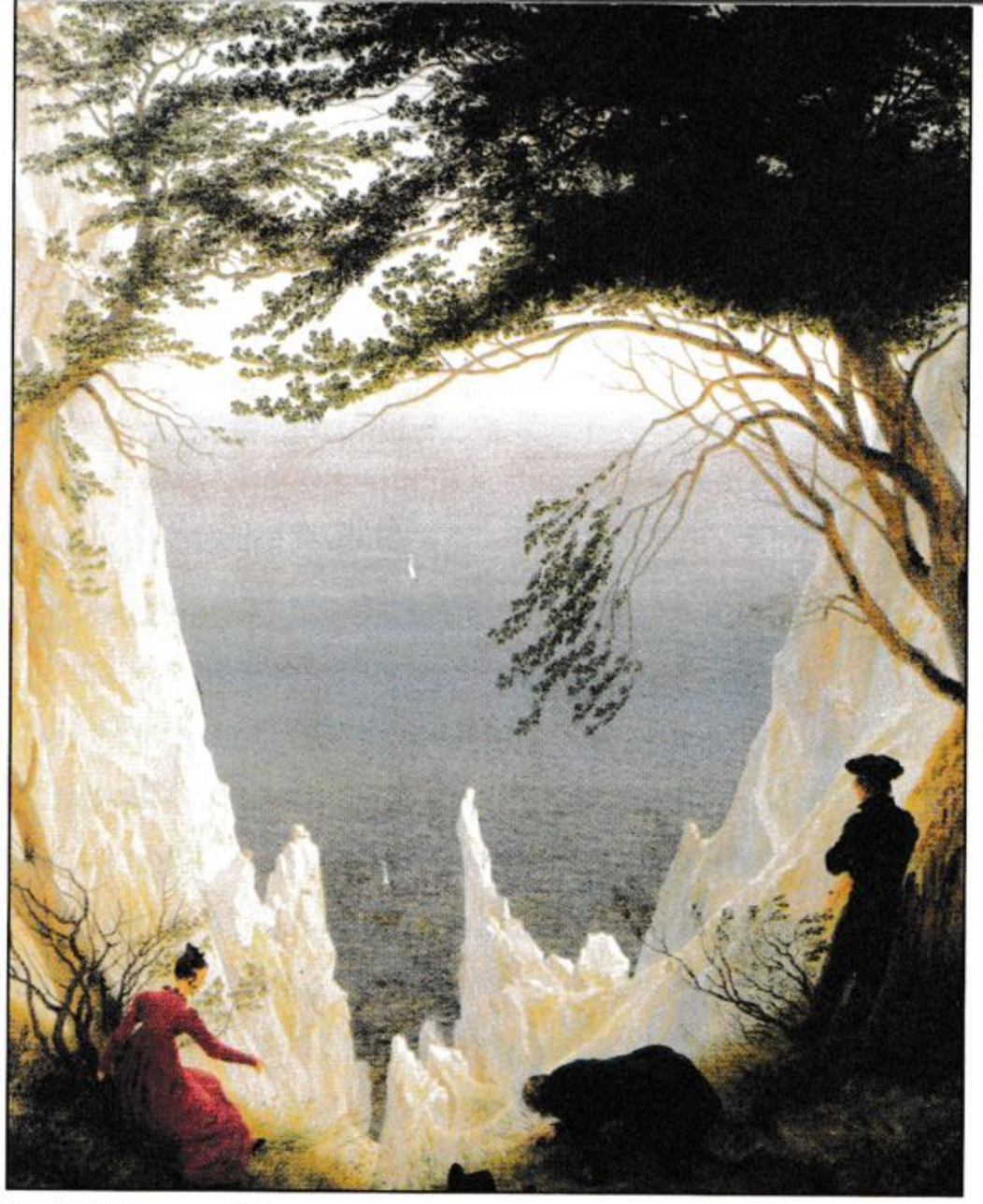
→ Das Stichwort

Oder-Neiße-Grenze

Im Potsdamer Abkommen 1945 festgelegte und 1990 endgültig anerkannte deutsche Ostgrenze.

Landschaft und Naturschutz: Die langen Strände und Dünen der Ostseeküste, die Inseln Rügen mit den berühmten Kreidefelsen (S. 23), Hiddensee und Usedom und die ca. 650 Seen der Mecklenburgischen Seenplatte sind ideale Freizeit- und Erholungsgebiete. Die Kanäle und Flüsse sind so miteinander verbunden, dass man auf dem Wasser bis hinein nach Berlin fahren kann. Typisch sind die schönen alten Alleen, die noch nicht dem Straßenbau zum Opfer gefallen sind. Die Müritz ist mit 113 Quadratkilometern nach dem Bodensee der größte See in Deutschland. Im Müritz-Nationalpark „Ostufer" leben seltene Vogelarten, Kraniche, Eisvögel und sogar Fischadler. Auf der Insel Rügen, der größten deutschen Insel, haben sich seltene Pflanzen erhalten. Besorgt beobachten Naturschützer aber einen Bauboom, der viele große Hotels und Ferienhäuser entstehen lässt.

Wirtschaft: Mecklenburg-Vorpommern ist ein Agrarland. Wie in der ganzen ehemaligen DDR wurde in den Fünfzigerjahren nach sowjetischem Muster umstrukturiert: Die Kleinbauern wurden gezwungen, in großräumige LPGs (= Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften) einzutreten.
Nach der Wende fand wiederum eine Umstrukturierung der Landwirtschaft statt: Äcker, Wiesen, Wälder und alles weitere Vermögen der DDR wurden privatisiert, d.h. verkauft. Private bäuerliche Betriebe bewirtschaften heute einen Teil der Fläche; der größere Teil wird von den Nachfolgebetrieben der LPGs in der Rechtsform der Genossenschaft (= Gesellschaft, deren Mitglieder gemeinschaftlich einen Geschäftsbetrieb führen und Geschäftsanteile besitzen) oder einer GmbH (= Gesellschaft mit beschränkter Haftung) bestellt.



Kreidefelsen auf Rügen: Gemälde von C. D. Friedrich (ca. 1818), Inbegriff deutscher Romantik

Die Arbeitslosigkeit ist hier von allen Bundesländern am höchsten, die durchschnittliche Bezahlung am niedrigsten, aber die Abwanderung ist gestoppt und mancher kehrt auch zurück.
Und es gibt doch viele Lichtblicke in „Meck-Pomm": Firmengründungen und unternehmerische Dynamik. Innovative Firmen der Biotechnologie-Forschung sind in Rostock gegründet worden. Daraus entstand das sogenannte BioCon Valley in Mecklenburg-Vorpommern, der zentrale Ansprechpartner für Biotechnologie, Biowissenschaften und Medizintechnik im Nordosten Deutschlands. BioCon Valley zeichnet sich aus durch eine enge Vernetzung zwischen Forschern und Firmen in der Region und eine optimale Infrastruktur in den Gründerzentren Greifswald, Rostock, Neubrandenburg. Seit 1996

sind viele Firmen neu gestartet und haben Hunderte von Arbeitsplätzen geschaffen.

Die Werften in Stralsund, Wismar und Rostock-Warnemünde konnten sich nicht behaupten, wurden insolvent und verkauft. Es entstehen Shopping-Zentren auf Teilen der Werkgelände. Gebaut werden Flussschiffe und vor allem Nordsee-Plattformen, z.B. für Siemens.

Eine große Rolle bei der umweltverträglichen Energiegewinnung spielt die Herstellung von Windkraftanlagen. In Mecklenburg-Vorpommern können bereits bis zu 40% des Strombedarfs durch Windenergie gedeckt werden. Das Land will als erstes Bundesland komplett auf alternative Energien umsteigen. Aber auch konventionelle Energie macht hier Schlagzeilen: In der Nähe von Greifswald geht die neue 1224 Kilometer lange Nord-Stream-Pipeline durch die Ostsee an Land, die Deutschland und Westeuropa mit russischem Gas versorgt.

Städte: Schwerins Aushängeschild ist sein prächtiges Schloss, das die Herzöge von Mecklenburg auf einer Insel im Schweriner See im 17. Jahrhundert erbauen ließen. Es ist Sitz des Landtags.

Schweriner Schloss

Rostock, seit 1990 wieder Hansestadt, ist geprägt vom Hafen und der Werftindustrie. Fährverbindungen schaffen enge Kontakte zu den skandinavischen Ländern.
Die Universität gehört zu den ältesten in Deutschland (gegründet 1419).
Wie Rostock, Greifswald (Universitätsstadt seit 1456) und Wismar war Stralsund eine reiche Kaufmannsstadt. Mit der Insel Rügen verbindet die Stadt ein über 60 Jahre alter Damm und eine hochmoderne Brücke.
Aus dem Mittelalter sind noch Teile der Altstadt erhalten geblieben; viele Häuser stehen unter Denkmalschutz. Sehenswert sind im Zentrum die alten Bürgerhäuser und das Rathaus in typisch norddeutscher Backsteingotik. Wertvolle Zeugnisse aus der Hansezeit und der kulturelle Einfluss der Schwedenzeit sind zu entdecken.
Erhaltenswert sind auch die 2000 Burgen, Schlösser und Herrenhäuser des Landes, deren Restaurierung aber erhebliche Geldmittel erfordert.

Stralsund - Alter Markt
(Rathaus und Nikolaikirche)

→ Das Stichwort Backsteingotik

„Backstein" ist ein altes Wort für „Ziegel". Seit dem 12. Jahrhundert Bauweise in Nord- und Ostdeutschland sowie in Skandinavien. Kirchliche und weltliche Bauwerke.

Brandenburg

Mit der Vereinigung wieder entstandenes Bundesland. – Das größte der neuen Bundesländer. – Fläche und Bevölkerung (siehe S. 25.) Potsdam (= Landeshauptstadt): 164 000 Einwohner; Cottbus: 102 000 Einwohner; Brandenburg: 71 000 Einwohner; Frankfurt/Oder: 61 000 Einwohner

Schloss Sanssouci

Brandenburg ist das Umland der Hauptstadt Berlin, die genau in seiner geografischen Mitte liegt. Hauptstadt von Brandenburg ist aber nicht Berlin, sondern Potsdam. Die Pläne, Berlin und Brandenburg zu einem Bundesland zusammenzufassen, werden immer wieder diskutiert.

Aus der Geschichte: Aus dem Kurfürstentum Brandenburg wurde 1701 das Königreich Preußen. Lange Zeit war dieses dünn besiedelte Land wirtschaftlich rückständig. Deshalb wurden im 17. und 18. Jahrhundert eine große Zahl von verfolgten Protestanten in das „aufgeklärte" Preußen geholt. Holländische Einwanderer, Protestanten aus Salzburg und Hugenotten aus Frankreich brachten ihre Kenntnisse und Fähigkeiten mit und trugen zum Aufschwung Brandenburgs bei.

Landschaft: Brandenburgs Landschaft besteht aus Wäldern, Flüssen, etwa 3000 Seen und kargen Sandböden. Einzigartig ist der Spreewald, eine Landschaft mit unzähligen Wasserarmen und vielen kleinen Siedlungen. Theodor Fontane, Schriftsteller des 19. Jahrhunderts, beschrieb dieses Gebiet in seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg" (1862–1882).

Wirtschaft: Brandenburgs Wirtschaft kommt langsam in Gang. Wenn man sich aber vom Speckgürtel um Berlin entfernt, bestimmen dünne Besiedlung und Arbeitslosigkeit das Bild. Brandenburg tut viel, um Rückkehrern Jobs anzubieten und Privatinitiativen zu unterstützen. Ostdeutsche Kommunen haben nämlich geringere Steuereinnahmen als vergleichbare westdeutsche. Brandenburg setzt seit kurzem auf den Ausbau erneuerbarer Energien und ist ein bedeutender Standort von Windenergieanlagen geworden. Gleichzeitig hält das Land aber noch an der Stromerzeugung durch Braunkohle fest und genehmigt sogar einen neuen Tagebau. Die klimaschädliche Braunkohle hat allerdings wenig Zukunft.
Frankfurt (Oder), die Stadt der Europa-Universität Viadrina (Schwerpunkt Kontakte zu Polen), nennt sich auch „Kleiststadt", denn der Dichter Heinrich von Kleist ist hier im Jahr 1777 geboren. Die Stadt ist Standort von Firmen der Mikroelektronik.

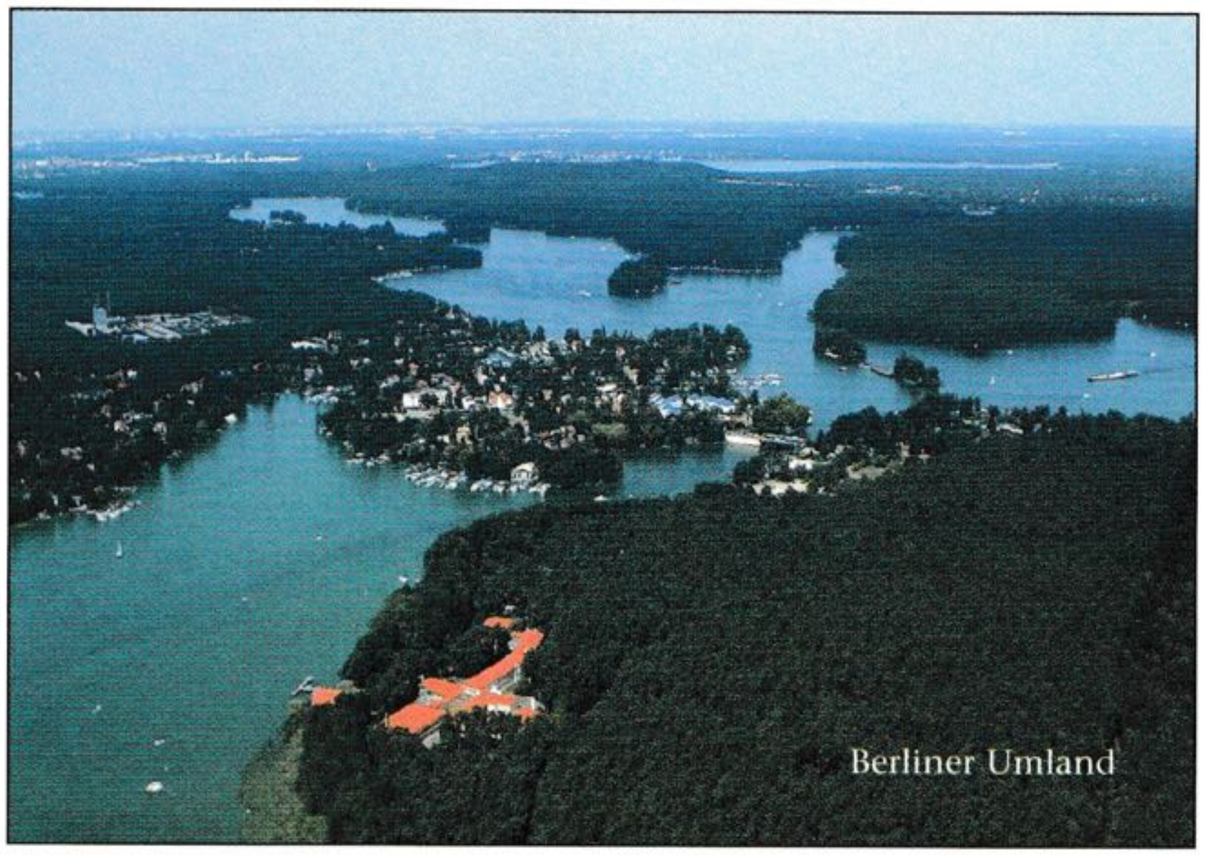
Die Landeshauptstadt: Potsdam hat eine wechselvolle Geschichte. Die Stadt war Residenz der preußischen Herrscher. Hier ließ Friedrich der Große (1712–1786) von seinem Architekten Knobelsdorff nach eigenen Skizzen das berühmte Schloss Sanssouci erbauen, das sein Lieblingsaufenthalt wurde. Hier führte er philosophische Gespräche mit Voltaire und lud berühmte Männer wie Johann Sebastian Bach ein.

Nicht zufällig fand in dieser Stadt, die so eng mit der preußisch-deutschen Geschichte verknüpft ist, nach Ende des Zweiten Weltkriegs die Potsdamer Konferenz statt. Truman (USA), Stalin (UdSSR) und Churchill (Großbritannien) trafen sich mit ihren Außenministern im Schloss Cecilienhof, das heute ein viel besuchtes Museum ist. Das Potsdamer Abkommen regelte 1945 die Aufteilung des besiegten Deutschen Reichs in vier Besatzungszonen, die neuen Grenzen (siehe Stichwort „Oder-Neiße-Grenze", S. 32) und die Aburteilung der Kriegsverbrecher (siehe S. 163).
Potsdam ist der Sitz vieler Forschungsunternehmen der Biotechnologie. Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) erforscht Fragen des Klimawandels, der Klimafolgen und der nachhaltigen Entwicklung.
Die Technische Universität Cottbus ist die jüngste in Deutschland. Die zahlreichen ausländischen Studenten loben sie wegen der modernen Einrichtungen und der guten Studienbedingungen.

Berlin

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 wurden Berlin-Ost und Berlin-West wiedervereinigt. Berlin ist Hauptstadt und Bundesland (Stadtstaat). – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25.

Brandenburger Tor mit Mauer, (Westseite vor der Wende)

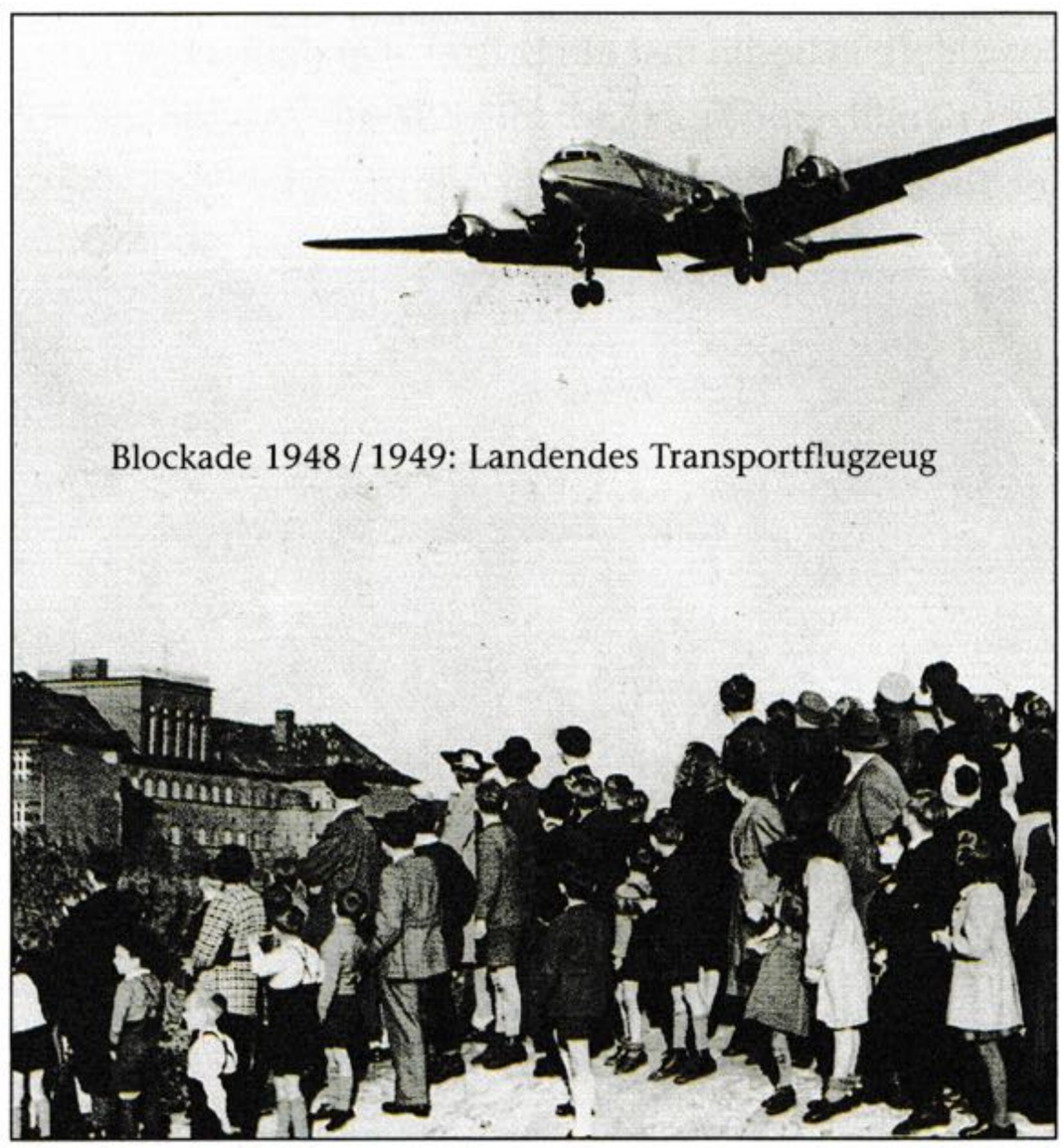

Berliner Umland

Aus der Geschichte: Berlin wurde 1237 erstmals urkundlich erwähnt, also relativ spät. Erst im 17. Jahrhundert trat die Stadt aus ihrem Schattendasein heraus und wurde ein wichtiger Handelsplatz. Im 18. Jahrhundert spielten Preußen und seine Hauptstadt besonders unter Friedrich II. eine zentrale Rolle auf Europas Bühne. 1871 wurde Berlin Hauptstadt des neu gegründeten Deutschen Reichs. Sie war auch die Hauptstadt des sogenannten Dritten Reichs (1933–1945); hier festigte Adolf Hitler seine Diktatur und löste den verheerenden Zweiten Weltkrieg aus.

1933 lebte in Berlin fast ein Drittel aller deutschen Juden, nämlich 160 000. Jüdische Künstler, Wissenschaftler, Theaterleute, Verleger und Schriftsteller begründe-

ten den Weltruhm Berlins als Kulturstadt entscheidend mit. Der Maler Max Liebermann, der Theatermann Max Reinhardt, Albert Einstein, die Schriftsteller Alfred Döblin und Kurt Tucholsky seien stellvertretend dafür genannt. Sie fühlten sich als Teil des liberalen oder auch konservativen Bürgertums und waren Deutsche, bis die Katastrophe des „Dritten Reichs" über sie hereinbrach. Heute hat die Jüdische Gemeinde von Berlin wieder 12 000 Mitglieder und ist damit die größte in Deutschland. Viele sind bemüht, die Tradition auf neuer Grundlage wieder zu beleben. Äußeres Zeichen war am 7. Mai 1995 die Wiedereröffnung der „Neuen Synagoge" und des Gemeindezentrums als Kultur- und Begegnungsstätte.

Die Bombenangriffe und die Kämpfe der letzten Kriegstage 1945 machten aus Berlin einen Trümmerhaufen. Noch heute sind die Folgen der Zerstörung deutlich sichtbar.
Nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs wurde Berlin in vier Sektoren aufgeteilt: den amerikanischen, englischen, französischen und russischen. Die Sektoren



Blockade 1948 / 1949: Landendes Transportflugzeug

Auf dem Berliner Opernplatz, wo 1933 Bücher verbrannten, ist heute eine Platte in das Pflaster eingelassen mit folgender Aufschrift: „In der Mitte dieses Platzes verbrannten am 10. Mai 1933 nationalistische Studenten die Werke Hunderter freier Schriftsteller, Publizisten, Philosophen und Wissenschaftler."

wurden vom Alliierten Kontrollrat verwaltet. Aber schon bald begann die Teilung in einen demokratisch regierten Westteil und einen kommunistischen Ostteil. Stalin versuchte, ganz Berlin in seine Gewalt zu bringen, und verhängte eine Blockade. Amerikanische und englische Flugzeuge versorgten die Westsektoren fast elf Monate lang über eine Luftbrücke. Sogenannte Rosinenbomber landeten mitten in der Stadt auf dem Flughafen Tempelhof, dem ältesten Flughafen der Welt, der erst 2008 geschlossen wurde. Heute ist er ein alternatives Freizeitgelände.
Nach Beendigung der Blockade begann der Wiederaufbau. West-Berlin wurde eine „Insel", umgeben von der DDR. Berlin-Ost wurde die Hauptstadt der DDR.
Bis 1961 verließen Hunderttausende von Flüchtlingen über West-Berlin den Ostteil des Landes. Um den wirtschaftlichen Ruin zu verhindern, errichtete die DDR am 13. August 1961 die Mauer und riegelte West-Berlin von seinem Umland ab. Dies lag auch im strategischen Interesse der Sowjetunion, denn die Grenze trennte nicht nur zwei Staaten, sondern auch zwei Bündnissysteme: die Nato im Westen und den Warschauer Pakt im Osten.
Berlin blieb über Transitautobahnen, -wasserstraßen und -bahnverbindungen mit der Bundesrepublik verbunden; in Luftkorridoren wurde der Luftverkehr abgewickelt. Die Westmächte bestanden über Jahrzehnte hinweg auf ihren Rechten aus dem Vier-Mächte-Status. Der amerika-

Bundeskanzleramt

nische Präsident John F. Kennedy hielt in Berlin vor dem Rathaus seine berühmte Rede, in der er sich mit den Berliner Bürgern solidarisierte: „Ich bin ein Berliner." Als am 9. November 1989 die Mauer fiel, durchlebte Berlin bewegende Tage, die Menschen beider Teile wieder zusammenführte. Das erste gemeinsame Silvester wurde ein großartiges Fest am Brandenburger Tor, das von einem Feuerwerk gekrönt war (siehe auch S. 164). Es wird jedes Jahr wieder gefeiert.

Die Entscheidung, Berlin wieder zum Regierungssitz zu machen, zieht gigantische städtebauliche Maßnahmen nach sich. Zurzeit ist Berlin Europas größte Baustelle. Traditionelle und moderne Stadtmodelle, z.B. Baugemeinschaften (mehrere Familien bauen gemeinsam), Wiederinstandsetzung und neue Glitzerfassaden bilden eine eindrucksvolle Melange.
Der 1884 bis 94 erbaute Reichstag ist für den Bundestag umgebaut worden. Das alte Botschaftsviertel ist neu entstanden: Russland, die USA, Frankreich und Großbritannien konnten auf Grundstücke zurückgreifen, die ihnen schon vor dem Krieg gehörten, und bauten hier ihre Botschaften. Wo früher der Lehrter Bahnhof stand – heute nicht weit vom Kanzleramt –, wurde der Hauptbahnhof Berlins, Europas größter Kreuzungsbahnhof gebaut. Hier treffen sich die ICE-Züge aus allen Himmelsrichtungen, U- und S-Bahnen unter einem raumbildenden Glasdach. Aus Grenz- und Todesstreifen werden wieder lebendige Viertel.

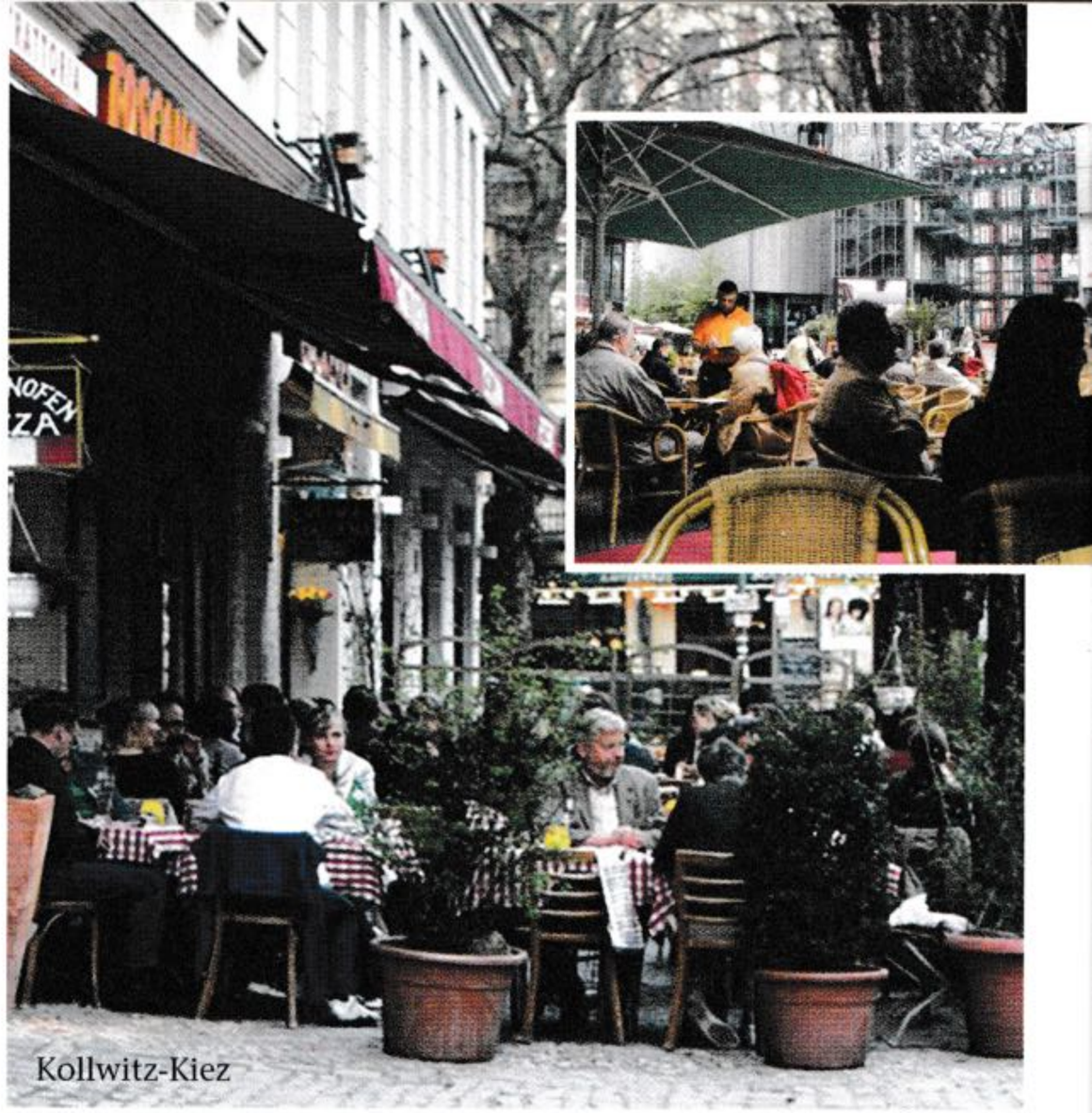
Reichstag

→ Das Stichwort Humboldt-Forum

Auf der Fläche des Stadtschlosses der preußischen Könige (abgerissen 1950) stand der Palast der Republik, Sitz der DDR Volkskammer und kultureller Mittelpunkt. Der Palast wurde 30 Jahre nach seiner Eröffnung abgebaut und über die Spree abgetragen.
Hier entsteht nun hinter der rekonstruierten Fassade des barocken Stadtschlosses das Humboldt-Forum, das 2019 eröffnet werden soll. Die außereuropäischen Sammlungen der Stiftung preußischer Kulturbesitz werden die Weltkulturen ins Haus holen. Neben dem Museum werden die Humboldt-Universität und die Präsentation der Stadt Berlin einziehen.

Auf dem Schlossplatz soll das Einheitsdenkmal errichtet werden. In Leipzig, wo die friedliche Revolution begann, soll ein Freiheits- und Einheitsdenkmal entstehen. Für die Leipziger wäre allerdings nicht der 3. Oktober (der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik), sondern der 9. November (Tag des Mauerfalls) das bessere Datum für den Nationalfeiertag gewesen.

Potsdamer Platz.



Kollwitz-Kiez

→Das Stichwort Brandenburger Tor
Wahrzeichen der Stadt. Nach dem Vorbild der Propyläen der Athener Akropolis Ende des 18. Jahrhunderts gebaut. Stand vor der Wiedervereinigung im Ostteil der Stadt; die Mauer verlief in unmittelbarer Nähe.

In den letzten Jahren hat Berlin einen erstaunlichen Wandel durchgemacht. Viele Neu-Berliner sind in die Stadt gekommen: Abgeordnete, Künstler, Kunstsammler, Botschaftsangehörige, Medienleute. Die Alt-Berliner hat es dagegen mehr in die Umgebung gezogen. Berlin wird internationaler, bürgerlicher, ist kreativ, nicht elitär. Viele sind davon überzeugt, dass Berlin einmal eines der wichtigsten Metropolen Europas sein wird. Der Ost- und der Westteil wachsen zusammen, auch wenn die Bevölkerung das Gefühl hat, dass die Unterschiede noch deutlich sind.

Wirtschaft: Berlin war traditionell Sitz der Elektroindustrie (Siemens), der chemischen Industrie und der Bekleidungsindustrie. In den Jahren der Teilung haben viele Firmen die Stadt verlassen.
Berlin ist außerdem Wissenschaftsstadt, Stadt der Verlage und eine internationale Kongress- und Messestadt. Die drei Universitäten sind die Humboldt-Universität im Ostteil der Stadt sowie die Freie Universität und die Technische Universität im Westen. Hier angesiedelt sind bekannte Forschungsinstitute, die auf eine lange Tradition zurückblicken können, und das Technologie-Zentrum der Fraunhofer-Gesellschaft.

Berlin ist heute hoffnungslos überschuldet. Beamte und Staatsdiener brauchen 90% der Einnahmen auf. Schuld ist die Subventionspolitik der Zeit vor der Wende, die zähe Gewohnheiten geschaffen hat. Berlin war immer im Ausnahmezustand; deshalb tickt die Stadt auch heute noch anders und nimmt Chaos und Pleiten nicht so ernst.
Die Stadt beherbergt Bürgerlichkeit und Problembezirke wie den sogenannten Kiez in Kreuzberg, „Klein-Istanbul" genannt, nebeneinander. Kleine Unternehmen haben sich etabliert, Auto-Werkstätten, Bistros , Restaurants. In Berlin entwickelt sich aber auch wieder eine mittelständische Industriekultur.

East Side Gallery: weltbekannte Open Air Gallery auf dem längsten noch erhaltenen Teil der Mauer. Künstler dokumentierten hier die politische Wende, die Euphorie über die friedlich erkämpfte Freiheit und ihre Wünsche und Hoffnungen für eine bessere Gesellschaft (Ausschnitt).

Kultur: Berlin ist auch in den Jahren der Teilung kultureller Mittelpunkt gewesen. Seit die Stadt wiedervereinigt ist, gehen viele internationale Künstler nach Berlin; hier gibt es Dutzende von Theatern, Museen in großer Zahl (siehe S. 133f.), drei Opernhäuser, das Berliner Staatsballett und mehrere große Orchester, darunter die Berliner Philharmoniker. Wie in der Kinoszene existiert auch bei den Berliner Theatern eine Off-Theater-Szene, d.h. freie Theatergruppen und Kulturfabriken. Hier findet auch politisches Theater statt.

Berlin hat alles: Hochkultur, Clubkultur und eine wohl einzigartige alternative Szene-Kultur. 6500 Kneipen, originelle Nachtclubs und Bars hat die Stadt zu bieten. Zuwanderung und linke Tradition haben hier ein eigenes Flair geschaffen. Die Stadt hat Künstler, Aussteiger und kreative Individualisten angezogen, die Freiheit und weniger soziale Sicherheit wollen. Dadurch ist Berlin zu einem Hotspot der Start-up-Szene von Internetfirmen geworden. Immer mehr Gründer suchen in Berlin ihr Glück.
Für junge Leute ist Berlin die Party-Hauptstadt. Sie ist Nummer eins der Raver, der Pop- und Techno-Kultur und Mekka des Jazz. Eine Besonderheit sind die ca. 900 Spätkauf-Märkte (Späti genannt), in denen man sich für die nächtlichen Touren versorgen kann.

Sachsen-Anhalt

Mit der Vereinigung wieder entstandenes Bundesland. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25. Magdeburg (= Landeshauptstadt): 231 000 Einwohner; Halle: 232 000 Einwohner; Wittenberg: 50 000 Einwohner; Dessau: 89 000 Einwohner

Aus der Geschichte: Die Elbe war vor der Jahrtausendwende die Grenze zu den slawischen Siedlungsgebieten, z.B. der Sorben (siehe S.15). Dann nahmen vor allem die Sachsen das Land östlich der Elbe in Besitz und kolonisierten es. Dabei war das Erzbistum Magdeburg der Ausgangspunkt für die Missionierung.
Martin Luther schlug im Jahr 1517 seine 95 Thesen an die Schlosskirche von Wittenberg an. Das war der Beginn der Reformation. In der Schlosskirche, die in der Folgezeit ausbrannte und wieder neu aufgebaut wurde, befindet sich sein Grab und das seines Mitstreiters Philipp Melanchthon.

Landschaft und Sagen: Der Westteil von Sachsen-Anhalt ist landschaftlich sehr reizvoll. Hier liegt die höchste Erhebung des Harzes, der Brocken mit 1142 Metern. In einer waldreichen, von Schluchten durchzogenen Gebirgslandschaft kann man zum „Hexentanzplatz" wandern. Das ist eine sagenumwobene Kultstätte, an der in der Walpurgisnacht die Hexen auf ihrem Besen geritten und mit dem Teufel Feste gefeiert haben sollen. Die Walpurgisnacht ist die Nacht vor dem 1. Mai. Heute drängen sich hier zahlreiche Touristen. Auch Johann Wolfgang von Goethe hat den Brocken bestiegen; die Brocken-Sage wurde wesentlicher Bestandteil seiner „Faust"-Dichtung.

Braunkohlekraftwerk Schkopau

Die Altstadt von Quedlinburg wurde 1994 auf die Welterbeliste der Vereinten Nationen gesetzt.

Bekannt sind die Burgen und Schlösser von Sachsen-Anhalt. Touristische Anziehungskraft hat besonders das alte Quedlinburg mit seinen Fachwerkhäusern aus sechs Jahrhunderten. Viele Häuser waren verfallen und sind nach der Wende restauriert worden. Zur Jahrtausendfeier der Verleihung der Markt-, Münz- und Zollrechte wurden Teile der Altstadt Weltkulturerbe.

Wirtschaft: Sachsen-Anhalt war das Zentrum der chemischen Industrie und des Braunkohle- und Kaliabbaus. Das Land hatte schwer mit den katastrophalen ökologischen Folgen des industriellen Raubbaus der letzten Jahrzehnte der DDR zu kämpfen. Die Region um Bitterfeld gilt als das schlimmste Beispiel einer rücksichtslosen Industriepolitik. Aber das ist heute Vergangenheit. Die verseuchten Böden wurden abgetragen, ganze Landstriche wurden entgiftet und renaturiert. Die Goitzsche, das einst dreckigste Gewässer Deutschland, ist heute ein Badesee.
In Bitterfeld haben sich Unternehmen wie Bayer, Heraeus oder Degussa etabliert: Aspirin-Tabletten für den gesamten europäischen Markt kommen aus Bitterfeld. Förderprogramme, der Ausbau der Infrastruktur, der Forschungslandschaft und die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft haben dem Land eine langsame Erholung gebracht. Nach dem Aus der großen Kombinate ist die Wirtschaft in den neuen Bundesländern sonst eher von kleinen und mittleren Betrieben geprägt.

Ein Rückschlag waren die Insolvenzen der Solarindustrie. Die Abwanderung der Bevölkerung verlangsamte sich aber und so mancher kehrt inzwischen zurück. Dass das Land bei Kultur und Wissenschaft spart, gehört zu den negativen Entwicklungen. Proteste haben allerdings das bekannte Anhaltische Theater in Dessau von 1794 gerettet.

Städte: Mittelpunkt und Landeshauptstadt ist Magdeburg an der Elbe. Die 1200 Jahre alte Stadt ist Verkehrsknotenpunkt, Binnenhafen und Verwaltungszentrum. Das neue Wasserstraßenkreuz, das nach 70 Jahren jetzt den Mittellandkanal mit dem Elbe-Havel-Kanal verbindet und die Elbe über die modernste Schleuse Europas quert, hat den Wasserweg nach Berlin deutlich verbessert.
Im Zweiten Weltkrieg wurde die Innenstadt völlig in Schutt und Asche gelegt. Demzufolge ist das Stadtbild heute uneinheitlich: der Dom, das erste gotische Bauwerk, Plattenbauten neben Neubauten und zuletzt das Hundertwasserhaus mit seinen goldenen Türmen, an dem der österreichische Künstler noch kurz vor seinem Tode gearbeitet hat.
Auch Halle an der Saale blickt auf eine 1000-jährige Geschichte zurück. Im Mittelalter wurde sie reich durch die Salzgewinnung. Mit dem Dreißigjährigen Krieg kamen Unglück, Pest und Armut. Der Aufschwung begann 1694 mit der Gründung der Universität, die Zentrum der Aufklärung wurde. Auch die Ansiedlung der Hugenotten

aus Frankreich war ein großer Gewinn für Halle. Stolz sind die Bürger auf den berühmtesten Sohn der Stadt: Im Jahr 1685 wurde Georg Friedrich Händel in Halle geboren. – Zu Zeiten der DDR war Halle eine schmutzige Industriestadt. Schon seit Anfang der Achtzigerjahre hat sich deshalb das andere Halle artikuliert: durch eine aktive Umwelt- und Friedensbewegung. Heute ist Halle an der Saale vor allem ein Hochschulstandort mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Akademie der Wissenschaften Leopoldina.

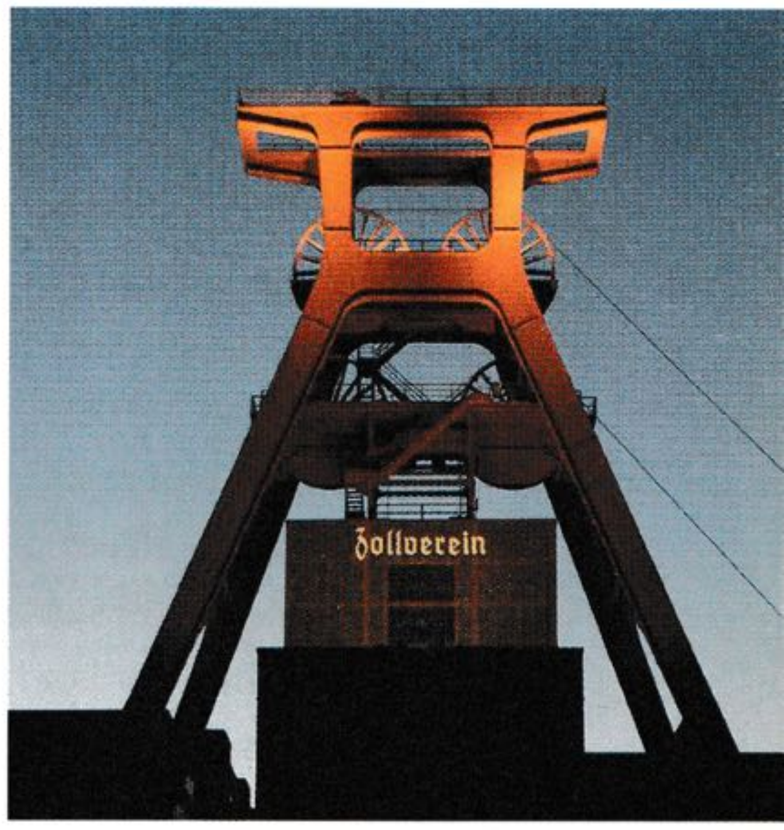
Nordrhein-Westfalen

Bevölkerungsreichstes Bundesland. – Eines der größten Industriegebiete mit dichtester Besiedlung. – Mehrere Großstädte. – Schwerindustrie. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25. Düsseldorf (= Landeshauptstadt): 594 000 Einwohner; Köln: 1 024 000 Einwohner; Aachen: 240 000 Einwohner

Aus der Geschichte: Während der Regierungszeit Julius Cäsars drangen die Römer bis an den Rhein vor, eroberten die linksrheinischen Gebiete und machten Köln zum Zentrum der römischen Provinz „Germania Inferior". Unter Karl dem Großen, König der Franken (748-814), wurde Aachen zur wichtigsten Stadt des Fränkischen Reichs. Seine Grabstätte war Krönungsort der deutschen Könige im Mittelalter.

Stadt und Land: Nordrhein-Westfalen hat zwei Gesichter: das dicht besiedelte Ruhrgebiet, in dem die Städte ineinander übergehen, und daneben ausgedehntes Grün, auch im Ruhrgebiet selbst. Viel wurde für das ökologische Gleichgewicht getan. Auch waldreiche Gegenden sind charakteristisch für Nordrhein-Westfalen: der Teutoburger Wald, die Eifel, das Bergische Land und das Sauerland.

Wirtschaft: Für die Schwerindustrie an Rhein und Ruhr, dem Ruhrgebiet, stehen die Namen Krupp und Thyssen. Bergbau und Stahlerzeugung sind im allgemeinen Strukturwandel der letzten zwanzig Jahre in eine Krise geraten. Die subventionierte Steinkohleförderung wird bis 2018 eingestellt.
In der Zeche Prosper-Haniel in Bottrop fördern zurzeit noch 4500 Kumpel 3,1 Mio. Tonnen Steinkohle pro Jahr, die über ein unterirdisches Straßennetz von 141 Kilometern ans Tageslicht gefördert werden.



Die Stadt Gelsenkirchen spiegelt die Entwicklung der letzten Jahrzehnte. Als 1995 das Ende der Kohleförderung gekommen war, begann der Abstieg.
Kultur im Ruhrgebiet ist nichts Abgehobenes, sondern bringt Menschen zusammen: mit Erlebnisprogrammen, Kulturpicknicken unter freiem Himmel, mit der Nacht der Industriekultur, Theater- und Filmveranstaltungen. Die frühere Kohlezeche Zollverein ist heute ein internationales Design- und Kulturzentrum.

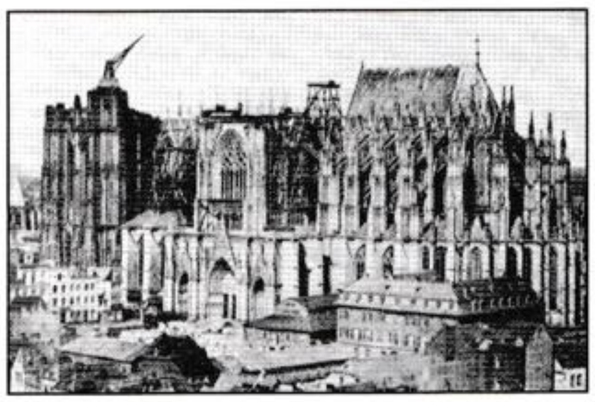
Städte: Großstädte sind u.a. Köln, Aachen, Essen, Dortmund, Düsseldorf, Duisburg.
Düsseldorf, die Landeshauptstadt, ist ein modernes internationales Handels- und Bankenzentrum. Mehrere tausend Firmen, darunter viele japanische, haben hier ihren Sitz. Attraktiv für den Besucher ist die Altstadt, die „längste Theke der Welt" genannt, mit ihren zahlreichen Gaststätten und Bars. Düsseldorf ist die Geburtsstadt von Heinrich Heine, dem Multitalent und kritischen Schriftsteller der Romantik, der bis heute Kontroversen hervorgerufen hat.

→ Das Stichwort Der Kölner Dom

Er wurde von 1248 bis 1880 erbaut und gilt als Meisterwerk gotischer Architektur. Die originalen Baupläne wurden während der gesamten Bauzeit nicht verändert.
1996 wurde er in die Liste des UNESCO-Welterbes eingetragen. Der Dom geriet vorübergehend auf die rote Liste der gefährdeten Kulturdenkmäler, weil geplante Hochhäuser auf der anderen Rheinseite die Stadtsilhouette mit dem Dom zerstört hätten. Das Prädikat der UNESCO ist verbunden mit Pflichten, die oft in Konflikt mit notwendigen Neuerungen geraten.

Köln, ebenso wie Düsseldorf am Rhein gelegen, ist eine der vier Millionenstädte in Deutschland. Sie ist wirtschaftlich abhängig von den Hochs und Tiefs des Automobilbaus (Ford), der Chemie und des Maschinenbaus. Ihre Vergangenheit reicht bis in die römische Zeit, ins Jahr 50, zurück. 1248 wurde mit dem Bau des Kölner Doms begonnen, der sich über 600 Jahre hinzog. Er ist das Wahrzeichen der Stadt.
In Köln gibt es weltberühmte Museen: das Römisch-Germanische Museum, das Wallraf-Richartz-Museum und das Museum Ludwig (siehe S. 134). Die Art Cologne, die älteste Kunstmesse der Welt im Wettbewerb mit London, Berlin und Basel, Treffpunkt für Künstler, Sammler und Galeristen, ist der klassischen Moderne und der Gegenwartskunst verpflichtet. Verschiedene Rundfunkanstalten senden von Köln aus: der WDR (Westdeutscher Rundfunk), die Deutsche Welle und der Unterhaltungsgigant RTL (siehe S. 95 ff.).
Höhepunkt des Jahres ist für die Kölner der Karneval, die „fünfte Jahreszeit", die zahllose Besucher aus dem In- und Ausland anzieht. Vor allem am Rosenmontag ist in Köln alles auf den Beinen. Über 100 Karnevalsgesellschaften sorgen für Frohsinn in den Sälen und auf der Straße. Die Vermarktung hat dem Karneval bisher nicht geschadet. Köln feiert sich selbst und seine Karnevalslieder: singen, trinken, tanzen, dazwischen „Bützchen geben", wie Küsschen geben heißt.

Nicht weit entfernt von Köln liegt Bonn, die ehemalige Hauptstadt der Bundesrepublik. Ihre Geschichte geht auf germanische und römische Siedlungen zurück. Vom 16. bis zum 18. Jahrhundert war sie Residenzstadt der kurfürstlichen Erzbischöfe von Köln. In Bonn wurde im Jahr 1770 Ludwig van Beethoven geboren.
Bonn ist heute Verwaltungsstadt und Stadt der Dienstleistungen (Telekom, Post, Postbank). Außerdem weht über Bonn die Flagge der Vereinten Nationen: 19 Organisationen, darunter die UNO-Flüchtlingshilfe und das



Der Kölner Dom, Wahrzeichen der Stadt, im Jahr 1855 ...

... und heute

Entfernungen in Deutschland	Aachen	Basel/CH	Berlin	Bonn	Braunschweig	Cuxhaven	Dortmund	Dresden	Flensburg	Frankfurt a.M.	Hamburg	Karlsruhe	Kassel	Konstanz	Leipzig	Lindau	Magdeburg	München	Nürnberg	Passau	Rostock	Saarbrücken	Würzburg
Aachen		549	638	93	418	468	148	625	655	255	490	358	309	588	567	645	506	643	486	711	661	260	381
Basel/CH	549		851	471	669	876	549	679	991	333	823	197	524	156	556	214	784	399	450	582	994	274	386
Berlin	638	851		600	232	488	493	199	455	540	285	658	390	734	186	711	142	585	415	613	228	794	480
Bonn	93	471	600		381	446	121	585	618	180	455	280	274	509	593	567	483	550	387	612	626	237	281
Braunschweig	416	669	232	381		264	271	293	367	343	199	472	153	676	192	662	82	605	430	655	370	538	336
Cuxhaven	468	876	486	448	264		338	557	148	551	129	685	380	900	462	889	346	832	657	882	300	684	563
Dortmund	148	549	493	121	271	338		555	508	224	349	368	174	584	497	644	353	614	439	664	520	353	333
Dresden	625	679	199	585	293	557	555		651	450	492	501	381	551	115	569	211	422	252	478	427	614	362
Flensburg	655	991	455	618	367	148	508	651		663	167	795	479	996	566	1054	449	928	753	978	279	861	659
Frankfurt a.M.	255	333	540	180	343	551	224	450	663		495	142	198	361	392	429	426	400	231	456	659	203	117
Hamburg	490	823	285	455	199	129	349	492	167	495		627	311	828	397	888	281	780	585	810	161	693	491
Karlsruhe	358	197	658	280	472	685	368	501	795	142	627		318	241	477	299	554	297	249	482	801	145	192
Kassel	309	524	390	274	153	380	174	381	479	198	311	318		529	330	587	235	461	286	511	485	268	192
Konstanz	588	156	734	509	676	900	584	551	996	361	828	241	529		558	42	624	210	290	392	962	317	348
Leipzig	567	556	186	593	192	462	497	115	566	392	397	477	330	558		556	117	444	266	492	410	628	384
Lindau	645	214	711	567	662	889	644	569	1054	429	888	299	587	42	566		634	185	300	353	939	374	326
Magdeburg	506	784	142	483	82	346	353	211	449	426	281	554	235	624	117	634		504	334	560	303	620	418
München	643	399	585	550	605	832	614	422	928	400	780	297	461	210	444	185	504		170	183	813	440	291
Nürnberg	486	450	415	387	430	657	439	252	753	231	585	249	286	290	266	300	334	170		226	643	362	110
Passau	711	582	613	612	655	882	664	478	978	456	810	482	511	392	492	353	560	183	226		841	590	335
Rostock	661	994	228	626	370	300	520	427	279	659	161	801	485	962	410	939	303	813	643	841		867	643
Saarbrücken	260	274	794	237	538	684	353	614	861	203	693	145	268	317	628	374	620	440	362	590	867		307
Würzburg	381	386	480	281	336	563	333	362	659	117	491	192	192	348	384	326	418	291	110	335	643	307	

Klimasekretariat, arbeiten in der Stadt am Rhein. Allen gemeinsam ist die Thematik „Nachhaltige Entwicklung". In einer großen Bandbreite von Klimawandel, Wüstenbildung, Artenschutz, Gesundheit, Sicherheit und Katastrophenvorsorge setzen sie sich für eine bessere Zukunft ein. Ihr Sitz ist der „Lange Eugen", das ehemalige Abgeordnetenhaus.

Beethoven vor der Beethovenhalle in Bonn: Titel „Beethon" von Klaus Kammerichs (1986)

Aachen, die westlichste deutsche Großstadt, war im 8. Jahrhundert die Lieblingspfalz Karls des Großen. Der Aachener Dom, ursprünglich die Pfalzkapelle, wurde 1978 als erstes deutsche Kulturdenkmal in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen. Heute wird der Karlspreis jährlich an eine Persönlichkeit verliehen, die sich für die Einigung Europas verdient gemacht hat.

AUFGABEN

Wenn Sie in Deutschland oder in einem Nachbarland leben, werden Sie Entfernungen ungefähr einschätzen können. Wer aber weiter entfernt wohnt, wird sich da nicht mehr so sicher sein.

1. Suchen Sie deshalb in der Tabelle oben die größte Nord-Süd-Strecke heraus.
2. Stellen Sie sich vor, Sie kommen auf dem Großflughafen Frankfurt/Main an und müssen noch weiterfahren. Wie weit ist es von Frankfurt nach Rostock, von Frankfurt nach Nürnberg, von Frankfurt nach Kassel?
3. „Berlin liegt näher an Warschau als an Paris." Stimmt das?

Hessen

Zusammen mit Thüringen in der Mitte Deutschlands gelegen. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25. – Wichtige industrielle Ballungszentren im Rhein-Main-Gebiet und im Großraum Kassel. Trotzdem 30% der Fläche Wald. Frankfurt/Main: 718 000 Einwohner; Wiesbaden (= Landeshauptstadt): 275 000 Einwohner

Klima und Landschaft: Hessen hat ein mildes Klima. Am Main, am Oberrhein und an der Bergstraße werden zu allen Jahreszeiten die im Vergleich höchsten Temperaturen von ganz Deutschland gemessen. Wesentlich rauer ist das Klima der Mittelgebirge: im Taunus, im Westerwald und auf der Rhön. Hessen verfügt über große Waldbestände und landwirtschaftlich genutzte Flächen im Wechsel mit bedeutenden Industriezonen. Hessens Heilbäder ziehen viele Gäste aus aller Welt an.

Wirtschaft: Hessen ist durch seine Wirtschaft ein relativ reiches Bundesland: Chemie- (Sanofi-Aventis), Auto-, Elektroindustrie und die Bankmetropole Frankfurt. Es ist begünstigt durch seine geografische Lage. Über Rhein und Main ist es an das Wasserstraßennetz angebunden. Der Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt ist ein europäisches Drehkreuz des Luftverkehrs.

Neubau der EZB in Frankfurt am Main

Städte: Hessens Hauptstadt Wiesbaden war wegen ihrer heißen Quellen schon bei den Römern beliebt. Im 18. und 19. Jahrhundert hielten sich hier Schriftsteller und Komponisten wie Goethe, Dostojewski oder Wagner auf.

Frankfurt am Main ist die Stadt mit den meisten Banken und der eindrucksvollsten Hochhaus-Skyline. Hier schlägt das ökonomische Herz der Republik. Frankfurt ist seit 1999 Sitz der Europäischen Zentralbank, die 2014 in einen neuen Büro-Doppelturm mit über 40 Stockwerken umgezogen ist. Die Mainmetropole ist damit zu einem der führenden Finanz- und Börsenmärkten neben London, Paris und New York aufgerückt. Frankfurt ist auch die Stadt der Verlage. Jährlich im Herbst findet die größte Buchmesse der Welt statt, auf der der Friedenspreis des deutschen Buchhandels verliehen wird.

→ Das Stichwort

Europäische Zentralbank (EZB)

Was die deutsche Bundesbank für die DM war, ist die Europäische Zentralbank für den Euro. Seit dem 1.1.99, dem Geburtstag des Euro, ist die EZB zuständig für die Geldpolitik in den Euroländern. Gemäß dem Vertrag zu Maastricht soll sie unabhängig sein und für eine stabile Währung sorgen. In der Euro-Krise ist sie die stabilisierende Institution. Sie nimmt zwar nach wie vor keinen politischen Einfluss auf die Reformen der Länder, kauft aber Staatsanleihen auf, stabilisiert mit ihrer Zinspolitik überschuldete Staaten und kontrolliert die wichtigsten Banken im Euroraum.

Frankfurt ist immer eine lebendige, weltoffene Stadt gewesen, in der verschiedene Traditionen und Religionen nebeneinander bestanden. 30 000 jüdische Mitbürger prägten vor dem Zweiten Weltkrieg das städtische Leben. Viele Stiftungen und sonstige Einrichtungen, z.B. Krankenhäuser, sind ohne sie nicht denkbar:

Das „alte" Frankfurt: Hauptwache und Katharinenkirche

Die Universität und das berühmte Kunstmuseum Städel wurden von jüdischen Bürgern gegründet. Frankfurt ist nicht zuletzt Goethes Geburtsstadt. Sein Geburtshaus wurde im Krieg zerstört; es ist mit viel Liebe zum Detail und im Geist der Zeit wieder aufgebaut worden. 1848 tagte in der Paulskirche das erste deutsche Parlament.

Fulda, nordöstlich von Frankfurt, besitzt ein von Bonifatius (siehe S. 160) 744 gegründetes Kloster, das im frühen Mittelalter ein wichtiges geistiges Zentrum war.

Thüringen

Mit der Vereinigung wieder entstandenes Bundesland. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25. Erfurt (= Landeshauptstadt): 206 000 Einwohner; Gera: 115 000 Einwohner; Jena: 105 000 Einwohner; Weimar: 66 000 Einwohner; Eisenach: 43 000 Einwohner

Aus der Geschichte: Im Mittelalter war Thüringen durch seine zentrale Lage Knotenpunkt wichtiger Handels- und Verkehrswege, die Städte waren wichtige Handelszentren. Im 18. Jahrhundert erlebte das Land seine Blütezeit. Herzog Carl August von Sachsen-Weimar holte Johann Wolfgang von Goethe und Friedrich Schiller nach Weimar, das zum geistigen Mittelpunkt wurde (siehe S. 110 ff.).

Wirtschaft: Der Mittelstand in Thüringen ist stark, d.h. es gibt viele kleine und mittlere Unternehmen. Sorgen macht, dass immer noch mehr Menschen abwandern als zuwandern. Facharbeiter fehlen, weil viele im benachbarten Bayern und Hessen Arbeit suchen.
Berühmt sind Werke wie Jena-Optronik (Instrumente zur Erdbeobachtung und Erforschung des Weltalls). Ein Mini-Labor, getragen von der Raumsonde „Rosetta", ist November 2014 auf einem Kometen gelandet. An Bord ist Weltraum-Präzisionstechnik aus Jena (siehe S. 152).

Jena-Optronik

Thüringen hat touristisch einmalig viel zu bieten: Weimar, Jena und die Wartburg sind lohnende Ziele für alle kulturell interessierten Besucher; die Besucherzahlen steigen.
In Thüringen gibt es über 30 000 Baudenkmäler, die es zu erhalten gilt bei schmalen Kassen. Die Gelder dafür stammen von Stiftungen, aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE), vom Städtebau und von Bürgern, die Fördergelder beantragen.

Landschaft: Zwischen Harz und Thüringer Wald erstrecken sich Erholungsgebiete, die zum Wandern und Skifahren einladen.
Der beliebteste Höhenwanderweg ist der Rennsteig.
Thüringen beteiligt sich seit 1991 an einer europaweit einheitlichen Methode der Waldschadenserhebung.
Der Waldzustand hat sich 2014 nicht gebessert, 33% der Bäume sind stark geschädigt, nur 32% gesund.

Städte: Jena ist eine traditionsreiche Universitätsstadt. Ihre Geschichte spiegelt verschiedene Epochen deutschen Geisteslebens wider: Friedrich Schiller bekam 1789 durch die Vermittlung Johann Wolfgang von Goethes eine Professur. Hier lehrten auch die Philosophen

Goethe in der Campagna (Gemälde von J.H.W. Tischbein, 1787)

Friedrich Hegel, Johann Gottlieb Fichte und Friedrich Schelling.
Auf der Wartburg bei Eisenach (siehe S.23) hielt sich 1521/1522 Martin Luther versteckt und übersetzte die Bibel ins Deutsche (siehe S. 16, 160). Der Komponist Johann Sebastian Bach wurde in Eisenach geboren.

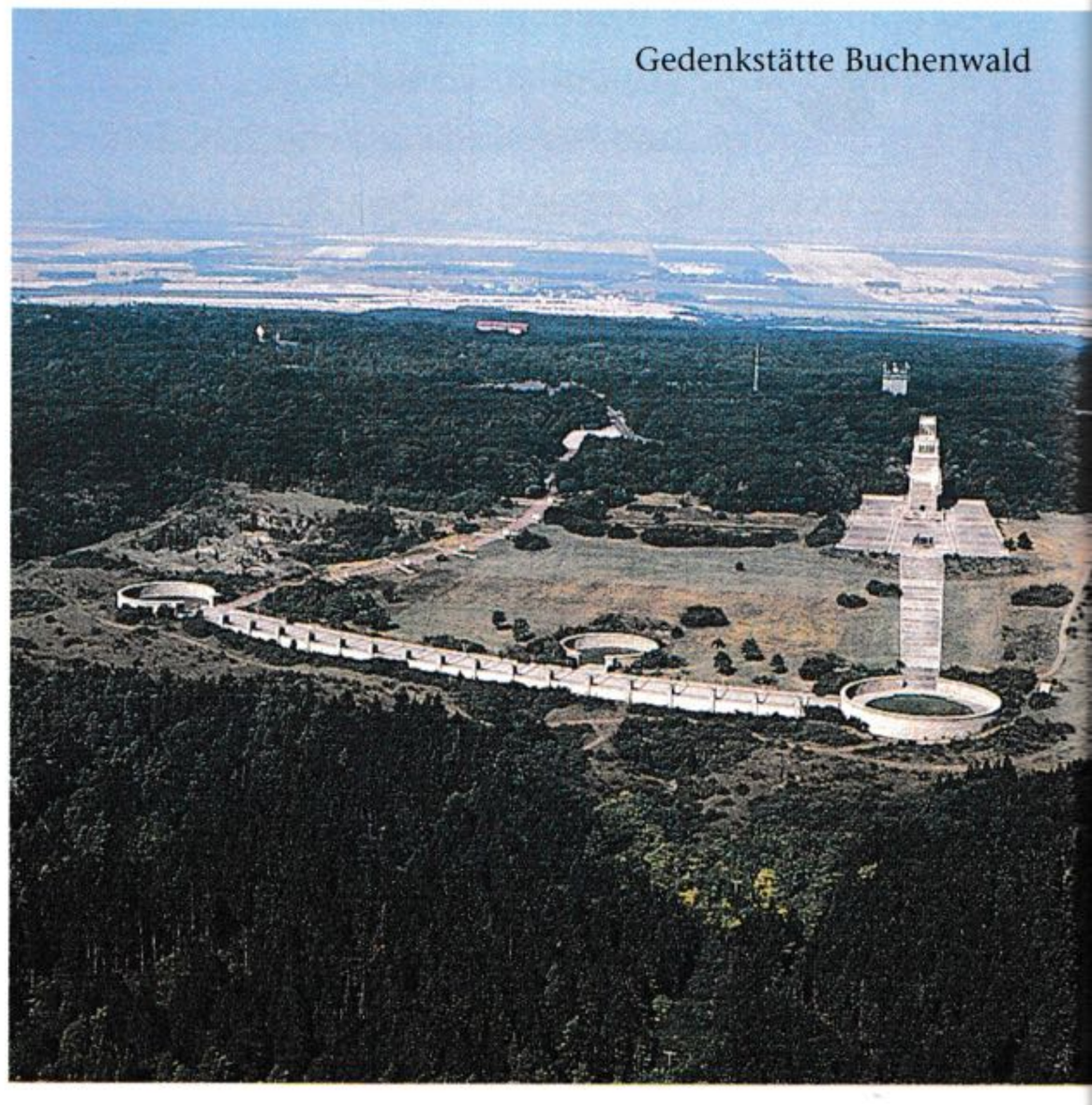
Mit Weimar assoziiert man vor allem die klassische deutsche Literatur, Johann Wolfgang von Goethe und Friedrich Schiller, ebenso Musik von Johann Sebastian Bach und Franz Liszt. Der Philosoph Friedrich Nietzsche verbrachte in Weimar seine letzten Lebensjahre. Auch Traditionen der Malerei – Lucas Cranach der Ältere – und der Architektur sind mit dem Namen Weimar verknüpft. Das Goethehaus und das Schillerhaus wurden im Zweiten Weltkrieg beschädigt, sind aber wieder restauriert. Auch Goethes Gartenhaus ist noch heute zu besichtigen.

→ Das Stichwort **Goethes Gartenhaus**

Das Gartenhaus ist ein beliebtes Touristenziel in Weimar. Dort sind Zeichnungen Goethes zu sehen und altes Mobiliar. Das Haus war ein Geschenk des Herzogs Carl August an Goethe. Der Dichter wohnte dort von 1776 bis 1782. Später zog er sich gern zum Schreiben dorthin zurück und lud Kinder von Bekannten zu Ostern zum „Haseneiersuchen" in den Garten ein.

Im Haus am Frauenplan entstanden viele von Goethes Dichtungen und wissenschaftlichen Werken. Er empfing in diesem geräumigen und elegant eingerichteten Haus Besucher aus aller Welt. Es kamen Schriftsteller, Künstler, Philosophen, Gelehrte in beeindruckender Zahl (siehe S. 110).

Vergangenheit und Gegenwart verbinden sich im Deutschen Nationaltheater. In diesem Gebäude wurde 1919 die Verfassung der ersten deutschen Republik, der Weimarer Republik, beschlossen (siehe S. 162).
Aber Weimar war nicht nur Inbegriff der Kultur und des Schönen. An die dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte erinnert die 1958 eingeweihte Mahn- und Gedenkstätte in Buchenwald. Auf dem Ettersberg nahe der Stadt befand sich ein Konzentrations- und Internierungslager – Symbol menschlicher Perversion und mutigen Widerstands.



Gedenkstätte Buchenwald

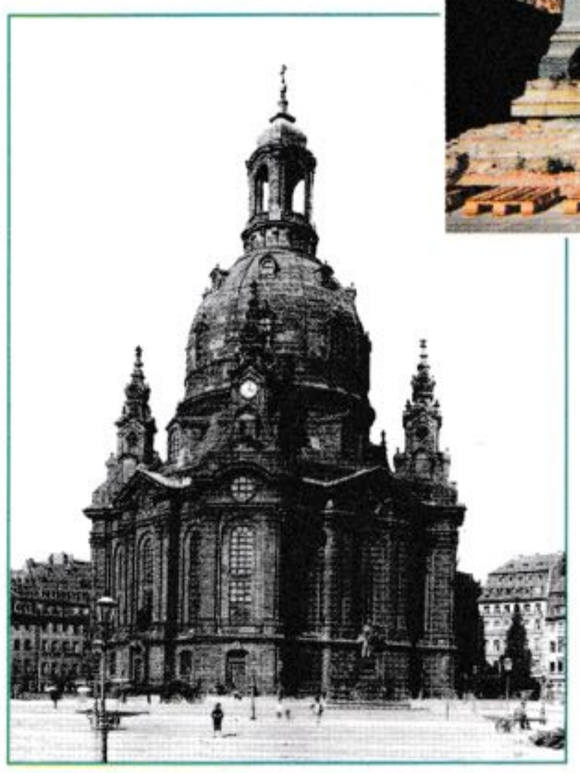
Sachsen

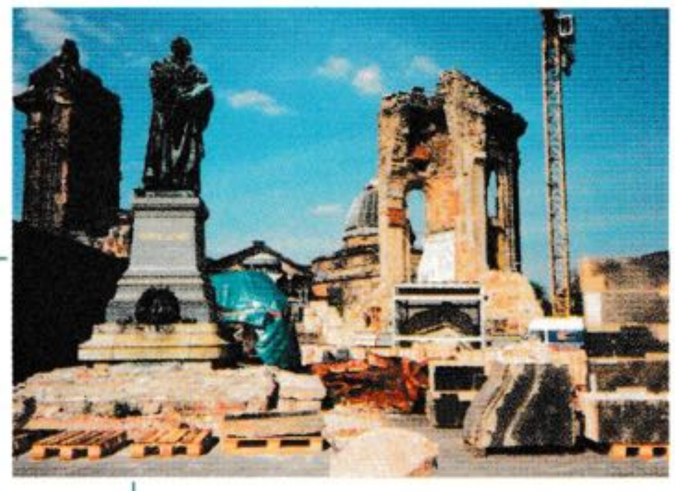
Mit der Vereinigung wieder entstandenes Bundesland. – Das am dichtesten besiedelte von den neuen Bundesländern und das wirtschaftlich stärkste. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25.
Dresden (= Landeshauptstadt): 536 000 Einwohner; Leipzig: 544 000 Einwohner; Chemnitz: 244 000 Einwohner; Zwickau: 104 000 Einwohner

Aus der Geschichte: Sachsen gab viele Impulse: kulturelle, soziale, politische, auch in unserer Zeit. Unter dem Kurfürsten August dem Starken (auch König von Polen, 1670–1733) erlebte Sachsen eine einmalige kulturelle Blüte (siehe S. 161).
Im 19. Jahrhundert gingen einschneidende soziale Entwicklungen von Sachsen aus. Während der Industrialisierung entstand in Leipzig die deutsche Arbeiterbewegung mit August Bebel und Wilhelm Liebknecht an der Spitze, die 1869 die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gründeten.
Auch in jüngster Zeit waren die Sachsen wieder an den Ereignissen beteiligt. 1989 gingen von den Friedensgebeten in der Leipziger Nikolaikirche und den Montagsdemonstrationen entscheidende Anstöße für die politische Wende aus (siehe S. 13, 37 und 164).

Landschaft und Umwelt: Sachsen reicht von der Norddeutschen Tiefebene bis ins Erzgebirge. Besonders reizvoll ist die „Sächsische Schweiz" südlich von Dresden; hier durchfließt die Elbe das Elbsandsteingebirge mit seinen bizarren Felsformationen und Tafelbergen.
Die ökologischen Probleme des Landes waren enorm. Der Braunkohle-Tagebau hatte wahre Kraterlandschaften hinterlassen. Bereits zu DDR-Zeiten gab es Umweltschützer, Bürgerinitiativen stoppten schließlich den Tagebau. Über 100 000 Hektar verwüsteten Lebensraum haben die Betriebe der DDR hinterlassen. Für mehrere Millionen Euro ist inzwischen die Hälfte der Fläche rekultiviert, der Großteil mit Mischwäldern aufgeforstet. Die Tagebau-Landschaft soll ein Land der tausend Seen werden. 135 Tagebaulöcher werden geflutet. Auf einer Fläche von 250 Quadratkilometern entsteht südlich von Leipzig ein weitverzweigtes Netz von Seen, Kanälen, Auenwäldern und Schleusen.
Der heute eingestellte Uranabbau hatte zu DDR-Zeiten eine ganze Region vergiftet. Er war streng geheim, weil er Uran für sowjetische Atomwaffen lieferte.

Wirtschaft: Die Bergbaugebiete im Erzgebirge und die Industrieregionen um Chemnitz und Leipzig gehören zu den ältesten in Europa. Über 800 Jahre wurde Erz abgebaut. Heute sind Erz- und Steinkohlebergbau eingestellt; über die Zukunft der Braunkohle wird gestritten.
Neu ist eine Entwicklung, von der keiner weiß, ob sich der Abbau lohnen wird. In Ostdeutschland werden Rohstoffe vermutet: das seltene Schwermetall Wolfram in Sachsen, Erdgas und Öl in Brandenburg, Zinn, Zink, Lithium usw. Probebohrungen sind im Gange, das Ergebnis ist offen.
In Zwickau wurde seit 1957 der berühmte Trabant („Trabi" genannt) gebaut; er hatte eine Karosserie aus Kunststoff und war das „Volksauto" der DDR. Der „Trabi" gehörte zum Straßenbild, heute ist er allerdings fast völlig verschwunden.
Sachsen hat sich von allen ostdeutschen Bundesländern am schnellsten entwickelt. Nach der Wende hat Volkswagen in Zwickau, Dresden und Chemnitz neue Automobilwerke errichtet. Zur Jahrtausendwende entstand ein hochmodernes BMW-Werk bei Leipzig.
Im Ballungsgebiet Dresden, dem stärksten Raum Sachsens, spielt die Mikrotechnologie, die Informationstechnologie und die Forschungsarbeit im Bereich der Nano-





Die Frauenkirche in Dresden vor dem Zweiten Weltkrieg (links), in Trümmern (oben) und wieder aufgebaut 2004 (rechts)

technologie eine wichtige Rolle. Hier geschah das Wendewunder: Wo heute Mikrochips gefertigt werden und sich immer mehr Betriebe ansiedeln und Cluster mit den Forschungseinrichtungen bilden (= Silicon Saxony genannt), dehnten sich vor der Jahrtausendwende noch Wiesen und Felder aus. Nicht vergessen darf man allerdings, dass diese Boom-Regionen mit zurückgebliebenen Landesteilen kontrastieren. Dort fehlen Facharbeiter und das Durchschnittsalter steigt. Die Abwanderung ist zwar fast gestoppt, aber Produktivität, Export und Forschung können das Niveau von Westdeutschland noch nicht erreichen.

Städte: Die Landeshauptstadt Dresden beherbergt viele Museen und Kunstsammlungen. Sie war von 1485 bis 1918 Residenz der Kurfürsten und Könige von Sachsen, die prächtige Baudenkmäler errichten ließen. 1945 wurde die barocke Altstadt total zerstört; Zehntausende von Menschen starben bei den Luftangriffen. Die schönsten Bauwerke Dresdens sind inzwischen wieder aufgebaut worden: der Zwinger, eine Barock-Anlage aus der Zeit Augusts des Starken, und die Semperoper. Die barocke Frauenkirche, die als Ruine über 50 Jahre Wahrzeichen der Stadt war, wurde originalgetreu nach alten Plänen wieder aufgebaut. Dresdner Bürger hatten nach der Wiedervereinigung den Anstoß gegeben, Stifter aus aller Welt haben den Wiederaufbau ermöglicht. Das neue goldene Kuppelkreuz ist ein Geschenk und eine Geste des britischen Königreichs.

Leipzig ist die größte Stadt des Landes. Sie hat eine fast 1000-jährige Tradition als Zentrum des Handels und der Messen. Die Leipziger Buchmesse ist auch heute wieder ein Ort der Begegnung zwischen Ost und West.
Das Programm „Leipzig liest", ein rauschendes Literaturfestival, geben der Messe ihr besonderes Profil. In Hunderten von Lesungen tragen bekannte und noch weniger bekannte Autoren aus ihren Werken vor. Gelesen wird in Bibliotheken, Kirchen, Kneipen, auch an ungewöhnlichen Orten. Das Buch wird präsentiert als Handelsware und auch als geistige Nahrung. Seit der Wende ist Leipzig erfolgreich dabei, seine alte Weltgeltung als Stadt des Buchhandels mit eigenem Profil wieder herzustellen.

Leipzig boomt: Das Messegelände ist neu, Firmen wie Porsche, BMW, DHL siedelten sich an. Die Bevölkerungszahlen steigen, vor allem für junge Leute ist die Stadt attraktiv geworden.
Die traditionsreiche Handelsstadt pflegt ihre Kulturlandschaft, vor allem das Gewandhausorchester, den Thomanerchor (gegründet 1212, also vor über 800 Jahren, zusammen mit der Thomaskirche und der Thomasschule) und die Oper.
In Leipzig wurde 1813 Richard Wagner geboren. Johann Sebastian Bach (siehe S. 124 f.), der Kantor der Thomaskirche, wirkte und starb hier ebenso wie Felix Mendelssohn Bartholdy (siehe S. 128).

Meißen, an der Elbe gelegen, besitzt die älteste Porzellanmanufaktur Europas. Das vorher nur in China und Japan bekannte Porzellan wurde 1710 von dem Alchemisten J. F. Böttger, der eigentlich Gold herstellen wollte, entdeckt. 150 000 Objekte aus 300 Jahren können alle noch heute bestellt werden. In dem firmeneigenen Museum werden Porzellane von 1710 bis in die Gegenwart gezeigt.

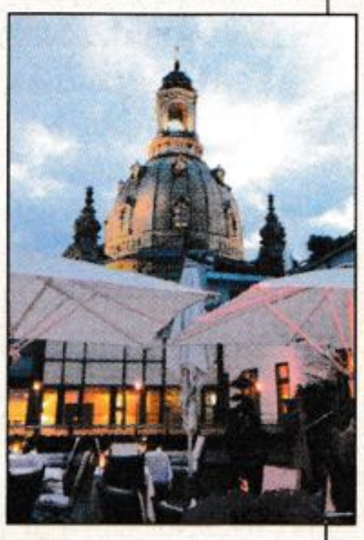
AUFGABEN

Nehmen wir an, Sie haben eine deutsche Zeitung gekauft. Sie schlagen sie auf und sehen die Ferienanzeigen. In welchen Bundesländern liegen die Orte? Nehmen Sie eine Landkarte zuhilfe.

Herzlich Willkommen im MORITZ, dem Restaurant an der Frauenkirche in Dresden

Lassen Sie den Lärm der Straßen und das Getümmel der Touristenströme einfach hinter sich. Mitten in Dresdens Innenstadt direkt an der Frauenkirche gibt es eine gastronomische Perle zu entdecken...

Nehmen Sie Platz und bewundern Sie die Frauenkirche einmal aus einer ganz anderen Perspektive. Bei uns sind Sie dem Himmel ein ganzes Stück näher.



01067 Dresden
Tel. 0351 - 41 727 0
www.moritz-dresden.de
info@moritz-dresden.de

Oberkirchs Weinstuben

Freiburg im Breisgau, die südlichste Großstadt Deutschlands, ist jährlich Ziel von über drei Millionen Besuchern. Denn Freiburg hat viel zu bieten: Sie können in der historischen Altstadt bummeln, in einem der vielen Cafés und gemütlichen Kneipen verweilen oder sich von der badischen Küche verwöhnen lassen möchte.
Münsterplatz 22 Tel. 0049 / 761 - 2020 68 68
Email info@hotel-oberkirch.de

Insel Rügen

Guten Tag und herzlich willkommen
Wir freuen uns, Sie als Gast bei uns im Akzent Waldhotel Göhren auf der Insel Rügen begrüßen zu dürfen. Sie haben die beste Auswahl getroffen, die es zu treffen gilt.
Das Meer liegt Ihnen bei uns zu Füßen! Ostseebad Göhren
Waldstraße 7
Tel. 038308 50500
www.waldhotelgoehren.de

Luftaufnahme des Loreley-Felsens. Dort soll die Nixe Loreley gesungen und die Schiffer vom Kurs abgebracht haben. Ihre Schiffe seien am Felsen zerschellt (Lied von Heinrich Heine).

Weindorf in der Pfalz

Rheinland-Pfalz

Erst 1946 entstandenes Bundesland. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25. Mainz (= Landeshauptstadt): 204 000 Einwohner; Koblenz: 110 000 Einwohner; Trier: 106 000 Einwohner

Allgemeines: Flüsse – Rhein, Mosel und Lahn – und Mittelgebirge prägen das Landschaftsbild, vor allem das Rheintal mit seinen Felshängen, Schlössern und Burgen und den kleinen Weinorten. Das Klima ist sehr mild und die Böden sind karg. Der Weinanbau hat deshalb eine lange Tradition. Erst in jüngerer Zeit kam der industrielle Aufschwung, vor allem mit der chemischen Industrie (BASF in Ludwigshafen).

Burgen und Burgruinen am Rhein

Städte: Wichtige Städte in Rheinland-Pfalz sind römische Gründungen, so zum Beispiel Mainz, Koblenz und Trier. In Mainz, der Landeshauptstadt, erfand Johannes Gutenberg den Buchdruck und stellte die erste gedruckte Bibel her (1452–1455).
Mainz war im 8. Jahrhundert erzbischöflicher Sitz; der Dom ist eines der Hauptwerke romanischer Baukunst neben den romanischen Domen in Worms und Speyer. Im Speyerer Dom sind acht deutsche Kaiser beigesetzt.
Trier wurde vor 2000 Jahren unter dem römischen Kaiser Augustus gegründet und war der Verwaltungssitz für die westliche Hälfte des Römischen Reichs. In Trier regierten die Römer, bis im 5. Jahrhundert die Franken die Stadt eroberten. Großartige monumentale römische Bauwerke sind heute noch zu bewundern: die Porta Nigra, das Nordtor der römischen Stadtmauer, die Thermen, das Amphitheater.
In Trier wurde 1818 Karl Marx geboren.

Das Saarland

Das Bundesland an der Saar wurde erst 1957 Teil der Bundesrepublik. Es ist das jüngste und zugleich kleinste der alten Bundesländer. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25. Saarbrücken (= Landeshauptstadt): 177 000 Einwohner

Aus der Geschichte: Der französische König Ludwig XIV. nahm das Saarland im 17. Jahrhundert in Besitz. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es zunächst unter die Verwaltung des Völkerbunds, ab 1935 gehörte es wieder zum Deutschen Reich. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die politische Unabhängigkeit von Deutschland vorgesehen; mit Frankreich existierte eine Zollunion. 1957 entschied sich die Bevölkerung für die Bundesrepublik.

Wirtschaft: Wirtschaftlich ist das Saarland ein Sorgenkind. Durch die Krise im Bergbau (Steinkohle) und in der Stahlindustrie in den 1980ern sind die Arbeitslosenzahlen relativ hoch. Das endgültige Aus für den hochsubventionierten Bergbau kam Mitte 2012. Wachstum bringt die Autoindustrie (Ford) und die Informationsindustrie (SAP in Saarbrücken).

Landeshauptstadt: Saarbrücken ist Universitätsstadt. Die Universität (gegründet 1948), Standort für Informatik, High Tech und bekannt für trinationale Abschlüsse, liegt im Stadtwald mitten im Grünen.

Universität Saarbrücken

Baden-Württemberg

Entstand 1952 als Bundesland aus dem amerikanisch besetzten Württemberg-Baden und dem französisch besetzten Baden. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25. – Drittgrößtes Bundesland nach Bayern und Niedersachsen.
Stuttgart (= Landeshauptstadt): 604 000 Einwohner; Mannheim: 297 000 Einwohner; Karlsruhe: 295 000 Einwohner; Freiburg: 220 000 Einwohner

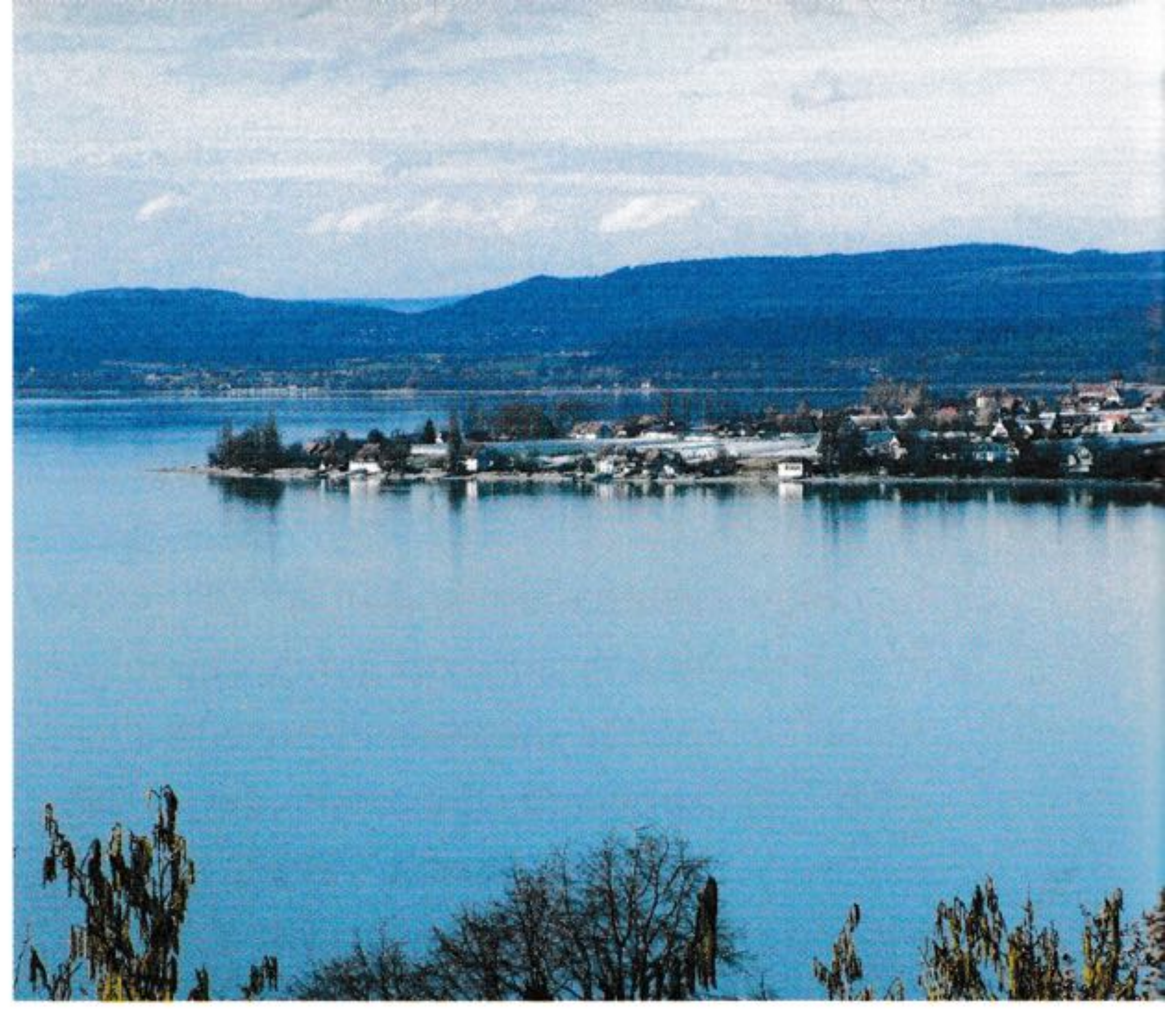
Aus der Geschichte: Das Gebiet des heutigen Baden-Württemberg hat eine sehr wechselvolle Geschichte. Württemberg war im 12. Jahrhundert das Herzogtum Schwaben, das an die Staufer (siehe S. 160) kam und im Anschluss daran in ca. 300 Kleinterritorien, darunter 40 Reichsstädte, zerfiel. Anfang des 16. Jahrhunderts wurde es für kurze Zeit von den Habsburgern übernommen und damit österreichisch. 1805 wurde Württemberg Königreich. Es schloss sich wie Baden 1806–1813 dem napoleonischen Rheinbund an. 1871 traten beide Länder dem Deutschen Reich bei.

→ Das Stichwort die Schwaben

Die Schwaben gelten als erfolgreich, und zwar durch Sparsamkeit und Fleiß, und als grundsolide („Häuslebauer" = Häuschenbauer).

Wirtschaft: Das landschaftlich sehr reizvolle Bundesland gehört zu den exportstärksten Regionen Europas im Bereich der industriellen Hochtechnologie, der Autoindustrie und in Forschung und Entwicklung. Vor allem im Raum Mannheim / Karlsruhe und Stuttgart / Heilbronn (Daimler, Porsche, der Elektrokonzern Bosch), außerdem Schmuck- und Uhrenindustrie im Schwarz-

wald. Im schwäbischen Tuttlingen fertigen 400 Firmen der Medizintechnik Hightech-Instrumente für die Chirurgie. In Deutschland sind es kleine und mittlere Unternehmen, die medizintechnische Produkte anbieten. Zu den bekannten wissenschaftlichen Einrichtungen gehören das Karlsruher Institut für Technologie, das Deutsche Krebsforschungszentrum in Heidelberg und mehrere Max-Planck-Institute. Die Arbeitslosenquote ist nach Bayern am niedrigsten.
Vor allem in Baden gedeihen berühmte Weinsorten; etwa ein Viertel des Weinanbaus der Bundesrepublik befindet sich in Baden-Württemberg. Landwirtschaftlich genutzt ist vor allem das württembergische Allgäu. Erwähnenswert ist nicht zuletzt der Tourismus, der sich auf den Schwarzwald und den Bodensee – das „Schwäbische Meer" genannt – konzentriert.


Bodensee

Städte: Die Landeshauptstadt Stuttgart ist die ehemalige Residenz der Herzöge und Könige Württembergs. Sie ist Industriezentrum, Universitätsstadt und Stadt des Verlagswesens.

Weinanbau

Weitere Städte: Mannheim (im 17. Jahrhundert gegründet, schachbrettartig angelegt); Freiburg im Breisgau (romanisch-gotisches Münster, seit 1457 Universitätsstadt); Heidelberg (neben Prag älteste Universität, 1386 gegründet, Schlossruine, romantischer Philosophenweg über dem Neckar); Karlsruhe (Sitz des Bundesverfassungsgerichts); Staufen: romantisches Städtchen am Fuße des Schwarzwalds.

Heidelberger Schloss, Blick vom Philosophenweg

Bayern

Das flächenmäßig größte Bundesland. – Fläche und Bevölkerung siehe S. 25.
München (= Landeshauptstadt): 1,43 Millionen Einwohner; Nürnberg: 501 000 Einwohner; Augsburg: 281 000 Einwohner; Würzburg: 124 000 Einwohner; Regensburg: 136 000 Einwohner

Aus der Geschichte: 1806 schloss sich Bayern dem napoleonischen Rheinbund an und wurde ein Königreich. Unter König Ludwig I. war München ein kulturelles und wissenschaftliches Zentrum.
Zwischen Nürnberg und Fürth verkehrte 1835 die erste deutsche Eisenbahn. In dieser Zeit begann die industrielle Entwicklung Bayerns. Der Reichsgründung 1871 schloss sich Bayern nur widerwillig an; es erhielt dafür Sonderrechte: eigene Diplomatie, Post und Eisenbahn, Bier- und Branntweinsteuer.

Aus der Zeit der Monarchie ist besonders ein König im Bewusstsein geblieben: König Ludwig II. (1845–1886). Er baute die Schlösser Neuschwanstein, Herrenchiemsee und Linderhof, die heute zu den größten Touristenattraktionen Bayerns gehören. Auch förderte er den Komponisten Richard Wagner, der durch die großzügige Unterstützung sorgenfrei arbeiten konnte. In den letzten Jahren seines Lebens zog sich Ludwig immer mehr zurück und wandte sich seinen Traumwelten zu.
Am 13. Juni 1886 ertrank er unter nicht ganz geklärten Umständen im Starnberger See. Die Bayern nennen ihn noch heute ihren „Kini"; sein Bild ist auf Maßkrügen, Bierdeckeln und Aufklebern zu finden, sogar ein Bier, das „König Ludwig Dunkel", ist nach ihm benannt. König-Ludwig-Clubs halten sein Andenken lebendig.

1918 wurde die Republik ausgerufen. Die Konflikte zwischen Bayern und dem Reich bestimmten die folgenden Jahre. 1923 sammelten sich rechtsradikale Kreise in München und putschten unter Adolf Hitler erfolglos gegen die Reichsregierung in Berlin. Unter den Nationalsozialisten wurde München darum „Stadt der Bewegung" genannt.
Das 2015 eröffnete NS-Dokumentationszentrum informiert über die nationalsozialistische Vergangenheit Münchens.

Der Komponist Richard Wagner (1813–1883) (links) und der junge Ludwig II.

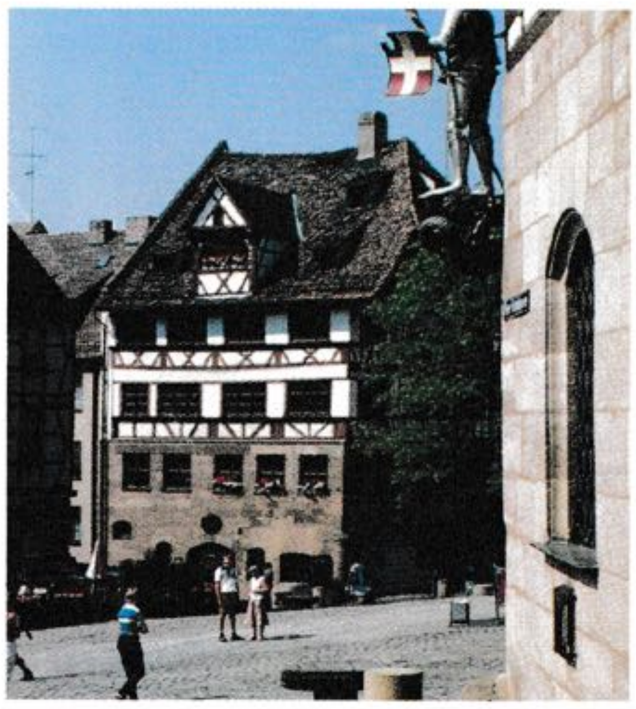
Schloss Neuschwanstein

Oktoberfest

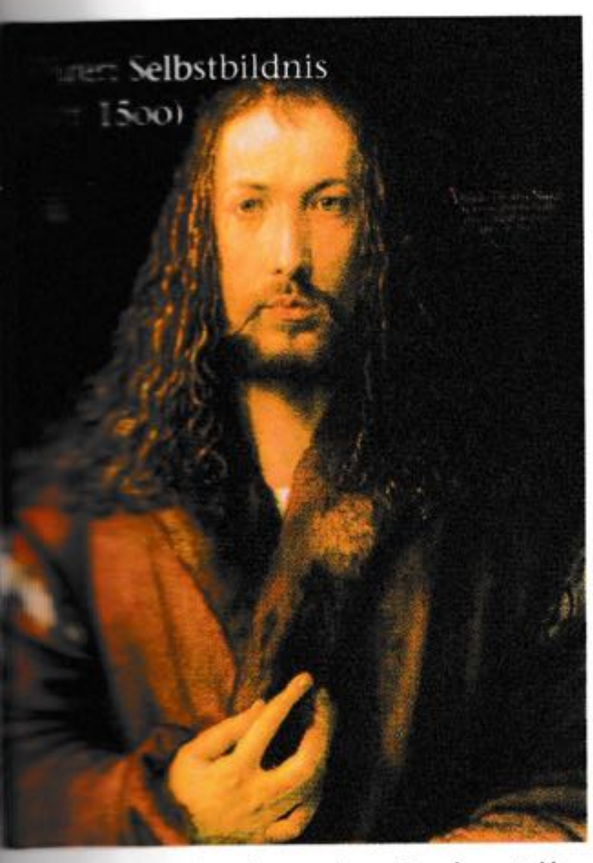
Wirtschaft: Bayern hat sich nach dem Krieg von einem überwiegenden Agrarland zum modernen Hightech-Industrie- und Dienstleistungsstandort gewandelt. München zog die größten internationalen Unternehmen der Soft- und Hardware-Industrie sowie der Luft- und Raumfahrt an. In der Nähe von München, in Garching, entstand der weltbekannte Forschungsreaktor. Hinzu kommen die Maschinenbau-Industrie (MAN), die Auto- (BMW), Elektro- und Elektronikindustrie (Siemens). Während in Oberbayern internationale Braukonzerne den Markt beherrschen, gibt es in Franken neben dem Wein auch ca. 200 kleine Brauereien, die typische, sehr geschmackvolle Biersorten herstellen.

Landschaft und Landwirtschaft: Die Fläche Bayerns ist zu 50% landwirtschaftlich genutzt (Getreide, Hopfen, Viehzucht), davon ein Drittel von der Forstwirtschaft. Die Donau trennt Bayern in einen nördlichen Teil mit Franken und den Mittelgebirgen, wie dem Bayerischen Wald, dem Fichtelgebirge und dem Oberpfälzer Wald, und einen südlichen Teil, dem Voralpenland und dem beginnenden Hochgebirge. Durch die Eiszeit wurden im Voralpenland viele Flüsse und Seen geschaffen, die den Reiz dieser Landschaft ausmachen: der Chiemsee (82 km²), der Starnberger See (57 km²), der Ammersee (48 km²) und der Tegernsee (9 km²). Zu allen Jahreszeiten strömen Touristen nach Bayern, vor allem an die Seen, nach München und zu den bayerischen Schlössern.

Städte: München ist Universitätsstadt, Messestandort, Film- und Medienstadt und beherbergt eine Vielzahl von Verlagen.
Die im spätgotischen Stil erbaute Frauenkirche ist das Wahrzeichen der Stadt. Die Wittelsbacher – Könige ab 1806 – machten ihre Stadt zu einer Kunststadt von europäischem Rang. Versailles stand Pate für das Schloss und den Park Nymphenburg, die Sommerresidenz der bayerischen Könige. Münchens Innenstadt wurde nach italienischen Vorbildern gestaltet; andere Bauwerke und Straßenzüge wiederum entstanden nach klassizistischen Mustern.
Eine weltbekannte Touristenattraktion ist das jährlich stattfindende Oktoberfest, das circa 6 Millionen Besucher aus aller Welt nach München holt und das rund um den Globus Nachahmung findet.
München hat einen hohen Freizeitwert: Hochgebirge und Seen liegen „direkt vor der Haustür". Aber das hat seinen Preis: Die Mieten und die Lebenshaltungskosten sind fast unerschwinglich hoch und die Traumstadt droht für viele zur Albtraumstadt zu werden.


Dürerhaus in Nürnberg

Nürnberg in Mittelfranken, erstmalig 1050 erwähnt, war im Mittelalter freie Reichsstadt und ein wichtiger Fernstraßenknotenpunkt.

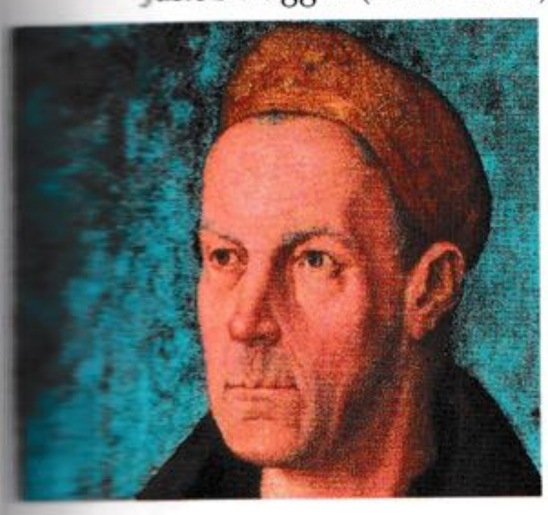


In Nürnberg wurden 1510 die Taschenuhr („das Nürnberger Ei") und 1493 der Globus erfunden. Die Stadtmauer, das wiedererbaute Dürerhaus und die Kaiserburg sind Zeugen von Nürnbergs mittelalterlicher Vergangenheit. Hier wohnten der Maler Albrecht Dürer und der Bildhauer Veit Stoß (Germanisches Nationalmuseum siehe S. 134).

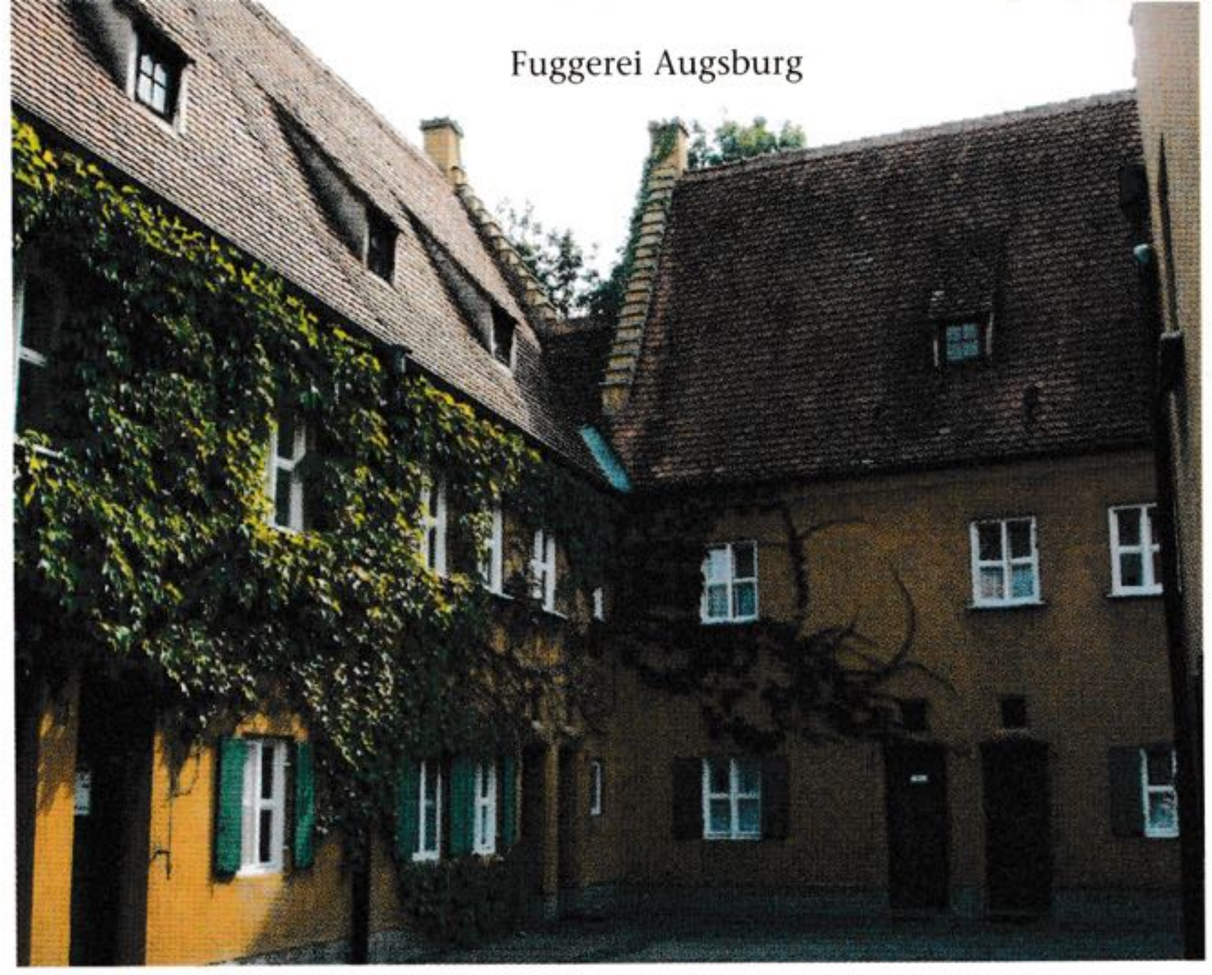
Heute ist der Raum Nürnberg-Fürth ein industrielles Ballungsgebiet mit Maschinenbau, Elektro- und Spielwarenindustrie.
Seit 1976 findet jährlich das Nürnberger „Bardentreffen" statt, ein Weltmusikfestival, auf dem ca. 400 Musikanten in der Altstadt auftreten (s. S. 127). Zu Weihnachten ist der Christkindlmarkt eine große Attraktion.

Nürnberg ist aber auch Zeuge dunkler Tage. In Nürnberg wurden von 1933 bis 1938 die „Reichsparteitage" der Nationalsozialisten abgehalten. Während eines „Reichsparteitags" wurden die Nürnberger Gesetze verkündet, die die Ausgrenzung für die jüdische Bevölkerung im Dritten Reich bedeuteten. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die Kriegsverbrecher in den Nürnberger Prozessen abgeurteilt.

Jakob Fugger (1439-1525)



Augsburg wurde vor mehr als 2000 Jahren zur Zeit des römischen Kaisers Augustus gegründet. In Augsburg entwickelte sich der Handel mit Textilien; im Mittelalter gab es direkte Handelsbeziehungen zu Venedig. Das Bankhaus der berühmten Fugger-Familie finanzierte Kaiser und Könige und hatte vom 15. bis zum 16. Jahrhundert einen entsprechend


Fuggerei Augsburg

großen politischen Einfluss in Europa. Bekannt ist die bis zum heutigen Tag bewohnte Fuggerei aus dem Jahr 1521, die erste noch bestehende Sozialsiedlung der Welt.

Weitere wichtige Städte: Regensburg (Römer-Stützpunkt an der Donau; seit 2006 Weltkulturerbe); Würzburg (Bischofssitz seit dem 8. Jahrhundert, prächtige Barockbauten); Bamberg (Dom mit dem berühmten Standbild des Bamberger Reiters); Rothenburg ob der Tauber (Stadtmauer aus dem 14. Jahrhundert); Bayreuth (Stadt der Wagner-Festspiele).

Stadtmauer von Rothenburg ob der Tauber

Würste aus Nord und Süd

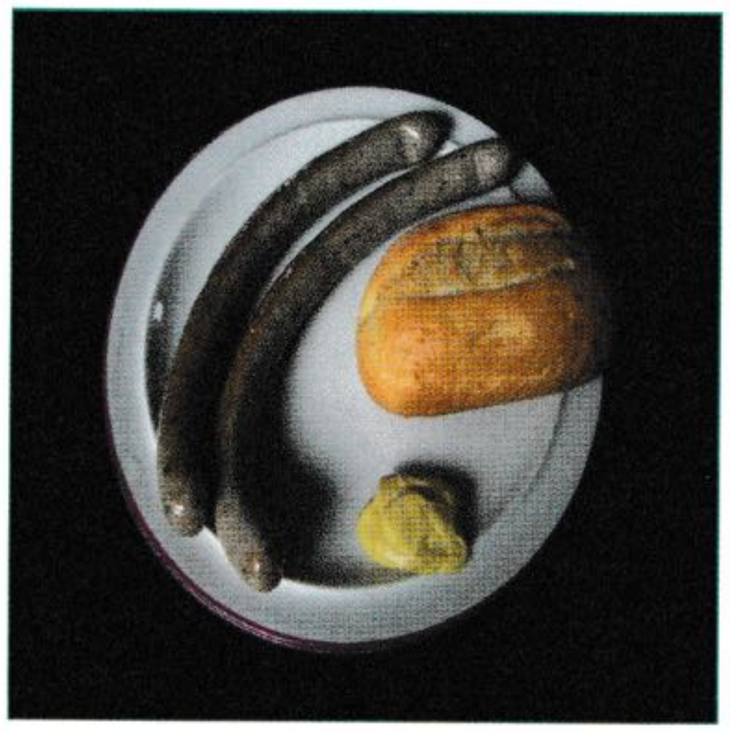
AUFGABEN

1. Würste sind für bestimmte Gegenden – in Nord und Süd – etwas besonders Typisches. Ordnen Sie den Fotos zu: Original Frankfurter, Thüringer Bratwurst, Bayerische Weißwurst, Grünkohl mit Pinkel aus Bremen; Currywurst (die in Berlin erfunden sein soll), süddeutsche Schlachteplatte mit Blut- und Leberwurst. (Die Blutwurst war ein Arme-Leute-Essen. Heute besinnt man sich auf natürliche Kost und die Lebensmittel aus der Region. Man genießt die Blutwurst auch in Feinschmeckerlokalen in Süd- und Norddeutschland.)

2. Kennen Sie den umgangssprachlichen Ausdruck „Das ist (mir) wurscht" für „Das ist (mir) egal"? Kennen Sie weitere Redewendungen mit „Wurst"? Zum Beispiel: „die beleidigte Leberwurst spielen" oder „Es geht um die Wurst" usw.

1 _____

2 _____



3 _____

4 _____

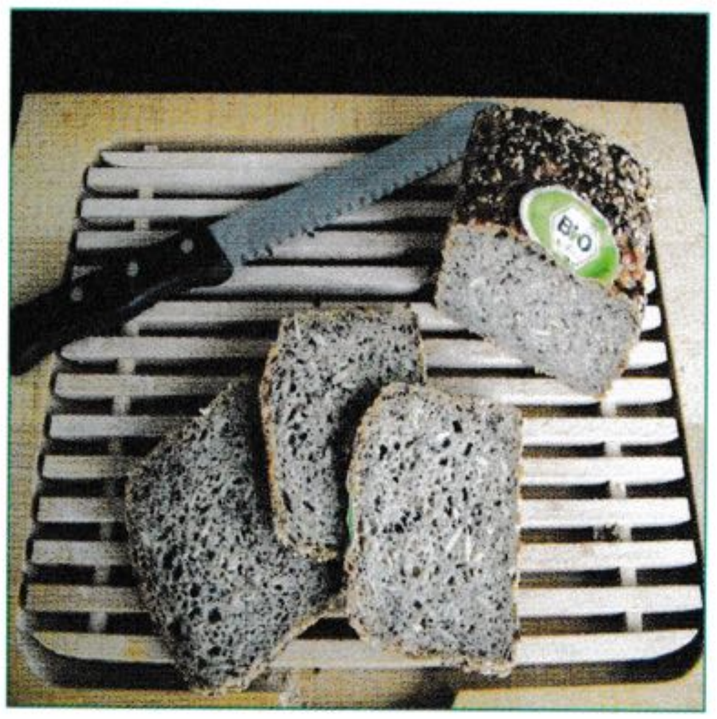
5 _____

6 _____

Brot ist Unesco Welterbe

1 _____

2 _____



3 _____

4 _____

5 _____

6 _____

AUFGABEN

1. 2014 wurde „Die deutsche Brotkultur" in das Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes der UNESCO aufgenommen. Das sichert den Schutz und die Förderung der Brotkultur. Neben den normalen Roggen- und Weizenbroten gibt es viele Varianten: Mehrkornbrote, Brote mit Rosinen, Kartoffeln oder Kürbis, Brote mit Quark oder Sonnenblumenkernen usw. Insgesamt soll es ca. 3000 offiziell anerkannte Sorten geben. In Ulm hat 1955 das erste Brotmuseum der Welt aufgemacht mit der Ausstellung von 850 Brotsorten und mit der Geschichte des Brotes.

Ordnen Sie den Fotos zu: Brezen, Vollkornbrot, Bauernbrot, Weißbrot (auch: Weizenbrot), Knäckebrot, Brötchen.

2. Brot spiegelt sich auch in vielen Redewendungen wider: „Er muss jetzt kleinere Brötchen backen" heißt, dass er bescheidener werden muss. Oder: „Sie will sich nicht die Butter vom Brot nehmen lassen" für „Sie lässt sich nichts gefallen". Schlagen Sie das Duden-Wörterbuch „Redewendungen" auf und suchen Sie unter dem Stichwort „Brot" weitere Wendungen.

AUFGABEN

In allen Regionen gibt es besondere Spezialitäten. Wir haben einige wenige ausgewählt, die zum Teil sehr originelle Namen haben. Versuchen Sie Ihr Glück!

1. Was ist abgebildet? Ordnen Sie zu. Schreiben Sie die passende Zahl in das erste Kästchen.

2. Und wo isst man das? Schreiben Sie den passenden Buchstaben in das zweite Kästchen.

☐ ☐

☐ ☐

☐ ☐

☐ ☐

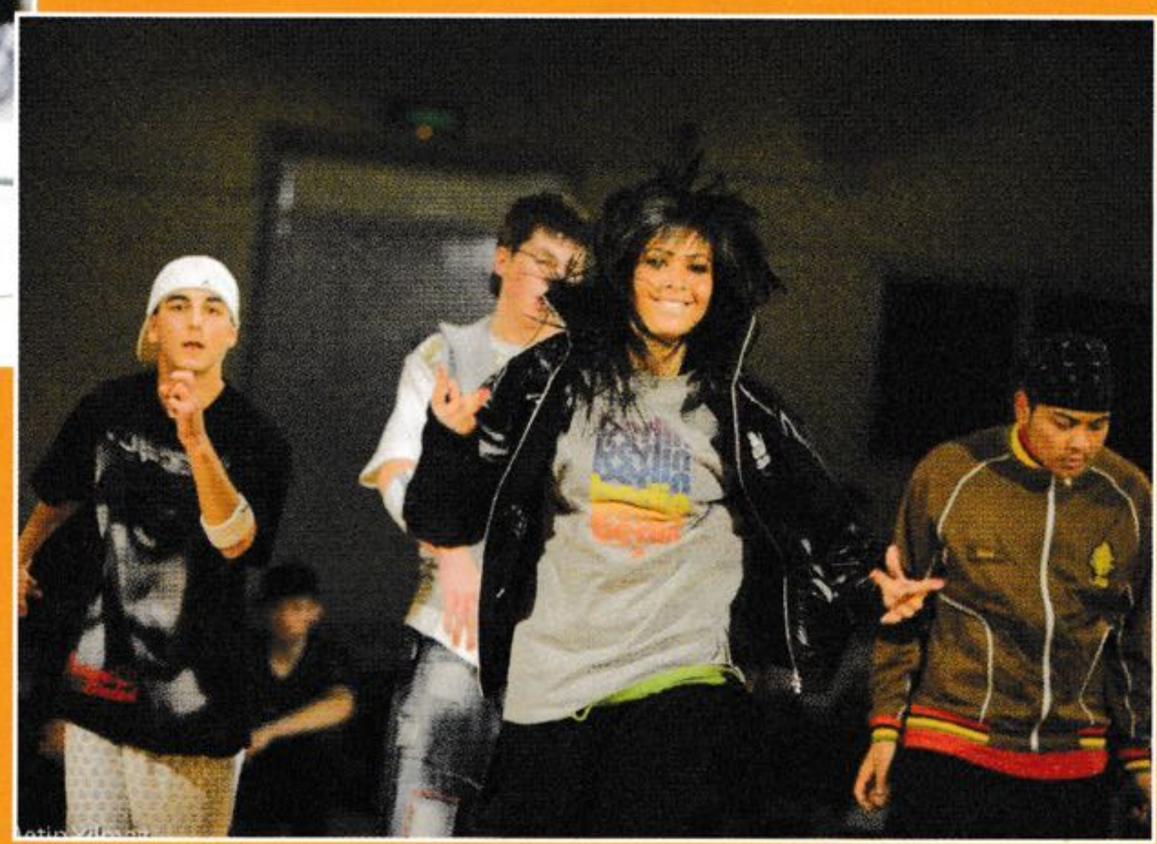
☐ ☐

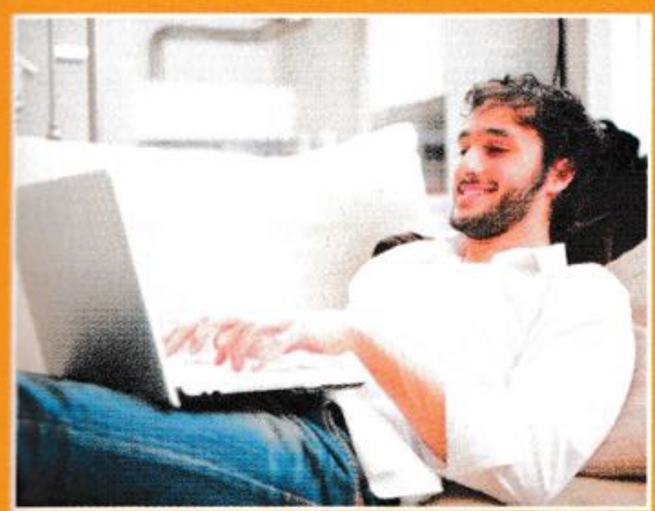
☐ ☐

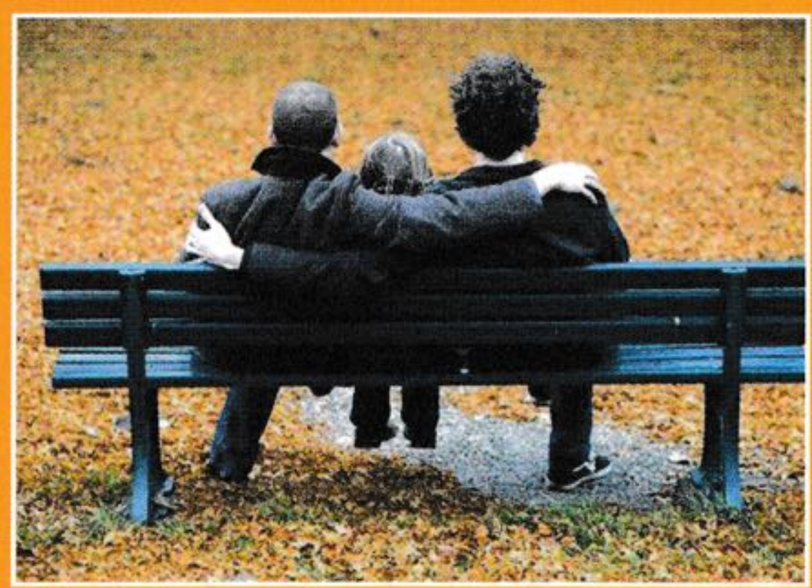
1. Eisbein auf Sauerkraut (Fleischgericht, Teil des Beins vom Schwein)
2 Maultaschen (Taschen aus Nudelteig, gefüllt mit Spinat, Zwiebeln, Schinken)
3 Labskaus (Essen aus Speiseresten, garniert mit Rollmöpsen und Spiegeleiern)
4 Himmel und Erde (Gericht aus Kartoffeln und Äpfeln; „Himmel" für die Äpfel an den Bäumen und „Erde" für die Kartoffeln, serviert mit Bratwurst und Zwiebeln))
5 Saumagen (Sau = Hausschein, gefüllter Magen mit Fleisch und Kartoffeln)
6 Dresdner Stollen (Weihnachtsgebäck; Gebäck aus Hefeteig mit Rosinen, Mandeln oder Mohn)

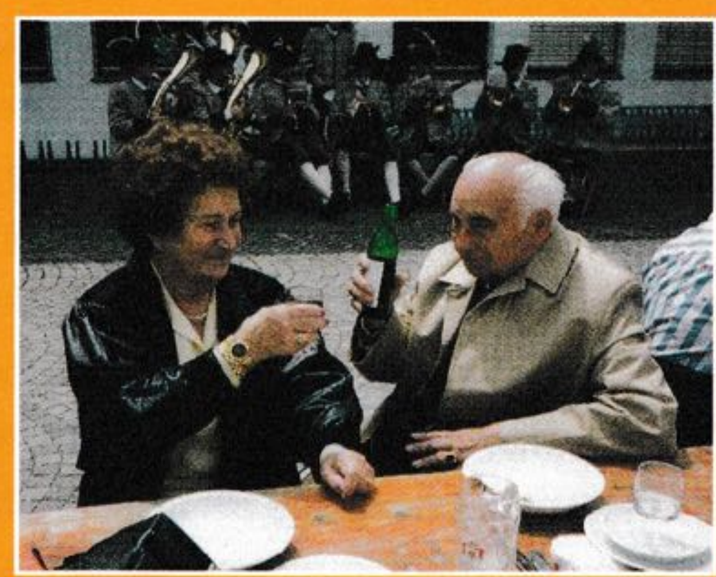
a Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen
b Schleswig-Holstein
c Berlin
d Sachsen
e Schwaben (Region zwischen Schwarzwald, Stuttgart, westliches Bayern und dem Bodensee)
f Rheinland-Pfalz

3. Soziales

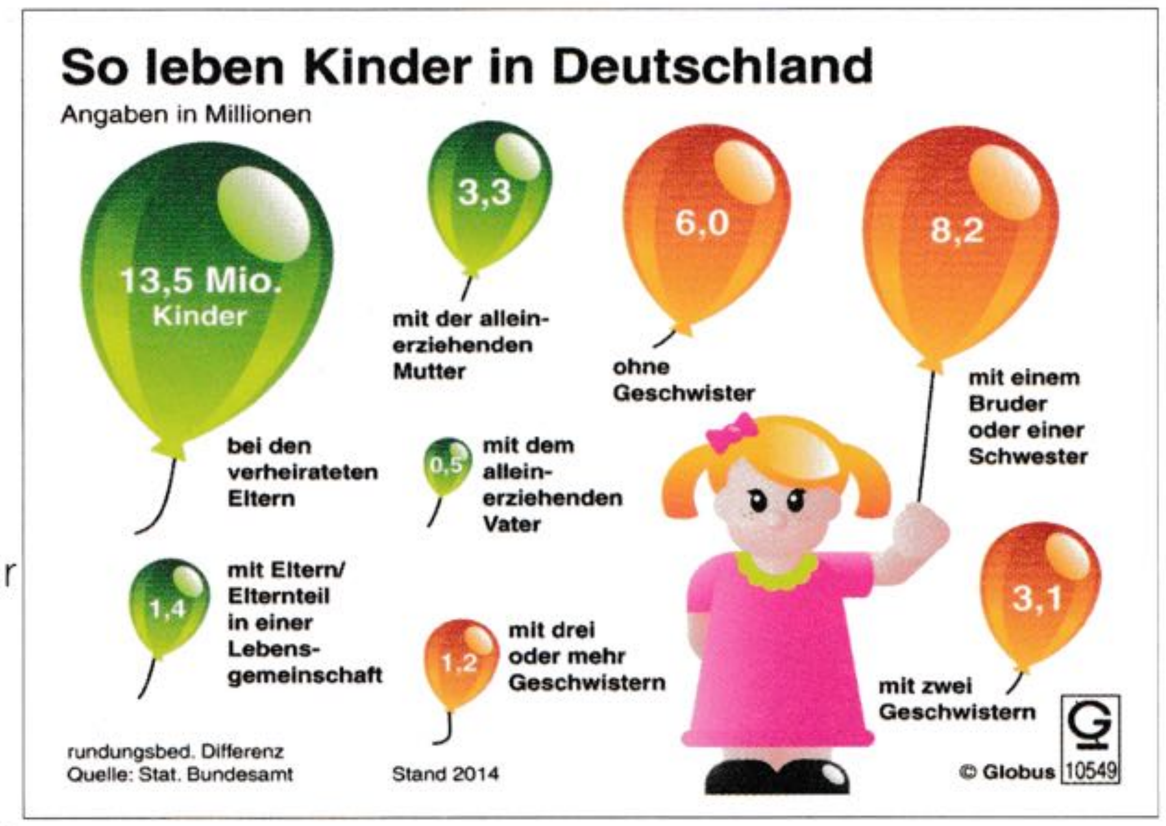








Die Familie



Was können Sie aus der Statistik ablesen?

1. Die Familie ist ein Spiegel der Gesellschaft. Auffallend ist, dass

- 41% der circa 40,2 Mio. Haushalte (2014) aus nur einer Person bestehen. In Berlin, Bremen und Hamburg beträgt der Anteil schon mindestens die Hälfte.
- die Ehe zwar nicht an Bedeutung verloren hat, aber zur Option geworden ist. Der gesellschaftliche Druck, heiraten zu müssen, ist weggefallen. Wenn allerdings Kinder da sind, wird meist irgendwann dann doch geheiratet.
  Jede dritte Ehe wird wieder geschieden. Der Grund dafür ist u.a. die höhere Lebensdauer der Partner. Durch Scheidungen entstehen sogenannte Patchworkfamilien mit gemeinsamen Kindern und Kindern aus früheren Ehen, wobei die Eltern verheiratet oder nicht verheiratet sind. Geschiedene entscheiden sich oft für das gemeinsame Sorgerecht. Aber da sind Korrekturen in der Gesetzgebung nötig, die die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse berücksichtigen. Heute entschließen sich Paare auch nach jahrzehntelanger Ehe zur Scheidung, um im Alter noch einmal neu anzufangen.
- nichteheliche Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder heute zur gesellschaftlichen Normalität gehören. Das betrifft vor allem junge Paare, die beide noch in der Ausbildung sind, und ältere Paare, die berufstätig sind und oft schon eine Scheidung hinter sich haben.

2. Circa 60 Prozent aller Paare wollen ihre Gefühle zuerst gründlich prüfen, bevor sie heiraten. Hinzu kommt, dass Partner, die beide berufstätig sind, im Durchschnitt mehr verdienen als eine Familie mit Kindern. Nachteilig ist, dass nichteheliche Gemeinschaften rechtlich eindeutig schlechter gestellt sind als die Familie, die unter dem Schutz des Staates steht. Unverheiratete Partner erhalten keine Steuervorteile und haben gegenseitig keine Erbansprüche. Sie müssen sich aber gegenseitig unterstützen, wenn einer von ihnen arbeitslos wird. Das Bundesverfassungsgericht definierte die Lebensgemeinschaft als „eine auf Dauer angelegte Verbindung" (= Partnerschaftsvertrag). Seit 1998 sind Kinder aus solchen Partnerschaften gleichberechtigt und erben wie eheliche .

3. Für Partner gleichen Geschlechts gibt es seit 10 Jahren die Möglichkeit, eine eingetragene Lebenspartnerschaft einzugehen, die der homosexuellen Beziehung einen rechtlichen Rahmen gibt. Inzwischen fallen Diskriminierungen für Schwule und Lesben wie Dominosteine. Homosexuelle sind finanziell, aber noch nicht familiär fast gleichberechtigt mit Heterosexuellen.

4. Wohngemeinschaften – auch kurz WGs genannt – galten in den 60er-Jahren als „revolutionär". Heute sind sie eine normale Lebensform. Wohngemeinschaften können lose Hausgemeinschaften sein, aber auch feste Lebensgemeinschaften. Zu den Ersteren gehören die Studenten-WGs, zu den Letzteren Senioren-WGs oder auch Frauen-WGs. Die meisten WGs setzen sich aus jungen Leuten zwischen 20 und 25 Jahren zusammen, die in der Ausbildung sind, sich keine teure Wohnung leisten können und den Austausch und die Diskussionsbereitschaft in der Gruppe einer Zweierbeziehung vorübergehend vorziehen.

AUFGABEN

1. Bilden Sie vier Gruppen und entscheiden Sie sich jeweils für eine bestimmte Lebensweise: Großfamilie, Kleinfamilie, Single, Wohngemeinschaft. Tragen Sie jeweils Argumente für Ihre Lebensform vor und bestimmen Sie einen Diskussionsleiter für die anschließende Diskussion.
2. Lesen Sie den Artikel unten links zum Thema „Partnerschaft". Kennen Sie ähnliche Fälle? Wäre ein solcher Konflikt in Ihrem Land möglich?
3. Bereiten Sie ein Referat vor, in dem Sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Ihrem Land und Deutschland vortragen.
4. Diskutieren Sie das Thema unter dem Aspekt kultureller und religiöser Unterschiede.

Rechtsfälle

Liebe weg – Geld her?

Wenn die Liebe ohne Trauschein zerbricht

Rund drei Millionen Paare leben in Deutschland zusammen, ohne verheiratet zu sein. Solange sich die Partner gut verstehen, gibt es kaum rechtliche Probleme. Wenn die Ehe ohne Trauschein aber zerbricht, wird oft genauso erbittert gestritten wie bei Scheidungen. Doch im Gegensatz zu Ehescheidungen ist die Rechtsprechung bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften nicht einheitlich geregelt (siehe auch S. 60).

Thema Partnerschaftsvertrag: Als Ulrike in eine Kleinstadt zu ihrem Freund Robert zieht, gibt sie Freundeskreis, Wohnung und Job auf. Zu Ulrikes Absicherung vereinbart das Paar in einem Partnerschaftsvertrag, dass sie 40 000 Euro von Robert erhält, wenn er die Beziehung beendet. Nach einigen Jahren des Zusammenlebens geht Robert „fremd" und will die Trennung. Ulrike verlangt das Geld. Ihr Ex-Partner weigert sich aber, den Vertrag einzuhalten. Wer hat recht?

Ein anderer Fall: Felicitas lebt mit Martin zusammen. Als dieser ein Geschäft eröffnet, unterschreibt sie aus Solidarität eine Bürgschaft mit. Das Geschäft geht pleite, die Partnerschaft zerbricht und Felicitas sitzt auf einem Berg von Schulden, den sie in den nächsten zwanzig Jahren kaum wird abtragen können. Hat sie etwas falsch gemacht?

(nach SZ Programm vom April 1993; aktualisiert 2015)

Wohnen heute und morgen

Wohnen in den alten Bundesländern

1. Die Veränderung der sozialen Strukturen (siehe S. 60) hat tief greifende Folgen für den Wohnungsmarkt. Jüngere Alleinstehende nehmen ihre Wohnungen meistens zur Miete; sie möchten mobil bleiben und haben deshalb weniger Interesse, Eigentum zu erwerben. Sie bevorzugen die Stadtzentren, in denen Wohnraum allerdings teuer ist. Das Stadtleben, die Nähe zu den Freunden, zu Lokalen und kulturellen Veranstaltungen ist für sie unentbehrlicher Bestandteil des Lebens. Ältere Singles ziehen den Kauf einer Wohnung vor. Sie beanspruchen oft Wohnraum, der für mehrere Personen reichen würde, für sich allein.

2. „Sage mir, wie du wohnst, und ich sage dir, wer du bist" – dieser Spruch ist eine alte Volksweisheit, die besagt, dass die Wohnform und der Wohnort Ausdruck eines persönlichen Lebensgefühls ist. Die Deutschen sind keine mobile Nation, sie ziehen nur ungern um. Dort, wo sie leben, wollen sie sich wohlfühlen. Sie entwickeln ein lokales Heimatgefühl. Die Kontakte zu den Nachbarn sind allerdings nur lose, man grüßt und fertig. Der größte Traum für die Menschen in West und Ost ist ein Wochenendhaus im Grünen (in den neuen Bundesländern „Datsche" genannt) mit freundlichen Nachbarn.

Die Jüngeren allerdings müssen heute beruflich flexibel und nicht ortsgebunden sein. Sie werden erst sesshaft, wenn sie Eigentum erworben haben.

AUFGABEN

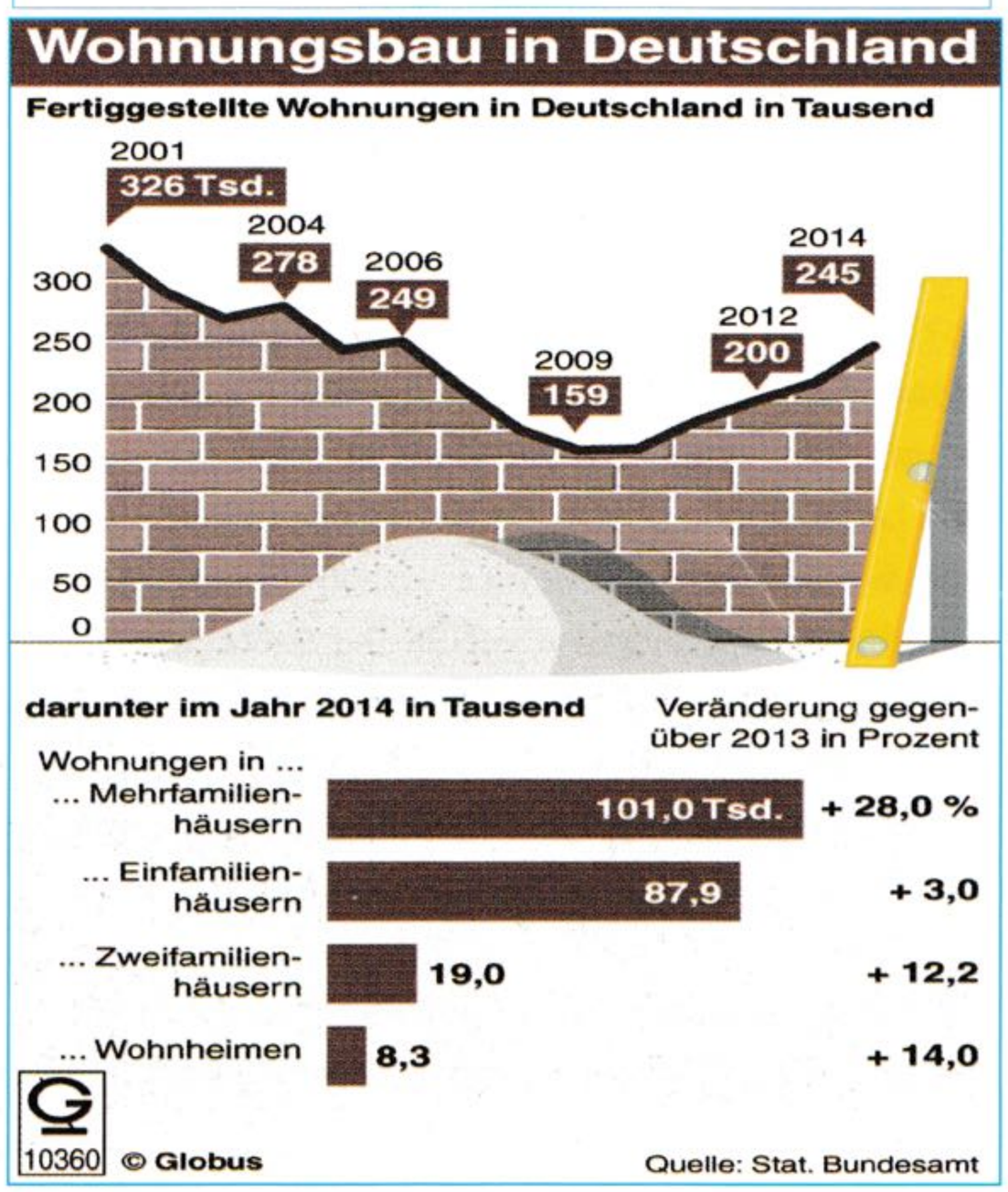
1. Welche der folgenden Anzeigen sind Mietgesuche, welche sind Mietangebote?
2. Wie sieht nach diesen Anzeigen der „ideale" Mieter aus?
3. Wie findet man eine neue Wohnung in Ihrem Land? Spielen Sie den Reporter und machen Sie Interviews in der Klasse.

Eine Jahresmiete im Voraus! Nette Freiberuflerin (40) sucht dringend Wohnung bis 600 Euro.

Haus-WG
Dachzimmer (19 qm) im Hexenhaus frei, gr. WZ mit off. Kamin, Dachterr., Flat, 300 Euro warm. Tel.

Im Grünen leben, See und Alpen sehen in 3-Zimmer-Whg. (87 qm), Terrasse, Garten, Garage. Nähe Allensbach. 795 Euro kalt. Tel.

München Zentrum, 180 m² Jugendstilwhg. mit 4,5 Zimmern, Erstbezug nach Renovierung, 2 Designerbäder, Loggia, Parkett, Wohnküche, 2. OG, ruh. Südlage, Euro 2.975, + NK, Weiß Immob. Tel.



500 Euro Belohnung für eine 1- bis 2-Zimmer-Wohnung, zentral, bis 600 Euro warm, an solvente, alleinstehende 30-jährige Frau.

Junger Mann, angestellt in Bäckerei, sucht Einzimmerwhg. bis 400 Euro.

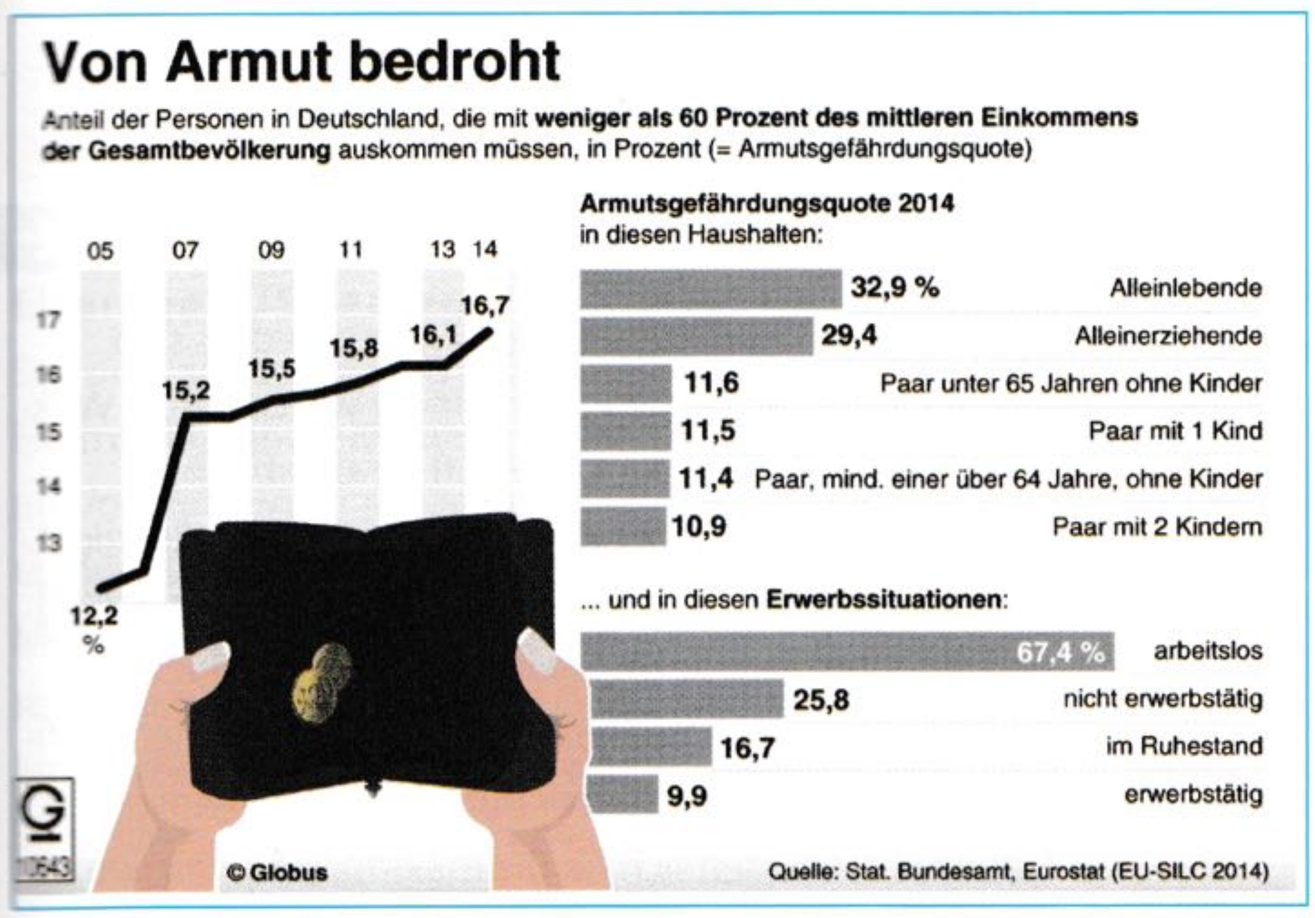
Dresden, Ruhiglage, schöne Zweizimmer-Wohnung, 72 qm, Sonnenbalkon, Parkettboden, 422,– Kaltmiete + Nebenkosten.

Freiburg, gemütliche Zweizimmerwohnung mit großer Küche, Diele, Bad, ca. 60 qm, ab 1.4., 580 Euro zuzügl. Nebenkosten. 3000 Euro für Übernahme Küche und Einbauschränke seitens des Vormieters erwünscht. Besichtigung nur Samstag 15–17 Uhr. Chiffre–Nr. ...

Nürnberg, 2-Zimmer-Komfort-Wohnung, 75 qm, Küche, Diele, Bad, Südbalkon, Marmorböden, teilmöbliert. Gesamtmiete einschl. PKW-Stellplatz, Nebenkostenvorauszahlung, Putzfrau, 1500,–, Provision 2 Monatsmieten.

3. In den Ballungsräumen München, Frankfurt, Berlin und Hamburg werden Luxuswohnungen gebaut und gekauft oder Wohnraum in Luxuswohnungen umgewandelt (sogenannte Gentrifizierung). Junge Familien, vor allem Alleinerziehende, Rentner und Durchschnittsverdiener sowie Studenten haben es schwer, in den großen Städten eine günstige Mietwohnung zu finden. Ein Drittel des Einkommens geht für das Wohnen weg. Einkommensschwache Personen haben Anrecht auf eine billige Sozialwohnung oder auf Wohngeld. Gefordert werden neue Ideen für den sozialen Wohnungsbau: Modellhäuser mit neuen Wohnformen, in denen sich sowohl Patchworkfamilien als auch Alten-WGs zu Hause fühlen. Er wurden in den letzten Jahren zu wenige vom Staat geförderte Wohnungen gebaut. Mit dem Zustrom der Flüchtlinge wird dieser Mangel offensichtlich.

4. Seit Ende der 1990er-Jahre ist die Zahl der Obdachlosen gesunken; seit 2008 steigt sie wieder besonders in den teuren Großstädten.
Obdachlose sind Alleinstehende ohne festen Wohnsitz, die auf der Straße leben oder Schlafplätze in Übernachtungsstätten haben. Gründe für ihre Obdachlosigkeit sind unter anderem Arbeitslosigkeit, Mietschulden, Familientragödien oder besondere Schicksalsschläge. Zurzeit haben insgesamt fast 300 000 Menschen keine vertraglich abgesicherte Wohnung.



AUFGABE

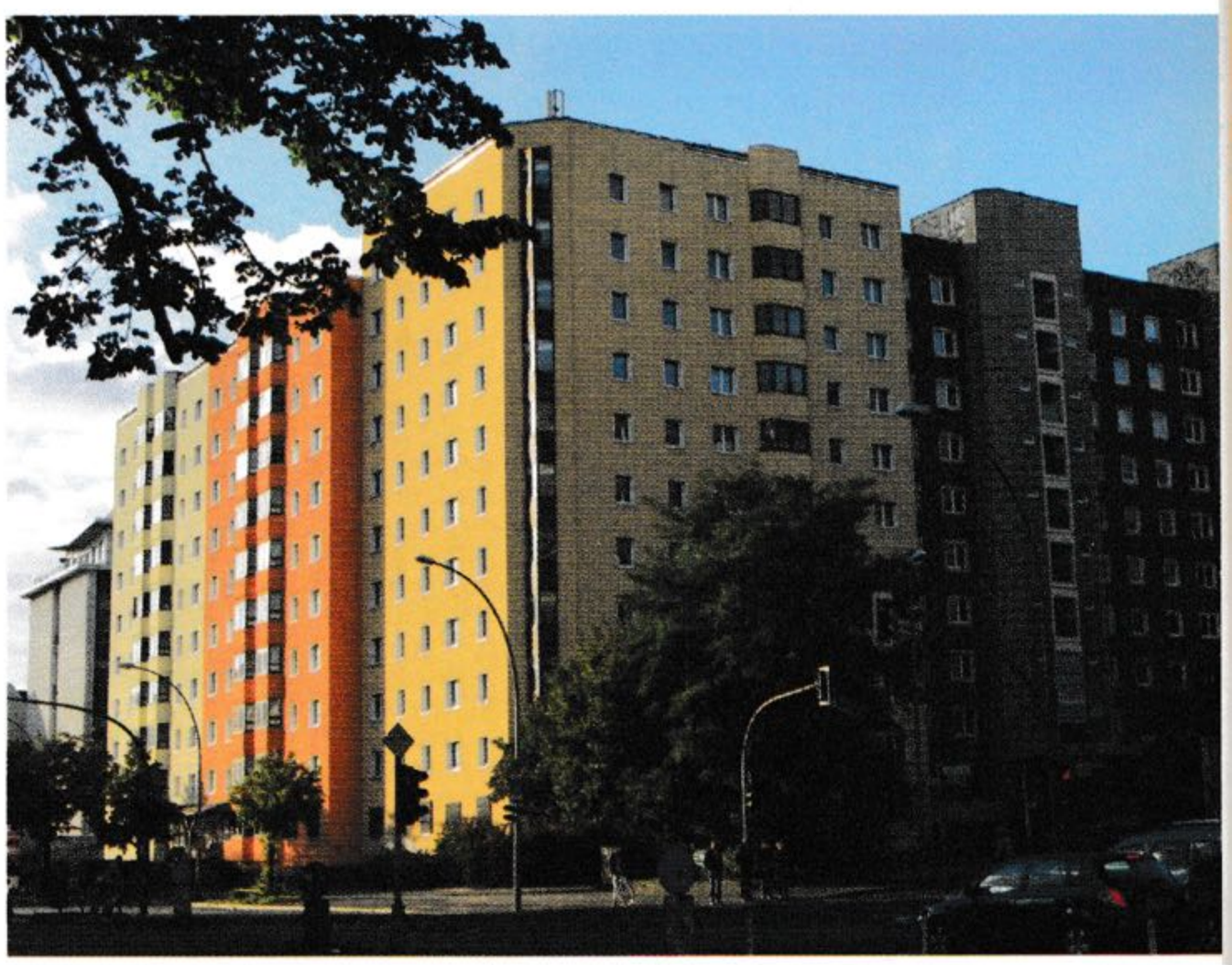
Rund 13,6 Millionen Menschen in Deutschland waren im Jahr 2014 von Armut bedroht – das ist jeder sechste Deutsche. Menschen mit geringem Einkommen können „aufstocken" (= „Aufstocker"), das heißt sie bekommen zusätzlich Geld vom Staat (= Hartz IV) (siehe Seite 137). Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens wird kontrovers diskutiert. Kommentieren Sie.

Wohnen in den neuen Bundesländern

1. Zwischen Elbe und Oder wurden Milliarden investiert, um verfallene Innenstädte zu sanieren und zu modernisieren. Häuser bekamen farbige Fassaden und die Infrastruktur wurde entwickelt. Die Bausubstanz hatte in den vierzig Jahren der kommunistischen Herrschaft stark gelitten, umweltschädliche Heizsysteme haben die Luft verpestet. In der ehemaligen DDR waren seit den 60er-Jahren eintönige Bauten aus fertigen Betonplatten entstanden. Die relativ kleinen Wohnungen entsprachen einer bestimmten Norm, denn Geld und Wohnraum waren knapp. Dafür waren die Mieten extrem niedrig (ca. ein Zehntel einer vergleichbaren Wohnungsmiete im Westen), die Wohnungen deshalb begehrt. Die Folge dieser Wohnpolitik war, dass die Mietpreise für eine Instandhaltung nicht ausreichten; zudem fühlten sich die Mieter für die Wohnungen nicht verantwortlich, da sie dem Staat gehörten. Die Neubauten verfielen ebenso wie die Altbauten und die historischen Altstadtviertel vieler Städte.

2. Seit der Wende haben Sanierungsprojekte die Wohnqualität verbessert; die Plattenbauten wurden neu aufpoliert. Heute ist das Image der „Platte" gestiegen. Sie ist Kulturgut geworden und Liebhaberobjekt für coole Bewohner aus Ost und West. Auch schätzen viele die günstigen Mieten.

3. Die Lebensbedingungen in Deutschland West und Ost nähern sich langsam an. Die stufenweise Angleichung der Löhne geschieht in den einzelnen Branchen unterschiedlich. Die Mieten im Osten sind im Durchschnitt noch günstiger, die Wohnungen im Durchschnitt kleiner als im Westen. Ca. 10% der Wohnungen stehen in Ostdeutschland durch den Wegzug der Bewohner leer.



Renovierte Plattenbauten im Osten von Berlin

Wohnen der Zukunft

Beim Hausbau fängt das Energiesparen an. Wer bauen will, denkt heute ökologisch. Mit der Wärmedämmung ist es gelungen, dass private Haushalte seit 2005 deutlich weniger Energie, d.h. Öl, Gas und Strom, verbrauchen. Die Regierung unterstützt Hausbesitzer, die ihr Haus energetisch sanieren wollen. Außerdem sind die Verbraucher wesentlich sparsamer geworden. Sie sind auf moderne Heiztechniken umgestiegen, oft mit Hilfe eines Energieberaters. Von 2016 an müssen Neubauten mit weniger Energie auskommen; es gelten strengere Standards.

Im Ruhrgebiet in der Stadt Bottrop entsteht seit 2010 die sogenannte „InnovationCity", eine ökologische Modellstadt für 65 000 Menschen, in der Klimaschutz im Mittelpunkt steht. Gebäude werden zu Plus-Energie-Häusern saniert, die mehr Energie produzieren als sie verbrauchen. Kommunale Einrichtungen wie Hallenbäder oder Kindergärten sollen mit umweltfreundlichen Energien betrieben werden. Elektro-Autos und vollelektrische Linienbusse werden zum Alltag gehören. In zehn Jahren wird sich hier der Energiebedarf halbieren.

Stadtplaner entwerfen Modellstädte für nachhaltiges Wohnen, denn immer mehr Menschen ziehen vom Land in die Städte. Die Stadt der Zukunft wird grün sein: Natur in der Stadt, Urban Farming und Urban Gardening auf Dächern und Balkonen sind die Stichwörter.
Frankfurt am Main ist Vorreiter für eine Stadt, die sich wandelt: Eine Vereinigung von Baumfachleuten hat Frankfurt 2014 für die Pflege seiner Stadtbäume und die Bedeutung von Bäumen für eine zukunftsfähige, lebenswerte Stadt ausgezeichnet (www.frankfurt-greencity.de).
München wird zur „Smart City", zur „Zukunftsstadt": Stadtteile werden zu europäischen Modellregionen, in denen bestehende Wohnungen energetisch saniert und Neubaugebiete energieeffizient gestaltet werden: mit Fernwärme, Car-Sharing, Ladestationen für Elektrofahrzeuge und Wärmeversorgung durch Geothermie.

Die Frau, Familie und Beruf

1. Umfragen haben immer wieder ergeben, dass sich junge Familien zwei oder mehr Kinder wünschen. In Wirklichkeit wird die Zahl der Kinder oft davon abhängig gemacht, ob die Frau berufstätig bleiben kann oder nicht. 68% aller Frauen gehen einem Beruf nach (Männer 78%) und möchten Familie und Beruf „unter einen Hut bringen", 1992 waren es nur 56%. Väter nehmen immer häufiger die Elternzeit (meist aber nur 2 Monate) in Anspruch. Frauen entscheiden sich für die maximale Auszeit von 12 Monaten und arbeiten dann in Teilzeit (62%). Das alte Modell der Hausfrau, die lebenslang zu Hause bleibt, läuft aus. Ein gesellschaftlicher Wandel findet statt, zu dem auch die Elternzeit beigetragen hat. In Ostdeutschland dagegen waren Frauen schon immer zu einem sehr hohen Prozentsatz berufstätig.

2. Die Zahl der Kita- und Kindergartenplätze (Kita = Krippe oder Kindertagesstätte für 1-3-Jährige) sowie die Zahl der Grundschulen mit Ganztagsbetreuung hat sich verdoppelt. Seit 2013 besteht ein Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz oder eine Tagesmutter. Der Osten ist heute mit Plätzen gut versorgt, was historische Gründe hat. Dort gibt es eine Tradition, die Kinder außer Haus zu erziehen. Der Westen dagegen muss sich beim Ausbau noch anstrengen. Ausbildungsprogramme für Erzieher und Erzieherinnen sollen helfen, das Angebot zu erweitern. Um diesen Beruf attraktiver zu gestalten, müsste sich allerdings die Bezahlung deutlich verbessern. Alleinerziehende Mütter, für die das Geld knapp wird (Kinderarmut droht), und Menschen in „prekären" sozialen Verhältnissen sind auf eine Krippe angewiesen, um arbeiten gehen zu können.

→ Das Stichwort Mutterschutz
Schutzfrist für berufstätige Mütter. Sie dürfen sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Geburt nicht arbeiten und bekommen Geld in der Höhe ihres Gehalts. Der Arbeitsplatz ist während dieser Zeit garantiert.

→ Das Stichwort
Elterngeld/Elternzeit

Seit dem 1.1.2007 gibt es das Elterngeld, das die Mutter und/oder der Vater je nach Vereinbarung insgesamt 14 Monate beziehen können (der Vater mindestens zwei Monate). Mit dem Elterngeld Plus können Eltern doppelt so lange, aber nur halb so viel Geld bekommen. Berechtigt sind auch Eltern in eingetragener Partnerschaft, Stiefeltern, Nichterwerbstätige und Selbstständige.

3. Über 50% der Studienanfänger sind Frauen. Sie sind gut ausgebildet und deshalb ökonomisch unabhängiger geworden. Die Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren gebessert. Mehr als drei Viertel der Unternehmen boten im Rahmen einer Befragung flexible Arbeitszeitregelungen wie gleitende Tages- und Wochenarbeitszeiten, Teilzeit oder Telearbeit an. Deutlichen Nachholbedarf gegenüber anderen Ländern gibt es noch in der Kinderbetreuung (Betriebskindergärten, Krippen- und Kindergartenplätze).

4. Im öffentlichen Leben leisten Frauen einen großen Teil der sozialen und einen nicht zu unterschätzenden Teil der politischen ehrenamtlichen Tätigkeiten. In Führungspositionen des öffentlichen Lebens, in Verwaltung, als Professorinnen und in den Top-Etagen der Privatwirtschaft und auch auf mittlerer Führungsebene sind sie unterrepräsentiert, obwohl große Unternehmen sich 2001 verpflichtet hatten, den Frauenanteil zu erhöhen. Frauen kommen heute zwar schneller nach oben, aber nur bis zu einer bestimmten Ebene – die sogenannte „gläserne Decke".

→ Das Stichwort Frauenquote

Berlin hat die Frauenquote in Aufsichtsräten durchgesetzt: mindestens 30% Frauen ab 2016 in den größten Unternehmen.

Frauen in Spitzenpositionen scheitern oft, weil die Unternehmen ihre Kulturpolitik nicht vorbereitet haben und sie trotz Qualifikation Fremde geblieben sind. Jenseits der Frauenquote ist noch viel in der Führungskultur zu verändern, damit Deutschland nicht hinter seinen europäischen Nachbarn zurückbleibt.

Besser sieht es in der Politik aus. Nach der Bundestagswahl 2005 wurde zum ersten Mal eine Bundeskanzlerin – Angela Merkel – gewählt.

5. In den alten und den neuen Ländern verdienen Männer im Allgemeinen – als Angestellte und als Arbeiter – deutlich mehr als die Frauen. Die Politik will dagegen vorgehen, dass Frau selbst im gleichen Job 22% weniger verdienen. Sie will das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit" durchsetzen (Kampagne Equal Pay Day).
Gründe für die geringere Bezahlung sind, dass Frauen vielfach in sozialen Berufen arbeiten, die eigentlich aufgewertet werden müssten (z.B. Krankenschwestern, Pflegerinnen). Dass die Unterschiede am Ende des Berufslebens am größten sind, liegt auch daran, dass Frauen in der Familienphase Berufspausen einlegen.

→ Das Stichwort Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, auch Antidiskriminierungsgesetz genannt, ist ein deutsches Bundesgesetz von 2006. Es soll Diskriminierung wegen Alters, Geschlechts, Herkunft, Religion, einer Behinderung oder der sexuellen Identität verhindern und beseitigen. Bei Verstößen haben Personen Rechtsanspruch.

6. Im Haushalt bewegt sich einiges. Immer öfter fühlen sich beide Partner fürs Putzen und Kochen zuständig, wobei laut einer Umfrage Männer allerdings meinen, dass Frauen für bestimmte Arbeiten, zum Beispiel fürs Bügeln und Wäschewaschen, mehr Talent hätten. Auch sei es immer schwieriger für sie, den neuen Rollenbildern zu entsprechen. Im Großen und Ganzen gilt deshalb noch immer die alte Rollenverteilung, dass kleinere Reparaturen oder Renovierungsarbeiten eine männliche Domäne sind und Frauen sich um die Aufgaben des Haushalts kümmern, Verwandte pflegen und Kinder betreuen.

AUFGABEN

1. Lesen Sie jetzt den Artikel über einen „Fall", der häufig vorkommt.

Gemeinsam oder einsam?

„Der Beruf macht uns beiden viel Spaß. Leider arbeiten wir in verschiedenen Branchen an verschiedenen Orten. Aber das ist kein Problem. Wir lieben uns." Das sagt mit Überzeugung Andrea Steiner, 38 Jahre alt, verantwortlich für eine Abteilung mit 15 Mitarbeitern in einem weltweit operierenden Unternehmen. Ihre Dynamik und ihre gute Ausbildung haben sie bisher über alle Hürden getragen. Die waren oft relativ hoch, vor allem Personalprobleme haben ihr ganzes psychologisches Geschick gefordert. Aber sie hat die Dinge zur Zufriedenheit von Management und Mitarbeitern gemeistert und fühlt sich angespornt, neue Aufgaben „anzupacken". Da kam das Angebot von der größeren Firma wie gerufen. Sie greift zu, zieht wieder um und managt souverän Umzug, Neuanfang und Familie.

Andrea Steiner liegt damit im Trend: Immer mehr Paare leben zeitweise getrennt, pendeln oder treffen sich nur am Wochenende. Früher waren es die Seeleute, die Frau und Familie für Monate verließen. Später die Piloten und Stewardessen im internationalen Flugverkehr, nicht zu

vergessen auch die Fernfahrer oder die Ingenieure. Heute ist das Lebensmodell „Fernliebe" alltäglich geworden. Für gut ausgebildete Personen gibt es nur einen begrenzten Arbeitsmarkt, und der kann in einer anderen Stadt liegen.

Andreas Ehemann Uwe ist Vertriebschef in einem Unternehmen der Elektrotechnik, verantwortlich für strategisches Marketing und folglich ständig rund um den Globus unterwegs. „Wir geben uns oft die Klinke in die Hand. Sie kommt, ich gehe oder umgekehrt." Weniger das Bewusstsein, Karriere zu machen oder eine Machtposition erreichen zu müssen, ist ihre Triebfeder, sondern das Gefühl der Zufriedenheit, etwas erreicht zu haben. Er versteht, was sie bewegt, und er liebt sie dafür. Für ihn, das gibt er gerne zu, ist die Karriere das lohnende Ziel.

Beide stellen kritisch fest: Telefongespräche sind das emotionale Band, das sie verbindet, aber die Nähe des Partners fehlt in kritischen Momenten. Fernliebe hat leidenschaftliche Phasen, aber die Gefährdung der Liebe ist immer gegenwärtig.

Das Statistische Bundesamt hat die Fernliebenden noch nicht erfasst. Es sind vor allem unverheiratete Paare, aber auch Ehepaare, meist Berufstätige der Mittelschicht, die am Anfang oder im Zenit ihrer Laufbahn stehen.

1. Psychologische Studien fanden heraus, das sich getrennt lebende Paare besonders gut verstehen. Sie offenbaren ihre Gefühle am Telefon und in E-Mails. Welche Erfahrungen haben Sie?
2. Ordnen Sie zu.

aussteigen	Karriere machen
umsteigen	einen anderen Beruf erlernen
aufsteigen	aufhören zu arbeiten
absteigen	einen weniger qualifizierten Beruf annehmen

3. Können Sie sich „Fernliebe" in Ihrem Leben vorstellen?

Jugendliche nach der Wende und heute

Meinungen und Reaktionen

1. In den neuen Bundesländern war die Vereinigung ein krasser Einschnitt. Innerhalb kürzester Zeit mussten sich die Jugendlichen völlig neuen Lebensbedingungen anpassen. Die sozialistische Einheitspartei (SED) der ehemaligen DDR hatte das gesellschaftliche Leben geprägt. Gute sozialistische Bürger sollten sie werden, vor allem in Geschichte und Staatsbürgerkunde wurden sie entsprechend unterrichtet. Kinder und Jugendliche waren in der ehemaligen DDR in ein Schule und Freizeit umspannendes System eingebunden. Als Kinder waren sie „Junge Pioniere", als Jugendliche gingen sie meist in die FDJ (= Freie Deutsche Jugend).
Reale Existenzängste waren nach der Wende die unausbleibliche Folge. Neben der Freude an der neu gewonnenen Freiheit verbreitete sich Unsicherheit, welcher Beruf unter den radikal veränderten Bedingungen überhaupt eine Zukunftschance bietet, ob die Arbeitsplätze auch vorhanden sein werden usw. Viele passten sich schnell an, andere konnten sich nicht behaupten und fühlten sich als Verlierer.

2. Die Lage auf dem Lehrstellenmarkt hat sich total gewandelt. Nach einem Lehrstellenmangel bis 2008 können heute Tausende von Lehrstellen nicht besetzt werden. Die Handwerksbetriebe suchen händeringend nach Nachwuchs. Der Zentralverband des deutschen Handwerks wirbt mit einer großen Imagekampagne für die duale Ausbildung, die laut OECD als „bildungspolitisches Vorbild" für andere Länder gilt. Es entstehen Slogans wie: „Ich bin nur ein Handwerker. Ich bin der, der Deutschland antreibt." Die Industrie-und Handelskammer (IHK) wirbt mit „Schock deine Eltern. Mach erst mal 'ne Lehre."

3. Die Zahl der ausländischen Jugendlichen mit mittlerem Schulabschluss hat sich erhöht ebenso wie die von jungen Ausländern mit Hochschulreife. Die Arbeitslosenquote ist geringer geworden, ist aber immer noch höher als der deutsche Durchschnitt.

Die Zukunft liegt vor dir, mach was draus!
Wir suchen zum 1. September engagierte, motivierte und freundliche Auszubildende zum/zur Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel
Jetzt bewerben am besten schnell und einfach online unter:

www.metro.de/jobboerse
oder schriftlich an METRO ...
oder per Mail: ...@metro-cc.de

Der „Schlüssel“ Sprachkenntnisse

Das bayerische Handwerkwerk sucht junge Auszubildende. Die Handwerkskammer für München und Oberbayern (HWK) kümmert sich schon länger speziell um junge (teilweise unbegleitete) Flüchtlinge, um sie zu integrieren.

Frage: Seit wann gibt es dieses Projekt, ganz unbürokratisch Flüchtlingen (auch minderjährigen) zu helfen?
IHK: *Das Projekt der Ausbildung gibt es seit 2009 und wird vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration gefördert. Neben dem Ausbilder für Jugendliche mit Migrationshintergrund beschäftigt die Handwerkskammer seit August 2014 einen weiteren Ausbilder speziell für die Zielgruppe der jungen Flüchtlinge.*

Frage: Wo müssen Sie ansetzen, um den Flüchtlingen zu helfen?
IHK: *Wichtig ist es, den Menschen das System der dualen Berufsausbildung in Deutschland näher zu bringen und über die Vielfalt und Zukunftsmöglichkeiten der Ausbildungsberufe im handwerklichen Bereich zu informieren.*
Darüber hinaus beziehen wir auch immer das gesamte Netzwerk mit ein, das einen jungen Flüchtling begleitet – Betreuer, Vormund, Lehrkraft, Sozialarbeit usw. –, um für sie die beste Lösung zu finden. Wir werben bei den Handwerksbetrieben, Praktikums- und Ausbildungsplätze für junge Flüchtlinge bereitzustellen. Dann ist es wichtig, die Handwerksbetriebe zu informieren: über das Wie der Ausbildung, über rechtliche Bestimmungen oder Beschränkungen. Außerdem stellen wir den Kontakt zu weiteren Ansprechpartnern her, die in diesem Bereich tätig sind

(nach: Hallo Ramersdorf vom 29.04.2015)

Zuversichtlich in die Zukunft

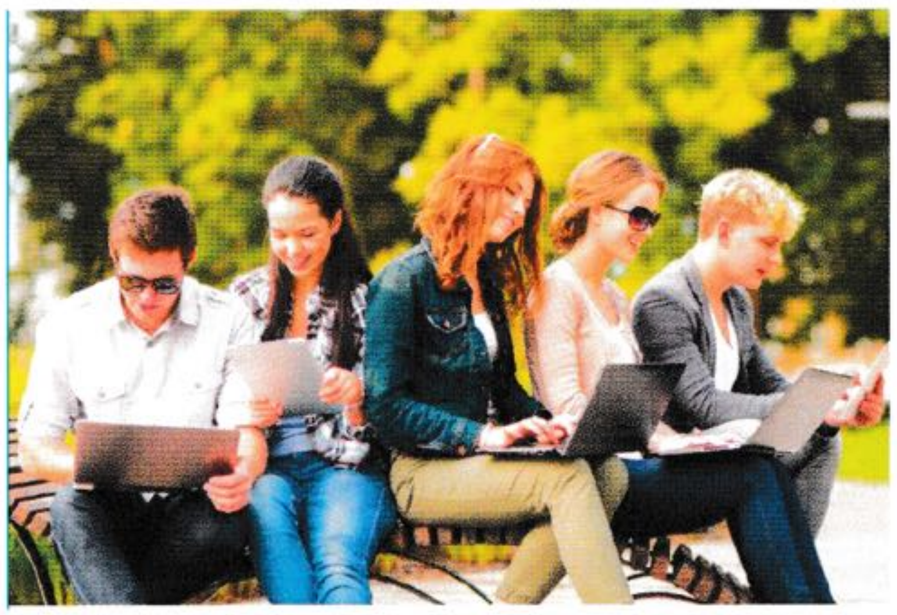
Ergebnisse der Shell Jugendstudien 2010 und 2015

Seit 1953 beauftragt Shell Deutschland Studien bei unabhängigen Forschungsinstituten, um ein aktuelles Bild der jungen Generation zu dokumentieren. In der 17. Shell Studie 2015 wurden 2.558 repräsentative Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren befragt.

1. 2015 halten die Jugendlichen (61%) ihren großen Optimismus trotz des durchaus schwierigen Umfelds aufrecht. Sie wünschen sich die Vereinbarkeit von Arbeit, Freizeit und Familie. Dabei geht es ihnen vor allem um planbare und verlässliche Gestaltungsmöglichkeiten. Sie sind pragmatisch gegenüber den Herausforderungen des Alltags.
Von dieser steigenden Zuversicht profitieren Jugendliche aus der sozial schwächsten Schicht allerdings wieder nicht. Wie schon im Jahr 2010 äußert sich nur ein Drittel (33%) optimistisch hinsichtlich der eigenen Zukunft. Leicht rückläufig ist auch der Optimismus der unteren Mittelschicht.

2. In Deutschland hängt der Schulerfolg so stark wie in keinem anderen Land von der jeweiligen sozialen Herkunft ab. Jugendliche der unteren Schicht (46%) sind auch 2015 deutlich weniger zuversichtlich, was die Realisierbarkeit der beruflichen Wünsche angeht, als Jugendliche der oberen Schicht (81%).

3. Die Familie hat bei Jugendlichen nach wie vor einen hohen Stellenwert. Das betrifft weniger eine eigene Familie als die Herkunftsfamilie, die in Zeiten hoher Anforderungen in Schule und beruflicher Ausbildung ein sicherer Heimathafen ist. Mehr als 90% der Jugend-



lichen berichteten über ein gutes Verhältnis zu den Eltern. Der Wunsch nach eigenen Kindern ist dagegen rückläufig. Der Rückgang lässt sich bei jungen Männern und auch jungen Frauen beobachten. Es bleibt daher eine gesellschaftliche Aufgabe, geeignete Rahmenbedingungen für die Familiengründung zu finden.

4. Bei den Erwartungen an die Berufstätigkeit dominiert das Bedürfnis nach einem sicheren Arbeitsplatz. Ein hohes Einkommen und gute Aufstiegsmöglichkeiten, aber auch genügend Freizeit stehen im Vordergrund. Jugendliche wollen das Gefühl haben, etwas zu leisten und etwas Sinnvolles zu tun. Karriereorientierung findet aber wenig Zustimmung.

5. In der Freizeit hat das Internet deutlich an Bedeutung gewonnen.
Im Durchschnitt sind Jugendliche pro Woche mehr als 18 Stunden online, 2010 waren es erst ca. 13 Stunden, 2006 weniger als 10 Stunden. Wertet man das Verhalten zum „Social Web", so gilt für 39%, dass sie sich kritisch geben und sich nicht auf alles einlassen wollen.

6. Das politische Interesse ist wieder deutlich gestiegen. Gleichzeitig wächst die Sorge in Hinblick auf die internationale Politik und auf mögliche Terroranschläge. Bei der politischen Selbsteinordnung sehen sich die jugendlichen bei einem Wert von 4,4 in der Skala von 0 = „links" bis 10 = „rechts", also links von der Mitte. Trotz der Zufriedenheit mit der Demokratie ist das Vertrauen zu den Parteien unterdurchschnittlich. Sie werfen den Parteien eine Orientierung an eigenen Interessen und fehlende Verlässlichkeit vor.

7. Hinsichtlich der Toleranz bleiben deutliche Unterschiede zwischen Ost und West. Jugendliche aus den östlichen Bundesländern haben häufiger Vorbehalte gegenüber türkischen Familien, Aussiedlern oder Familien aus Afrika. Zuwanderung wird im Westen akzeptiert, im Osten überwiegt die Ablehnung. Weniger Aufnahme fordern 44% der Jugendlichen im Osten im Vergleich zu 30% im Westen.

8. Sehr viele Jugendliche haben einen positiven Blick auf ihre Heimat und auf Deutschland. Die Shell-Studie bescheinigt den Jugendlichen ein solides Wertesystem. Freundschaft, Partnerschaft und Familie stehen dabei ganz oben. Wichtig nehmen sie aber auch den Respekt vor Gesetz und Ordnung. Mit dem Interesse für Politik und der wachsenden Bedeutung Deutschlands in Europa ist auch das Interesse für deutsche Geschichte und für Traditionen gewachsen.

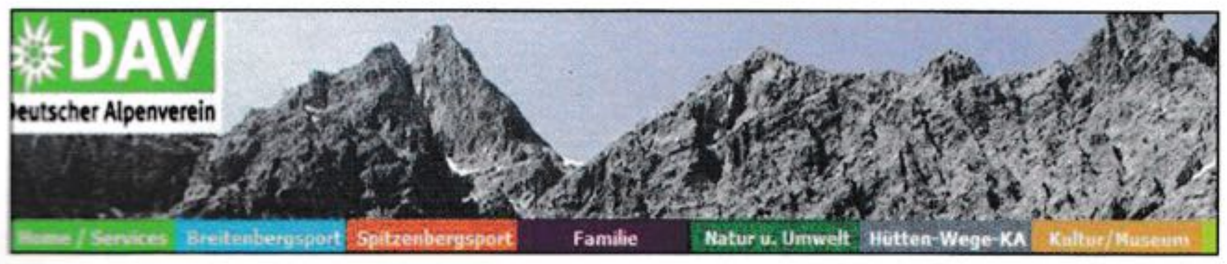
9. Für 76 % der Muslime ist der Glaube an Gott eine wichtige Leitlinie ihres Lebens, dagegen nur für 37% der evangelischen Jugendlichen. Auch sind die Unterschiede zwischen Ost und West groß: Für 68% der Jugendlichen in den neuen Bundesländern ist der Glaube an Gott unwichtig (45% im Westen). Jugendliche verneinen nicht das Existenzrecht der Kirchen, schätzen ihre soziale Rolle, vermissen jedoch oft Antworten auf wichtige Fragen des Lebens. Mehr unter: www.shell.de/aboutshell/our-commitment/shell-youth-study-2015.html.

Foto: Metin Yilmaz

Jugendliche heute

1. Deutschland war die geografische Schnittstelle im Ost-West-Konflikt. Der ist lange überwunden. Normalität ist eingetreten. Für viele Jugendliche liegt die Wende weit zurück, zum Teil waren sie noch nicht geboren oder noch Kleinkinder. Der Blick geht deshalb in die Zukunft und fokussiert sich auf die Chancen und die Probleme. Manche Jugendliche setzen sich aber auch Gefahren aus. Sorgen macht ein zum Teil selbstzerstörerisches Verhalten. Während illegale Drogen und Zigarettenkonsum zurückgehen, wird der Alkoholkonsum, das „Komasaufen", manchmal lebensbedrohend. Ist der Schulstress die Ursache? Versagt die Schule oder das Elternhaus?

2. Deutsche Jugendliche reisen gerne ins Ausland, mit der Familie oder mit der Schule. Immer beliebter werden Jugendreisen kommerzieller Veranstalter, die dem Bundesforum Kinder- und Jugendreisen angehören und gut organisiert und betreut sind. 13- bis 15-Jährige verreisen schon mal ohne Eltern in Sportcamps und Zeltlager, 16-18-Jährige sowieso. Gelungene Ferien sind Ferien mit Sonne oder Schnee, mit Freunden, Flirts und Partys. Die Jugendlichen möchten etwas erleben, aber auch mal faul sein. Abwechslungsreiche Ferienaktivitäten bietet das Deutsche Jugendherbergswerk (DJH) zum Beispiel mit sportlichen Workshops oder Kunstcamps. Aktiv geht's auch im Deutschen Alpenverein (DAV) zu mit Kletterkursen oder Engagements für den Naturschutz. Nicht zu vergessen sind Sprachurlaube und internationaler Jugendaustausch mit Frankreich, Russland, Japan oder Israel (deutsche-kultur-international.de). Wer gerne selbstständig unterwegs sein möchte, fährt mit einem Interrail-Ticket der Deutschen Bahn durch 30 europäische Länder. Begegnung führt zu mehr Toleranz und trägt dazu bei, Konflikte mit friedlichen Mitteln auszutragen (siehe auch S. 71 Schüleraustausch).



3. Wehr- und Zivildienst machen einen grundlegenden Wandel durch. Der Wehrdienst ist nach 50 Jahren Wehrpflicht freiwillig geworden, d.h. er ist ausgesetzt, aber weiterhin im Grundgesetz verankert. Das Selbstverständnis des Soldaten als „Bürger in Uniform" bleibt erhalten. Die Bundeswehr wird kleiner und wird den neuen internationalen Aufgaben angepasst. Statt des Zivildiensts gibt es jetzt den erfolgreichen Bundesfreiwilligendienst (BFD – die Bundesfreiwilligen werden Bufdis genannt) im sozialen Bereich, in Sport, Naturschutz, Bildung und Integration. Er ergänzt das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) und das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und ist auch für ältere Bürgerinnen und Bürger offen.
Der Auftrag der Bundeswehr hat sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt: Nicht mehr die Landesverteidigung ist ihre Aufgabe, sondern humanitäre Hilfe und Friedensmissionen. 2001 erteilt der Deutsche Bundestag das Mandat für die Beteiligung am ISAF (= International Security Assistance Force) - Einsatz der NATO in Afghanistan, das Ende 2014 beendet und zu einer Ausbildungsmission umgewandelt wurde. Die Bundeswehr ist auch an UN-Missionen im Libanon, in Westsahara, Liberia und dem Sudan beteiligt, außerdem an europäischen Missionen in Mali, Somalia und am Horn von Afrika. Ende 20115 beschloss die Regierung, Frankreich im Kampf gegen den IS in Syrien zu unterstützen. Der Einsatz von Tornado-Aufklärern wird von der Bevölkerung kritisch gesehen.

Jugendorganisationen – Jugendprogramme

Viele junge Menschen engagieren sich in Jugendverbänden, z.B. bei der Deutschen Jugendfeuerwehr oder bei den Pfadfindern, in Parteien und Gewerkschaften, in Umwelt- und Naturschutzverbänden, in Sportverbänden, in religiösen Jugendverbänden oder Verbänden aus der Wirtschaft. Sie gehen in Chöre (Deutsche Chorju-

gend) oder in Trachtenvereine. Bei der Gewerkschaftsjugend streifen sie das verstaubte Image ab und beteiligen sich an Unterschriftenaktionen und Info-Ständen. Zuständig für die Jugendarbeit – für ein Angebot an Sportvereinen, Musikschulen usw. – sind in der Bundesrepublik die Kommunen. Bund und Länder sind verantwortlich für die rund 80 überregionalen Jugendverbände, in denen sich etwa ein Viertel der Jugendlichen organisiert. Die meisten Verbände sind im Deutschen Bundesjugendring (DBJR) zusammengefasst:

Deutscher Bundesjugendring

Die Vollversammlung des DBJR hat 2014 die Position „Gleichberechtigte Teilhabe für junge Flüchtlinge ermöglichen!" beschlossen. Außerdem gab es den Beschluss „Folgen des Klimawandels als Fluchtgrund anerkennen". Beide sind in der Broschüre oben zusammengefasst.

Jugendverbände

Nehmen wir an, Sie wollen „etwas tun" oder Sie wollen in der Gemeinschaft junger Menschen leben, ... dann finden Sie ein entsprechendes Angebot in einer Broschüre, mit der die KJG, die Katholische Junge Gemeinde, Jugendliche auf sich aufmerksam machen möchte. Die KJG ist eine von mehr als 400 Jugendorganisationen, die sich in Bayern im Bereich der Jugendarbeit engagieren.
Das Spektrum der Aktivitäten ist breit, es reicht vom Fußballspiel bis zur Diskussion über das Thema Armut in der Welt, von der Altpapiersammlung bis zur Pflanzaktion, vom Stadtteilfest bis zum Volkstanz.

Bund der Pfadfinderinnen und Pfadfinder

Deutsches Jugendherbergswerk

Austausch in der Schule

Der Schüleraustausch fördert besonders die internationalen Kontakte zwischen Schülern, Lehrern und Schulen. Die Projekte werden vom Pädagogischen Austauschdienst (PAD) der Kultusministerkonferenz (www.kmk.org) durchgeführt.
Es gibt folgende Schwerpunkte:

- 2014 ist das neue EU-Programm für Bildung, Jugend und Sport ERASMUS+ 2014 - 2020 gestartet. Unter dem Dach von ERASMUS+ werden die bisherigen Programme für lebenslanges Lernen, Jugend in Aktion sowie die internationalen EU-Hochschulprogramme zusammengefasst und neu strukturiert. Der Markenname COMENIUS für die schulischen Aktionen bleibt erhalten.
- Die Initiative „Schulen: Partner der Zukunft" (PASCH) wurde 2008 vom Auswärtigen Amt ins Leben gerufen, um jungen Menschen weltweit Zugang zur deutschen Sprache und Bildung zu ermöglichen. Es besteht ein Netz von 1.700 Partnerschulen. Schwerpunktregionen sind Asien, Naher und Mittlerer Osten sowie Mittel- und Osteuropa.

Die deutschen Auslandsschulen, ein zentrales Element der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, sind Stätten der Begegnung im Gastland. Unterstützt wird das Auswärtige Amt von den Bundesländern.

Mitsprache in der Politik

In Städten und Kommunen gibt es die verschiedensten Modelle für die aktive Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungen, die ihre Interessen betreffen. Es gibt Jugendparlamente, Jugendforen, Jugendgemeinderäte oder Jugendräte. Im Folgenden stellen wir Ihnen das Planspiel „Jugend und Parlament" vor, an dem die Bayreutherin Lisa Ziegler teilgenommen hat. Sie berichtete davon im Nordbayerischen Kurier vom 5. Juli 2012 (ein Auszug).

Auf Erfahrungsjagd im Bundestag

Jedes Jahr treffen sich etwa 350 Jugendliche im Alter von 16 bis 20 Jahren aus ganz Deutschland im Deutschen Bundestag. Ich war eine davon. ... Zusammen mit den anderen Teilnehmern durfte ich vier Tage lang in den Originalräumen im Deutschen Bundestag Gesetzgebung spielen. Fiktive Parteien wurden gegründet, Landesgruppen gesammelt, Arbeitsgruppen und Ausschüsse bestimmt und Vorstandvorsitzende gewählt.

Was im normalen Leben Wochen, vielleicht sogar Monate dauert, wird beim Planspiel innerhalb von ein paar Minuten per Auslosverfahren bestimmt. Vor dem Planspiel musste jeder Teilnehmer einen fiktiven Namen annehmen. Bei der Ankunft erhielt jeder ein Rollenprofil mit einem neuen Ich.

Lisa Ziegler (rechts) interviewte die Bundestagsabgeordnete Elisabeth Scharfenberg, die sie zum Planspiel einlud.

Vier Gesetzesentwürfe wollten durchdiskutiert, verändert und verbessert werden. Dabei ging es zum Beispiel um die Einführung einer Pkw-Maut (Anm.: Gebühr für Pkws für die Benutzung von Autobahnen) oder den Datenschutz in digitalen Medien. In Arbeitsgruppen und Fraktionssitzungen (Anm.: Sitzung mit allen Abgeordneten einer Partei) ... ging es dann heiß her. Fünf verschiedene Parteien mussten alle ihre Standpunkte unter einen Hut bringen und schlussendlich einen endgültigen Gesetzesentwurf verfassen. ...

Zum Schluss durften dann alle Teilnehmer über die vier Gesetzesentwürfe abstimmen.
Anschließend kam noch ein Programmhighlight: eine Podiumsdiskussion mit den Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag. ... Dabei interessierte uns vor allem das Thema soziale Netzwerke.
Nach vier interessanten Tagen ging es wieder zurück in die Heimat. Politikerin möchte ich später nun trotzdem nicht werden. Das Leben eines Abgeordneten wäre mir eindeutig zu stressig.
(Auszug aus einem Artikel im Nordbayerischen Kurier, Donnerstag 5. Juli 2012, S. 20)

AUFGABEN

1. Wie ist Ihre Meinung zur Stärkung von Kinder- und Jugendlichenrechten?
2. In welchen Netzwerken sind Sie engagiert?

Thema Jugendgewalt

Das Thema Jugendgewalt verschwindet nicht aus den Schlagzeilen. Laut Statistik ist zwar die Zahl der Gewaltdelikte zurückgegangen, doch erschüttern immer wieder Gewaltexzesse, auch mit Todesfolge, vor allem die Menschen in den größeren Städten.
Rupert Voß ist überzeugt, dass Jugendhilfemaßnahmen, nicht verschärfter „Knast" weiterhelfen können. Seine Firma hand-in ist Träger der Jugendwerkstatt Work and Box Company. Sie ist in mehreren Städten in Deutschland tätig und arbeitet mit männlichen gewaltbereiten Jugendlichen zwischen 16 und 21 Jahren, die bereits Erfahrung mit Polizei, Gericht oder auch Gefängnis gemacht haben. Alle leben mit ihrer Familie im Konflikt und sind in Schule und Ausbildung gescheitert. Meist kommen Arbeitslosigkeit, Schulden oder Drogen noch hinzu.

Die Company arbeitet an der sozialen und beruflichen Integration der Jugendlichen und bietet auch Unterstützung bei der Bewältigung persönlicher Probleme. Es geht darum, Aggressionen abzubauen und das Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl zu stärken, damit auf Gewalt verzichtet werden kann. In den erlebnispädagogischen Phasen – Kanufahren, Segeln oder Boxen – setzen sich die Jugendlichen mit ihrer individuellen Gewaltproblematik auseinander. Sie sollen neue Verhaltensweisen ausprobieren und bearbeiten Themen wie Respekt, Selbstkontrolle, Niederlage oder Angst. Wer Perspektiven entwickelt, leistet ein Berufspraktikum in der freien Wirtschaft und kann einen Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag bekommen. Es geht um die letzte Chance für die Jugendlichen, sich einen Platz in der Gesellschaft zu erobern. (mehr unter www.hand-in.de)

AUFGABEN

1. Wie können Jugendliche ihre soziale Kompetenz entwickeln?
2. Welche Rolle spielt Ihrer Meinung nach dabei die Familie?
3. Schulen setzen Schulpsychologen und Jugendliche als Mediatoren ein. Ist das die Lösung?

Rechtsradikalismus – vier Artikel zu einem schwierigen Thema

Rechtsextremismus gibt es in Ost- und Westdeutschland. Die Neonazi-Szene im Osten, die sogar vor Morden nicht zurückschreckt, ist dennoch bedrückend. Hat das Vakuum nach dem Ende der SED zum Entstehen von Hass und Gewalt beigetragen? In den neunziger Jahren verübte eine rechtsextreme terroristische Vereinigung aus Jena (Nationalsozialistischer Untergrund = NSU) eine Reihe von Morden an ausländischen Kleinunternehmern. Erschreckend ist auch die Zunahme politisch motivierter Anschläge auf Unterkünfte von Asylbewerbern, von Brandanschlägen und Gewalttaten sowie von Drohungen gegenüber Politikern und Ehrenamtlichen. Die Politik muss die Aufnahme von Flüchtlingen regeln und gleichzeitig dem Erstarken rechtsextremer Gewalt entgegentreten.

„Pegida" ist die Abkürzung für eine Bewegung, die sich „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" nennt. Seit Oktober 2014 organisieren ihre Vertreter in Dresden wöchentliche Demonstrationen gegen Überfremdung und eine aus ihrer Sicht verfehlte Einwanderungs- und Asylpolitik, die sich auch auf andere Städte ausgeweitet haben. Teilnehmer sind auch Aktivisten rechtsextremer Parteien und islamfeindlicher Bewegungen. Die Übergänge zu der rechtspopulistischen neuen Partei AfD (= Alternative für Deutschland) sind fließend.

Nicht zu übersehen ist aber auch, dass sich die Bürger gegen Rechts engagieren und die Werte einer offenen Zivilgesellschaft verteidigen. Sie gehen auf die Straße, um Aufmärsche zu verhindern, bilden Initiativen, wie zum Beispiel die Initiative „EXIT." für Aussteiger aus der rechtsextremistischen Szene. Natürlich gibt es auch auf Bundesebene zahlreiche Einrichtungen, die sich mit dem Thema Rechtsextremismus befassen, so z.B. das Bündnis für Demokratie und Toleranz.

Vorsicht Neonazis!

a.i.d.a.-Vorstand Marcus Buschmüller: Wie sich die rechte Szene im Netz ausbreitet

Der Verein a.i.d.a. in München engagiert sich seit über 20 Jahren gegen Rechtsextremismus. Das Archiv sammelt Dokumente der rechtsextremen Szene und stellt seine Informationen der Presse und Öffentlichkeit zur Verfügung. Marcus Buschmüller erklärt in einem Interview, wie man Neonazis im Web 2.0 erkennt und wie man reagieren sollte.

Woran erkenne ich Neonazis in sozialen Netzwerken?

BUSCHMÜLLER: Das ist schwierig. Neonazis versuchen häufig, Jugendliche mit provokanten Events oder emotionalen Themen wie Umweltschutz oder Arbeitslosigkeit zu ködern. Man sollte sich auf jeden Fall das Profil des anderen ganz genau ansehen. ...

Wie soll ich als Nutzer reagieren, wenn ich im Netz auf einen rechtsextremistischen Beitrag stoße?

BUSCHMÜLLER: Rechte Beiträge in Foren sollte man auf jeden Fall melden. Das mit dem Kontrageben ist eine Frage des eigenen Selbstbewusstseins. Das Wichtigste dabei: Immer sachlich bleiben. ... einfacher ist es, sich anderen Gruppen im Netz anzuschließen, die sich im Kampf gegen Rechtsextremismus engagieren. Man kann auch mit einem Button im eigenen Profil Stellung beziehen.

(Auszug aus einem Artikel in: Nordbayerischer Kurier vom 18. Juli 2012)

SCHULE OHNE RASSISMUS
SCHULE MIT COURAGE

Über Neonazis

Die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus klärt über Rechtsextremismus auf. Hier ein Interview mit dem Leiter Robert Bihler.

Frage: Von welcher rechtsextremen Gruppierung in Oberfranken (Anm.: Nordbayern) geht die größte Gefahr aus?

RB: *Da gibt's zwei, die uns Sorgen machen. Zum einen die NPD, die in diesem Jahr ihren Bundesparteitag in Bamberg gehalten hat. Auf kommunaler Ebene kann sie immer mal wieder Wahlerfolge erzielen, landesweit Gott sei Dank weniger.*

Frage: Welchen Einfluss haben rechtsextremistische Musikgruppen?

RB: *In der Skinheadszene ist der politische Anspruch eher niedrig, es geht um Spaß, Saufen, Ablehnung des Systems. Aber über die Musik gelingt die Ansprache junger Leute. ... Wir versuchen von staatlicher Seite, die Zahl der Konzerte einzudämmen. Zum Beispiel wird geprüft, ob sie Anlass für Straftaten sein könnten ...*

Frage: Wie gut ist die Szene in Bayern organisiert?

RB: *Das zentrale Kommunikationsmittel der Rechtsextremisten ist das Internet. In Bayern gibt es rund 2000 Extremisten. ... Interessant ist, dass sich das Aussehen der Extremisten geändert hat. Manche zeigen sich im Trachtenanzug, manche sehen aus wie Linksextremisten mit schwarzem Kapuzenpulli und Palästinensertuch. Glatze und Springerstiefel sieht man gar nicht mehr so oft. ... Wir betreuen ein Aussteigerprogramm und helfen Leuten, die sich von der Szene fernhalten wollen.*

(Auszüge aus einem Interview in: Nordbayerischer Kurier vom 30./31.10./1.11.2010)

Einsatz gegen Rechts

Entscheidend sind Hartnäckigkeit und gute Ideen

Von Manja Greß und Florian Oertel

Über Hakenkreuze auf dem Schulklo und rechte Pöbeleien kann man sich ärgern – man kann aber auch etwas dagegen unternehmen. Vielen fehlt dazu der Mut, und gerade da, wo „die Rechten" den Ton angeben, ist das verständlich. Doch es gibt viele Beispiele, die zeigen, dass es sich lohnt, wenn sich junge Leute zusammentun, um Neonazis – ganz ohne Gewalt – etwas entgegenzusetzen. Eine „braune Tonne" zum Beispiel stellten Schüler in einer Stadt in Niedersachsen auf dem Schulhof auf, erzählt Holger Kubick vom Projekt „Mut gegen rechte Gewalt" in Berlin. „Die Tonne ist für rechtsradikale Flugblätter und CDs gedacht, die dort immer wieder verteilt werden."

Wer etwas gegen rechte Umtriebe tun will, sollte sich frühzeitig um Mitstreiter kümmern, rät Eva Eschenbruch vom Projekt P in Berlin, das Jugendliche beim Gründen von Initiativen zur politischen Beteiligung unterstützt. ...

Wer ein Zeichen setzen will, kann versuchen, seine Mitschüler für das Projekt SCHULE OHNE RASSISMUS – SCHULE MIT COURAGE zu gewinnen. Diesen Titel in Form eines Metallschilds bekommen Schulen, in denen mindestens 70 Prozent aller Schüler, Lehrer und Angestellten per Unterschrift erklärt haben, sich gegen Diskriminierung und Rassismus einzusetzen. Derzeit tragen über 2.000 Schulen das Metallschild, sagt Projektleiterin Sanem Kleff in Berlin. (Aus: Nordbayerischer Kurier vom 18./19. 06. 2005, aktualisiert 2015)

Was ist Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage?

Jugendliche engagieren sich zunehmend gegen Rechts. Das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" (SOR-SMC) ist eine europäische Jugendbewegung. Nationale Koordinierungsstellen gibt es in Belgien (seit 1988), wo das Projekt entstand, den Niederlanden (seit 1992), Deutschland (seit 1995), Österreich (seit 1999) und Spanien (seit 2002). Gemeinsam ist in allen beteiligten Ländern folgende Grundidee: Schulen, die sich dem Netzwerk anschließen, einigen sich in einer Selbstverpflichtung mehrheitlich darauf, aktiv gegen Rassismus und gegen salafistische und rechtsextremistische Gruppen vorzugehen.

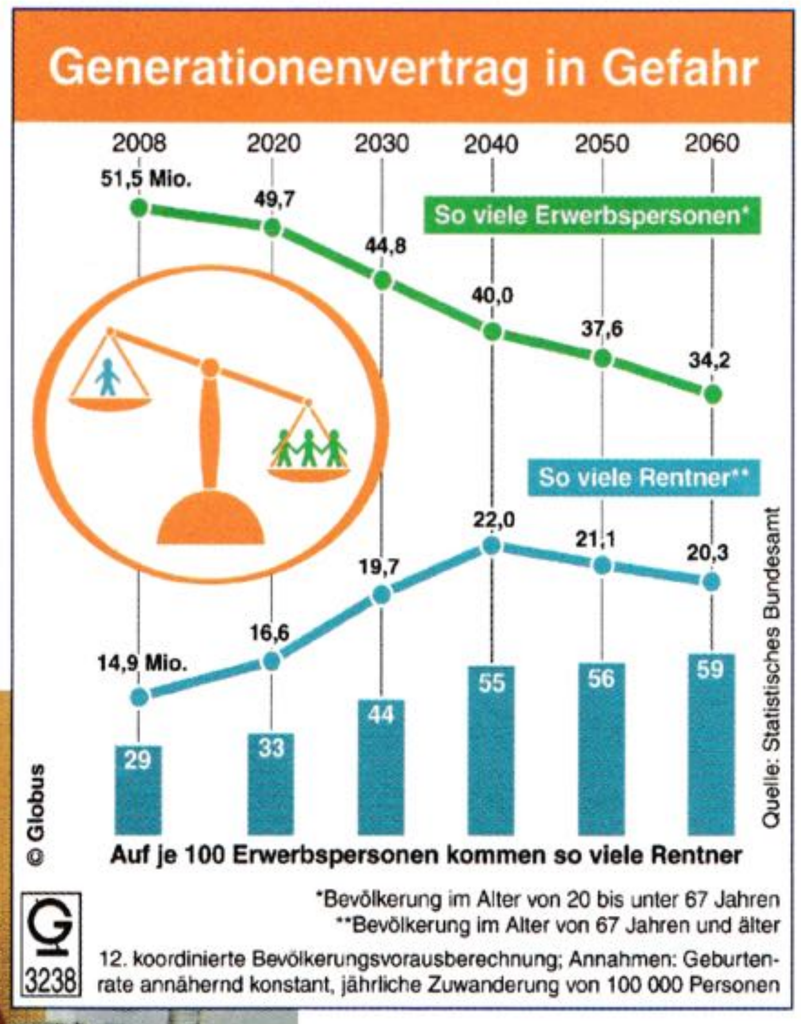
Die Alten heute und morgen

1. Eine „Revolution" kommt auf uns zu – darüber sind sich viele einig –, die einschneidender sein wird als ein politischer Umsturz: Die Gesellschaft ergraut. Was passiert? Die Bundesbürger werden heute dreimal so alt wie vor 200 Jahren und gleichzeitig werden zu wenig Kinder geboren. Der demografische Wandel betrifft alle Industrieländer und wird zunehmend zu einem weltweiten Problem. Lag der Anteil der über sechzigjährigen Deutschen im Jahr 1990 noch bei 21 Prozent, so ist er nach der Jahrtausendwende schon bei 26, im Jahr 2035, dem Höhepunkt der Entwicklung, wird er sogar bei satten 40 Prozent liegen, darunter überproportional viele Frauen (deren Lebenserwartung die der Männer um drei Jahre übersteigt). Der Anteil der unter Zwanzigjährigen aber dürfte dann auf etwa 18 Prozent gesunken sein.
Die Alten werden entscheidend mitbestimmen, wer in Berlin regiert.

2. Wer sind die Alten? Allen Zerrbildern vom „vertrottelten Greis" zum Trotz meistert die Mehrheit ihren Alltag mit ziemlicher Kompetenz und bei guter Gesundheit. Die Oldies von heute haben eine bessere Allgemeinbildung, sind fit und gesundheitsbewusst sowie besser informiert und lernwilliger als früher. Man unterscheidet „junge Alte" zwischen 60 und 80 Jahren und Alte über 80. Die „jungen Alten" helfen den Kindern bei täglichen Erledigungen, springen ein im Urlaub, passen auf die Enkelkinder auf. Sie leben am liebsten im eigenen Haushalt, möglichst in der Nähe der Familie. Oft sehen sie sich in der Pflicht, sich um die Pflege der ganz Alten zu kümmern.

Wenn die Eltern berufstätig sind und die Krippenplätze nicht ausreichen, ist die Oma für die Kinder da.

3. Wie soll das soziale Gefüge in Zukunft aussehen? Immer weniger Aktive müssen mehr Ruheständler finanzieren. Das Renteneintrittsalter steigt langsam auf 67 Jahre. Viele Arbeitnehmer arbeiten heute schon länger als vor Jahren und die Firmen schauen inzwischen auch auf ältere Bewerber, vor allem nach Facharbeitern. Die Bürger werden zu mehr Eigenvorsorge aufgerufen. Oft reicht der Verdienst aber nicht aus, um auch für das Alter vorzusorgen. Schon heute wächst die Altersarmut, wenn Arbeitslosigkeit oder Niedrigeinkommen dazu führen, dass die Rente kaum zum Leben reicht.



Es geht um die Frage: Wie kann Geringverdienern, die ein ganzes Leben lang gearbeitet haben, ein Alterseinkommen gesichert werden, das mehr ist als die Grundsicherung (S. 77)? Zu beobachten ist, dass immer mehr Rentner eine Beschäftigung suchen und ihre Rente mit Minijobs oder geringfügiger Beschäftigung aufbessern.

4. Innovativ könnten die „jungen Alten" auf die Struktur der Gesellschaft wirken. Soziales Engagement wird zu einem wichtigen Faktor im Leben älterer Menschen. Selbstständige arbeiten auch nach Renteneintritt weiter; einige gründen sogar Unternehmen. Daneben stehen Selbstverwirklichung, Konsum und Reisen bei einem Viertel der 55- bis 70-Jährigen hoch im Kurs. Man macht in Kultur, pflegt seine Hobbys, setzt sich noch einmal in Universitätsseminare und studiert Geschichte und Philosophie. Das sogenannte Seniorenstudium wird begeistert angenommen.
Optimistisch denken Sozialwissenschaftler darüber nach, wie die Alten einbezogen werden können , damit der Druck auf die mittlere Generation – Arbeit + Familie + Kinder + Eltern – gemildert wird. Das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser schafft Fakten: Über ganz Deutschland verteilt sind ca. 500 Tagestreffpunkte entstanden, in denen sich die Generationen wieder wie selbstverständlich begegnen und einander helfen.

(gekürzt; nach: Michael Scholing, in: Vorwärts, März 1993, S. 6/7; aktualisiert 2015)

AUFGABEN

1. Welche soziale Rolle spielen die Alten in Ihrem Land?
2. Sind Sie der Meinung, dass die Situation der älteren Menschen zum Teil zu positiv gesehen wird? Dann lesen Sie den folgenden Artikel.

Der Wert des Lebens – eine Kostenfrage

Unter immensen Opfern der Angehörigen werden zwei Drittel aller Pflegebedürftigen zu Hause betreut. Ca. 2,6 Millionen Pflegefälle gibt es in Deutschland, mit steigender Tendenz. 1,82 (2014) werden zu Hause, zum Teil mit Hilfe ambulanter Pflege, versorgt, 764 000 in einem Heim.
Bei 70% der meist alten Menschen reicht die Rente nicht für die Heimkosten von 3000 Euro und mehr im Monat, die Pflegeversicherung muss einspringen.
Es ist oft der Zufall, der die häusliche Pflege bestimmt – ob es Angehörige gibt, an welche Hilfsorganisationen die alten Menschen geraten, ob dort Kapazitäten frei sind. Es ist Zufall, ob eine Schwester morgens eine Stunde lang als Hilfe kommt oder erst mittags und nur für zehn Minuten, sodass nur Fließbandpflege möglich ist.

(nach: Heidrun Graupner, Der Wert des Lebens – eine Kostenfrage, in: SZ vom 8./9.05.1993; aktualisiert 2015)

5. 1995/96 ist eine lang diskutierte Reform verwirklicht worden, die hilfsbedürftige Bürger gegen das finanzielle Risiko absichern soll. Diese soziale Pflegeversicherung hilft bei der Pflege zu Hause oder im Heim. In die Pflegekassen zahlen Arbeitnehmer und Arbeitgeber.
Die Pflege gehört immer mehr zur Lebenswirklichkeit der Menschen. Es betrifft vor allem Frauen der sogenannten Sandwich-Generation, die gleichzeitig für die Kinder wie für die Eltern da sein müssen. Pflegende berufstätige Angehörige können in Notfällen 10 Tage frei nehmen, dann eine Auszeit von 6 Monaten oder eine Familienpflegezeit von 24 Monaten (das Gehalt wird gekürzt).
Die Erfahrungen mit der Pflegeversicherung sind gespal-

ten: Es mangelt an Geld und vor allem an Personal und die Angehörigen sind überfordert. Die Pflegereform 2015 will bei der häuslichen Pflege auch die Demenzkranken unterstützen. „Ambulant vor stationär", altersgerechtes Wohnen, der Umbau der Wohnung fürs Alter sind wichtige Themen. Die Pflegeversicherung bekommt mehr Geld, auch für Heime, aber sie deckt im Pflegefall nur einen Teil der Kosten.
Umfragen haben ergeben, dass die alten Menschen selbst ganz konkrete Vorstellungen haben, wie sie im Pflegefall versorgt werden möchten. Nur jeder Dritte sieht die Familie in der Pflicht, jeder weitere Dritte denkt an ein Mehrgenerationenhaus, Pflege- oder Alten-WGs und stellt sich neue Wohnformen vor. Aber die Realität sieht oft weniger ideal aus.

→ Das Stichwort Grundsicherung

Die Grundsicherung soll Armut vermeiden. Es ist eine Sozialleistung für Bedürftige, die aus Steuergeldern bezahlt wird. Hierzu gehören Bezieher von Hartz IV, von Sozialhilfe (Hilfe im Alter und Hilfe zum Lebensunterhalt) und Sozialgeld (sonstige hilfsbedürftige Personen). Diese Mindestsicherung gibt es in den meisten europäischen Staaten.

→ Das Stichwort Hilfsorganisationen

Altenarbeit leisten die Kirchen (Caritas, Diakonisches Werk), die Gewerkschaften und die großen Wohlfahrtsverbände wie das Rote Kreuz und die Arbeiterwohlfahrt, außerdem Selbsthilfegruppen, die Interessenvertretungen der Senioren und private Initiativen (siehe S. 82).
Bei der Betreuung Hilfs- und Pflegebedürftiger haben sich besonders die Sozialstationen bewährt. Das sind lokale Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände. Ihre bezahlten Fachkräfte, Helferinnen und Helfer kommen ins Haus und leisten medizinisch-pflegerische Hilfe. Zu ihren Diensten gehört auch die Versorgung mit warmem Essen, das als „Essen auf Rädern" von Helfern in die Wohnung gebracht wird.

Freizeit und Sport

1. Die Deutschen haben im Jahr 30 Arbeitstage Urlaub, wie viele Länder in Europa auch. Hinzu kommen neben den freien Wochenenden etliche Feiertage, vor allem kirchliche Festtage. Die Zahl der jährlichen Arbeitsstunden liegt deshalb rund 100 Stunden unter dem EU-Durchschnitt. Die wöchentliche Arbeitszeit ist dagegen relativ hoch: Zu den durchschnittlich 43 Stunden kommen bei Gutverdienern noch unbezahlte Überstunden hinzu. Eine repräsentative Umfrage hat ergeben, dass besonders junge Leute im digitalen Zeitalter unter Stress stehen, Arbeit mit nach Hause nehmen und nicht „abschalten" können. Burnout nimmt besorgniserregend zu.

2. Und was machen die Deutschen am Wochenende? Die meisten machen es sich zu Hause gemütlich, sehen fern, telefonieren und ruhen sich aus. Für junge Leute rangieren Musik hören, soziale Netzwerke und Computerspiele und natürlich Ausgehen ganz oben. Und wie sieht die verbleibende Freizeit aus? Im Allgemeinen kümmert sich der Bundesbürger um die Familie, die Hobbys und treibt etwas Sport: Wandern und Spazierengehen; überhaupt die Bewegung an frischer Luft, in den Bergen, an Flüssen und Seen ist sehr beliebt. Oft geht er auch mit Freunden ausgiebig und gut essen.

Mittelalterfest in Rothenburg

Viele Menschen nützen ihre Freizeit zur Weiterbildung jeglicher Art: Sprachen lernen, Tanzen, auch Yoga, kulturelle Veranstaltungen und vieles mehr. Frauen lesen im Allgemeinen mehr als Männer, die gern heimwerken. Wenn man der Statistik glauben darf, gehört die Hälfte der Deutschen einem oder mehreren Vereinen an. Am beliebtesten sind die Sportvereine, die in Konkurrenz zu den Fitnessclubs stehen. Es folgen Kegelclubs, kirchliche Vereine, Gesangs- und Schützenvereine, Wander-, Tier- und Naturschutzvereine und nicht zuletzt die Kleingartenvereine.

3. Feste soll man feiern, wie sie fallen ... so heißt es im Sprichwort. An erster Stelle stehen die kirchlichen Feste, die das Jahr begleiten: das Osterfest zum Tag der Auferstehung Christi, Fronleichnam mit seinen feierlichen Prozessionen, Pfingsten und Weihnachten, das Fest der Geburt Jesu. Die vorweihnachtliche Adventszeit und Weihnachten sind verbunden mit einer unverwechselbaren Stimmung, mit Festvorbereitungen, dem Schmücken des Weihnachtsbaums, mit Geschenken, Verwandtenbesuchen, aber auch mit Hektik und „Kaufzwängen".
Unüberschaubar sind die Feste, die an bestimmte Regionen und Orte gebunden sind. Auf dem Lande bestimmte schon immer die Ernte das festliche Leben, in den Städten waren es seit dem Mittelalter die Bürger und die Handwerkszünfte, die Umzüge und Festlichkeiten organisierten. In dieser Tradition stehen der rheinische Karneval (Köln), die schwäbisch-alemannische Fasnet und der Münchner Fasching. Erstaunlich viele Kleinstädte feiern das Mittelalter mit Ritterspielen, alten Kostümen und der Demonstration alter Handwerkstechniken.

Andere Feste gehen auf historische Ereignisse zurück, zum Beispiel das berühmte Münchner Oktoberfest auf ein Pferderennen anlässlich der Vermählung des Kronprinzen im Jahr 1810. Und wenn in München das „größte Volksfest der Welt" beginnt, finden auch die Weinfeste zur Weinlese an Rhein und Mosel, in Baden, der Pfalz und in Franken statt.
Gesetzliche Feiertage sind bestimmte kirchliche Feste, außerdem der 1. Mai als „Tag der Arbeit" und der 3. Oktober, der „Tag der Deutschen Einheit" (siehe Seite 37).

4. Bei der Gestaltung des Urlaubs oder auch nur einiger freier Tage zwischendurch hat das Reisen höchste Priorität. Schüler reisen heute öfter, länger und auch zu weiter entfernten Zielen, bis in die USA oder nach Australien. Der Schüleraustausch macht es möglich, dass Schüler einige Wochen oder Monate im Ausland verbringen und dort in einer Gastfamilie wohnen, zum Teil sogar am Ort zur Schule gehen.
Erwachsene reisen individuell oder in der Gruppe, buchen auch oft pauschal oder all-inclusive aus Kostengründen. Der Städte- und Fahrradtourismus sowie Kreuzfahrten und Busreisen boomen, auch Sprach- und Bildungsreisen. In Europa sind Österreich, Spanien und Italien die beliebtesten Reiseziele. Viele machen aber aus finanziellen Gründen Urlaub in Deutschland und

Oktoberfest München

entdecken zu Fuß oder mit dem Fahrrad die nähere Umgebung. Schwerpunkte bilden das Bundesland Bayern rund ums Jahr (Wandern, Ferien auf dem Bauernhof für die Jüngsten) und Ost- und Nordsee im Sommer.

Aufwendige Sportarten, die gute Ausrüstung und viel Training erfordern, haben von Jahr zu Jahr zugenommen. Sie sind für viele ein wichtiger Bestandteil von Freizeit und Urlaub. Neben Fußball, Schwimmen, Joggen, Radfahren sind besonders Skifahren, Tennis und Golf beliebt. Hinzu kommen Extrem-Sportarten für Wagemutige wie Freeclimbing, Kajakfahren und Paragliding, aber auch neue Fun-Sportarten wie z.B. Beachvolleyball oder Kitesurfen.

Unübertroffen ist aber traditionell die Freude am Wandern. Outdoor ist „mega-cool" auch unter Kids und Jugendlichen. Markierte Wege eignen sich zum Wandern, Trekking oder Nordic Walking. Und der Radsportbegeisterte bewegt sich vorwärts auf dem Trekkingrad, dem Mountainbike im Gelände oder dem Rennrad.

5. Nach der Wiedervereinigung gab es einen Tourismus völlig neuer Art. In der DDR waren die Reisemöglichkeiten der Bürger beschränkt: Man reiste im eigenen Land, vorzugsweise an die Seen im Norden oder an die Ostsee oder fuhr in die „Bruderländer" im östlichen Ausland. Nach der Öffnung der Grenzen setzte ein gewaltiger Reisestrom Richtung Westen ein. Die neuen Bundesbürger versuchten, das Versäumte nachzuholen, und fuhren im eigenen Auto oder mit Bussen in die alten Bundesländer. Oder sie flogen in Länder des westlichen Auslands, die bis dahin unerreichbar für sie gewesen waren.

Die Alpen

sind Lebens- und Wirtschaftsraum für 11 Millionen Einwohner und Erholungsraum für rund 100 Millionen Menschen der ganzen Welt.

Somit ist der Tourismus heute der wichtigste Wirtschaftszweig, doch er trägt zunehmend auch zur starken Belastung von Mensch und Natur bei.

6. Freizeit ist mit Mobilität verbunden. Viele Menschen verbringen sie am liebsten mit dem eigenen Pkw. Die Folgen sind der ständig wachsende Verkehr, Staus, Luftverschmutzung, Umweltschäden in Landschaft und Tierwelt. Der Massentourismus hat deutlich die Gefahren für Natur und Umwelt aufgezeigt: 40 000 Skipisten in den Alpen brachten Waldrodungen und Geländekorrekturen mit sich. Diese Eingriffe in die Natur führen immer häufiger zu gefährlichen Bergrutschen und im Winter zu Lawinenabgängen. Weil die Temperatur steigt und Schnee häufig fehlt, werden Schneekanonen in den Skigebieten eingesetzt, um den Skitourismus aufrecht zu erhalten. Die OECD kritisiert den enormen Verbrauch von Wasser und Energie sowie die Schäden für die Umwelt.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), eine bundesweit tätige Naturschutzorganisation, wirbt für einen nachhaltigen Tourismus, der die natürlichen Ressourcen schont. Im Fremdenverkehr spielt umweltgerechtes Verhalten eine große Rolle.

Die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA, eine nichtstaatliche Dachorganisation für über 100 Organisationen in den Alpenländern setzt sich für den Schutz und die nachhaltige Entwicklung der Alpen ein.

(CIPRA = Commission Internationale pour la Protection des Alpes, Internationale Alpenschutzkommission) www.cipra.org/de

Breitensport und Spitzensport

1. Sport in Deutschland ist zum großen Teil Breitensport, d.h. er steht dem Bundesbürger vom Kindes- bis zum Seniorenalter offen. Basis der Sportbegeisterung sind die über 90 000 Sportvereine, die im Deutschen Sportbund (DSB) zusammengefasst sind.
Der Deutsche Fußballbund (DFB) ist mit seinen 6,8 Millionen Mitgliedern der größte Fachverband in Deutschland, auch in den Medien ist er Favorit. Nicht zu übersehen sind aber auch der Deutsche Turnerbund, der Deutsche Tennisverband, der Deutsche Schützenbund oder der Deutsche Leichtathletikverband; dazu die Wintersportler, Reiter und Segler. Sehr beliebt sind Aktionen des DSB wie Volksläufe oder Marathon-Läufe, die Tausende von sportlich trainierten Menschen anziehen.
Der DSB verleiht das Sportabzeichen in Gold, Silber und Bronze, das jährlich Hunderttausende in allen Altersgruppen in den Disziplinen ihrer Wahl erwerben. Das Silberne Lorbeerblatt als höchste Auszeichnung erhalten allerdings nur Spitzensportler, und zwar aus der Hand des Bundespräsidenten.
In letzter Zeit mehren sich Klagen der Sportvereine über Nachwuchssorgen, denn Ganztagsschulen und Schulstress lassen den Schülern immer weniger Zeit, aktiv Sport zu treiben.

2. Im Sommer 2011 fand in Deutschland die Frauen-Fußballweltmeisterschaft (Frauen-WM) statt. Sie übertraf alle Erwartungen: volle Stadien, eine tolle Stimmung und gute Leistungen. Mit Erstaunen erinnerte man sich, dass bis 1970 der Frauenfußball in Deutschland verboten war. Das Interesse, auch das mediale, hat nach diesem Sportereignis aber schnell wieder nachgelassen, denn hohe Einschaltquoten und damit die Aufmerksamkeit der Sponsoren erreicht vor allem der Profi-Fussball der Männer.

3.

Fußball-Weltmeisterschaften

Jahr	Weltmeister	Finalist	Ergebnis / Ort
2014	Deutschland	Argentinien	1 : 0 Rio de Janeiro
2010	Spanien	Niederlande	1 : 0 Johannesburg
2006	Italien	Frankreich	6 : 4 Berlin
2002	Brasilien	Deutschland	2 : 0 Yokohama
1998	Frankreich	Brasilien	3 : 0 St.Denis
1994	Brasilien	Italien	3 : 2 Los Angeles
1990	Deutschland	Argentinien	1 : 0 Rom
1986	Argentinien	Deutschland	3 : 2 Mexico City
1982	Italien	Deutschland	3 : 1 Madrid
1978	Argentinien	Niederlande	3 : 1 Buenos Aires
1974	Deutschland	Niederlande	2 : 1 München
1970	Brasilien	Italien	4 : 1 Mexico City
1966	England	Deutschland	4 : 2 London
1962	Brasilien	Tschechoslowakei	3 : 1 Santiago
1958	Brasilien	Schweden	5 : 2 Stockholm
1954	Deutschland	Ungarn	3 : 2 Bern

Günter Grass und der Fußball

SZ: Was hat Sie an der WM 2006 besonders fasziniert?

Grass: *In Vorbereitung der Weltmeisterschaft hat man viel geunkt und Sicherheitsbedenken gehabt. Wir Deutschen sind ja Weltmeister im Bedenken, das ist ein unbestrittener Titel, den wir haben. Und dann lief alles ganz anders. Sehr heiter, sehr locker. Die Deutschen waren sogar bereit, auf eine fröhliche Art und Weise Flagge zu zeigen und haben gleichzeitig aus dieser Flagge ein vielfach verwendbares Bekleidungsstück gemacht: vom Wickelrock bis sonstwohin. Füllige ältere Damen hatten eine neue Schminkmethode, sie haben sich schwarz-rot-gold auf die Wangen gemalt, manche hatte Irokesen-Frisuren in den Landesfarben, ein Baby sogar den Schnuller. Diese völlig unorganisierte spontane Art war überzeugend. Ich glaube, auch für viele Ausländer, die es miterlebt haben.*

(aus einem Interview der SZ vom 8./9.07.2006)

Der FC Bayern München ist einer der bekanntesten und erfolgreichsten Fußballclubs der Welt. Die Zahl seiner Mitglieder und Fans bricht alle Rekorde. Er ist der reichste Club überhaupt; deshalb blieben Probleme nicht aus.

Fan-Shop

AUFGABEN

1. Wie wichtig ist Fußball für Sie?
2. Ist Fußball wichtig in Ihrem Land?
3. Was halten Sie von Frauen-Fußball, Frauen-Boxen oder Frauen-Skispringen?

Ein Text für Anspruchsvolle

Wer ist die Generation Y ?

Der Jugendforscher Klaus Hurrelmann (beteiligt an den Shell Jugendstudien) und der Journalist Erik Albrecht zeigen in Interviews, Reportagen und auf Grundlage fundierter Studien, dass die heute 15- bis 30-Jährigen ihr Leben anders als die Generationen davor in die Hand nehmen und neue Werte und Formen des Zusammenlebens gefunden haben. Y steht für „Why"; die Frage nach dem Sinn wird zum Merkmal einer Generation.

1. *„Geht nicht – gibt's nicht!" Bei aller Harmonie und Konfliktscheu verändert die Generation Y die Gesellschaft deutlich grundlegender, als es auf den ersten Blick scheint. Sie marschiert nicht auf die Straße gegen den Lebensentwurf ihrer Eltern, Lehrer und Professoren wie die 68er. Auch der offene Kampf gegen Industrielobbys wie die Anti-Atomkraft-Bewegung der Babyboomer ist nicht ihre Sache. Die Generation Y setzt ihre Veränderungen anders durch. Sie unterläuft auf unauffällige Art scheinbar ewige Traditionen, mogelt sich sanft um vermeintliche Sachzwänge herum und hebelt still und leise Gesetzmäßigkeiten aus, die der Gesellschaft bisher unveränderbar erschienen.*

2. *Eine eigenwillige Mischung aus Pragmatismus, Trotz, Selbstbezug, Kosten-Nutzen-Denken und verhaltenem Optimismus ist ihre Waffe gegen die strukturelle Ungewissheit. Durch sie steigert sie sich in das Gefühl hinein, dass sie trotz aller Widrigkeiten schon irgendwann und irgendwie ihren Patz in der Gesellschaft finden wird.*

3. *Keine Generation vor ihr hat mehr in Bildung investiert. Es ist, als ob Ypsiloner sagen wollten: „An uns kommt ihr nicht vorbei." Sind sie dann im Beruf, setzen sie diese Strategie fort. Inhaltlich immer bei der Sache, teamfähig und ergebnisorientiert, präsentieren sie sich auf den ersten Blick als Traum eines jeden Arbeitgebers – nur, um im zweiten Schritt harte Bedingungen zu stellen: keine Macht- und Hierarchiestrukturen, Arbeitszeiten, die Raum für Freunde und Familie lassen, neue Formen der Kooperation und innovative Arbeitsmodelle.*

4. *Ihre Einstellung zur Familie ... ist sehr positiv, durch späten Berufseinstieg, unsichere Arbeitsverträge und Belastung im Job aber schwer in die Tat umzusetzen. 70 Prozent wünschen sich eine eigene Familie, also Kinder, aber nur voraussichtlich 50 oder 60 Prozent werden sich diesen Wunsch auch erfüllen. ..... Und wer eine Familie gründet, ..., der krempelt heimlich, still und leise die steifen traditionellen Geschlechtermuster ebenso um wie die gesamte Alltagsorganisation. Das wichtigste Projekt der Ypsiloner in diesem Bereich ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die sie so kompromisslos vorantreiben, dass Unternehmen, aber auch Kindertagesstätten und Schulen nichts anderes übrigbleibt, als sich kurz oder lang an ihren Vorstellungen zu orientieren.*

(aus: Klaus Hurrelmann, Erik Albrecht: Die heimlichen Revolutionäre. Wie die Generation Y unsere Welt verändert, S. 200, 205, 206)

AUFGABEN

1. Beschreiben Sie Lebensbereiche, in denen die heutige Generation anders „tickt".
2. Junge Leute wollen Einfluss nehmen und auch im Beruf mitgestalten. Können Unternehmen demokratisch sein?
3. Wie sieht es in Ihrem Land aus?

Engagement in Ehrenämtern

1. Die „Süddeutsche Zeitung" veranstaltete eine Podiumsdiskussion mit dem Titel „Zukunft der Bürgerarbeit". Das Ergebnis: Die Bereitschaft, soziale Verantwortung zu übernehmen, wächst. 12 Millionen Menschen engagieren sich bürgerschaftlich in Ehrenämtern. Zählt man noch jene hinzu, die sich in Vereinen und Initiativen engagieren, kommt man auf 36 Millionen laut einer Umfrage des Bundesfamilienministeriums; d.h., jeder dritte Deutsche setzt sich in seiner Freizeit für das Allgemeinwohl ein. Die „Klage über soziale Kälte und Egoismus ist ein altes Klischee", hieß es.
Das Ehrenamt hat aber einen Wandel durchgemacht: Freiwillige wollen sich kurzfristig und unverbindlich engagieren, und zwar für ein bestimmtes Projekt. Vor allem Jugendliche wollen nicht mehr von Institutionen bestimmt sein – von Parteien, Kirchen und Vereinen –, sondern ihr Engagement selbst bestimmen. Die Menschen suchen Anerkennung und Spaß, vor allem im sportlichen Bereich. Es entstehen auch Selbsthilfegruppen, die sich um Suchtprobleme kümmern sowie die Familienselbsthilfe und die Nachbarschaftshilfe. Bemerkenswert ist die selbstlose Tätigkeit der Helferkreise, die sich um Flüchtlinge kümmern, Hilfe organisieren, zum Teil 24 Stunden lang, sich mit Ämtern koordinieren und Koordinationsstellen einrichten, um weiter wirksam helfen zu können (s. S. 20).
Die meisten Ehrenamtlichen sind zwischen 35 und 45 Jahre alt, aber auch Jugendliche und über 65-Jährige engagieren sich ehrenamtlich.

2. Immer beliebter und leider auch notwendig werden die sogenannten Tafeln, die Bedürftige gratis mit überschüssigen Lebensmitteln aus Supermärkten, Bäckereien und anderen Unternehmen versorgen. Bundesweit gibt es

Waren-Ausgabe

über 900 Tafeln mit über 3.000 Läden und Essensausgaben, die ca. 1,5 Mio. Personen erreichen. Mit 50.000 ehrenamtlichen Helfern gelten die Tafeln als eine der größten sozialen Bewegungen heute. Neben der Verteilung von Lebensmitteln bieten 17 Prozent der Tafeln auch warmes Essen an und beliefern soziale Einrichtungen. Ein Drittel der Bedürftigen, die zu den Tafeln kommen, sind Kinder und Jugendliche.
Die Tafeln finanzieren sich durch Spenden. Bundesweit unterstützen Tausende von Unternehmen die Tafeln: Neben den Spenden von Bäckereien, Fleischereien und Supermärkten reparieren Kfz-Betriebe die notwendigen Fahrzeuge, Grafiker erstellen Informationsmaterial usw. Der Bundesverband Deutsche Tafeln e.V., gegründet 1995, ist Sprachrohr der Tafeln. Schirmherrin ist das Bundesfamilienministerium.

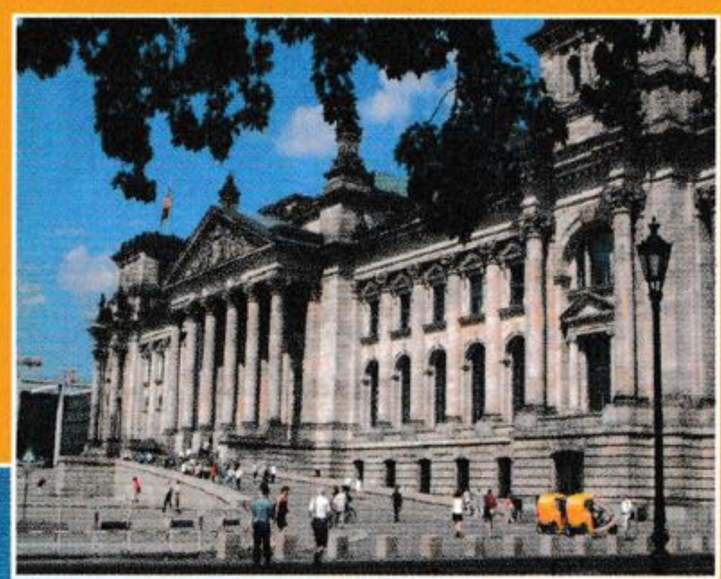
3. Das Christliche Kinder- und Jugendwerk DIE ARCHE , 15 mal in Deutschland, kämpft gegen Kinderarmut mit kostenlosem Mittagstisch, Nachhilfe und vorbildlicher Kinder- und Jugendarbeit.
In Deutschland haben sich etwa 240 Organisationen aus Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zum Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) zusammengeschlossen. Das BBE ist ein offenes Netzwerk für alle Akteure, die Engagement fördern. Strukturen von Migrantenorganisationen sind miteingeschlossen.

AUFGABEN

1. Für welches Ehrenamt würden Sie sich interessieren?
2. Wie sieht soziales Engagement in Ihrem Land aus?

4. Politik und öffentliches Leben

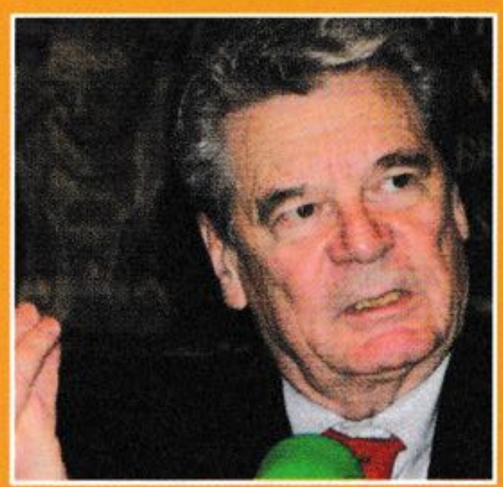
Reichstag in Berlin,
Sitz des Bundestags



Grundgesetz Artikel 5
(Pressefreiheit)

Europäisches
Parlament

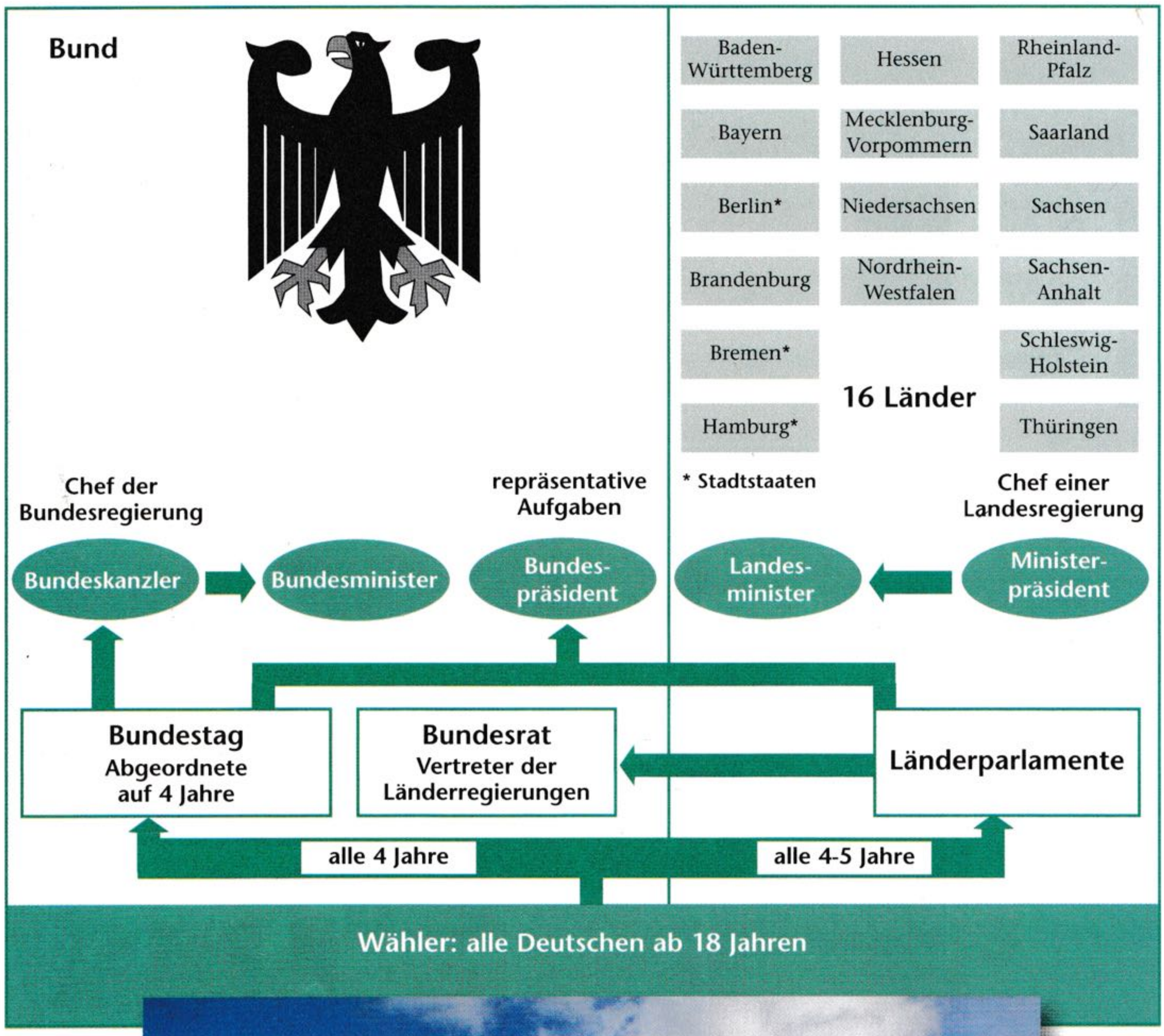
Bundesverfassungsrichter
(Karlsruhe)



Joachim Gauck,
Bundespräsident

Bundeskanzlerin
Angela Merkel
im Gästehaus in
Meseburg

Das parlamentarische Regierungssystem



Artikel 1

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Artikel 20

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

Artikel 20

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.

Artikel 21

Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.

Grundlagen der politischen Ordnung

1. Die Grundrechte und die wesentlichen Elemente des parlamentarischen Systems sind im Grundgesetz festgelegt.
Der erste Repräsentant des Staates ist der Bundespräsident. Er wird von der Bundesversammlung (= die Bundestagsabgeordneten und die Wahlmänner und -frauen, die von den Länderparlamenten bestimmt werden) für fünf Jahre gewählt. Durch seine Autorität soll er zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen ausgleichen. Er ist überparteilich und hat kaum politische Entscheidungsgewalt, äußert sich öffentlich aber auch zu aktuellen politischen Fragen. Seine Amtszeit ist auf zehn Jahre begrenzt.

2. Die Bürger wählen in freier und geheimer Wahl die Abgeordneten für den Deutschen Bundestag und die Länderparlamente sowie die Vertreter auf kommunaler und regionaler Ebene. Wahlberechtigt sind alle volljährigen deutschen Staatsbürger. (Volljährig ist, wer das 18. Lebensjahr vollendet hat.) Gewählt wird nach dem Verhältniswahlrecht.

3. Der Bundestag beschließt die Gesetze und wählt auf Vorschlag des Bundespräsidenten den/die Bundeskanzler/in. Der/Die Bundeskanzler/in wiederum bestimmt die Minister und bildet zusammen mit ihnen die Bundesregierung. Er/Sie legt die Richtlinien der Politik fest.

→ Das Stichwort Verhältniswahlrecht

Jeder Wähler hat zwei Stimmen: Mit der ersten Stimme wählt er den Direktabgeordneten seines Stimmkreises, mit der zweiten Stimme eine Partei. Die Sitze im Parlament werden dann im Verhältnis der abgegebenen Stimmen verteilt. Eine adäquate Vertretung der Minderheit ist damit gesichert.
Wenn eine Partei in den Bundestag gelangen will, muss sie im Regelfall mehr als 5% der gültigen Wählerstimmen in ihrem Wahlgebiet auf sich vereinen (sogenannte 5%-Klausel). Damit soll eine Zersplitterung in viele mittlere und kleine Parteien vermieden werden.

Im Bundesrat sind die Bundesländer vertreten. Ihre Mitglieder sind Vertreter der Landesregierungen. Bei der Verabschiedung von Gesetzen wirkt der Bundesrat mit; in bestimmten Fällen ist seine Zustimmung erforderlich (siehe S. 25).

4. Neben Bundesregierung (= Exekutive), Bundestag und Bundesrat (= Legislative) ist das Bundesverfassungsgericht (= Judikative) in Karlsruhe der dritte unabhängige Träger der Staatsgewalt. Dieses höchste Gericht überwacht die Einhaltung des Grundgesetzes. In den Jahren nach der Wende bis heute ist das Verfassungsgericht ungewöhnlich oft angerufen worden, zum Beispiel in der Frage des Asylrechts oder der Euro-Rettung.

5. Das Grundgesetz wurde 1949 als Provisorium geschaffen. Es bewährte sich als Grundlage einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft.Es kann nur mit einer Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat geändert werden.
Im Einigungsvertrag wurde eine Überarbeitung in der Folge der deutschen Einheit vorgesehen. Eine Verfassungskommission arbeitete 1992 bis 1993 verschiedene Erweiterungen aus. Als Staatsziele wurden schließlich der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die Förderung

der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie der Schutz Behinderter aufgenommen. Der neue Europa-Artikel 23 wurde eingefügt, der die Mitwirkung von Bundestag und besonders Bundesrat bei der Herstellung der Europäischen Union regelt. Kritiker werteten die nur partielle Überarbeitung als Enttäuschung, weil die direkte Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungen nicht realisiert wurde. Das Ergebnis: Für den Osten änderte sich alles, für den Westen fast nichts. Das Staatsgebiet der Bundesrepublik wurde erweitert.
Die Grundrechte des Grundgesetzes überschneiden sich mit den umfangreicheren 50 Grundrechten der EU-Charta. Tendenziell haben personale und soziale Grundrechte im Grundgesetz mehr Gewicht, wirtschaftliche Freiheiten dagegen in der EU-Charta (siehe Seite 94). Die Bedeutung von nationalen Verfassungen nimmt ab, je mehr Kompetenzen der EU übertragen werden.

6. Richard von Weizsäcker (1920-2015), Bundespräsident von 1984–1994, hat durch seine Reden international große Achtung erworben. Hier ein Auszug aus einer Ansprache zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985:

Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich.
Es gibt entdeckte und verborgen gebliebene Schuld von Menschen. Es gibt Schuld, die sich Menschen eingestanden oder abgeleugnet haben. Jeder, der die Zeit mit vollem Bewusstsein erlebt hat, frage sich heute im Stillen selbst nach seiner Verstrickung.
Der ganz überwiegende Teil unserer heutigen Bevölkerung war zur damaligen Zeit entweder im Kindesalter oder noch gar nicht geboren. Sie können nicht eine eigene Schuld bekennen für Taten, die sie gar nicht begangen haben. Kein fühlender Mensch erwartet von ihnen, ein Büßerhemd zu tragen, nur weil sie Deutsche sind. Aber die Vorfahren haben ihnen eine schwere Erbschaft hinterlassen.
Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen. Jüngere und Ältere müssen und können sich gegenseitig helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten.
Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie lässt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.
(aus: Richard von Weizsäcker, Von Deutschland aus, a. a. O., S. 19/20)

AUFGABE

Demokratie ist für die Deutschen 1. die repräsentative Demokratie,
2. für viele auch die direkte Beteiligung an politischen Entscheidungen (= direkte Demokratie), 3. die gerechte Verteilung von sozialen Standards.
Was verstehen Sie unter Demokratie?

Die Parteien und die ersten gesamtdeutschen Wahlen

1. Im Grundgesetz ist festgelegt, dass die Parteien an der politischen Willensbildung mitwirken. Ihre Gründung ist frei. Sie müssen demokratischen Grundsätzen entsprechen.

2. Nachdem die DDR der Bundesrepublik nach Artikel 23 Grundgesetz (dieser Artikel ist heute der Europa-Artikel) am 3.10.1990 beigetreten war, konnten die ersten gesamtdeutschen Wahlen am 2.12.1990 stattfinden.

SPD

Für einen vorsorgenden Sozialstaat und existenzsichernde Erwerbsarbeit

Für soziale Gerechtigkeit

Deutschland muss sozial regiert werden.
Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit!

Gleiche Bildungschancen für alle!

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Die GRÜNEN setzen sich ein für eine Republik, in der

- alle Bürgerinnen und Bürger weitgehende demokratische Mitentscheidungsrechte haben,
- Frauen nicht unterdrückt und kulturelle, sexuelle und nationale Minderheiten nicht diskriminiert werden,
- Armut und Arbeitslosigkeit überwunden sind,
- dem Schutz der Natur Vorrang vor ständigem Wachstum eingeräumt wird,
- Gewalt kein Mittel der Innen- und Außenpolitik mehr ist.

DIE LINKE.

Für ein gleichberechtigtes und solidarisches Miteinander

Gerechtigkeit

CDU

Solidarität

Freiheit

Mehr Wettbewerb, mehr Freiheit, mehr Teilhabe

Arbeit schützen und schaffen

CSU *näher am Menschen.*

Bürgersicherheit im Alltag

FDP Die Liberalen

Die Liberalen

Wir überlassen vieles dem Markt. Aber nichts dem Zufall.

Alternative für Deutschland

Für eine Auflösung des Euro-Währungsgebietes
Gegen einen zentralisierten Europastaat

Diesen Wahlen gingen folgende Ereignisse voraus:

1. Die neuen Bundesländer wurden konstituiert.
2. Ein einheitliches Wahlverfahren wurde erarbeitet.
3. Die Parteien ordneten sich neu.

Die CDU mit Helmut Kohl ging als Sieger aus dieser Wahl hervor. Die Regierungsparteien CDU/CSU hatten den Vereinigungsprozess vorangetrieben; sie hatten einen Konjunkturaufschwung vorausgesagt, der die Einheit fast automatisch finanzieren werde. Zahlreiche Stimmen, die vor den Folgelasten der deutschen Einheit warnten, fanden kein Gehör, zumal der Prozess der Vereinigung nicht aufzuhalten war. In den folgenden Jahren zeigte sich Unzufriedenheit, und zwar im Osten wie im Westen. Die Ostdeutschen hatten ein schnelleres Tempo erwartet. Die versprochenen „blühenden Landschaften" waren in einer Zeit weltweiter wirtschaftlicher Rezession nicht zu realisieren. Arbeitsplatzabbau und Betriebsstilllegungen drückten auf die Stimmung. Gleichzeitig kamen auf die Deutschen zusätzliche finanzielle Belastungen zu (Solidaritätszuschlag = „Soli").

3. Es gibt folgende größere Parteien:

CDU/CSU (= Christlich Demokratische Union und Christlich Soziale Union in Bayern)
SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)
Bündnis 90/Die Grünen
DIE LINKE

Die großen Volksparteien CDU/CSU und SPD beanspruchen, die Gesamtheit der Bürger zu vertreten. Beunruhigend ist die Tatsache, dass fast 30% der Wähler, vor allem Jungwähler, nicht zur Wahl gehen. Die Zahl der Nichtwähler ist in den neuen Bundesländern noch höher als in den alten. In den Medien werden große Anstrengungen unternommen, um Nichtwähler dafür zu gewinnen, ihre demokratischen Rechte wahrzunehmen. Und die Ursache? Vermisst werden Grundsätze, an denen die Politik auch festhält. Jugendliche sind nicht unpolitisch, fühlen sich mit ihren Forderungen aber nicht vertreten.

→ Das Stichwort Bündnis 90

Vereinigung ostdeutscher Bürgerrechtsgruppierungen („Demokratie jetzt", „Initiative für Frieden und Menschenrechte", Teile des „Neuen Forums").
Die Bürgerbewegungen hatten im Herbst 1989 durch ihre Appelle und Proteste wesentlichen Anteil am Sturz des SED-Regimes. Als Einzelgruppierungen haben sie sich später in der demokratischen Parteienlandschaft nicht durchsetzen können. Sie schlossen sich 1993 mit der in Westdeutschland organisierten Partei der Grünen zusammen.

Die Grünen haben ihre Wurzeln in der Friedens- und Umweltbewegung. Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien führte zur Unterstützung der Grünen, die inzwischen in allen Landtagen vertreten sind. Sie haben auch gezeigt, dass sie Regierungsverantwortung übernehmen können.

Neu ist eine Protestpartei im rechten Spektrum, die AfD (= Alternative für Deutschland, gegründet 2013), die als „Anti-Euro-Partei" begonnen hat. Sie hat es ins Europa-Parlament und in Landtage geschafft. Die Partei hat ein rückwärtsgewandtes Themenspektrum. Sie gilt als rechtspopulistisch und nationalkonservativ.

Die Linken haben seit der Wende 1989 eine wechselvolle Geschichte durchlebt: Die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands" der ehemaligen DDR nannte sich ab 1990 „PDS" (= Partei des Demokratischen Sozialismus) und vor der Bundestagswahl im Jahr 2005 schließlich „Linkspartei. PDS". Gleichzeitig entstand der Verein WASG (= Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit e.V.), der von enttäuschten Sozialdemokraten und Gewerkschaftern gegründet wurde. Der Verein wurde in eine Partei umgewandelt und fusionierte 2007 mit der „Linkspartei.PDS" zur Partei „DIE LINKE.". Ihre Stammwähler waren enttäuschte Ostdeutsche, zunehmend auch sozialkritische Stimmen im Westen.

4. Nicht zu verwechseln sind linke Gruppierungen wie Attac mit den Linksautonomen, die wie die rechtsextremen Gruppen immer wieder durch Demonstrationen Aufmerksamkeit erregen, die meist in destruktive Gewalt eskalieren.

5. Die Polizei macht Razzien gegen Rechtsextreme und ermittelt gegen Gruppen gewaltbereiter Neonazis, gegen sogenannte freie Kameradschaften. Kleinere vernetzte Gruppen, besonders in Ostdeutschland, werden sporadisch aktiv und schrecken auch vor mörderischer Gewalt nicht zurück. Rechtsextreme lancieren Kampagnen und treten mit Flugblättern, z.B. für Tierschutz, gegen Kindsmissbrauch, gegen hohe Mieten usw., auf, um in die Mitte der Gesellschaft zu gelangen. Die Übergänge zu rechtsextremistischen Jugendcliquen und rechtsextremen Politikern sind fließend. Verbote werden ausgesprochen. Bürger in vielen Städten gründen Bündnisse und Netzwerke gegen Rechts und wehren sich gegen Demonstrationen rechter Gruppierungen.
Die im rechten Spektrum angesiedelte NPD (= Nationaldemokratische Partei Deutschlands) vertritt eine nationalistische Ideologie und ist in einem desolaten Zustand. Die Bundesländer haben beim Bundesverfassungsgericht ein Verbot wegen Gefährdung der demokratischen Grundordnung beantragt, mit unsicherem Ausgang.

Bürgerinitiative

Bürgerinitiativen

1. Bürgerinitiativen sind basisdemokratisch, da sie Veränderungen von der Basis her anstreben. Es sind Zusammenschlüsse von Bürgern, die sich aus persönlicher Betroffenheit gegen bestimmte Zustände oder Entscheidungen der Gemeinden, der Bundesländer oder des Bundes wehren. Bürgerinitiativen werden unmittelbar tätig oder versuchen, über Unterschriftenlisten Gleichgesinnte zu mobilisieren.
Die Gründe für die Entstehung von Bürgerinitiativen sind vielfältig: Es gibt Initiativen gegen die Fracking-Methode, gegen das Freihandelsabkommen TTIP, gegen Fluglärm, Windkraftanlagen und Stromtrassen. Ein Novum ist die Europäische Bürgerinitiative, die im Lissabon-Vertrag eingeführt wurde. „Right2Water" verhinderte mit 1 Million Unterstützern die Privatisierung der Wasserversorgung. Eine weitere Form der Initiative ist die Selbsthilfe. Dazu gehören Nachbarschaftshilfen, Schularbeitszirkel oder Beratungsstellen für Drogenabhängige, Behinderte und Minderheiten (siehe S. 82).

2. Im Gegensatz zu Bürgerinitiativen gibt es direktdemokratische Abstimmungen in allen Bundesländern, die gesetzlich geregelt sind: Volksbegehren und Volksentscheid. Durch diese Instrumente ist es möglich, ein Gesetz außer Kraft zu setzen oder eine Gesetzesänderung herbeizuführen. 2009 setzten sich die Bürger in Bayern für ein strenges Antirauchergesetz ein.

3. Die Bürger gehen auf die Straße und wehren sich, wenn sie politische Entscheidungen nicht mittragen wollen. Beispiele hierfür sind die Demonstrationen gegen kostenintensive Großbauten, insgesamt für mehr Bürgerbeteiligung und mehr Öffentlichkeit. Große Infrastrukturprojekte stoßen an ihre Grenzen. Das Wort „Wutbürger" wurde geboren. Es ist noch offen, wie eine ausreichende Beteiligung der Bürger an Entscheidungsprozessen, auch an Planung und Genehmigung von Großprojekten, aussehen kann.

Europa – Ein Rückblick

Geschichte der EU

1. Schon nach dem Zweiten Weltkrieg zeichneten sich die ersten Umrisse der Idee eines vereinten Europa ab. Heute haben verschiedene Staaten ihre Gegensätze, die über Jahrhunderte bestanden – wie z.B. die zwischen Frankreich und Deutschland –, abgebaut, nicht zuletzt aufgrund ihrer Einbindung in übernationale Institutionen. Die Euphorie nach der Vereinigung – die ehemalige DDR wurde dadurch Teil der EG – fiel zusammen mit dem Beginn des Europäischen Binnenmarkts. Inzwischen ist allerdings die begeisterte Aufbruchstimmung einem ständigen Krisenmanagement, Überschuldung und Skepsis gewichen.

2. 1949 wurde zunächst der Europarat gegründet, der sich europaweit um die Zusammenarbeit seiner Mitgliedstaaten auf sozialem, kulturellem, wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet bemüht. Das herausragendste Abkommen ist die Europäische Menschenrechtskonvention aus dem Jahr 1950. Der Europarat erklärt sich gegen Fremdenfeindlichkeit, für Minderheitenrechte und für die Demokratisierung in bestimmten Ländern.

3. Die eigentliche Geburtsstunde Europas aber war im Jahr 1951 die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), später bekannt als Montanunion. Die Römischen Verträge 1957 führten zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM). Die EWG zählte sechs Gründungsmitglieder: Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Man einigte sich auf die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in den Mitgliedstaaten und auf eine einheitliche Agrarpolitik. In der Folge schufen allerdings die durch Subventionierung entstandenen Überschüsse in der Landwirtschaft die „Butterberge" und die „Milchseen". Dennoch blieb die Gemeinschaft – nach der Zusammenlegung von EWG, EGKS und EURATOM Europäische Gemeinschaft = EG genannt – so attraktiv, dass 1973 Großbritannien, Irland und Dänemark beitraten, 1981 Griechenland, 1986 Portugal und Spanien. Wichtiger Grund war das Europäische Währungssystem (EWS), das eine gewisse währungspolitische Stabilität sicherte.
Ein weiterer Schritt auf dem Weg nach Europa war Anfang 1993 der Beginn des Europäischen Binnenmarkts (siehe S. 142 ff.). Am 1. Januar 1994 traten die EFTA-Länder Finnland, Island, Norwegen, (Liechtenstein), Österreich und Schweden ohne die Schweiz dem Europäischen Binnenmarkt bei und schufen – unter Berücksichtigung vieler Sonderwünsche – den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Drei von ihnen gehören seit Anfang 1995 zur EU (siehe Tabelle unten).

4. Der weitere Fahrplan ist 1992 im niederländischen Maastricht – Maastrichter Vertrag – festgelegt worden. In drei Stufen wird die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollendet. 1998 wurden die Kriterien für den Eintritt in die Währungsunion überprüft: Das sind ein geringer Preisanstieg, ein geringes Haushaltsdefizit und ein niedriger Zinssatz. Elf Länder sind nach dem 1. Januar

Der Europäische Wirtschaftsraum (EWR)

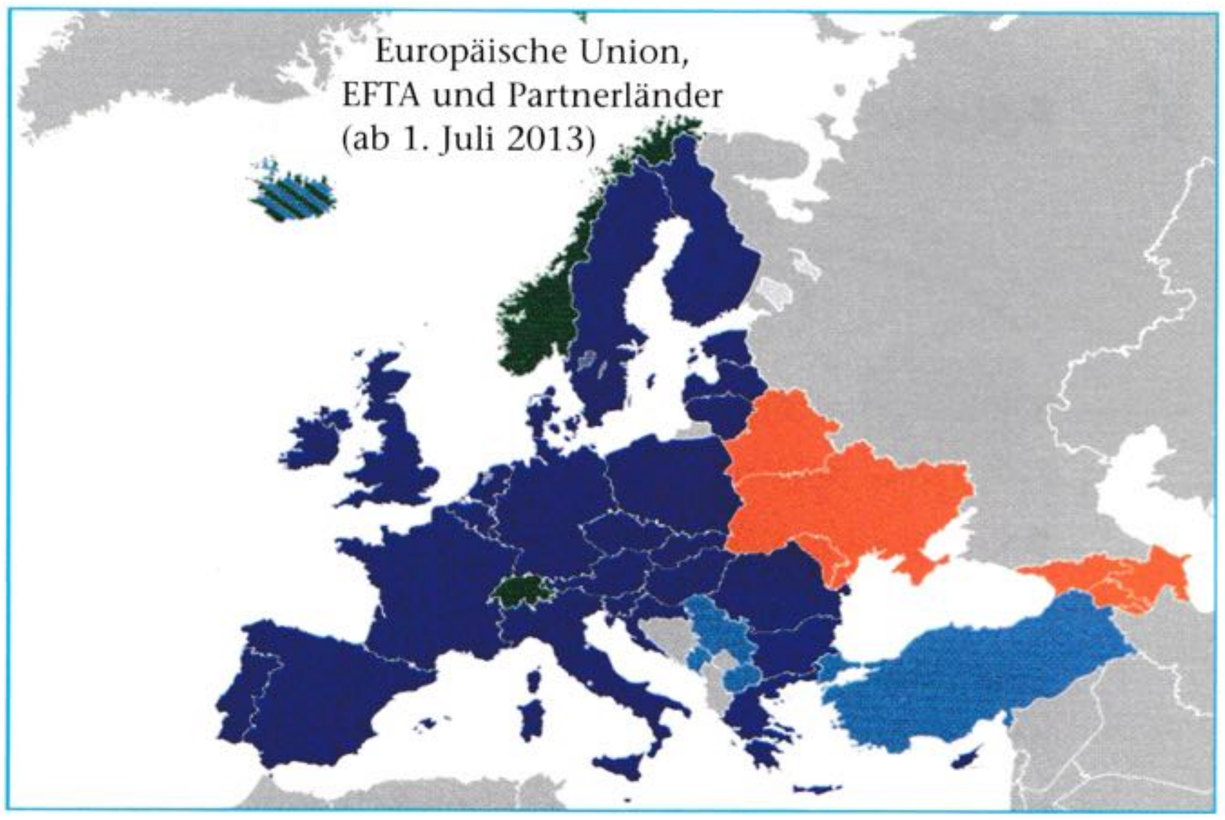
EU (Europäische Union)		EFTA
Belgien*	Luxemburg*	Island
Bulgarien	Malta*	Liechtenstein
Dänemark	Niederlande*	Norwegen
Deutschland*	Österreich*	Schweiz**
Estland*	Polen	
Finnland*	Portugal*	
Frankreich*	Rumänien	
Griechenland*	Schweden	
Großbritannien	Slowakei*	
Irland*	Slowenien*	
Italien*	Spanien*	
Kroatien	Tschechien	
Lettland*	Ungarn	
Litauen*	Zypern*	

* Euro-Währung
EFTA = European Free Trade Association (zahlreiche Abkommen mit der EU; seit 1997 Freihandelszone mit Kanada)
** Mitglied der EFTA, nicht des EWR

Beitrittskandidaten (blau)

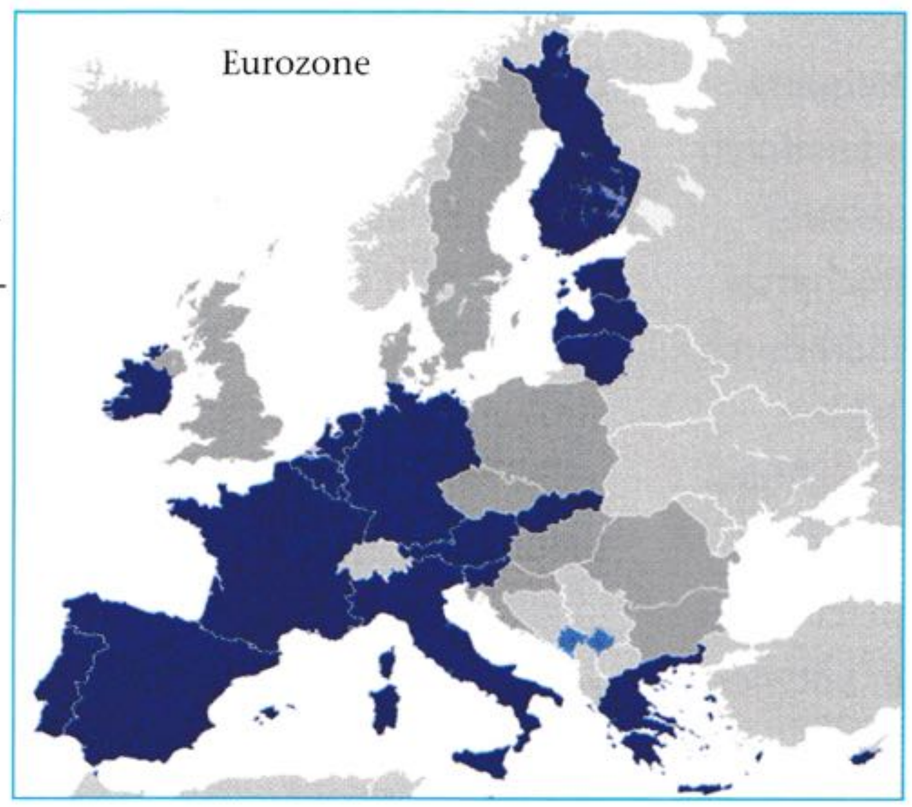
Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) (grün)

Östliche Partnerschaft (rot)



1999 „Euroland": Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, die Niederlande, Irland, Italien, Luxemburg, Österreich, Portugal und Spanien. Drei EU-Länder sind nicht dabei: Dänemark, Großbritannien und Schweden. Griechenland wurde am 1.1.2000 Mitglied. Seit Anfang 2015 ist Litauen „Euroland" Nummer 19. Mitte des Jahres 2002 wurde die Mark aus dem Verkehr gezogen und es galt nur noch der Euro.

Der Maastrichter Vertrag wird aus drei Säulen gebildet: 1. der oben beschriebenen Wirtschafts- und Währungsunion, 2. der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und 3. der innen- und justizpolitischen Zusammenarbeit der EU-Staaten. Seitdem der Vertrag in Kraft getreten ist, heißt die EG offiziell Europäische Union (EU).



5. Am 16. April 2003 unterzeichneten acht ost- und mitteleuropäische Länder – Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, Slowenien, Slowakei, Litauen, Estland, Lettland – sowie Malta und Zypern auf der Akropolis (Athen) ihre EU-Beitrittsverträge. Die Wiedervereinigung des Kontinents war erreicht. Am 1. Mai 2004 wurde sie nach den notwendigen Ratifizierungen und Volksabstimmungen endgültig vollzogen. Die Bevölkerung der EU vergrößert sich um 20% auf 450 Millionen. Slowenien hat den Euro im Jahr 2007 bekommen, Malta und Zypern 2008, die Slowakei 2009, Estland 2011 und Lettland 2014.

6. Die Bewerberländer müssen sich für die Union politisch und wirtschaftlich fit machen, das ist die Voraussetzung. Gefordert sind politische und wirtschaftliche Stabilität, Wettbewerbsfähigkeit, um dem Druck des Binnenmarkts standzuhalten, sowie eine rechtsstaatliche Ordnung. Vorbedingung ist die Übernahme des Gemeinschaftsrechts, von der Telekommunikation über die Landwirtschaft bis hin zu demokratischen Grundnormen: Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und Unabhängigkeit von Medien und Justiz.

Bulgarien und Rumänien sind am 1.1.2007 beigetreten. Kroatien ist der EU am 1. Juli 2013 als 28. EU-Mitgliedsland beigetreten. Die Europa-Euphorie ist inzwischen fast verflogen. Europamüdigkeit breitet sich aus und die Solidarität der Länder untereinander bröckelt. Nationale Interessen werden vorrangig. Dennoch richten manche Länder ihre Hoffnungen weiterhin auf die EU. Kandidatenstatus haben Albanien, Montenegro, die Türkei, Mazedonien und Serbien, die Schritt für Schritt Recht, Verwaltung, Politik und Wirtschaft auf die Vereinbarkeit mit Europa überprüfen. Partnerschaftverträge mit der Hoffnung auf spätere Mitgliedschaft wurden 2014 mit der Ukraine, mit Georgien und Moldawien unterzeichnet.

7. Die Schweiz ist kein Mitglied der Europäischen Union. Die Meinungen der Bevölkerung gehen weit auseinander: Ungefähr ein Drittel ist für den Beitritt, ein Drittel ist dagegen und das letzte Drittel enthält sich. Die Schweiz stimmt von Fall zu Fall über eine Zusammenarbeit ab. Zuletzt betraf das die Asylpolitik, den Abbau der Personenkontrollen, die Verbrechensbekämpfung und die Niederlassungsfreiheit für Bürger aus den Beitrittsländern.

8. Die Aufnahme wirtschaftlich schwacher Länder in die Euro-Zone neben wirtschaftlich starken Ländern führte 2009 zu einer Währungskrise. Sie ist zu einer Schuldenkrise verschiedener Staaten und einer Bankenkrise geworden; der Euro selbst blieb stabil. Es gab keine nationalen Währungen, die reagieren und abwerten konnten. Die Gemeinschaft schob Rettungspakete in Milliardenhöhe in die überschuldeten Staaten (siehe auch EZB, Seite 44).

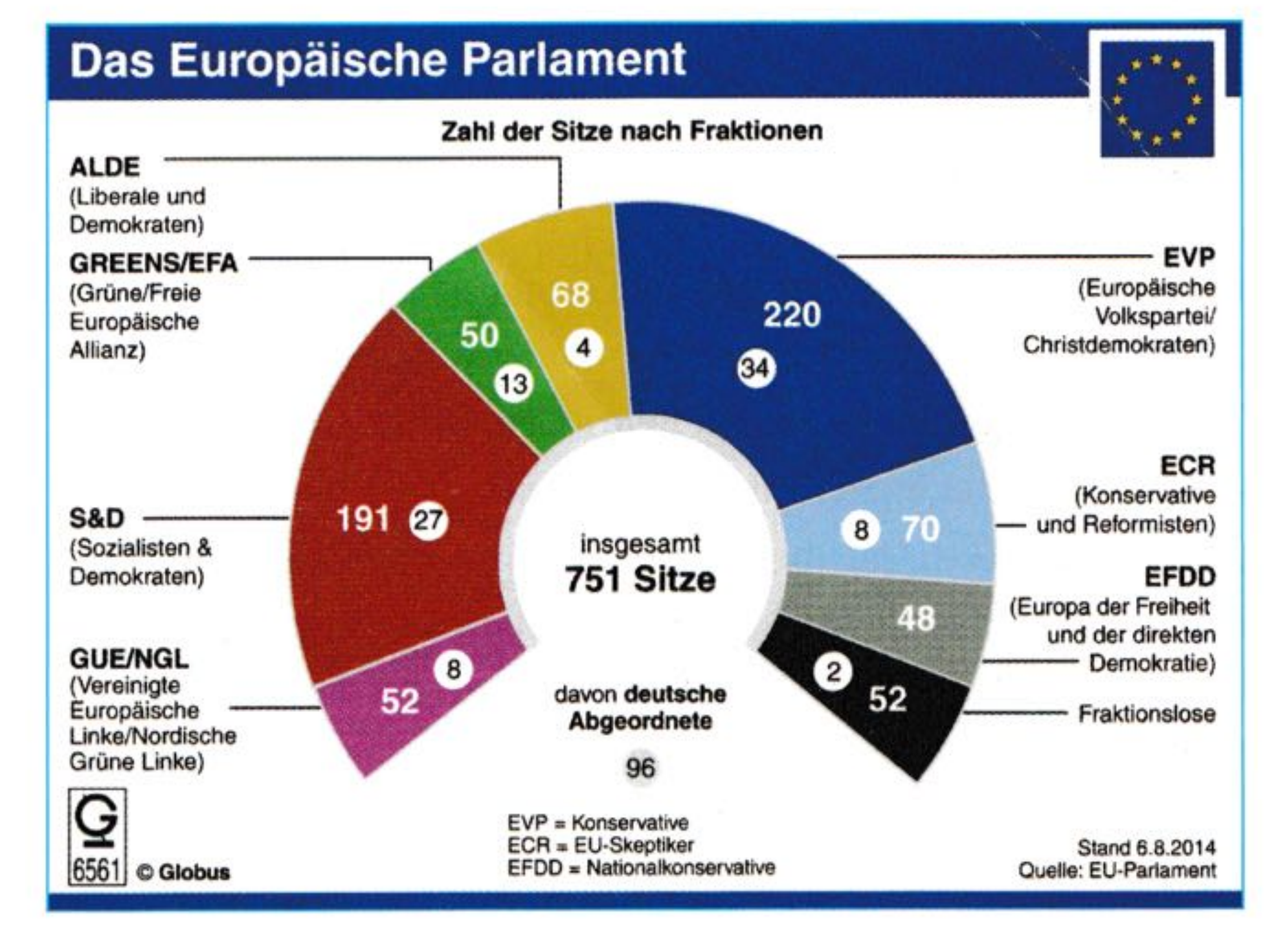
→ Das Stichwort EU

EU = Europäische Union: Staatenbund von 28 Mitgliedstaaten mit 506 Millionen Einwohnern, verbunden durch Grundrechte und Verfassungswerte wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Solidarität (Grundrechtecharta). Dieses supranationale Staatengebilde funktioniert durch die Verzahnung nationaler und europäischer Organe. 2012 erhielt die EU den Friedensnobelpreis, den wichtigsten Preis der Welt – trotz Krise: für den erfolgreichen Kampf für Frieden und Demokratie, für die deutsch-französische Aussöhnung und für die Förderung der Entwicklungen in den südeuropäischen Ländern.

9. 1985 trat das Schengener Abkommen in Kraft: Einige Länder hoben die Personenkontrollen an den Binnengrenzen auf. 2007 fielen auch die Kontrollen zu den neuen EU-Mitgliedstaaten im Osten. Damit war bequemes Reisen und grenzüberschreitendes Arbeiten garantiert, ein Wert, der allen Bürgern zugutekommt. Kontrollen können nur in Ausnahmefällen und für eine begrenzte Zeit eingeführt werden.

Flankiert wurde Schengen 1997 von dem Dubliner Abkommen: Es wurde festgelegt, dass Asylsuchende nur in dem Land Asyl beantragen können, das sie zuerst betreten haben (siehe Flüchtlingsprobleme, Seite 21). Mit einem zum Teil unkontrollierten Zustrom von Flüchtlingen 2015 vor allem nach Deutschland geriet Dublin außer Kontrolle. Die Freiheit des Schengen-Raums ist in Gefahr. Das Flüchtlingsproblem ist zu einer großen Belastungsprobe der EU geworden.

Es zeigt sich, dass die EU nicht für die Krise gemacht wurde. Die EU ist größer geworden, aber tiefer wurde sie nicht. In der Flüchtlingskrise spricht Europa nicht mehr mit einer Stimme und ringt um gemeinsame Lösungen.



Organe der EU

1. Das Europäische Parlament wird seit 1979 von der wahlberechtigten Bevölkerung aller Mitgliedstaaten direkt gewählt. Die Abgeordneten bleiben fünf Jahre im Amt. Ihre Zahl richtet sich nach der Größe des Mitgliedslandes. Seit 1994 verfügt Deutschland als das bevölkerungsstärkste Land über die meisten Sitze: über insgesamt 96, Frankreich 74, Großbritannien und Italien über je 73. Es gibt keine europäische Partei; die Parteien der Länder schicken nach der Europa-Wahl ihre Abgeordneten ins Parlament. Diese schließen sich zu 7 nationalitätsübergreifenden Fraktionen zusammen. Das Parlament hat seit der Wahl 2014 an Macht gewonnen: Der Kandidat der größten Fraktion ist auch Präsident der Kommission geworden. Das hat das Vertrauen in Europa gestärkt. Parlament und Kommission sind zusammen der Gesetzgeber der EU.

2. Die EU-Kommission ist so etwas wie die „Regierung" der Europäischen Union. Sie bringt Gesetzentwürfe ein und überwacht die Einhaltung und Anwendung der gemeinsamen Verträge in der EU. Sie verhindert Kartelle und besteht auf Wettbewerb und Liberalisierung des Marktes. Die Kommission setzt sich aus EU-Kommissaren zusammen, die von den Regierungen der Mitgliedstaaten ernannt werden. Diese Kommissare bekleiden als Europäer Ministerressorts wie in einer nationalen Regierung, sind aber nicht demokratisch gewählt. Aufgabe des Präsidenten ist vor allem, den Konsens zwischen den einzelnen Ländern herzustellen. Der Hauptsitz der Kommission ist Brüssel.

3. Im Europäischen Rat treffen sich die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer. Er trifft grundlegende Entscheidungen und schlägt den Kommissionspräsidenten und den Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik vor.

4. Der Rat der Europäischen Union, kurz Rat genannt, besteht aus Ministern der einzelnen Mitgliedsländer, und zwar aus den Außenministern bzw. den Fachministern oder Staatssekretären. Er verabschiedet Rechtsvorschriften der EU, die in den Mitgliedstaaten übernommen werden. Den Vorsitz übernehmen die Minister der Länder halbjährlich in alphabetischer Reihenfolge.

5. Der Europäische Gerichtshof (= EuGH) in Luxemburg befasst sich in erster Linie mit der Auslegung und Anwendung des Gemeinschaftsrechts. Er soll Europa als Wertegemeinschaft voranbringen.

6. Im Vertrag von Nizza (1.2.2003) wurden Regeln für die Größe der EU-Organe und ihre Funktionsweise festgelegt. Im Juni 2007 wurde mit dem Vertrag von Lissabon nach vielen Hindernissen der zeitweilige Stillstand überwunden. Die Beschlüsse sind in einem EU-Vertrag festgelegt, das Wort „Verfassung" wird vermieden.

Europäisches Parlament

Abkürzung: EP, Sitz: Straßburg (Frankreich), Sitzungsorte: Straßburg (Frankreich), Brüssel (Belgien), Sekretariat: Luxemburg
Gründung: 1958
Abgeordnete: 751 (28 Staaten)
Funktion: Volksvertretung der EU
Das EP hat folgende Rechte:

- Haushaltsrecht: Der von der Europäischen Kommission ausgearbeitete EU-Haushalt wird gleichberechtigt mitbestimmt. Aber: Das Recht, Steuern zu erheben, bleibt bei den Mitgliedstaaten.
- Widerspruchsrecht: in Angelegenheiten der Wirtschafts- und Währungsunion.
- Das Recht, Gesetze vorzuschlagen: Das Parlament kann eine Gesetzgebung in Gang setzen, die Kommission muss Stellung beziehen.
- Zustimmungsrechte: Der Präsident der Kommission wird mit Zustimmung des EP nominiert. Zusammen mit ihm werden die Mitglieder der Kommission bestätigt.
- Die Zustimmung des EP ist notwendig bei der Aufnahme neuer EU-Mitglieder und bei internationalen Verträgen.

Bei internationalen EU-Verhandlungen kann das Parlament Beobachter in die Delegationen entsenden. Einfluss hat das EP auch in Wirtschaftsfragen; es bremst den Turbohandel an der Börse und die Spekulation mit Lebensmitteln. Die Bürger verdanken ihm auch viel im Umwelt- und Verbraucherschutz. Das Parlament bestimmt in vielen Alltagsfragen mit: z.B. wer bei Geschäften im Internet oder beim Diebstahl von Kreditkarten haftet, welche Lebensmittel als „gesund" einzustufen sind usw.
In den letzten Jahren ist der politische Einfluss des EP ständig gewachsen. Die immer wieder angemahnten Demokratiedefizite konnten abgebaut werden.

(nach: Lexikon der Gegenwart 1999, a.a.O., S. 545/546; aktualisiert 2014)

- EU-Entscheidungen sollen in der Regel nicht mehr einstimmig, sondern mit qualifizierter Mehrheit fallen (Ausnahme: Polizei und Justiz). Einstimmigkeit ist zwingend in der Außen-, Steuer- und Sozialpolitik.
- Das Prinzip der „doppelten Mehrheit" soll ab 2017 gelten, d.h. EU-Beschlüsse erfordern eine Mehrheit von 55% der Staaten, die 65% der Bevölkerung vertreten.
- Nationale Parlamente können gegen Rechtsakte der EU Einspruch erheben. Auch das Europaparlament wurde gestärkt.
- Der Präsident des Europäischen Rats vertritt die Union nach innen und außen.
- Neu ist der Posten eines „EU-Außenministers", der Hoher Vertreter für Außen und Sicherheitspolitik heißt.
- Die Grundrechtecharta wird rechtsverbindlich.

Die Europaflagge ist Symbol für die europäische Einigung und offizielle Flagge des Europarats. Sie ist blau und trägt einen Kreis aus 12 gelben Sternen. Die Sterne stehen für die Einheit und die Vollkommenheit. Die Flagge ist in den europäischen Ländern überall zu sehen. Die Europa-Hymne ist Beethovens Ode an die Freude (Instrumentalversion ohne Text). Auf die Nennung von Hymne und Flagge wurde im EU-Vertrag 2007 mit Rücksicht auf nationale Empfindlichkeiten verzichtet.

→ Das Stichwort Charta der Grundrechte der Europäischen Union

Der EU-Vertrag verweist auf die Grundrechtecharta, die in 54 Artikeln die Grundrechte festlegt. Die Charta verbietet Folter, Todesstrafe, Sklaverei und Zwangsarbeit und garantiert die Achtung des Privat- und Familienlebens, den Schutz persönlicher Daten, die freie Meinungsäußerung sowie Religions- und Gewissensfreiheit. Enthalten sind auch Rechte gegen die Gefahren moderner Technologien, gegen das Klonen von Menschen und das Recht auf Arbeit und ärztliche Versorgung. Die Grundrechtecharta orientiert sich an der Europäischen Menschenrechtskonvention des Europarats.

Die Medien – Presse, Rundfunk und Fernsehen

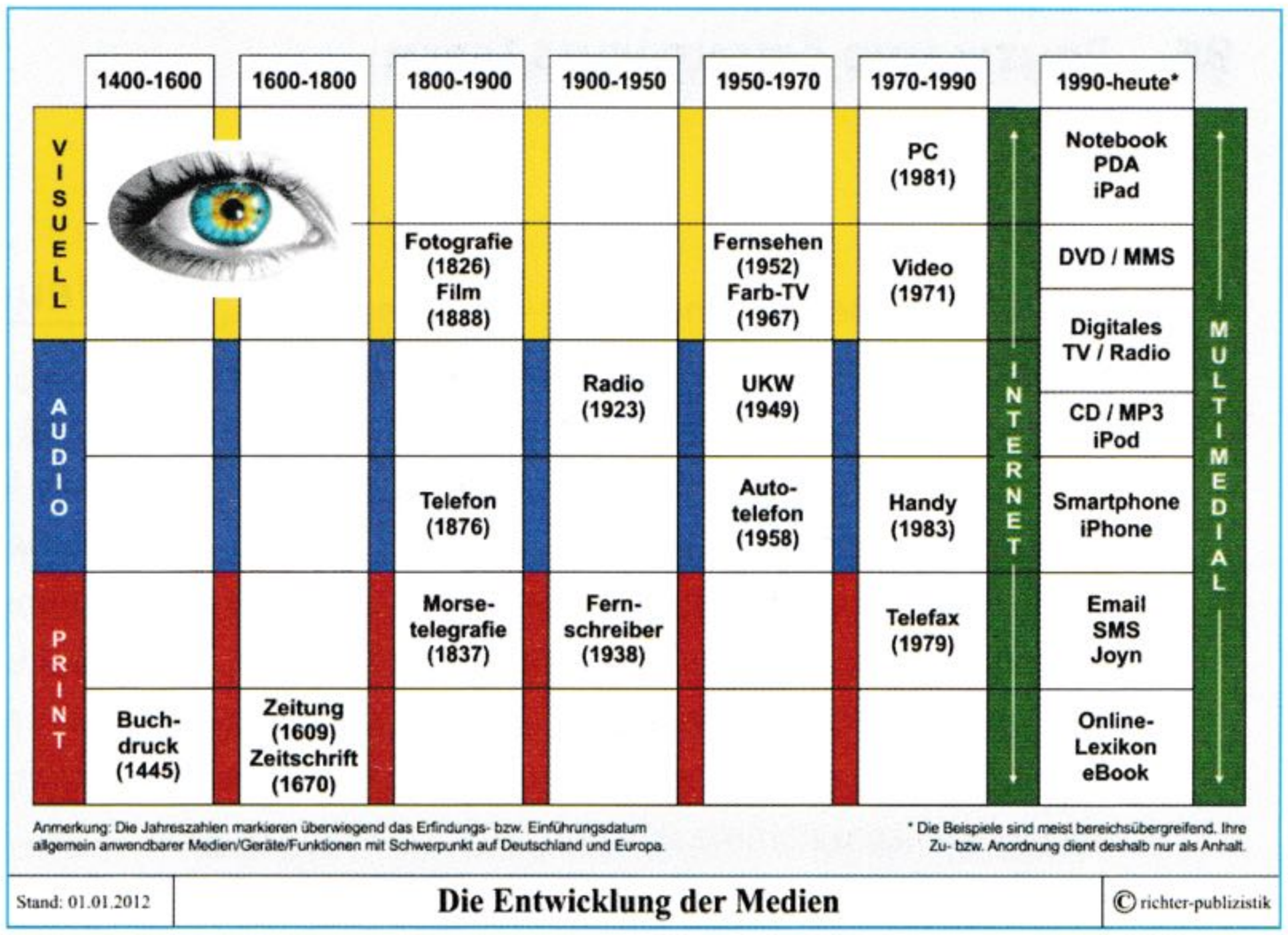
Die Presselandschaft

1. Das Grundgesetz garantiert das Recht auf freie und öffentliche Meinungsäußerung und die Freiheit der Presse, des Hörfunks und des Fernsehens (s. S. 83).
In Deutschland ist die Gesamtauflage aller Tageszeitungen von 27,3 Mio. (1991) auf 16,1 Mio. (2015) zurückgegangen. Gedruckt plus online plus mobil (Zeitungs-Apps) erreichen mehr Menschen, aber die Gewinne gehen zurück. Zeitunglesen ist eine Generationenfrage geworden. Für Ältere ist die Zeitung ein Kulturgut; Jüngere bevorzugen das Internet und die mobile Nutzung. Der Journalismus der analysierenden Texte geht zurück und es wird gefragt, ob generell die Qualität des Journalismus in Gefahr ist.
Die meistgekaufte Tageszeitung ist die „Bild"-Zeitung (mit 12,3 Mio. Lesern), es folgen die „Süddeutsche Zeitung" (1,48 Mio. Leser) und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung". Unter den Wochenmagazinen liegt der „Stern" an der Spitze mit 7,62 Mio. Lesern. Die bekannte Wochenzeitung „DIE ZEIT" spricht eher ein intellektuelles Publikum an. Die Auflage beträgt immerhin 504 000 Exemplare mit ca. 2 Mio. Lesern. Konkurrenz zum „SPIEGEL", dem nach 1947 einzigen Nachrichtenmagazin, macht seit Anfang 1993 das Magazin „Focus".

2. Unüberschaubar ist der Zeitschriftenmarkt mit seinen über 20 000 Titeln. Zugenommen

haben vor allem die sogenannten Special-Interest-Zeitschriften, die sich an bestimmte Käufergruppen wenden und begrenzte Themen behandeln, vom Tennis, Angeln, Segeln bis zur Elektronik und zum Computerwissen („auto, motor und sport", „Eltern", „essen & trinken", „Yacht", „PC Magazin" usw.), sowie Fachmagazine (z.B. „Bauwelt", „design report" usw.). Daneben gibt es Satirezeitschriften wie die bekannte „Titanic" oder der ostdeutsche „Eulenspiegel". Es fällt auf, dass sich die Beliebtheit von Magazinen in Ost und West stark unterscheiden. Hier spielen Gewohnheiten eine große Rolle und vor allem der Preis. Die „SUPERillu" (gegründet 1990) ist das mit 3,5 Millionen Lesern im Osten meistgelesene Magazin, das aber im Westen kaum einer kennt. Nach der Wende fungierte sie als Ratgeber, denn alles war neu für die Bürger. Sie hebt die Lebensleistung der Menschen hervor, veröffentlicht Erfolgsgeschichten im Osten und ist Begleiter bei alltäglichen Problemen. Sie hat Erfolg, weil man sich verstanden und mitgenommen fühlt.

Am Markt behaupten sich Straßenzeitungen, z.B. das Münchner BISS (= Bürger in sozialen Schwierigkeiten) oder der Berliner „Straßenfeger", „Hinz und Kunzt" in Hamburg oder „Trott-War" in Stuttgart, die sich um arme Leute, Obdachlose, Langzeitarbeitslose oder Asylsuchende kümmern. Sie berichten aus der Sicht der Betroffenen und helfen bei der Jobsuche. Neu ist die Straßenzeitung „Charity München", die Leser erreichen will, die selbst helfen möchten..



Öffentlich-Rechtliche gegen Private

1. Hörfunk und Fernsehen fallen in die Verantwortung der Bundesländer. Bis in die Achtzigerjahre gab es nur den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dann wurden auch private Sender zugelassen. Heute gilt das „duale System", d.h. das Nebeneinander von öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern. Zu den Öffentlich-Rechtlichen gehören folgende Landesrundfunkanstalten: der Bayerische Rundfunk (München), der Hessische Rundfunk (Frankfurt am Main), der Norddeutsche Rundfunk (Hamburg), Radio Bremen, der Saarländische Rundfunk (Saarbrücken), der Südwestrundfunk (Stuttgart), der Westdeutsche Rundfunk (Köln), der Rundfunk Berlin-Brandenburg (Berlin und Potsdam) und der Mitteldeutsche Rundfunk (Leipzig). Sie strahlen ein gemeinsames Fernsehprogramm aus, „Das Erste" unter dem Namen ARD (= Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Deutschlands); daneben produzieren diese Sender eigene regionale „Dritte Programme", die besonders im Osten des Landes durch die Orientierung auf die Ost-Vergangenheit identitätsstiftend geworden sind.

2. Nach der Auflösung der zentral gelenkten Massenmedien der ehemaligen DDR wurde das Sendegebiet der ARD auch auf die neuen Bundesländer ausgedehnt.

Der Rundfunk Berlin-Brandenburg wurde gegründet sowie der für Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen zuständige Mitteldeutsche Rundfunk (MDR). Der Norddeutsche Rundfunk (Hamburg) sendet auch in Mecklenburg-Vorpommern.
Ein weiteres nationales Fernsehprogramm, das „Zweite Programm", wird vom Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) in Mainz ausgestrahlt. Das ZDF ist eine reine Fernsehanstalt, im Gegensatz zu den anderen Anstalten, die auch Hörfunkprogramme senden.
Die öffentlich-rechtlichen Sender haben einen Bildungsauftrag und sollen die kommunikative Grundversorgung der Bevölkerung sichern. Bildung, Kultur und Unterhaltung sollen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Sie finanzieren sich aus den Rundfunkbeitrag, den jeder Haushalt bezahlen muss, und der Werbung, die aber auf wenige Sendezeiten vor 20 Uhr beschränkt ist. Spielfilme werden nicht – wie bei den privaten Sendern – durch Werbung unterbrochen.

3. Private Sender finanzieren sich im Gegensatz zu den öffentlich-rechtlichen Anstalten ausschließlich aus der Werbung, die sie rund um die Uhr senden. Je mehr Zuschauer ein Sender der Werbekundschaft bietet, umso mehr kann er für eine Minute Werbung verlangen. Ziel der Privaten ist es deshalb, im Interesse der Werbewirtschaft vor allem kaufkräftige Bevölkerungsgruppen anzusprechen. Die Programme sind grell und bieten im Wesentlichen schlichte Unterhaltung. Die Öffentlich-Rechtlichen wurden den Privaten aber immer ähnlicher. Wie bei den Privaten bestimmt die Quote, was gesendet wird und zu welchen Sendezeiten. Am meisten gesehen werden bei ARD und ZDF die aktuellen Nachrichten, doch die Zahl der jüngeren Zuschauer schmilzt. Online oder Streaming gewinnen Zuschauer. Abonnementanbieter drängen auf den Markt.

Neuere Sender und Kanäle

1. Seit 1992 gibt es den Arte-Kanal, der feierlich mit einer Live-Übertragung aus der Straßburger Oper eröffnet wurde. Arte steht für „Association relative à la télévision européenne" (Vereinigung in Verbindung mit dem europäischen Fernsehen). Es ist ein deutsch-französischer Kulturkanal mit Sitz in Straßburg, der zu gleichen Teilen von Frankreich und Deutschland getragen wird.

2. Der Satelliten- und Kabelkanal 3sat wurde 1984 neu geschaffen. Er wird gemeinsam von ZDF, ORF (Österreichischer Rundfunk), SRG (Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft) und ARD betrieben. Sein Programm besteht aus Informations- und Kultursendungen.

3. ARD und ZDF betreiben seit 1997 gemeinsam den Dokumentations- und Ereigniskanal Phönix in Bonn, der ein qualitativ hochwertiges Programm bietet.

4. Nach dem Ende des analogen Fernsehens ist die Entwicklung rasant: Die öffentlich-rechtlichen Sender strahlen die Digitalsender Tagesschau24 und ZDF info aus und bringen Nachrichten und Sendungen mit aktuellem Bezug. Auf den digitalen Markt drängen sich außerdem ZDF Neo für jüngere Hörer, ZDF Kultur, einsfestival oder EinsPlus.

5. Verschiedene Hörfunksender wurden nach der Wende neu strukturiert: Der Deutschlandfunk (gegründet 1960) hatte in der Vergangenheit vor allem Informationen für Ostdeutschland und das osteuropäische Ausland gesendet. Heute produziert das Deutschlandradio (gegründet 1904) die drei bundesweiten Hörfunkprogramme Deutschlandfunk und DRadio Wissen (im Funkhaus Köln) sowie Deutschlandradio Kultur (im Funkhaus Berlin).
Die Deutsche Welle (Köln) ist im Wesentlichen bestehen geblieben. Sie sendet in 30 Fremdsprachen – auch in Deutsch natürlich – in alle fünf Kontinente. Ihr Programm umfasst Information, Politik, Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft und Sport.

6. Radio- und Fernsehanstalten haben Kinderkanäle gestartet (siehe Links S. 176), die ein buntes, kindgerechtes Programm bieten.Das neue wöchentliche Medienmagazin „Timster" für Grundschüler, das der Kinderkanal Kika von ARD und ZDF ausstrahlt, soll die Medienkompetenz von Schülern stärken. Themen sind Film, TV, Radio, Bücher, Video- und Computerspiele und digitale Medien. Der Moderator Tim zeigt , wie Medien produziert werden. Über eine Austauschplattform bleibt er online im Dialog mit den Schülern. Der Mitmach-Charakter des Magazins ist das zentrale Anliegen.

7. Millionen Menschen hören heute Radio über das Internet. Die meisten terrestrischen Radiosender senden ihr Signal auch über das Netz, beispielsweise die deutschen öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten, die Stammhörer außerhalb ihres Sendegebiets erreichen wollen. Das Digital Radio (im Logo in zwei Wörtern) soll in den nächsten Jahren analoge Sendeverfahren weitgehend ersetzen. Der Termin für eine Umstellung wurde immer wieder verschoben. Das Digital Radio kann mehr Programme senden und garantiert einen störungsfreien Empfang.

AUFGABEN

1. Talkshows sind geeignet, Menschen, ihre Meinungen und Positionen kennenzulernen. Sollten Talkshows so etwas wie Ersatzparlamente sein oder sollten sie mehr der Unterhaltung dienen?
2. Diskutieren Sie die Qualität des deutschen Fernsehens. Wo informieren Sie sich?
3. Sendungen zur Geschichte, Tierfilme und Serien sind sehr beliebt. Was interessiert Sie am meisten?
4. Man glaubt, was man sieht. Welche Verantwortung hat das Fernsehen?

Medienmacht

In seinem Buch „Von der Parteiendemokratie zur Mediendemokratie" bringt der Autor Albrecht Müller die Sache auf den Punkt: Die Talkshow ersetzt die Parteiendiskussion. Als langjähriger Wahlkampfmanager der SPD untersuchte er die Wahlkampfberichterstattung der größten Fernsehsender ARD, ZDF, RTL und Pro SiebenSat.1.
Ergebnis: Die Medien haben die Themen bestimmt und die Entscheidungen stark beeinflusst. Zugleich hätten die Medien aber auch daran mitgewirkt, so Müller, Themen nicht auf die Agenda zu setzen, wie die Umweltproblematik oder die Vermögens- und Einkommensverteilung. Sein Fazit: „In den Wahlen 1998 und 2002 ist zuerst die öffentlich diskutierte Machtverschiebung von den Parteien zu den Medien sichtbar geworden. Parteimitglieder und -gliederungen hatten im Vergleich zu den Medien nicht mehr viel zu sagen." Wenn man verfassungspolitisch konsequent sein wolle, schreibt der Autor, müsse Artikel 21 des Grundgesetzes lauten: „Die Medien wirken an der Willensbildung mit." Als unbefriedigend bewertet Müller die meisten Medienbeiträge im Wahlkampf. Statt kritischer Fragen und Aufklärung habe es eine „stereotype Thematisierung von Steuer- und Rentenreform mit den immer gleichen Wertungen" und eine „stereotype Wiederholung von Fragen zu Koalitionen, Personen und Umfragen" gegeben. Die Bilanz Müllers: „Viele Medien haben die Inhaltslosigkeit des Wahlkampfes beklagt, jedoch selbst stark zu dieser Inhaltslosigkeit beigetragen."
Das Thema bleibt bis heute brandaktuell. Die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung fragt: „Talk oder Politik? Verschwindet die politische Rede?" Tatsache ist, dass Politiker viel Zeit darauf verwenden, in Talkshows zu erscheinen, denn schon am nächsten Tag berichten die Medien, wer was gesagt hat. Medienkompetenz wird zum Schlüssel des Erfolgs und das Publikum spielt mit bzw. der Wähler; das beweisen die Einschaltquoten. Die Zahl der Talkshows ist zuletzt sogar noch gewachsen und die Politiker machen gerne mit, wie auch im Wahljahr 2013 zu beobachten war.

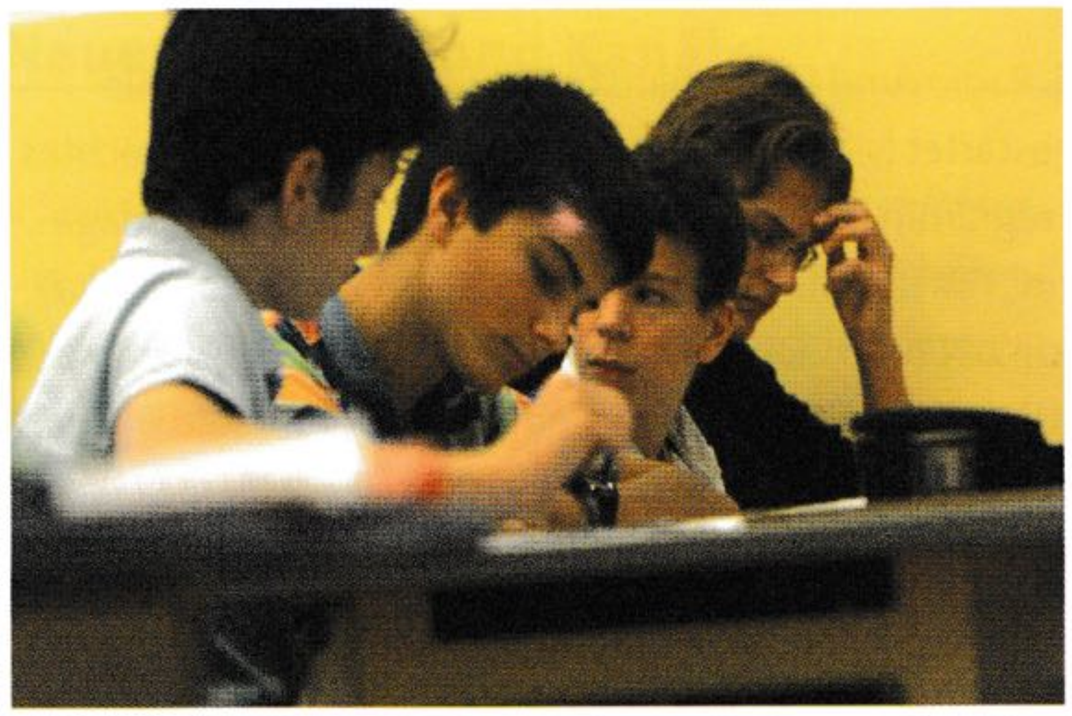
(nach: vorwärts NEWS 2/99; aktualisiert 2014)

Schule und Studium

1. In Deutschland sind die Länder (= Bundesländer) für die kulturellen Belange, also auch für allgemein- und berufsbildende Schulen, für die Erwachsenenbildung und Weiterbildung sowie für die Hochschulen zuständig. Jedes Land hat sein eigenes Kultusministerium oder ein Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Die KMK (= die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder) berät u.a. länderübergreifende Angelegenheiten im Schul- und Hochschulwesen, wie z.B. die gegenseitige Anerkennung von Schulabschlüssen oder die Reform der Studiengänge. Die Beschlüsse sind Empfehlungen und können in die Gesetzgebung der Bundesländer übernommen werden. Es gibt keine bundesweit einheitliche Schulstruktur. Aber: Bis 2017 soll das Niveau des Abiturs in allen 16 Bundesländern vergleichbar sein. Gemeinsame Standards entstehen.

2. Seit der ersten Pisa-Studie (Programme für International Student Assessment, im Auftrag der OECD) steht fest, dass deutsche Schüler nur mittlere, zuletzt verbesserte Plätze im internationalen Vergleich einnehmen. Es fehlen Erzieherinnen in der Kita und im Kindergarten, Lehrer/innen in der Schule und Schulpsychologen für die individuelle Förderung der Schüler.
Unübersehbar ist, dass die Hauptschule an Attraktivität verliert und der demografische Wandel gravierende Folgen für die Schule hat: Besonders auf dem Lande sinkt die Zahl der Klassen; Schulen müssen geschlossen und zu Gemeinschaftsschulen zusammengefasst werden.

3. Das Schulsystem benachteiligt Kinder aus bildungsfernen und sozial schwachen Familien sowie Kinder mit Migrantenhintergrund gegenüber ca. 10% gut ausgebildeten Schülern, deren Aufstieg gesichert ist. Der Notendurchschnitt entscheidet und vor allem die soziale Herkunft. Es geht heute um mehr Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit. Beschlossen wurde mehr Sprachförderung im Kindergarten und die Reduzierung der Schul-



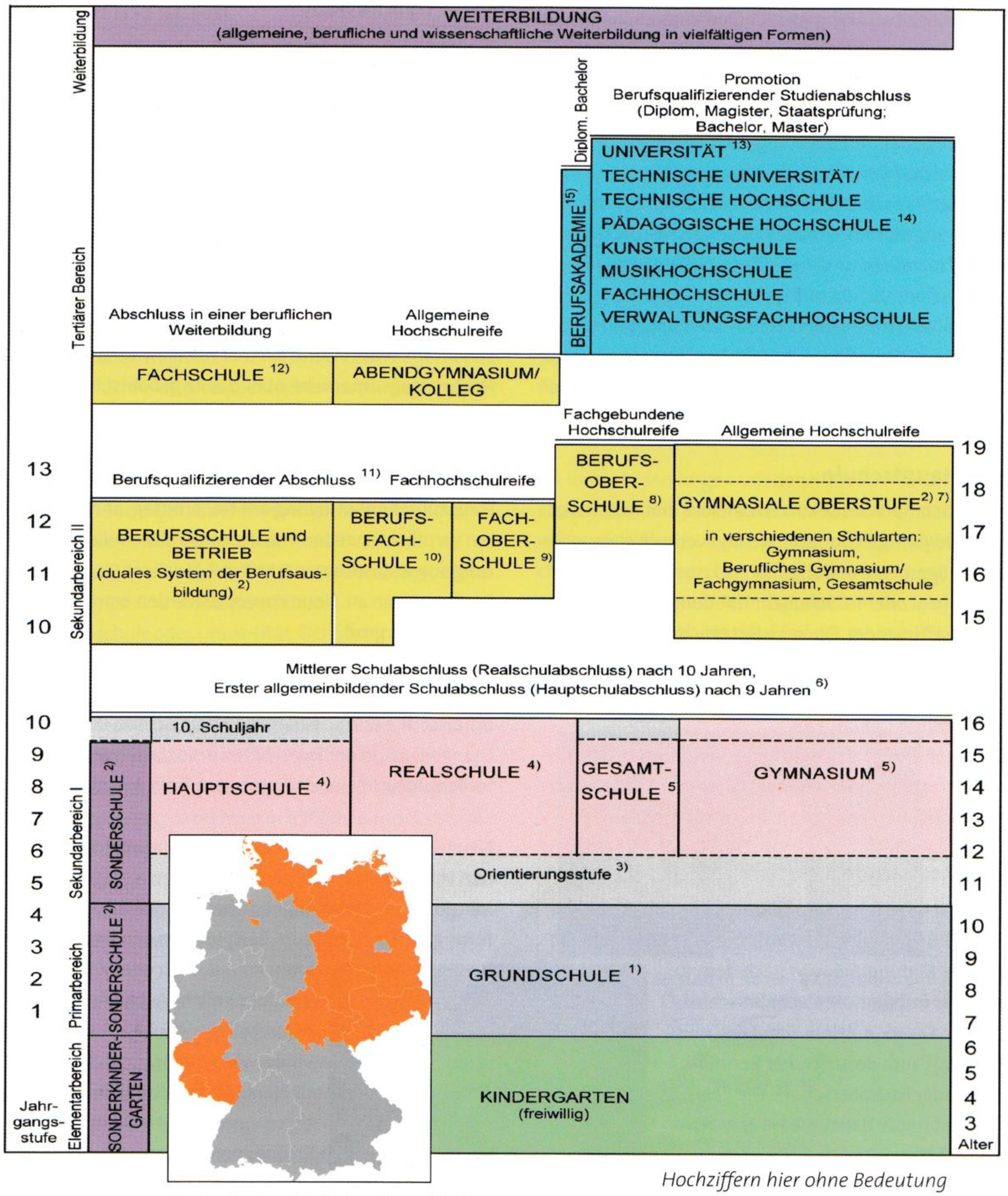
abbrecher, was aber nur im Schneckentempo vorangeht. Wichtig wäre der schnellere Ausbau von Ganztagsschulen, aber die Unterschiede in den einzelnen Bundesländern sind groß. Gemeinsames Lernen über die 4. Klasse hinaus wäre ein Schritt zu mehr Chancengleichheit und zu sozialer Kompetenz.

4. Die Hochschulen haben Selbstverwaltung und geben sich im gesetzlichen Rahmen eine eigene Verfassung. Sie sind in der Lage, neue Studiengänge einzurichten. Jedes Bundesland trifft seine Regelungen für die Zulassung zum Studium. Das Bundesbildungsministerium in Bonn ist für allgemeine Grundsätze im Hochschulwesen und für den außerschulischen Teil der Aus- und Weiterbildung verantwortlich.

Die Schule

Schulpflicht besteht vom 6. bis zum 18. Lebensjahr. Nach 4 oder 6 Jahren Grundschule haben die Schüler die Wahl zwischen verschiedenen Schularten des Sekundarbereichs I, zwischen der Hauptschule, der Realschule, dem Gymnasium oder der Gesamtschule.
Die gesetzlich geforderte Inklusion ist das gemeinsame Lernen von Behinderten und Nichtbehinderten in allgemeinen Schulen. Sie kann aber nur gelingen, wenn genügend Lehrer zu Verfügung stehen. Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach, wobei die Eltern über die Teilnahme entscheiden. Ersatzweise wird in fast allen Ländern Ethik-Unterricht angeboten.

2.4.7. Grundstruktur des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland



Hochziffern hier ohne Bedeutung

Bundesländer mit teilintegrativen Schulsystemen
(= gemeinsames Lernen auch nach der 4. Klasse)

Neu ist die Entwicklung von Schülerfirmen: Schüler können pro forma eine Firma gründen und zum Beispiel Computer an ältere Menschen verkaufen. Sie müssen mit Einnahmen und Ausgaben umgehen, sich ein symbolisches Gehalt mit allen Abgaben zahlen und bereiten sich so auf die spätere Berufstätigkeit vor.
Ein großes Problem ist besonders in letzter Zeit auf die Schulen zugekommen: Viele minderjährige, oft traumatisierte Flüchtlinge sind nach Deutschland gekommen. Sie sind schulpflichtig und gehen zuerst in Förderklassen, um Deutsch zu lernen. Nach einem Jahr können sie in die ihrem Alter entsprechende Regelklasse kommen. Wichtig für Kinder aus Krisengebieten ist die individuelle Betreuung durch Lehrer und Psychologen.

• Die Hauptschule

ist eine Schulart des Sekundarbereichs I im Anschluss an die vierjährige Grundschule und vermittelt grundlegende allgemeine Bildung mit Praxisbezug. Sie wird nach dem 9. oder 10. Schuljahr mit dem „Hauptschulabschluss" beendet. Die meisten machen anschließend eine Lehre und besuchen gleichzeitig die Berufsschule. Viele Schüler hängen noch den „qualifizierten" zentralen Abschluss („Quali") an.
Die Hauptschule hat an Ansehen verloren. Die Schülerzahlen sinken, in vielen Bundesländern schließen sich Realschulen und Hauptschulen zusammen.

• Die Realschule

ist eine Schulart des Sekundarbereichs I im Anschluss an die Grundschule und vermittelt eine erweiterte allgemeine Bildung. Sie wird nach dem 10. Schuljahr mit dem „Realschulabschluss" beendet. Dieser mittlere Schulabschluss berechtigt zum Besuch einer Berufsfachschule oder Fachoberschule. Die Realschule ist heute dabei, die Hauptschule zu verdrängen.

• Das Gymnasium

ist eine Schulart des Sekundarbereichs I und II und vermittelt eine vertiefte allgemeine Bildung, die nach 12 (= G8) oder 13 (= G9) Jahren mit dem Abitur abgeschlossen wird und zur Hochschulreife führt. 50% eines Jahrgangs machen Abitur, vor 40 Jahren waren es nur 10%. Im Osten gab es die 12-jährige Schulform bereits, im Westen führte die Einführung zu Protesten: zu viel Stoff, zu viel Stress.

• Die Ganztagsschule

Ganztagsschulen sind in Deutschland eine relativ neue Schulform. Jeder zweite Schüler hat inzwischen auch Nachmittagsunterricht. Aber das Angebot ist in den einzelnen Bundesländern sehr verschieden: Sachsen liegt mit der Zahl der Schulen an der Spitze, Bayern ist Schlusslicht. Manche Schulen beschränken sich auf die Hausaufgabenbetreuung am Nachmittag, andere bieten verpflichtende Lerninhalte und individuelle Förderung sowie Zusammenarbeit mit Musikschulen und Sportvereinen an. Neue Konzepte werden erprobt. Das Interesse ist groß.

• Die Gesamtschule

umfasst alle drei Schularten – Hauptschule, Realschule, Gymnasium. In der Regel betreut sie die Kinder bis zum 10. Schuljahr. In einzelnen Ländern führt sie zum Abitur.

Neu ist die Einrichtung von KinderUnis an verschiedenen Hochschulen (seit 2004). Kinder zwischen 8 und 12 Jahren nehmen das Angebot freiwillig und mit Begeisterung an. Sie hören zum Beispiel , wie der Alltag im alten Rom aussah oder wie man mit Sonnenlicht Auto fährt. Hochbegabte Jugendliche können schon während der Schulzeit die Universität besuchen und in Vorbereitung eines Studiums auch Prüfungen ablegen.

Die Hochschulen

1. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es über 400 staatliche bzw. staatlich anerkannte Hochschulen. Man unterscheidet Universitäten, Technische Universitäten (TU) und Hochschulen einer bestimmten Fachrichtung (z.B. Theologie, Medizin), Pädagogische Hochschulen, Kunst- und Musikhochschulen, Gesamthochschulen (Universität mit Fachhochschule; nur in Hessen und Nordrhein-Westfalen) und Fachhochschulen. Fachhochschulen bilden ca. 30% der Studierenden aus. An den Fachhochschulen geht es weniger um Grundlagenforschung als um eine praxisbezogene Ausbildung und industrienahe Projekte, die der regionalen Wirtschaft zugutekommen.

2. Seit den Sechzigerjahren erleben die westdeutschen Hochschulen einen ständig wachsenden Zustrom an Studenten. Zurzeit beginnen in Deutschland ca. 500 000 Studentinnen und Studenten mit dem Studium an einer Fachhochschule oder Universität. Der Stellenwert mittlerer Berufsabschlüsse, vor allem der des Hauptschulabschlusses, ist stark gesunken und die Anforderungen für den Berufseintritt werden nach oben geschraubt. Die Hochschulen sind somit zu den wichtigsten Ausbildungsstätten für junge Leute geworden. Eigentlich eine gute Entwicklung, denn hoch qualifizierte Arbeitskräfte werden gebraucht. Doch dieser Trend zur Akademisierung vernachlässigt handwerkliche Berufe. Die Folge ist, dass Lehrstellen frei bleiben und dass der Nachwuchs in den Betrieben fehlt.

3. Im Wintersemester 2015/16 drängen sich ca. 2,8 Millionen Studenten in die Hörsäle, ein Rekord. Das Geld, das der Hochschulpakt zwischen Bund und Ländern für neue Studienplätze zur Verfügung stellt, reicht nicht aus. Mehr als die Hälfte eines Jahrgangs macht inzwischen das Abitur. Numerus clausus (= NC) an großen Unis in vielen Fächern ist die Folge (d.h. nur eine bestimme Zahl von Studenten wird zugelassen). Dennoch fehlt es an Studenten für die MINT-Fächer (= Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik), aber das Interesse steigt.
In die Hochschulen ist seit längerem Bewegung gekommen. Sie haben mehr Freiheiten bekommen, ihren Haushalt zu führen und Professoren zu berufen. Sie schärfen ihr Profil, richten Graduiertenschulen ein, damit Doktoranden besser betreut werden können. Die neu eingerichteten Graduiertenschulen garantieren ein strukturiertes Promotionsprogramm. Ihr Angebot ist freiwillig. Studenten mit einer Stelle in der Wirtschaft sind an deutschen Universitäten ebenso denkbar wie einsame Denker in den häuslichen vier Wänden.

4. Hochschulen ringen um den Status „Elite-Uni" und stellen sich dem Wettbewerb in nationalen und internationalen Forschungsrankings (= Leistungsvergleichen). Das Zentrum für Hochschulentwicklung (CHE) zählt die Höhe der Drittmittel, die Zahl der Bücher und Aufsätze und bewertet den Ruf der Professoren. Drittmittel sind Forschungsgelder der Wirtschaft, die der Staat zusätzlich aufstockt.

Humboldt-Universität mit Alexander-von-Humboldt-Denkmal

Im Rahmen der dritten Runde der Exzellenzinitiative ab 2012 bis 2017 werden 11 Universitäten und Hochschulen gefördert:

1. Freie Universität Berlin
2. Humboldt-Universität Berlin
3. Universität Bremen
4. Technische Universität Dresden
5. Universität Köln
6. Ludwig-Maximilians-Universität München
7. Technische Universität München
8. Universität Konstanz
9. Ruprecht-Karls Universität Heidelberg
10. RWTH Aachen
11. Universität Tübingen

Hochschulreformen haben den Weg für die Hochschule der Zukunft frei gemacht: leistungsgerechte Bezahlung der Professoren, Elite-Denken, Abbau der Bürokratie, mehr Attraktivität für innovative internationale Nachwuchswissenschaftler. Weitere Maßnahmen wie die sogenannte Exzellenzförderung sollen „Elite-Unis" an die Weltspitze führen.
Neben der Forschung wird die Lehre aufgewertet: Innovative Lehrveranstaltungen, eine bessere Lehre insgesamt und eine gute Betreuung der Studenten sind für die Wahl des Studienorts ein wichtiges Argument. Hochschulen bilden Exzellenzcluster und vernetzen ihre Erkenntnisse aus der Forschung mit den Bedürfnissen der Unternehmen. Die Ludwig-Maximilians-Universität in München, Deutschlands größte Hochschule, schaffte es im Times Higher Education Ranking unter die 30 besten Hochschulen der Welt (Platz 29).

5. Seit 1999 – Bologna-Prozess – gibt es an deutschen Universitäten und Fachhochschulen die internationalen Bachelor- und Master-Studiengänge, die von den europäischen Bildungsministern beschlossen wurden. Ein europaweit einheitliches Credit-Point-System für die einzelnen Lehrveranstaltungen soll einen Wechsel an eine andere Universität oder in ein anderes Land jederzeit ermöglichen. Inzwischen sind die neuen Abschlüsse reformiert. Die Verschulung des Studiums hat zugenommen. Freiwillige Lehrveranstaltungen oder Nebenjobs werden zum Problem.

6. Das Studium wird spezialisierter und stärker praktisch orientiert. Unzählige Sparten-Studiengänge sind entstanden, die kein breites Wissen mehr vermitteln, z.B. die Studiengänge „Mensch-Computer-Interaktion" oder „Nachhaltiges Produktmanagement" usw. Die Studienzeiten werden kürzer und sollen international vergleichbar sein. Tatsache ist, dass Bachelor-Studenten kaum mehr die notwendige Zeit für einen Auslandaufenthalt haben. Master-Studenten gehen häufiger ins Ausland, brauchen aber mehr Zeit, weil die Abschlüsse nicht immer anerkannt werden – trotz des gemeinsamen europäischen Hochschulrahmens.

→ Das Stichwort Hochschulen

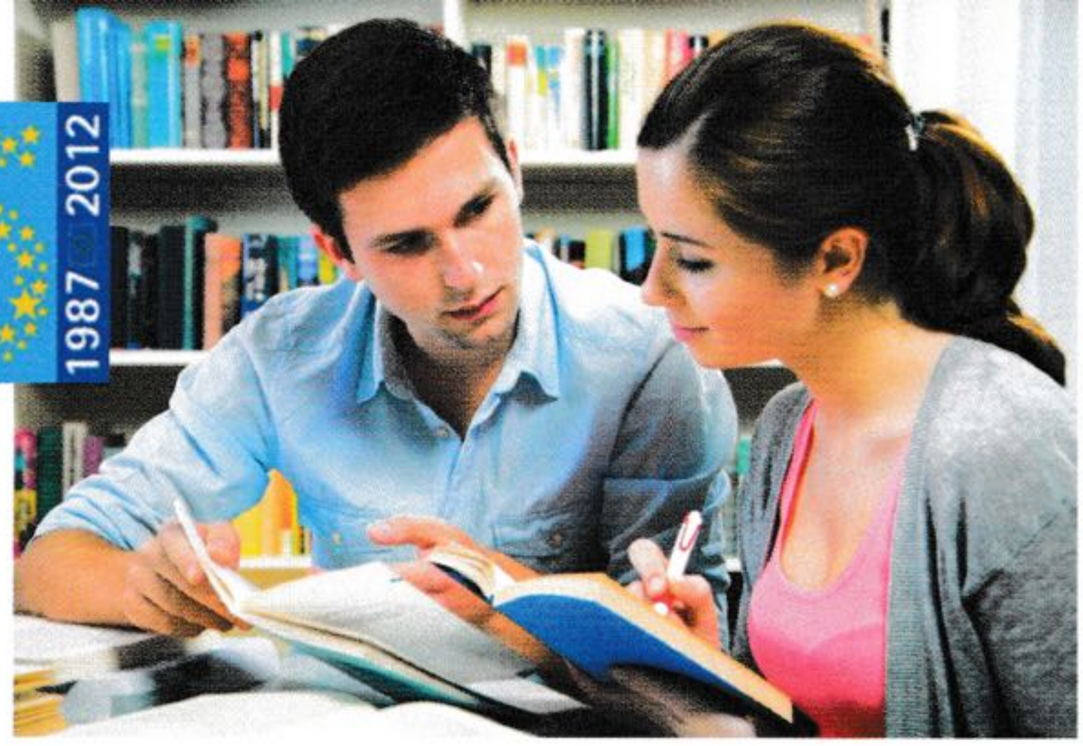
In Deutschland gibt es 107 Universitäten und wissenschaftliche Hochschulen an 154 Orten. Die meisten Studenten sind an der FernUniversität in Hagen eingeschrieben (70.600). Es folgen die Universität zu Köln (53.900), die Ludwig-Maximilians-Universität München (49.500), die Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main (45.500) und die Ruhr Universität Bochum (42.800), Weitere Universitäten sind die größte Technische Hochschule in Aachen (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule, 42.300), die Universität Hamburg (41.500), die Technische Universität München (37.100), die Freie Universität Berlin (34.500), die Humboldt-Universität zu Berlin usw. Daneben gibt es 247 Fachhochschulen, die mit Fachpraktika den Bezug zur Praxis herstellen.

7. Seit 1971 gibt es das Bafög (= Bundesausbildungsförderungsgesetz), das Kindern auch aus ärmeren Familien das Studium ermöglichen soll. Diese Hilfe richtet sich nach dem Einkommen der Eltern und eigenem Vermögen.

→ Das Stichwort Bafög

Der Staat fördert ca. ein Drittel der Studenten mit Bafög (= Bundesausbildungsförderungsgesetz). 50% des Geldes sind Zuschuss und 50% zinsloses Darlehen, zu beantragen beim Studentenwerk. Das Bafög wurde 2014 reformiert; mehr Geld steht zur Verfügung. Auch Schüler haben Anspruch auf Bafög-Gelder. Nicht berücksichtigt sind Teilzeitstudenten, die Ausbildung für beruflich Qualifizierte oder Studenten mit spätem Studienbeginn.

Viele Studenten wohnen zu Hause („Hotel Mama"), um Geld zu sparen oder lassen sich von den Eltern finanziell unterstützen und zwei Drittel jobben. Die Wohnungssuche ist besonders in den alten Bundesländern sehr mühsam. Die Zahl der Studenten steigt, nicht aber die Zahl der Wohnheime.



8. Über hundert Jahre war an deutschen Hochschulen das Bildungsideal bestimmend, das Wilhelm von Humboldt in der 1810 gegründeten Universität von Berlin anstrebte: die Einheit von Forschung und Lehre und die Zweckfreiheit des Lernens. Die Hochschulen sind heute dabei, Abschied zu nehmen von dieser Tradition. 70% der Studenten streben derzeit eine berufsspezifische Ausbildung außerhalb der Forschung an. Kooperationen mit Firmen und Praxisphasen sind zum Studienalltag geworden. Studienangebote stellen sich auf die Industrie 4.0 ein, damit Studenten die Arbeitsweise der Industrie kennenlernen.
Ein grundlegender Wandel ist im Gange: die Aufwertung der Fachhochschulen gegenüber den Universitäten, also der beruflichen Bildung (Ingenieurwesen, Wirtschaft, Sozialwesen). Die Zahl der Seiteneinsteiger, die es ohne Abitur in die Hochschule schaffen, steigt seit der Öffnung für Meister, Facharbeiter und ähnliche Abschlüsse kontinuierlich.
Neu ist auch das duale Studium, das Studieren mit einer praxisnahen Ausbildung verbindet.

9. Die Zahlen westdeutscher Studenten an ostdeutschen Universitäten steigen. Es fehlen Studenten im Osten, außerdem gibt es eine gute Betreuung durch die Professoren. Während westdeutsche Universitäten an die Grenzen ihrer Kapazität kommen, müssen ostdeutsche Hochschulen um Studenten werben. Und das Werben hat Erfolg.

→ Das Stichwort Bachelor / Master

Das Bachelor-Studium dauert sechs Semester und soll für den Beruf qualifizieren. Der Master-Studiengang baut darauf auf und ist forschungsorientiert. Die meisten Bachelor-Studenten planen ein weiterführendes Master-Studium, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

AUFGABEN

1. Wie beurteilen Sie das deutsche Unisystem?
2. Wie wichtig ist Wirtschaftswissen heute?

Programme der Europäischen Union

Das **Programm ERASMUS** – Studieren in Europa und mehr – wurde nach Erasmus von Rotterdam benannt, einem in seiner Zeit europäisch gebildeten Humanisten. Erasmus, das EU-Programm für allgemeine und berufliche Bildung, ermöglicht jedes Jahr mehr als 35 000 (2012/13) Studierenden, im Ausland zu lernen und zu arbeiten. Es fördert die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen in ganz Europa. Das Programm unterstützt Studierende, auch Hochschuldozenten und in der freien Wirtschaft tätige Personen, die im Ausland lehren möchten. Außerdem Hochschulmitarbeiter, die sich beruflich weiterqualifizieren möchten.

Tempus – Modernisierung der Hochschulbildung
Mit Tempus und anderen Drittlandprogrammen wird die Zusammenarbeit mit Hochschulen in den EU-Nachbarstaaten in Osteuropa, Russland, Zentralasien, dem Westlichen Balkan und im Nahen Osten gefördert. Es soll zur Reform der Hochschulen beitragen und zur Entwicklung der regionalen und nationalen Zusammenarbeit.

Der **DAAD** ist die „nationale Stelle" für EU-Programme in Deutschland. 1995 wurden die Programme neu geordnet, der DAAD hat dabei seine Aufgaben ausgeweitet: Er berät und informiert für alle hochschulbezogenen Teile des Sokrates-, Leonardo- und Tempus-Programms. Sokrates / Comenius 1-3 sind Schulprogramme, die Schulpartnerschaften fördern. Leonardo da Vinci fördert Auslandspraktika in Industrie, Dienstleistung und Landwirtschaft in einem anderen europäischen Land.

Das neue Bildungsprogramm ERASMUS+ fasst die bestehenden Förderprogramme zusammen: „Erasmus" für Bachelorstudenten, „Da Vinci" für Master-Anwärter, „Comenius" für Schüler usw. Die Förderung für junge Europäer, die im Ausland studieren wollen, steigt um 40%.

Engagiert arbeitet der DAAD auch bei Beratungsprojekten im Hochschulwesen Mittel- und Osteuropas mit. PPP sind Programme des Projektbezogenen Personenaustauschs, d.h.: Hier werden Personen gefördert, die an bestimmten internationalen Projekten beteiligt sind. Projekte gibt es in vielen Staaten, von Indien, China bis Japan und die USA.

→ Das Stichwort DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst)

Einrichtung der deutschen Hochschulen mit der Aufgabe, die Hochschulbeziehungen mit dem Ausland vor allem durch den Austausch von Studenten und Wissenschaftlern zu fördern. Seine Programme sind offen für alle Länder und alle Fachrichtungen. Sie kommen Ausländern wie Deutschen gleichermaßen zugute. Der DAAD ist somit tätig in der auswärtigen Kultur- und Wissenschaftspolitik, der Entwicklungspolitik und der nationalen Hochschulpolitik. Seit vielen Jahren vermittelt er bei den Austauschprogrammen der Europäischen Union.
Die Fülle der Aufgaben des DAAD sind 5 Zielen zugeordnet: Stipendien für Ausländer, Stipendien für Deutsche, Internationalisierung der Hochschulen, Förderung der Germanistik und der deutschen Sprache im Ausland und Bildungszusammenarbeit mit Entwicklungsländern.

Kontakt: Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD) Kennedyallee 50, D-53175 Bonn, www.daad.de

Glossar

Bologna-Staaten: 47 Staaten haben das „European Credit Transfer and Accumulation System" (ECTS) eingeführt.

CHE-Ranking: Orientierungshilfe für die Wahl der Hochschule.

Credit Points: durch Klausuren oder andere Prüfungen erworbene Leistungspunkte, mit denen man die Zulassung zum Examen erwirbt.

DSW: Deutsches Studentenwerk

Duales Studium: Ausbildung in einem Betrieb plus Hochschulstudium (Ingenieurswesen, Wirtschaftswissenschaften, Informatik).

MINT-Fächer: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik.

Modul: eine Lehreinheit bei Bachelor- und Masterstudiengang.

Studiengebühren: Wurden in allen Bundesländern abgeschafft.

ZAB Zentralstelle für ausländische Bildungsabschlüsse

Berufliche Bildung

→ Das Stichwort Das duale System

Für die berufliche Bildung gilt das sogenannte duale System, das international großes Ansehen besitzt: Die Auszubildenden (auch „Azubis" genannt oder Lehrlinge) machen eine praktische Lehre in Betrieben der Industrie, des Handels oder Handwerks und besuchen gleichzeitig für zwei bis zu dreieinhalb Jahren eine staatliche Berufsschule. Mit dem 18. Lebensjahr endet die Berufsschulpflicht. Es gibt für viele Berufe eine berufliche Ausbildung, die in anderen Ländern nur über die Universität möglich ist.

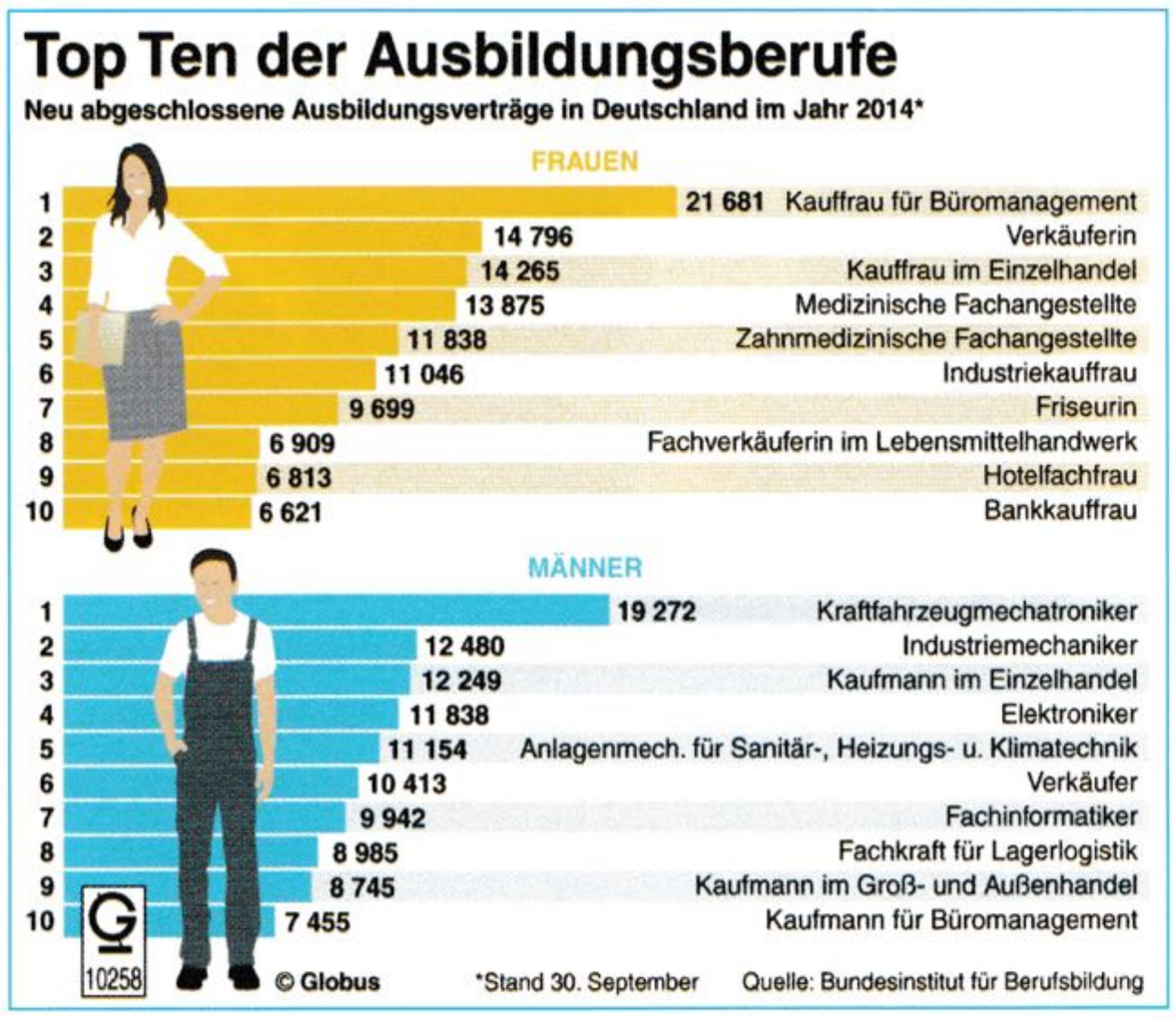
1. Bei der Berufswahl wird deutlich, dass es die meisten eher in Berufe im Dienstleistungssektor und im Büro zieht, weniger zur Ausbildung als Friseurin, Schreiner oder Bäcker. Es gibt 350 Ausbildungsberufe, aber viele der Jugendlichen interessieren sich seit Jahren für die gleichen Traumberufe: Kraftfahrzeugmechatroniker, Verkäuferin oder Bürokaufmann/-frau.
Die IHK (= Industrie- und Handelskammer) hat neue Lehrberufe geschaffen, die Alternativen bieten und die Chancen am Arbeitsmarkt verbessern sollen. Diese Lehrberufe sind in den Medien und in der Informations- und Telekommunikationsbranche entstanden: z.B. der Mediengestalter, der inzwischen zu einem beliebten Berufsziel geworden ist. Neu ist die Ausbildung zum Geomatiker, der Gebäude, Grundstücke und ganze Landschaften vermisst. Für die Schüler, die eine für ihr Leben weitreichende Entscheidung treffen, wird es immer schwieriger zu begreifen, was sich hinter den einzelnen Bezeichnungen verbirgt. Arbeitsagenturen mit ihren Berufsberatern greifen helfend ein.

Ein junger Flüchtling stellt Fragen

Welche Grundvoraussetzungen müssen für eine Lehrstelle erfüllt sein? Die grundlegenden Voraussetzungen sind einmal die Sprachkenntnisse für den Betriebsalltag und für die Inhalte in der Berufsschule. Dann muss auch die Chemie stimmen zwischen dem Ausbilder und dem Auszubildenden. Deshalb sind Praktika vorab wichtig. Da lernt man sich kennen.

Welche Resonanz gibt es bei den Unternehmen? Die ist sehr positiv. Die bayerischen Betriebe haben spontan über 1000 Lehrstellen und Praktikumsplätze für junge Flüchtlinge zur Verfügung gestellt.

Wie geht es weiter, wenn ein junger Mensch seine Lehre erfolgreich beendet hat? Das Handwerk setzt sich dafür ein, dass die jungen Flüchtlinge nach erfolgreichem Abschluss der Gesellenprüfung noch mindestens zwei Jahre als Fachkraft in Deutschland arbeiten können.



2. Der Lehrstellenmarkt schwankt. Zurzeit sinken die Schülerzahlen und die Zahl freier Lehrstellen steigt an. Der demografische Wandel macht sich massiv bemerkbar. Betriebe suchen händeringend nach Fachkräften und Azubis; selten waren die Chancen für einen klassischen Industrieberuf so gut wie heute. Viele Ausbildungsplätze sind unbesetzt, weil die Bildungsvoraussetzungen fehlen. Handwerkskammern helfen; die Agentur für Arbeit fördert Schüler/innen, damit sie einen Schulabschluss bekommen, und vermittelt an Betriebe.
Alarmierend ist auch, dass viele junge Menschen mit befristeten Arbeitsverträgen in den Beruf einsteigen müssen. Die Familien- und Berufsplanung ist dadurch wesentlich erschwert.

3. Ausländische Jugendliche in Deutschland haben es schwerer als ihre deutschen Altersgenossen. Ihre Schulbildung wird oft mit der Hauptschule beendet oder abgebrochen. Nur wenige erreichen das Gymnasium. Ihre Chancen bei der Berufswahl sind deshalb eingeschränkt, zumal sich viele Jugendliche zwischen zwei Kulturen bewegen. Sie entscheiden sich für eine noch engere Palette von Berufen als die deutschen Jugendlichen.

Mechatroniker

→ Das Stichwort Handwerksordnung

Die Handwerksordnung regelt, unter welchen Bedingungen ein Handwerker sich selbstständig machen kann. Seit 2004 gibt es 51 Berufe, die keine Meisterprüfung mehr erfordern. Diese Hürde existiert noch für 41 Berufe. Es ist offen, wie lange sich der Meisterzwang in einem europäischen Einheitsmarkt halten wird.

4. In Deutschland muss ein Handwerker, der einen Betrieb gründet, die Meisterprüfung haben. Diese Tradition der mittelalterlichen Zünfte hat sich bis in die Gegenwart erhalten. Das Handwerksrecht wurde aber dahingehend geändert, dass einfache Handwerksarbeiten von jedermann angeboten werden können. Das sind Arbeiten wie zum Beispiel Malern, die in zwei bis drei Monaten erlernbar sind. Es gibt allerdings die Möglichkeit, mit der finanziellen Hilfe des Meister-Bafögs (Bundesausbildungsförderungsgesetz) die Meisterprüfung nachzuholen.
In Zukunft sollen innerhalb der EU alle Berufsabschlüsse vergleichbar sein. Die EU hat einen Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) entwickelt.

5. Thema „Berufswahl und Zukunftsträume": Hierzu zwei Artikel und zwei Porträts:

AUFGABEN

1. Zu wenig Jugendliche interessieren sich für einen Handwerksberuf, zum Beispiel als Schuhmacher. Viele Ausbildungsplätze bleiben leer. Was könnten die Gründe dafür sein?
2. Sinkende Einkommen sind immer der Grund für die Landflucht. Wie sieht das in Ihrem Land aus?

Landwirte werden Energiewirte

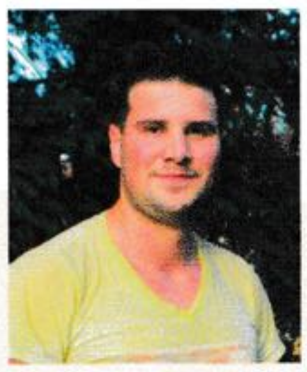
Bonn (AP) –Einige Bauern haben neue Erwerbsquellen entdeckt und wurden zu Managern der Energiewirtschaft. Sie betreiben Biogasanlagen und speisen Solarstrom ein, sind Bauer und Energiewirt zugleich. Aber es gibt kritische Stimmen: Die bäuerliche Landwirtschaft sei bedroht. Mais-Monokulturen sind entstanden und die Artenvielfalt geht zurück. Nach den Boomjahren wurden deshalb die Zuschüsse für Neubauten gestoppt. Die Energieerzeugung mit Biogas wird wohl auslaufen.
Andere betreiben Crowdfunding und finanzieren damit vor allem regionale und Bio-Produkte, die sie über Hofläden verkaufen. Aber vielfach fehlt der Nachwuchs. Dazu kommen sinkende Preise für Agrarprodukte, sodass Bauern aufgeben und die nächste Generation lieber ein Studium in der Stadt beginnt. Notwendig wären mehr ökologische Landwirtschaft und Verbraucher, die bereit sind, für gute Produkte einen höheren Preis zu zahlen.

(nach: Globus vom 26.07.1999; aktualisiert 2015)

Mädels mit Rekord! Rekordbeteiligung am deutschen Girls' Day

Girls' Day
Mädchen-Zukunftstag

Frauenberufe sind Tätigkeiten, in denen mehr als 80 Prozent der Beschäftigten weiblich sind. Besondere Krux: Genau diese Berufe sind schlecht bezahlt.
Deshalb wurde 2001 die Aktion Girl's Day gestartet. Der Girls's Day, das größte Berufsorientierungsprojekt für Schülerinnen ab der 5. Klasse, soll einen Eindruck von technisch-naturwissenschaftlichen Berufen und Studiengängen vermitteln. Betriebe mit technischen Abteilungen, Hochschulen und Forschungszentren in ganz Deutschland öffnen jährlich ihre Tore und bieten Schnupperpraktika an. Die Schülerinnen nehmen die Angebote begeistert an und begegnen weiblichen Vorbildern in Führungspositionen.



Martin Gauger (28)

Bio-Landwirt in Sachsen

Das Leben als Bauer – hat das Zukunft? Für mich ja. Und ich sehe das naturnahe Arbeiten auch als Aufgabe. Hier im Osten sind die großen Betriebe nach der Wende bestehen geblieben, die nur von wenigen Unternehmen bewirtschaftet werden. Das kann nicht ökologisch nachhaltig sein. Durch diese Monokulturen verschwindet die Artenvielfalt. Da muss man gegensteuern. Ich bin Jungbauer und betreibe ökologischen Landbau auf 120 Hektar. Auch möchte ich andere Bauern überzeugen, in den ökologischen Landbau umzusteigen. Ich bin zufrieden mit dem, was ich tue.

Meiner Frau ist das Leben auf dem Land viel schwerer gefallen. Es ist anstrengend und die Freizeit ist knapp. Aber abgeschnitten von der Welt sind wir deswegen noch lange nicht. Die Medien heute machen's möglich.

(nach: SZ vom 13./14. 09.2014)

Marion Mayer (17)

Man darf nicht gleich aufgeben.

Ich wechsle auf das Gymnasium, meine Noten waren gut genug. Mir hat es in der Schule immer gefallen. So recht habe ich noch keine Idee, was ich anderes machen sollte. Was ich mir für die Zukunft wünsche: ein abgeschlossenes Studium und einen gut bezahlten Job, damit man nicht jeden Cent umdrehen muss. Der Job sollte mit Fremdsprachen zu tun haben. Irgendwann hätte ich gern eine Familie, auch Kinder, aber noch nicht so schnell. Und die Möglichkeit viel zu reisen.

Über mich mache ich mir momentan noch keine Sorgen. Ich gehe erst mal drei Jahre weiter zur Schule und werde von meinen Eltern unterstützt. Was wichtig ist: Man darf nicht gleich aufgeben, wenn was schief läuft.

(nach: SZ vom 31.7./1.08.2004)

AUFGABEN

1. Welche Ausbildung haben Mädchen in Ihrem Land?
3. Beschreiben Sie den Beruf des Bauern in Ihrem Land.

Weiterbildung

1. Der dritte Bildungssektor ist der Bereich der Erwachsenenbildung und der beruflichen Weiterbildung, der in einer sich ständig verändernden Welt immer wichtiger wird. „Lebenslanges Lernen" ist das Stichwort, ohne das heute ein Beruf kaum noch auskommt. Die technische Ausstattung der Arbeitsplätze fordert Einarbeitung und neues Lernen. Die Anforderungen wachsen, und die Zahl der „einfachen Tätigkeiten" nimmt ständig ab.

2. Die Volkshochschulen – das sind öffentlich unterstützte Institutionen – bieten Kurse auf breiter Palette an, von Sprach- und Mathematik- bis zu Hobby-Kursen. Zur Weiterbildung tragen auch die Gewerkschaften, die Stiftungen der Parteien und viele private Institute bei. Auch existieren berufs- und weiterbildungsbegleitende Studiengänge an den Hochschulen. Die Unternehmen stecken inzwischen ebenso viel Geld in die Fortbildung ihrer Mitarbeiter wie in die berufliche Erstausbildung. Dennoch liegt Deutschland im Vergleich zu anderen Industrieländern in der betrieblichen Weiterbildung zurück. Das liegt daran, dass sich die Mitarbeiter in den vielen kleineren Betrieben oft auf eigene Faust fortbilden müssen, unterstützt von öffentlichen Förderprogrammen.

3. Vor allem die Bundesanstalt für Arbeit, also die Solidargemeinschaft der Beitragszahler, fördert die Weiterbildung: Arbeitslose mit beruflichen Weiterbildungsprogrammen, Geringqualifizierte, ältere Arbeitnehmer, um Entlassungen zu vermeiden, oder Arbeitnehmer in Kurzarbeit. Die neu eingerichtete Bildungsprämie richtet sich an Geringverdiener und unterstützt Weiterbildung generell: www.bildungspraemie.info. Einen gesetzlichen Anspruch auf Weiterbildung gibt es nicht.

AUFGABE

Was sind das für Anzeigen?
Kommentieren Sie.

Erfolg mit Sprachen

... garantieren unsere
intensiven Programme für
alle Niveaustufen:
Tageskurse
Intensivkurse
Einzelunterricht
Spezialprogramme
Schüler-Ferienkurse
Intensive Fachseminare
Abend- und Samstagskurse

Sprachschule Dresden

Dresden 4 96 30

Private Einzelnachhilfe zu Hause

alle Fächer, keine Vertragsbindung
Studentenring, 0921 – 77

„Startklar für den Wiedereinstieg?"

Informationsveranstaltung für Frauen,
die eine Rückkehr in den Beruf planen
Donnerstag, 29. November,
von 9 bis 12 Uhr
im Berufsinformationszentrum (BiZ)
der Agentur für Arbeit München, Raum 230.
Das komplette Veranstaltungsprogramm
unter www.arbeitsagentur.de/muenchen

Unser junges,
fröhliches Team
sucht zur Verstärkung
AZUBI zur
zahnmed. Assistentin

Dr. T. L.-N.
München
Tel. 089/66 67
www. ...

Rüstiger Rentner
m. Führerschein 3, sucht Beschäftigung auf 450 €-Basis. Zuschr. a. d. Verl. unter xx

Gelernte Hotelfachfrau *su. 450 €-Job am Empfang o. im Büro (Erfahrung im Büro vorh.) Zuschr. a. d. Verl. unter xxx*

Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern IHK

Qualifizierte Weiterbildung durch
berufsbegleitende Lehrgänge mit IHK-Prüfung und
berufsbegleitende Lehrgänge mit IHK-Zertifikat

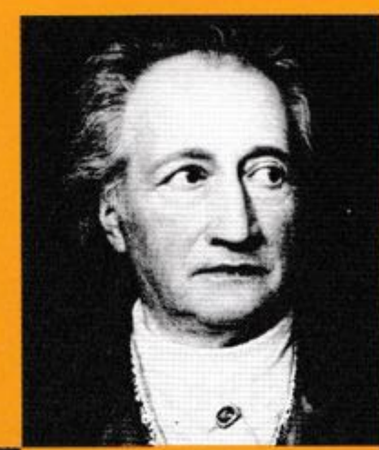
Wirtschaftsfachwirt
Handelsfachwirt
Personalfachkaufmann
Controller
Bilanzbuchhalter International
Tourismusfachwirt
Industriefachwirt

Weitere Lehrgänge / Seminare auf Anfrage

IHK-Zentrum für Weiterbildung und Technik
81669 München

5. Kulturelles

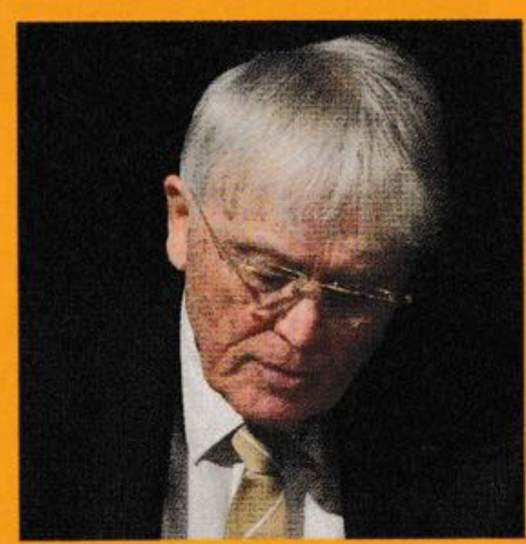
Buchmesse
Frankfurt am Main



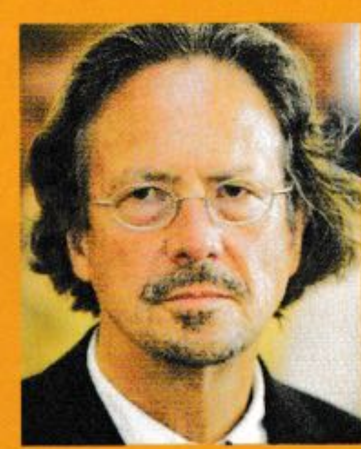
Johann Wolfgang
von Goethe

Friedrich
Schiller

Martin
Luther



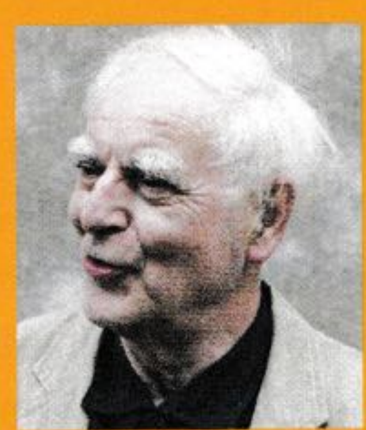
Reiner Kunze



Peter Handke

Bert Brecht

Ingeborg Bachmann



Adolf
Muschg

Christa Wolf

Ingo Schulze

Günter Grass

Herta Müller

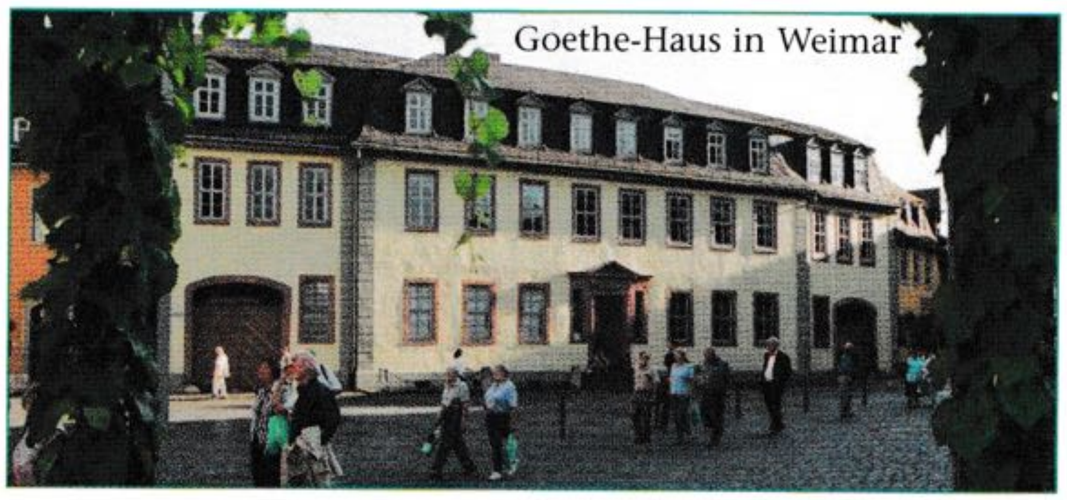
Elfriede Jelinek

Biennale Venedig
(Blick in den deutschen Pavillon)

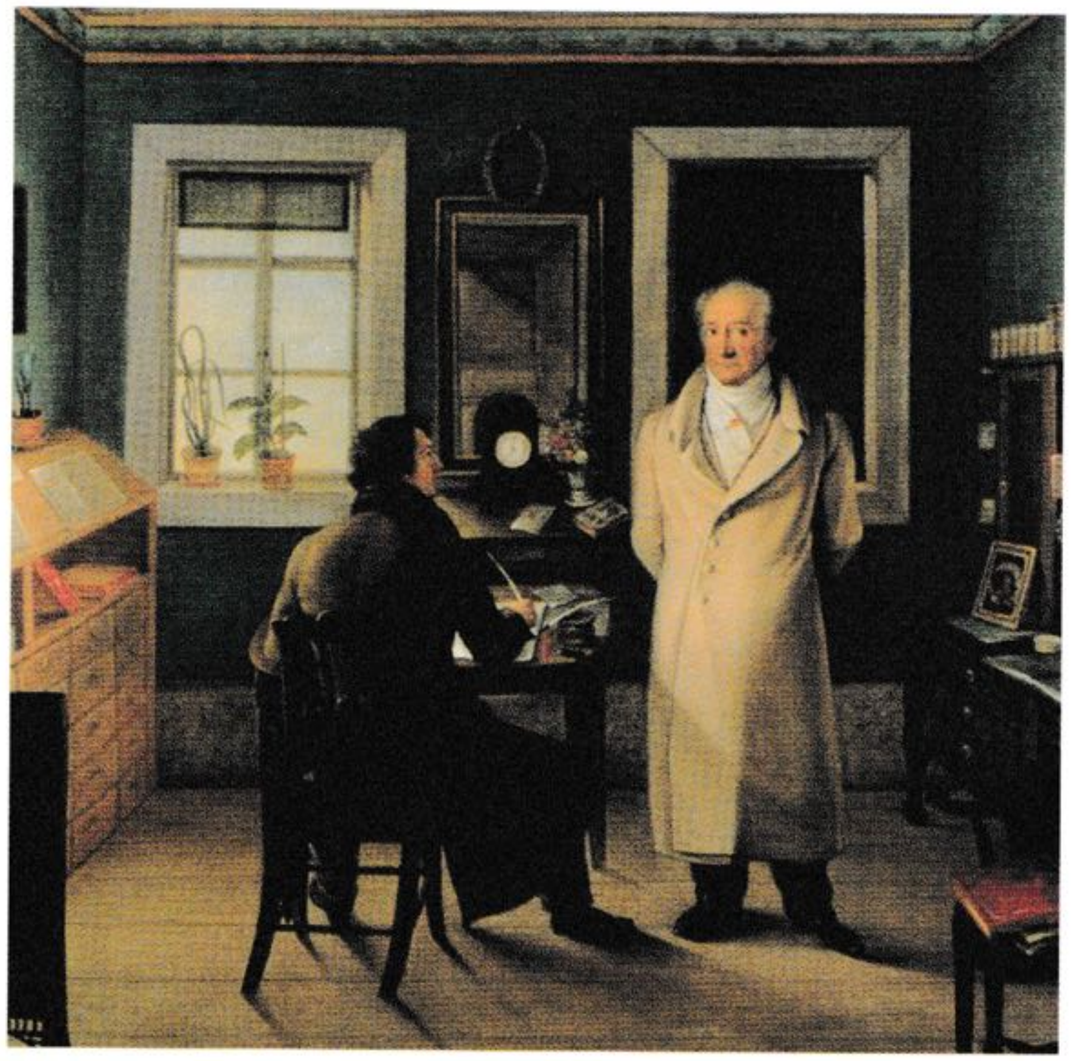
Orte und ihre Dichter

Weimar und die Klassiker

1. Die Klassik Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts gilt als einer der Höhepunkte der deutschen Literatur. Es war die Zeit nach der Französischen Revolution. Trotzdem ist sie weniger vom Politischen als von der Philosophie, weniger von nationalen Ideen als vom Weltbürgertum beeinflusst. Die Ideale des Guten, Wahren und Schönen, der Menschlichkeit und Harmonie sind ihr Gehalt. Immanuel Kant, der das Gesetz des sittlichen Handelns formulierte, war ihr einflussreichster Philosoph. Bildungsideal der Zeit war die Ganzheit der Persönlichkeit.


Goethe-Haus in Weimar

2. Das geografische Zentrum war Weimar, ein „Mittelding zwischen Dorf und Stadt" (Herder), mit kaum mehr als 6000 Einwohnern. Durch Goethe, Schiller und Herder, der Humanität als Ziel aller Entwicklung sah, wurde diese kleine thüringische Stadt zum geistigen Mittelpunkt Deutschlands. Zwischen Weimar und der Universitätsstadt Jena mit ihren Gelehrten und den Vertretern des Verlagswesens bestanden enge Kontakte.
Heute setzt sich Weimar mit seiner vielfältigen Vergangenheit, mit seinem Kulturerbe und der aktuellen Pflege und Neugestaltung auseinander. Die Stadt liegt in einem neuen Bundesland und war deshalb über Jahrzehnte für die Bürger Westdeutschlands nicht erreichbar (siehe Seite 164).
1996 wurden die Bauhaus-Bauten von Weimar und Dessau in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen. In


Goethe diktiert in seinem Arbeitszimmer.

der Begründung heißt es: „Das Bauhaus mit seinen Stätten ... steht für die sogenannte Bauhaus-Architektur, die zwischen 1919 und 1933 revolutionäre Ideen der Baugestaltung und Stadtplanung durchsetzte."
1999 wurde Weimar mit dem Titel „Kulturstadt Europas" geehrt. 1998 wurde das „klassische Weimar" in die UNESCO-Liste aufgenommen, eine Referenz an die Kulturepoche, die von Weimar ausging.

AUFGABEN

1. In Weimar steht das berühmte Schiller-Goethe-Denkmal. – Wem baut man eigentlich Denkmäler?
2. Wann werden Denkmäler gestürzt?
3. Wem würden Sie ein Denkmal setzen? Oder halten Sie nichts von Denkmälern?

3. Auch nach 200 Jahren sind Goethe und die klassische Dichtung ein lebendiger Bestandteil des kulturellen Lebens. Sein Roman „Die Wahlverwandtschaften" ist erstaunlich modern, seine Lyrik gegenwärtig. Verehrer aus aller Welt besuchen sein Geburtshaus in Frankfurt am Main, das im 18. Jahrhundert zu den schönsten der Stadt zählte, und das Haus am Frauenplan in Weimar, wo er in seinen späteren Jahren vielfältig tätig war.

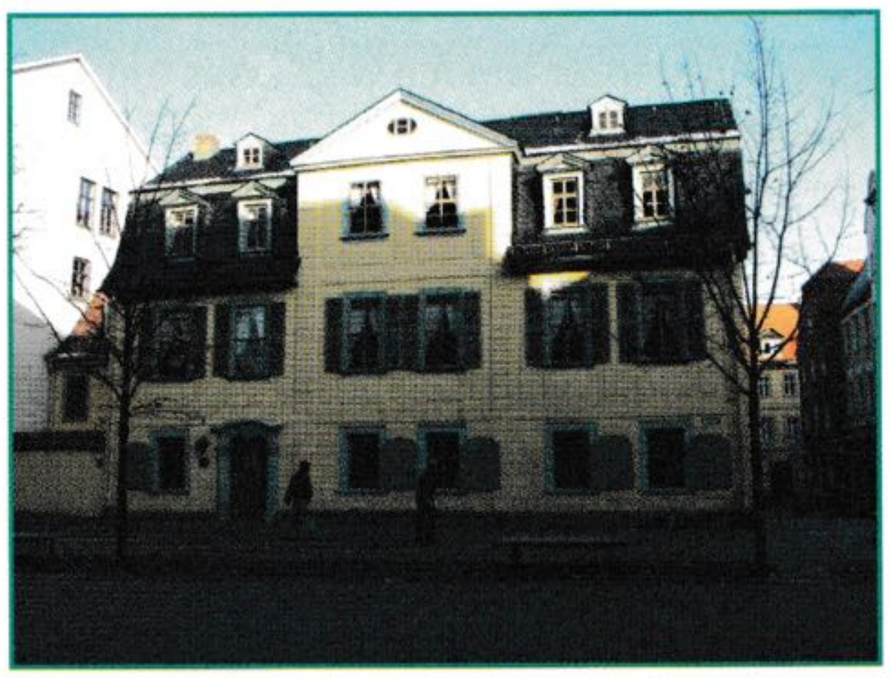
4. Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832) wurde in Frankfurt am Main als Sohn einer wohlhabenden Bürgerfamilie geboren. Seine Mutter, die „Frau Rat", war liberal erzogen worden und gab dem Haus die entsprechende Atmosphäre. Aus ihrem Briefwechsel mit vielen Menschen aus dem Umkreis ihres Sohnes spricht Gelassenheit, Klugheit und Witz. Nach Studien- und Wanderjahren und dem Zusammentreffen mit Dichtern des Sturm und Drang schrieb Goethe Gedichte und Dramenfragmente. Sein Briefroman „Die Leiden des jungen Werther" machte ihn schon mit 24 Jahren berühmt. Er ging auf Einladung des Herzogs Karl August, der ihn in Frankfurt kennengelernt hatte, als Hofrat nach Weimar. Später wurde er Minister und musste sich mit Steuern, Straßen, Bergwerken und Erziehung befassen. In Zusammenarbeit mit Friedrich Schiller leitete er das Weimarer Hoftheater.
Während seiner Italienreise 1786 bis 1788 studierte er die Klarheit und Harmonie der antiken Kunst. Höhepunkte seiner klassisch genannten Dichtung sind die Dramen „Iphigenie auf Tauris" (Iphigenie bringt Erlösung durch reine Menschlichkeit), „Egmont", „Torquato Tasso".

→ Das Stichwort Sturm-und-Drang-Dichtung

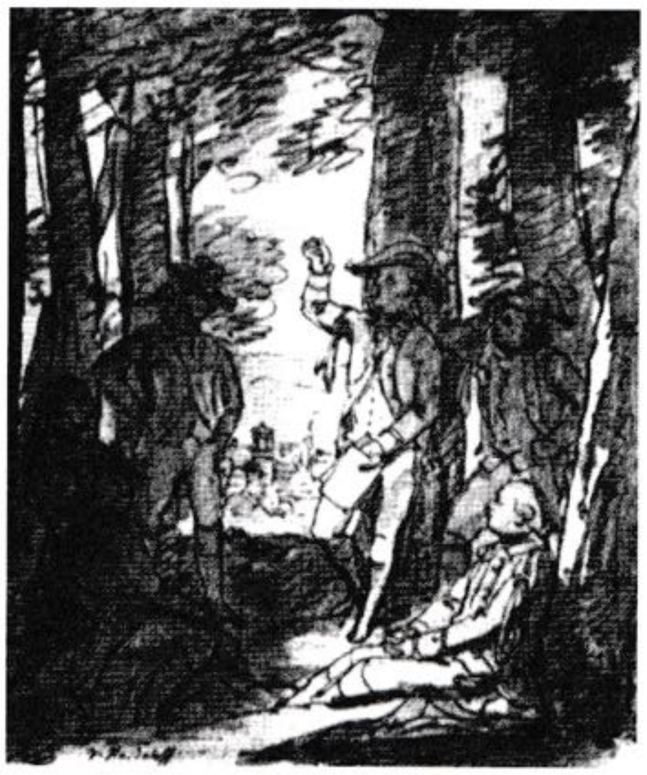
Sturm und Drang hieß die Literaturepoche vor der Klassik. Das Erlebnis der Natur und der moralisch geführte Kampf gegen Despotismus waren ihr Programm. Das Drama war die angemessene Form dieser Dichtung. Programm war auch der Kampf für persönliche Freiheit, auch für die Freiheit der Liebe gegen den Standesunterschied. In dem Briefroman „Die Leiden des jungen Werther" von Goethe ist die tragische Liebe Werthers zu einer verheirateten Frau niedergeschrieben, die mit dem Selbstmord des jungen Mannes endet. Werther trägt autobiografische Züge.

Die Tragödie „Faust" gilt als das eigentliche Hauptwerk Goethes, an dem er bis zu seinem Tod gearbeitet hat. Es ist das Drama eines nach Erkenntnis und Erfüllung strebenden Menschen, der dafür sogar den Pakt mit dem Teufel wagt.

5. Friedrich Schiller (1759–1805) wurde in Marbach am Neckar geboren. Das Sturm-und-Drang-Drama „Die Räuber" machte ihn bekannt. Die Forderung nach Freiheit begeisterte die Menschen in einer Welt der fürstlichen Willkür und der Kleinstaaterei (siehe S. 161). 1789 holte ihn Goethe als Professor für Geschichte nach Jena.
Seit 1794 bis zu Schillers frühem Tod waren beide trotz mancher Gegensätze einander freundschaftlich verbunden.
Schillers Dramen thematisieren die Spannung zwischen Ideal und Leben und das Bemühen um Freiheit und Menschenwürde. In „Don Carlos" tritt Marquis Posa für Freiheit und Menschlichkeit ein, ist jedoch in der Realität zum Scheitern verurteilt. Schillers tragische Weltsicht wird Gestalt in „Wallenstein", „Maria Stuart", „Wilhelm Tell" oder „Die Jungfrau von Orleans". Diese Dramen übten im 19. Jahrhundert einen nachhaltigen Einfluss aus, nicht nur auf das geistige Leben in Deutschland, auch auf die Literatur in den romani-



Schillers Wohnhaus in Weimar



Schiller liest „Die Räuber" vor.

schen und angelsächsischen Ländern. Am 5. Mai 2005 wurde Schillers 200. Todestag gefeiert. Die vielen Ausstellungen, Reden , Theateraufführungen und Feiern haben neugierig gemacht und so manch einer entdeckte den Menschen Schiller und bewunderte seine Sprachgewalt. Seine Dramen haben wenig von ihrer Brisanz verloren: In Weimar interpretierten Schüler auf den Straßen der Stadt ihren Schiller. Der Regisseur Peter Stein las den „Wallenstein" an vier Abenden. – Das Fernsehen rollte Schillers Biografie auf, seine Kämpfe gegen die Obrigkeit, das Verhältnis zu Goethe und sein früher Tod (siehe auch Seite 132).
Seine Ideale, wie sie in der „Ode an die Freude" 1785 überschwänglich zum Ausdruck kommen, berühren uns. Beschworen wird eine Gesellschaft von gleichberechtigten Menschen, die durch das Band der Freude und der Freundschaft verbunden sind. Beethoven verwendete Teile der Ode im Schlusschor der 9. Symphonie. Die Melodie ist seit 1972 offizielle Hymne des Europarats und seit 1985 der Europäischen Union.

AUFGABEN

1. Schiller lebt auch fort in vielen Zitaten: „Früh übt sich, wer ein Meister werden will." „Was tun, spricht Zeus?" „Der Starke ist am mächtigsten allein." „Mit der Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens." „Dem Glücklichen schlägt keine Stunde." „Drum prüfe, wer sich ewig bindet." Kennen Sie weitere Zitate?

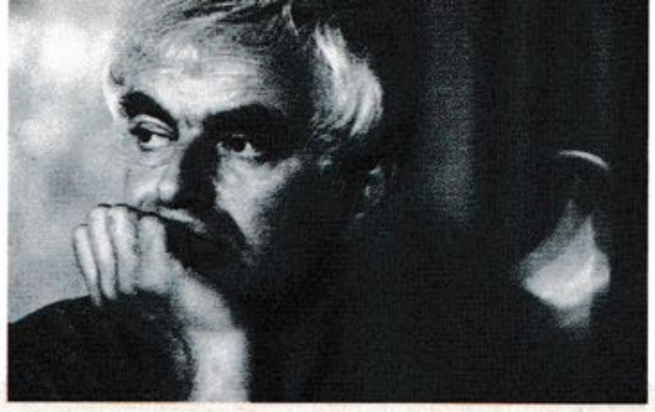
Zürich, die Schweiz und ihre Schriftsteller

1. Max Frisch (1911–1991) wurde in Zürich geboren und blieb der Schweiz sein Leben lang treu. Er wird oft in einem Atemzug mit seinem Landsmann Friedrich Dürrenmatt (1921–1990) genannt, obwohl beide dies nicht gerne hörten. Sie studierten in Zürich, begannen als Dramatiker und wurden dann auch als Prosaschriftsteller und Essayisten bekannt. Frisch gilt als der Intellektuelle, der Persönlichkeits- und Identitätsprobleme zu seinen Themen machte, während Dürrenmatt dem Kriminalroman literarischen Rang verschaffte. Neben allen Unterschieden ist beiden das Nachdenken über die Schweiz und die Schweizer gemeinsam.

„Was man damals wie heute einen rechten Schweizer nannte", heißt es bei Frisch, „– es gibt einfach Dinge, die ein rechter Schweizer nicht tut, sein Haar kann dabei blond oder schwarz sein, das sind nicht seine Merkmale, Spitzkopf, Rundkopf usw., der rechte Schweizer kann ganz verschieden aussehen. Er muss nicht Turner sein, Schützenkönig, Schwinger usw., doch etwas Gesundes gehört zu ihm, etwas Männerhaftes. Er kann auch ein dicker Wirt sein; das Gesunde in der Denkart. ... Maßgeblich ist der Sinn fürs Alltägliche. Der rechte Schweizer lässt sich nicht auf Utopien ein, weswegen er sich für realistisch hält. Die Schweizergeschichte, so wie sie gelehrt wird, hat ihm noch immer Recht gegeben. Daher hat er etwas Überzeugtes, ohne fanatisch zu werden. Er gefällt sich als Schweizer, wenn er mit andern rechten Schweizern zusammen ist, ... Ausländer mögen ihn als grobschlächtig empfinden, das stört einen rechten Schweizer überhaupt nicht, im Gegenteil; er ist kein Höfling, macht keine Verbeugungen usw. Daher mag er's nicht, wenn er schriftdeutsch antworten soll; das macht ihn unterwürfig und grämlich. Dabei hat der rechte Schweizer kein Minderwertigkeitsgefühl, er wüsste nicht wieso. Das Gesunde in*

* *recht = richtig, echt*

Adolf Muschg



der Denkart: eine gewisse Bedächtigkeit, alles schnelle Denken wirkt sofort unglaubwürdig. Er steht auf dem Boden der Tatsachen, hemdärmlig und ohne Leichtigkeit. Da der rechte Schweizer eben sagt, was er denkt, schimpft er viel und meistens im Einverständnis mit andern; daher fühlt er sich frei." (a.a.O., S. 298/299)

2. Auch der bedeutendste Schweizer Schriftsteller nach Frisch und Dürrenmatt, der 1934 geborene Adolf Muschg, lebt in Zürich. Seine Romane und Erzählungen faszinieren durch ihre subtile Psychologie. Muschg engagierte sich kurzzeitig in der Politik, kehrte aber in die nuancenreiche Diktion der Literatur zurück.

Im Folgenden zwei Auszüge aus einem Interview:

Frage: Was könnte die Schweiz für Europa sein?
... Das Schöne an der Schweiz ist, dass sie keine Nation, kein homogener Staat ist. Und deshalb könnte sie etwas für Europa zu bieten haben, unter der Voraussetzung, dass sie ein gepflegtes, ein kultiviertes Konfliktverständnis aus sich heraus entwickelt hätte. Das ist aber nicht der Fall. Die unterschiedlichen Landesteile reagieren nicht aufeinander, sie versuchen nicht, einander zu verstehen, sondern sie existieren eher Rücken an Rücken. Die Schweiz ist ein defektes supranationales Modell und das beginnen wir erst langsam zu begreifen. Es gibt eine gemeinsame politische Kaste, eine gemeinsame Währung und vor allem den gemeinsamen Wohlstand, aber keine gemeinsame Idee. ...

Frage: Sehen Sie beim Stichwort „Europa der Kulturen" die Gefahr einer Einheitskultur?
Ich sehe diese Gefahr auf der Ebene der Mentalitäten noch lange nicht. Noch gibt es ja z.B. die beiden Appenzeller Kantone mit ihrer skurrilen Eigenständigkeit, und das ist auch gut so. Diese Art von Eigensinn muss koexistieren können mit dem großen Horizont. Natürlich gibt es Probleme, die nur global gelöst werden können, darunter fallen alle ökonomischen Probleme, aber das gilt eben nicht ohne weiteres für den Bereich der Kultur. ... Die entscheidende Frage lautet: Wie viel kulturellen Föderalismus, wie viel Gegen-den-Strom-Schwimmen verträgt die Einheit des Wirtschaftsraumes? Das müssen wir ausprobieren gegen alle Widerstände und Bequemlichkeiten. Darin besteht für mich die Staatskunst.*

(aus: Konturen 1/1994, a.a.O., S. 16/17)
** Anm.: Die Schweiz ist dem EWR nicht beigetreten, siehe S. 91*

3. Hier eine andere Stimme zur Schweiz und eine interessante Sicht für die Zukunft:

Europa ist keine Nation, sondern eine Ansammlung stolzer, selbstständiger Staaten mit eigenständigen Historien. So wie die Schweiz mit ihren 26 Kantonen. Die Schweiz wird nur zur Nation, weil ihre Bürgerinnen und Bürger dies wollen. Eine Verpflichtung besteht nicht, es beruht auf Freiwilligkeit und auf der Überzeugung, dass dieses Arrangement die derzeit beste Lösung für alle ist. Gestärkt wird diese Willensgemeinschaft durch gemeinsame Symbole: Tell und der Rütlischwur, das Schweizer und das Rote Kreuz, Rivella-Limonade und Migros-Märkte, die Fußball-Nationalmannschaft und Roger Federer.
Europäer hingegen haben das Gefühl, als ob sie in eine Nation gepresst werden sollten wie in eine Zwangsjacke. Freiwillig ist nichts daran, und überzeugend ist es schon lange nicht mehr. Kleinigkeiten des Alltags werden standardisiert und homogenisiert. Nur dass der Bürger sie nicht als Kleinigkeiten empfindet, sondern als Angriff auf die eigene Identität. Der ideologisch-ideelle Überbau dagegen, das Gefühl einer gemeinsamen europäischen Identität, verschwindet im Gezänk der Nationalstaaten ...
Die Vielfalt zeichnet Europa aus und ebenso die Schweiz. Doch die Eidgenossen haben diese Vielfältigkeit in eine einigende Hülle gegossen, ohne die Unterschiede zu verwässern oder zu zerstören. Gelungen ist es ihnen, weil der Prozess der Einigung nicht von oben angeordnet wurde, sondern von den Wurzeln aus heranwuchs. Hier liegt der Schlüssel zu Europas Zukunft..

(aus: Wolfgang Koydl: Die Besserkönner. Was die Schweiz so besonders macht, S. 212, 213/14

Peter Handke

Graz – Düsseldorf – Paris – wer ist Peter Handke?

1. Ob man von einer „österreichischen" Literatur sprechen kann, darüber ist viel diskutiert worden. Es gibt auch viele Autoren, deren österreichische Herkunft leicht vergessen wird: Peter Hanke (geb. 2942) gehört dazu. In Kärnten geboren, ist er heute in einem kleinen Pariser Vorort zu Hause. 1966 machte ihn sein Bühnenstück „Publikumsbeschimpfung" über Nacht bekannt. Eine wirkliche Beschimpfung findet statt, die sich gegen das „alte", „kulinarische" Publikum richtet.

2. Handke gehört zu den meistgelesenen Autoren des deutschen Sprachraums. In einem Interview sagte er von sich, dass er derselbe geblieben sei, der er zu Beginn seines Schreibens war, dass er nach Wahrhaftigkeit strebe und dass er vielleicht etwas klarsichtiger, aber auch illusionsloser geworden sei. Immer stärker halte er Distanz.
In diesem Sinne ist auch „Die Stunde da wir nichts voneinander wußten" geschrieben (deutsche Erstaufführung März 1993 in Bochum). Hauptakteur ist ein Platz. Das Stück bringt Hunderte von Figuren in Hunderten von Kostümen auf diesen Platz. Das Ganze ist eine Bildergeschichte, die Widersprüche und ewiges Kommen und Gehen ernst und auch komisch in Szene setzt. 2011 wurde bei den Salzburger Festspielen „Immer noch Sturm" erfolgreich uraufgeführt: eine Familien- und Zeitgeschichte, die sich in die eigene Vergangenheit zu den slowenischen Kleinbauern in Kärnten und der dramatischen Geschichte der Partisanenkämpfe im Zweiten Weltkrieg begibt.

AUFGABEN

1. Suchen Sie Peter Handkes Werkverzeichnis im Internet. Was fällt Ihnen auf?
2. Elfriede Jelinek wird als österreichische Schriftstellerin wahrgenommen. Die Wienerin, die sich in die Reihe sprachkritischer Autoren von Nestroy bis Thomas Bernhard einreiht, erhielt 2004 den Literatur-Nobelpreis. In der Laudatio hieß es: „Sie haben mit Ihren Schriften einer ketzerischen femininen Tradition neue Geltung verschafft und die literarische Kunst ausgeweitet ..." Ihr Stück „Rechnitz (Der Würgeengel)" wurde Stück des Jahres 2009. Finden Sie in dem Fotoalbum von Elfriede Jelinek unter www.elfriedejelinek. com einen Text, der Sie besonders anspricht (siehe auch S. 123).

Das vereinte Deutschland und seine Autoren

1. Der Vereinigungsjubel war kaum verflogen, als schon der „Literaturstreit" im vereinten Deutschland begann. Vorher war alles klar: Die ausgebürgerten, aus der DDR geflohenen Schriftsteller lebten und publizierten in der Bundesrepublik. Die Daheimgebliebenen richteten sich ein oder versuchten, auf ihre eigene Weise mit der Realität fertig zu werden: angepasst, schizophren oder resigniert. Dafür wurden sie nach 1989 angegriffen, und zwar von früheren Kollegen (oder „Genossen"), aber auch von westdeutschen Literaturkritikern, die die Verhältnisse aus gegenwärtiger Sicht ins Visier nahmen. Die DDR hatte vielen ihrer Dichter großzügig Sonderrechte und Vergünstigungen gewährt, ihnen dafür aber Staatstreue, d.h. die Verpflichtung, das Volk zum Sozialismus zu erziehen, abverlangt. Nicht wenige haben sich durch Kritik und Zweifel die Gunst der Machthaber verscherzt. Der Liedermacher Wolf Biermann wurde ausgebürgert, als er 1976 auf einer Konzertreise im Westen auftrat. Die Lyrikerin Sarah Kirsch und die Schriftsteller Günter Kunert und Reiner Kunze folgten. Für andere

Christa Wolf

Künstler kam 1979 der Ausschluss aus dem Schriftstellerverband; betroffen war vor allem Stefan Heym. Er hatte seinen Roman „Collin", der von der Staatssicherheit handelt, im Westen veröffentlicht.

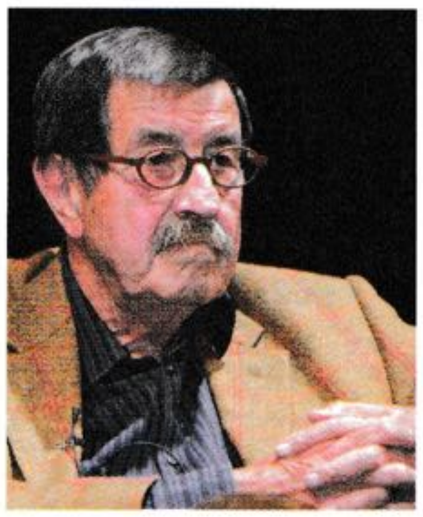
2. Ausdruck der Ratlosigkeit derer, die sich mit den Mächtigen arrangiert hatten, war zu dieser Zeit die Autobiografie des weltweit bekannten Dramatikers Heiner Müller; ihm war es um dramatisches „Material" gegangen, um Strukturen, nicht um Recht oder Unrecht, Moral oder Lüge. Er gilt als Zyniker („Zynismus ist doch der schräge Blick auf die geltenden Werte"); er war gleichzeitig Stalinist und Dissident.

3. Ziel der Angriffe vonseiten der Westdeutschen war vor allem Christa Wolf, die ehemalige DDR-Bürgerin (1929 – 2011). In ihrem Roman „Der geteilte Himmel" (1963) hat sie private Konflikte und Gewissensentscheidungen vor dem Hintergrund ideologischer Auseinandersetzungen nachgezeichnet: die Trennung zweier Liebenden durch die Spaltung des Landes.
Ihr nächstes Werk – „Nachdenken über Christa T." – durfte bereits nur in kleiner Auflage erscheinen. Die Erzählung „Was bleibt" wurde der Auslöser für den Literaturstreit. Das kleine Werk war 1979 geschrieben worden und wurde 1990 veröffentlicht. Zu spät, sagten ihre Kritiker. Es erzählt autobiografisch von der Dichterin als Opfer der Stasi (das gefürchtete Ministerium für Staatssicherheit der DDR). Mit der Veröffentlichung der Stasi-Akten war Christa Wolf aber selbst in den Verdacht geraten, inoffizielle Informantin der Stasi (= IM) gewesen zu sein. Richtig ist, dass Christa Wolf für eine sehr kurze Zeit als Informantin gedient hatte, bevor sie selbst über viele Jahre von der Stasi überwacht wurde. Ihre Widersprüche und Zerrissenheit hat Symbolwert für die Rolle eines Schriftstellers in einem totalitären Staat. Ihre Gegner wandten ein, dass sie konfliktscheuer war als andere, Kompromisse schloss und dass sie es allen recht machen wollte.
Christa Wolf war eine gesamtdeutsche Schriftstellerin, eine moralische Instanz für die Leser im Osten und eine authentische Figur der Zeitgeschichte für die im Westen.

→ Das Stichwort

Stasi und die Stasi-Akten

(= Abkürzung für Staatssicherheit) Der Staatssicherheitsdienst war die politische Geheimpolizei der DDR. Er war der Partei untergeordnet und nur ihr verantwortlich. Stasi-Agenten bespitzelten alle DDR-Bürger, die sich nicht systemkonform verhielten. Die Stasi hatte wahrscheinlich 200 000 hauptberufliche und mindestens 1,6 bis 2 Millionen informelle Mitarbeiter (IM). Über jeden verdächtigen Bürger wurde eine „Stasi-Akte" angelegt, die Betroffene seit der Einheit einsehen können (siehe S. 164). Eine wütende Menge hatte am 15. Januar 1990 die verhasste Stasi-Zentrale in Berlin gestürmt und die Akten an sich genommen.



4. Ein streitbarer Mahner, der sich immer wieder in die Tagespolitik einmischte und die Nähe zur Macht suchte, war Günter Grass (geboren 1927 in Danzig, gestorben 2015). Er ist der engagierte Schriftsteller, der 1965 und 1969 Willy Brandts Wahlkampf (Brandt wird 1969 Bundeskanzler) und die SPD unterstützte. In seinen 1991 veröffentlichten „Reden, Aufsätze und Gespräche" äußerte er sich dann skeptisch und zweifelte am Gelingen der Einheit.
Grass wurde mit seinem Roman „Die Blechtrommel" 1959 schlagartig bekannt. Es ist die groteske Entwicklungsgeschichte seines Helden Oskar Matzerath, der die

Protesthaltung unseres Jahrhunderts verkörpert (siehe auch die Verfilmung, Seite 130). Der Roman erreichte bis heute eine Auflage von 3 Millionen in über zwei Dutzend Sprachen. Grass erhielt 1999 den Literatur-Nobelpreis. Er gilt als deutsche Stimme der Weltliteratur.

4. Eine Biografie von heute:
Reiner Kunze wurde 1933 im Erzgebirge (später DDR) als Sohn eines Bergarbeiters geboren. Er studierte Philosophie und Journalistik an der Universität Leipzig. Von 1955 bis 1959 war er dort wissenschaftlicher Assistent mit Lehrauftrag, konnte jedoch seine Laufbahn aus politischen Gründen nicht fortsetzen. Er war gezwungen, in der Landwirtschaft und im Schwermaschinenbau zu arbeiten. Seit 1962 war er als freier Schriftsteller tätig und geriet in eine schwere persönliche Krise, die er durch seine Heirat und Freunde in der Tschechoslowakei überwinden konnte. Er publizierte im Westen und erhielt zahlreiche Literaturpreise. Schließlich wurde er so stark unter Druck gesetzt, dass er 1977 in die Bundesrepublik übersiedelte. Heute lebt er in Passau in Bayern.
„Die wunderbaren Jahre" sind Prosastücke, die Erlebnisse aus dem DDR-Alltag erzählen. Sie berichten von Jugendjahren in einer normierten Gesellschaft, die kein Einzelgängertum duldete. DDR-Bürger stellten heimlich Kopien der „Jugendjahre" her oder schrieben sie ab und gaben sie weiter. Reiner Kunze und seine Frau Elisabeth haben ihr Haus heute in ein Museum umgebaut. Es soll künftigen Generationen helfen, die jüngere Geschichte zu verstehen, und zeigen, wie sich politischer Widerstand in der Kunst äußert.

AUFGABEN

Wehrerziehung war Pflichtfach in den Schulen der DDR. Was empfindet wohl der Mann, der im ersten Text mit dem Kind spricht? Hat die Schülerin in dem zweiten Text etwas falsch gemacht?

Reiner Kunze

Elfjähriger

„Ich bin in den Gruppenrat gewählt worden", sagt der Junge und spießt Schinkenwürfel auf die Gabel. Der Mann, der das Essen für ihn bestellt hat, schweigt.
„Ich bin verantwortlich für sozialistische Wehrerziehung", sagt der Junge.
„Wofür?"
„Für sozialistische Wehrerziehung." Er saugt Makkaroni von der Unterlippe.
„Und was mußt du da tun?"
„Ich bereite Manöver vor und so weiter."

Mitschüler

Sie fand, die Massen, also ihre Freunde, müßten unbedingt die farbige Ansichtskarte sehen, die sie aus Japan bekommen hatte: Tokioter Geschäftsstraße am Abend. Sie nahm die Karte mit in die Schule, und die Massen ließen beim Anblick des Exoten kleine Kaugummiblasen zwischen den Zähnen zerplatzen.
In der Pause erteilte ihr der Klassenlehrer einen Verweis. Einer ihrer Mitschüler hatte ihm hinterbracht, sie betreibe innerhalb des Schulgeländes Propaganda für das kapitalistische System.

(aus: Reiner Kunze, Die wunderbaren Jahre, a.a.O., S. 13 und 31)

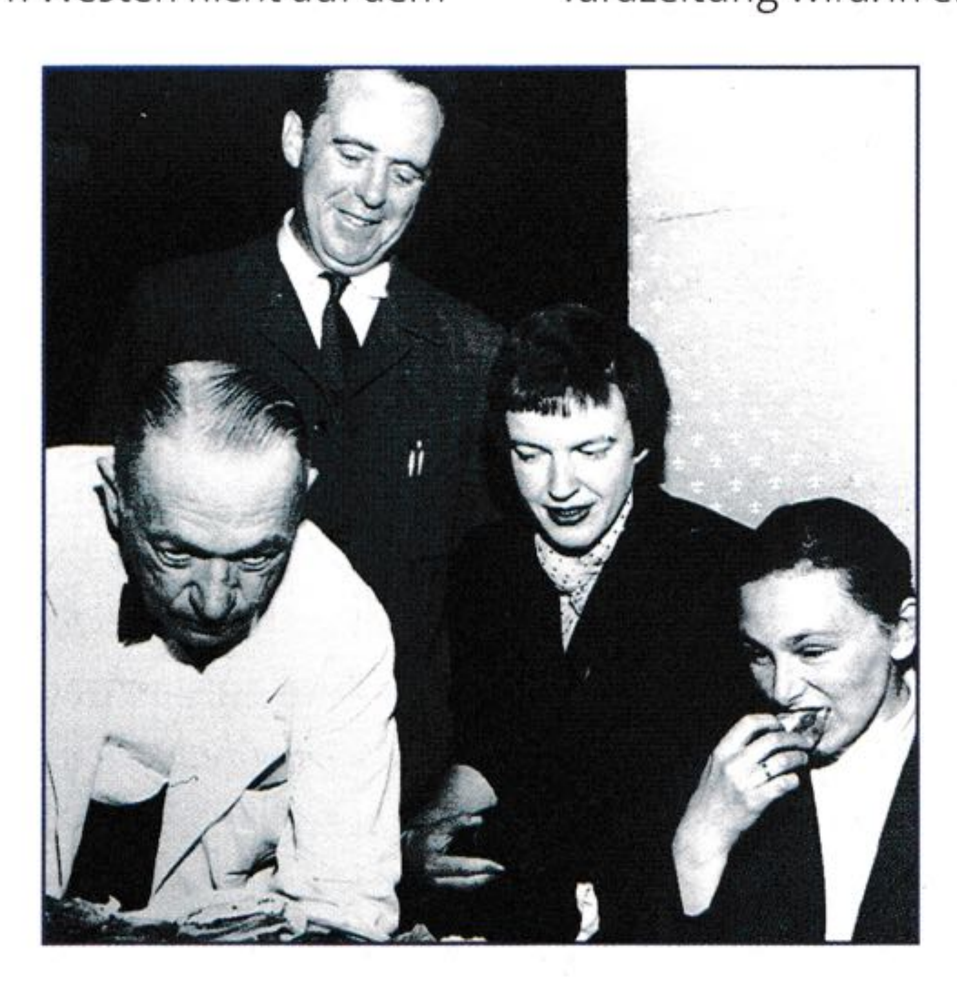
Rückblende: das geteilte Deutschland und die „Gruppe 47"

1. Die Literatur nach 1945 ist eng mit der „Gruppe 47" verknüpft. Einige junge Schriftsteller kamen 1947 erstmalig zusammen, um sich ihre Manuskripte vorzulesen. Daraus wurde die Gruppe 47, für die kommenden zwanzig Jahre der Treffpunkt der bedeutendsten Autoren der deutschsprachigen Literatur. Die lockere Vereinigung unter der Leitung von Hans Werner Richter (gestorben im März 1993) hatte kein literarisches Pro-

gramm. Sie entwickelte sich dennoch zu einer literarischen und politischen Instanz. Richter lud zwanglos zu den jährlichen Treffen ein und alles, was Rang und Namen hatte, kam. Die Teilnehmer lasen aus ihren Werken, kritisierten sich und vergaben den begehrten Literaturpreis – und nahmen sich genügend Zeit, auch ausgiebig zu feiern.
Das Ende war gekommen, als während des Treffens im Jahr 1967 in einem kleinen fränkischen Städtchen demonstrierende Studenten auftauchten und ihnen politisches Versagen vorwarfen. Kritik kam auch von den Schriftstellern Peter Weiss, der sich zum Sozialismus bekannte, Peter Handke und von Martin Walser, der politische Aktion mit literarischer Arbeit verbinden wollte. Mit dem Ende der Gruppe 47 führte die Entwicklung zeitweilig von der Literatur weg zum Dokument und zur Reportage.

2. Die zwei Jahrzehnte, in denen die Gruppe 47 unangefochten die westdeutsche Literatur repräsentierte, fielen zusammen mit der Zeit des „Kalten Krieges", der Konfrontation von Ost und West. Die Schriftsteller reflektierten die Teilung des Landes zunächst nicht. Die westliche Literatur wurde im Osten nicht hereingelassen, die östliche ideologische Literatur war im Westen nicht auf dem Markt. Man nahm sich einfach nicht zur Kenntnis. Die einzige Ausnahme war der unbequeme Bert Brecht, der ein Dauerthema in beiden Staaten war. (Erst später – siehe Seite 116 – veröffentlichten DDR-Schriftsteller auch im Westen und ernteten dafür heftige Kritik in ihrem Land.)
Einige aus der Gruppe 47 versuchten trotz der Gegensätze, eine deutsche Literatur in zwei deutschen Staaten zu bewahren. Man suchte nach einem dritten Weg. Gemeinsam war aber nur eines, nämlich das Gefühl, gleichermaßen in beiden Staaten unbeliebt zu sein: die Schriftsteller im Westen ohne konkreten Einfluss auf die gesellschaftlichen Zustände, die im Osten unter der Zensur.

3. Die jährlichen Herbsttreffen der Gruppe 47 fanden in wechselnder Zusammensetzung statt. Neben anderen nahmen teil: die österreichische Schriftstellerin Ingeborg Bachmann (1926–1973), Heinrich Böll (1917–1985), der wohl bekannteste deutsche Schriftsteller nach dem Krieg, Nobelpreis 1972, ein Moralist und Kritiker seiner Zeit, der 1953 mit „Und sagte kein einziges Wort" an die Öffentlichkeit trat. 1959 kam „Billard um halb zehn" heraus. Dieses Jahr sollte zu einem der wichtigsten der deutschen Literatur werden, denn es erschienen außerdem „Die Blechtrommel" von Günter Grass und „Mutmaßungen über Jakob" von Uwe Johnson, der die Mentalität der Menschen in der DDR zu seinem Thema machte.
Sehr viel später erzählte Böll in der viel beachteten Erzählung „Die verlorene Ehre der Katharina Blum oder: Wie Gewalt entstehen und wohin sie führen kann" (1974) die Geschichte einer jungen Frau, die durch Zufall Mittelpunkt der Sensationsmache und Polithetze einer Boulevardzeitung wird. In einem Akt unerwarteter Selbstverteidigung erschießt sie den korrupten Journalisten (siehe S. 130).
Hans Magnus Enzensberger (geb. 1929; Gedichte und Essays) verkörpert den Typus des intellektuellen Schriftstellers mit ästhetischem und politischem Anspruch.



Heinrich Böll, Ingeborg Bachmann (Mitte) und Ilse Aichinger während einer Tagung der „Gruppe 47"

Literatur heute

1995 gab der Dresdner Autor Ingo Schulze (geboren 1962) sein Debüt mit „33 Augenblicke des Glücks", drei Jahre später schrieb er dann „Simple Storys, Ein Roman aus der ostdeutschen Provinz", der aus scheinbar einfachen Geschichten besteht, die aber die großen Zusammenhänge festhalten. In dem unpathetischen Stil in der Tradition der amerikanischen Short Story erzählt Ingo Schulze von den Bewohnern der ostthüringischen Kleinstadt Altenburg, einer in der DDR runtergekommenen Stadt im Uran- und Kohleabbaugebiet. In Alltagsbegebenheiten schildert er das Zusammenstürzen einer ganzen Welt nach 1990 und wie sich der Umbruch in den Biografien der Menschen niederschlägt.

Es war einfach nicht die Zeit dafür. Fünf Tage mit dem Bus: Venedig, Florenz, Assisi. Für mich klang das alles wie Honolulu ... In den dunkelgrünen Koffer packten wir unsere Sachen, in die schwarzrot karierte Tasche Besteck, Geschirr und Proviant: Wurst- und Fischkonserven, Brot, Eier, Butter, Käse, Salz, Pfeffer, Zwieback, Äpfel, Apfelsinen und je eine Thermoskanne Tee und Kaffee ... Sie müssen mal versuchen, sich das vorzustellen. Plötzlich ist man in Italien und hat einen westdeutschen Paß. ... Man befindet sich auf der anderen Seite der Welt und wundert sich, daß man wie zu Hause trinkt und ißt und einen Fuß vor den anderen setzt, als wäre das alles selbstverständlich.

Es ist Februar 91, Ich arbeite bei einer Wochenzeitung. Überall wartet man auf den großen Aufschwung. Supermärkte und Tankstellen werden gebaut, Restaurants eröffnet und die ersten Häuser saniert. Sonst gibt es aber nur Entlassungen und Schlägereien zwischen Faschos und Punks, Skins und Redskins, Punks und Skins. An den Wochenenden rückt Verstärkung an, aus Gera oder Leipzig-Connewitz, und wer in der Überzahl ist, jagt den anderen. Es geht immer um Vergeltung. Die Stadtverordneten und der Kreistag fordern Polizei und Justiz zu energischen Schritten auf. Anfang Januar schrieb ich eine ganze Seite über das, was sich regelmäßig freitags auf dem Bahnhof abspielt. Von Patrick stammten die Fotos. Eine Woche später sorgte ein anderer Artikel von mir für Wirbel. Nach Zeugenaussagen berichtete ich, daß Unbekannte nachts in Altenburg-Nord eine Wohnungstür aufgebrochen und den fünfzehnjährigen Punk Mike P. fast erschlagen hatten. ...
Beyer, unser Chef, untersagte mir, die Beiträge zu unterzeichnen. Auch Patricks Name durfte nicht erscheinen ... „Gegen Vandalismus", sagte er, versichert niemand."

(aus: Ingo Schulze, Simple Storys, a.a.O., S. 15/16, 17 und 30)

Sein Roman „Adam und Evelyn" (2008) spielt in der Wendezeit 1989, als Ungarn die Grenze öffnete und jeden Einzelnen vor große Entscheidungen stellte: gehen oder bleiben. Wie bei Adam und Eva geht es um Verlockungen in einer Ausnahmesituation. 2009 entstand in Dresden aus dem Buch ein Theaterstück.

2. Im Jahr 2007 veröffentlichte Robert Ide, Journalist, das Buch „Geteilte Träume, Meine Eltern, die Wende und ich" und erzählt von den unterschiedlichen Erfahrungen, die die Jugendlichen und ihre Eltern nach der Wende machten.

Unverständnis. Der Aufstieg: In der Bewertung der Ostdeutschen untereinander ist dies zweifellos die wichtigste Kategorie. Hier wird bemessen, wer es im Kapitalismus zu etwas gebracht hat und wer nicht [...]
Was ihren Aufstieg angeht, ist Merkel vielen jüngeren Ostdeutschen ähnlicher als den meisten ihrer Altersgenossen. Auch die entwachsenen Kinder der DDR, die noch Pionierorganisation und FDJ durchlaufen sowie zur Jugendweihe einen Eid auf den Sozialismus geschworen haben, ließen

das Alte scheinbar mühelos hinter sich und kramen es nur dann hervor, wenn es ihnen nützlich erscheint. In der Öffentlichkeit oder an ihrem Arbeitsplatz orientieren sie sich an den Erfordernissen des Marktes. Im Freundeskreis dagegen geben sie sich sozial kompetent, geprägt von den Zeiten kollektiver Kameradschaft [...]
Angela Merkel ist als Physikerin der Macht beschrieben worden, sie ist die erste Frau im Kanzleramt, und , ach ja, eine Ostdeutsche. Sie hat nie verleugnet, woher sie kommt, aber sie hat es auch nie hervorgehoben oder sich zu brennenden Ost-Themen wie den Stasi-Akten geäußert. Anders wäre sie wohl nicht Kanzlerin geworden. Ihre Karriere im politischen System ist trotzdem typisch Ost: Schritt für Schritt, auf der Suche nach Lücken und Zwischentönen, ohne ein „Basta, hier bin ich" auf den Lippen. Westdeutschen moderiert sie zu viel, ... Dabei ist Abwarten auch immer ihre Stärke gewesen. Bei einer Rede zum Tag der Deutschen Einheit hat sie die Geschichte erzählt, wie sie in der Wendezeit von einem Freund ein Buch geschenkt bekommen hat. Dessen Widmung auf der ersten Seite habe sie sehr berührt: „Gehe ins Offene."

(aus: Robert Ide, Geteilte Träume, S. 211-212)

3. Der Roman „Der Turm" des Dresdners Uwe Tellkamp (geboren 1968) erhielt 2008 den Deutschen Buchpreis. Damit wurde ein DDR-Epos ausgezeichnet, das die letzten Jahre der zerfallenden Republik nachzeichnet.

„Kann Verena weiterstudieren?"
„Sie ist exmatrikuliert. Vorher: eine von den Besten, man hat sie hofiert – dann der Antrag (Anm: auf Ausreise in den Westen) und man hat sie fallenlassen wie eine heiße Kartoffel."
„This tender butterfly with dark brown eyes."
"Du warst in sie verliebt."
„Glaub' nicht."
„Sie war's nicht wert!" verlangte Reina in einem Ausbruch von plötzlichem Haß.
„Glaub' doch. – Wie geht's ihrer Schwester?"
„Sie und die Mutter haben noch Arbeit. Der Vater ist gleich nach dem Antrag entlassen worden. Bis auf mich haben sich alle Freunde abgewandt. Siegbert hatte ja schon Probleme, und einer von denen hat ihm gesagt, wenn er die Beziehung zum Fräulein Winkler nicht abbricht, könnten sie für nichts mehr garantieren."
...
Alle ihre Freunde haben sich abgewandt. Als wäre sie aussätzig!. Und ich? Was soll ich machen? Sie sagen mir offen, daß ich die Beziehung abbrechen soll."
„Dann tu's doch. Sie ist doch eh irgendwann draußen. Und was hat's dir dann genutzt, wenn Verena weg ist und du ohne Studienplatz dastehst."
„So denkst du wirklich? Du?"
„Ich weiß nicht, was ich denke. Ich weiß nicht, was wird."
„Du kannst nicht wirklich so denken. Siegbert, ja. Aber du nicht. Und du weißt das. Nur aus Widerspruchsgeist gibst du dich so zynisch. Aber du bist nicht so."
„Wieso nicht? Hat doch einiges für sich, was ich sage. Übrigens weiß ich selbst nicht, wie ich bin. Aber du willst es wissen."

(aus: Der Turm, Seite 789/790)

4. Die rumänischdeutsche Schriftstellerin Herta Müller (geb. 1953) erhielt 2009 den Nobelpreis für Literatur für ihr Gesamtwerk. Ihr Roman „Atemschaukel" schildert das Leben in der Diktatur und die Verfolgung Rumäniendeutscher unter Stalin.

AUFGABEN

In Deutschland ist eine Vorlese- und Erzählkultur entstanden. Geschichtenerzählerinnen bieten spannende Erzählabende mit alten und neuen Geschichten. Welchen Stellenwert haben Lesen und Erzählen in Ihrem Land?

Die Welt und die Bühnenwelt

Die Theaterlandschaft

Die Theatertradition reicht in das höfische 18. Jahrhundert zurück, als Deutschland aus vielen Kleinstaaten bestand. Stadt- und Residenztheater existierten in großer Zahl. Nach dem Ersten Weltkrieg übernahm die öffentliche Hand die Trägerschaft und schuf damit das heute noch geltende System deutscher Bühnen. Die Theater werden von den Ländern und Kommunen subventioniert, wobei ihre künstlerische Unabhängigkeit garantiert bleibt. Diese einzigartige Theaterlandschaft hat viele Freunde, auch über die Grenzen Deutschlands hinaus. Die deutsche Unesco-Kommission hat 2014 die deutsche Theaterlandschaft in das Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes aufgenommen.
Der Zweite Weltkrieg hat über 70 Theaterbauten zerstört. Über hundert wurden seitdem restauriert und neu gebaut. Gespielt wird heute an fast 300 Bühnen. Der Verkauf der Eintrittskarten deckt nur rund zehn Prozent der Theater- und Konzertkosten, der Rest kommt aus Steuermitteln. Die zahlreichen kleinen Privattheater arbeiten im Gegensatz zu den Staatstheatern auf eigenes Risiko und erhalten meist nur geringe Zuschüsse von ihrer Stadt.

Der Neubeginn

1. Nach der Stunde null, dem Ende des Zweiten Weltkriegs, regte sich trotz Zerstörung und Mangel zuerst das Theaterleben. Kleinere und größere Theater entstanden aus dem Nichts, man spielte in Turnhallen und Kellern. Ein wahrer Theaterrausch erfasste die Menschen nach den Jahren der Entbehrung. Die größten Erfolge in den Vierzigerjahren hatten Dramen, die das Vergangene zu bewältigen versuchten. Das Stück „Des Teufels General" von Carl Zuckmayer, das der Autor aus seinem Exil in den USA mitbrachte, wurde in Zürich uraufgeführt, ein Jahr später in Frankfurt. Es kam auf über 2000 Aufführungen in den Westzonen (zur Verfilmung siehe S. 129). „Draußen vor der Tür" von Wolfgang Borchert, das Drama von der Heimkehr des Soldaten, wurde 1947 in Hamburg uraufgeführt. Sein Thema und das Schicksal des Autors machten es zu einem nachhaltigen Ereignis. Der Kriegsheimkehrer Borchert starb einen Tag vor der Uraufführung.
In diesen Jahren wurden auch zahlreiche Dramen ausländischer Autoren vorgestellt, vor allem aus Frankreich und England: Jean Paul Sartre, Albert Camus, Jean Giraudoux, George Bernard Shaw usw. Unter den deutschsprachigen Dramatikern setzten sich Max Frisch und Friedrich Dürrenmatt durch (siehe S. 112f.). Das absurde Theater feierte mit Eugène Ionesco und Samuel Beckett Triumphe.

2. Bertolt Brecht (1898–1956) war 1949 aus dem amerikanischen Exil über Zürich nach Ost-Berlin zurückgekehrt. Kurz danach wurde sein Stück „Mutter Courage und ihre Kinder" aufgeführt; im gleichen Jahr gründete er das Berliner Ensemble in Ost-Berlin. Seine Haltung gegenüber den politisch Mächtigen war zwiespältig. Seine Stücke wurden zu einem festen Bestandteil des Bühnenrepertoires in Ost und West. Im Westen berief man sich auf Stücke, die gewissermaßen gegen Brechts politische Überzeugungen gespielt wurden, wie zum Beispiel „Galileo Galilei". Im Osten wurde der erzieherische politische Charakter seiner Stücke hervorgehoben und modellhaft im Berliner Ensemble (BE) aufgeführt. Der Dramatiker Heiner Müller belebte das wieder neu: 1995 inszenierte er das Gangsterstück „Der unaufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui", ein Lehrstück über den Nationalsozialismus, mit überraschendem Erfolg.

→ Das Stichwort Exilliteratur

Während der Hitler-Diktatur ist ein großer Teil der bedeutendsten Autoren verboten, verfolgt und vertrie-

ben worden. Nach dem Krieg kehrten sie teilweise zurück: aus den USA, aus Palästina, Mexiko und der UdSSR. Sie gingen meist in die sowjetisch besetzte Zone. Was sie miteinander verband, war die gemeinsame Erfahrung des Exils, die Berufung auf die humanistische Tradition und die Hoffnung, ein neues Deutschland bauen zu können. Der Stalinismus hat später viele bitter enttäuscht. Im Westen war die Emigration nicht in die Literatur einbezogen. Thomas Mann, der bekannte deutsche Schriftsteller, hatte im Exil die deutsche Literatur als Ganzes vertreten.
Während des Krieges hielt er von Kalifornien aus mehr als 50 Reden zum Thema Geist und Macht. Er ließ sich in der Schweiz nieder und kam erst 1949 anlässlich des 200. Geburtstags von Goethe wieder nach Frankfurt und Weimar. Sein Verhältnis zu den Daheimgebliebenen, den Vertretern der inneren Emigration, war gespannt. Man machte ihm zum Vorwurf, dass er Deutschland in schlimmen Zeiten verlassen hatte.
(nach: Deutsche Literatur seit 1945, a.a.O., S. 79-92)

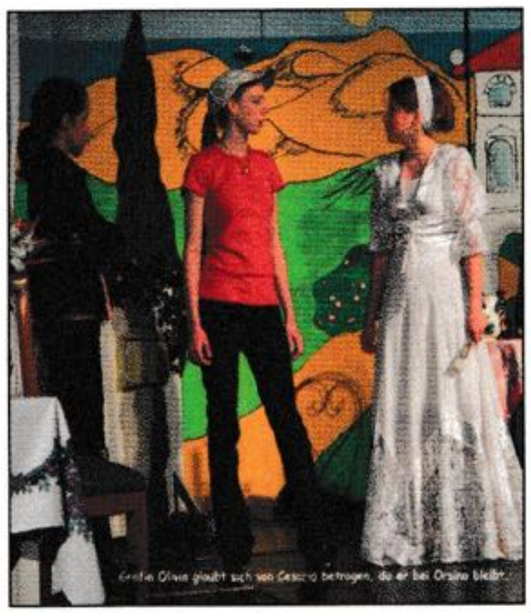
Theatererlebnisse in den Jahren der Teilung

1. Während die DDR-Literatur den Beschlüssen der Partei folgte und die Zensur die Schriftsteller aus dem Land jagte, ging der Westen völlig andere Wege.
Rolf Hochhuths Dokumentarstück „Der Stellvertreter" (1963) schockierte die Öffentlichkeit. Der Autor beschuldigte Papst Pius XII., zur Vernichtung der Juden unter Hitler aus Staatsräson geschwiegen zu haben. Heinar Kipphardts „In der Sache J. Robert Oppenheimer" (1964) handelt vom Atombomben-Programm der USA im Zweiten Weltkrieg. „Die Ermittlung" (1965) von Peter Weiss ist eine szenisch gestaltete Berichterstattung über den Frankfurter Auschwitz-Prozess in den Jahren 1963 bis 1965, die Suche danach, wie es möglich war, „seinen menschlichen Maßstab zu verlieren".
Um 1968, als das Theater mit den revoltierenden Studenten auf die Straße ging, geriet die Bühne ins Abseits. Die Kunst sollte sich politischen Zielsetzungen unterwerfen, was allerdings in Zweifeln an der gesellschaftsverändernden Wirkung von Kunst überhaupt enden musste.

2. Die Dramatik der Widersprüche und Brechungen kam erst wieder mit dem literarischen Außenseiter Peter Handke (siehe S. 115) auf die Bühne. Zu einem Gegenpol entwickelte sich auch der Österreicher Thomas Bernhard (1931–1989). Er war mit seinen Psychogrammen der Inhumanität und seiner permanenten Österreichkritik vielfach Anlass zu heftigen Kontroversen. In „Heldenplatz" (1988) polemisiert er gegen Staat, Kirche und gegen faschistische Tendenzen im heutigen Österreich.

3. Unter prominenten Regisseuren entstanden seit den Achtzigerjahren neue, ungewöhnliche Klassiker-Aufführungen; man sprach von „Regie-Theater". Peter Zadek (1926-2009), Claus Peymann, Rudolf Noelte und Peter Stein hatten die Klassiker entstaubt, psychologisiert und politisiert. Die Berliner Schaubühne – geleitet

Jugendstil-Theater in Cottbus



Das Schultheater Rosenheim spielt Shakespeares „Was ihr wollt".

bis 1984 von Peter Stein – war das glänzende Zentrum dieser Neuerer. Später wurden ihren Klassiker-Aufführungen Stagnation vorgeworfen, Ästhetisierung und die perfekte Entrückung von der Wirklichkeit.

Der 1944 geborene Botho Strauß hat neben dem Regisseur Peter Stein durch seine dramaturgische Mitarbeit an der Schaubühne Berlin (West) das deutsche Theater maßgeblich mitgeprägt.

Theater nach der Wende bis heute

1. Theaterregisseure wie der provokante Frank Castorf (geb. 1951 in Ost-Berlin) oder der unbequeme, politisch engagiert Claus Peymann (Stuttgart, Bochum, Wien, später Berliner Ensemble in der Nachfolge von Heiner Müller) oder der Theatermacher Peter Zadek (1926-2009) haben mit ihren epochalen Inszenierungen die Theaterlandschaft geprägt.

Dieter Dorn hat durch seine Texttreue zusammen mit seinem festen Ensemble den Münchner Kammerspielen internationale Anerkennung verschafft. Die Kammerspiele, die intime Bühne der berühmten Schauspieler und Regisseure, ist 2012 hundert Jahre alt geworden.

Um den führenden Rang in der Theaterkunst wetteifern heute nicht nur Berlin (Berliner Ensemble, Deutsches Theater), München (Münchner Kammerspiele), Hamburg (Thalia Theater) und Köln. Nicht zurückstehen möchten Theaterstädte wie Frankfurt am Main, Stuttgart, Bochum, Ulm, Wuppertal, Düsseldorf, Hannover und Bremen. Hinzugekommen sind Dresden, Leipzig, Chemnitz, Cottbus ...

Das Theater hat aber auch eine Kehrseite: Vor allem an großen Bühnen macht sich Krisenstimmung breit. Die Schulden wachsen und die Etats werden gekürzt.

2. In den neuen Bundesländern gab es nach einem schwierigen Start in den Neunzigerjahren bald bemerkenswerte Neuinszenierungen und kreativen Neubeginn, vor allem auch in der Theaterprovinz. – In Cottbus zum Beispiel, wo sich das Theater heute bewusst den Fragen der Zeit stellt. Trotz schwieriger Startbedingungen macht auch eine Stadt wie Magdeburg von sich reden. Tobias Wellemeyer erregte viel Aufmerksamkeit im theatermagdeburg. 2009 ging er an das kleine Hans Otto Theater in Potsdam. Seine Mission lautet: aus Theatern Orte schaffen, in denen die Menschen vergessen, wo sie sind. Die Identität aus der Zukunft schaffen, nicht aus der Vergangenheit.

Die Theaterlandschaft in Ostdeutschland leidet heute besonders darunter, dass Theater fusionieren müssen oder sogar schließen, obwohl sich die Bürger auch in kleineren Städten mit ihrem Theater identifizieren und eine Stadt ohne Theater an Bedeutung verliert.

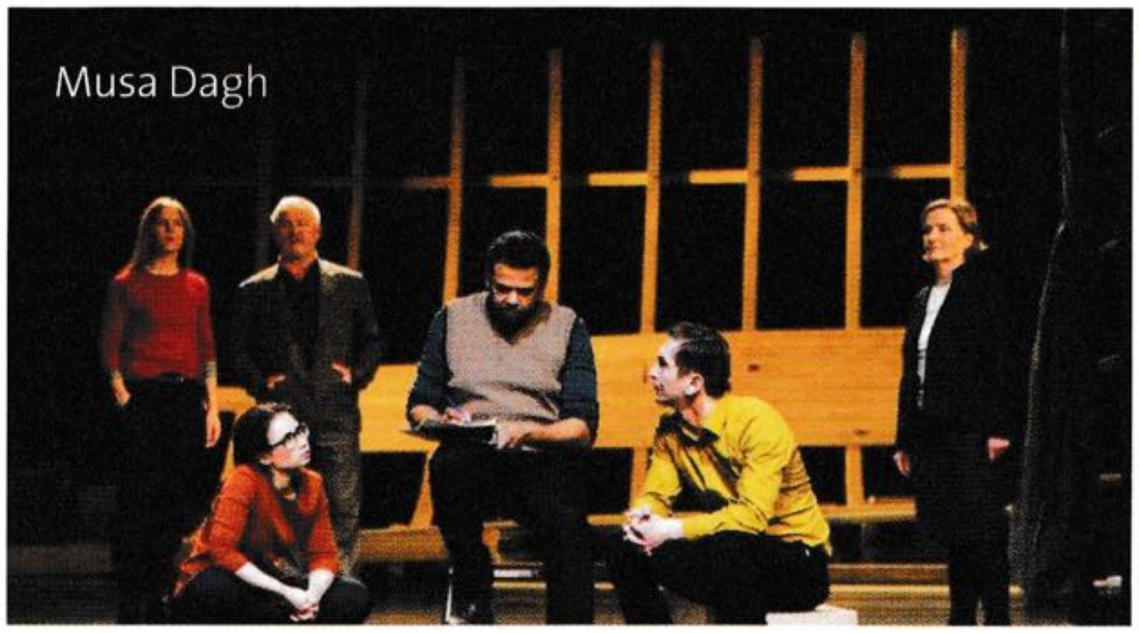
3. Das Thalia-Theater in Hamburg, eines der renommiertesten deutschen Bühnen, formuliert die Aufgaben für das Theater heute so: Das Theater soll die „Internationalisierung unserer Gesellschaft und unserer Städte mit Themen, Stücken und Personen abbilden". Es geht darum, „die Stadt, in der man lebt, wahrzunehmen und mitzugestalten". (Joachim Lux, Intendant)

Theatermacher diskutieren deshalb, wie sich Migration auch im Theater niederschlägt: Das Gorki-Theater in Ber-

GORKI

„Der Kirschgarten" im Gorki

lin unter der Leitung von Shermin Langhoff und Jens Hillje mit seinen Schauspielern verschiedenster Herkunft und seinen aktuellen Stücken ist eine Vorzeigebühne. Es wurde beim Theatertreffen in Berlin, wo jährlich die 10 bemerkenswertesten Aufführungen gefeiert werden, zum Theater des Jahres 2014 gewählt. In Tschechows „Kirschgarten" zum Beispiel geht es um ein Grundstück im heutigen Berlin, wo sich Einheimische und Migranten gegenüberstehen. Das Stück „Common Ground" von Yael Ronen & Ensemble wird kollektiv erarbeitet. Es basiert auf einer gemeinsamen Reise nach Bosnien. Diskutiert werden Schuld und Sühne; Klischees, Vorurteile und gegensätzliche Erzählungen prallen aufeinander.



Das Gorki-Theater macht auch vor brisanten Themen nicht halt, z.B. mit der Dokumentation „Musa Dagh", das Hintergründe des Völkermords an den Armeniern auf die Bühne bringt.
In „The Situation" treffen in einem Deutschkurs in Berlin Menschen aus Syrien, Palästina und Israel zusammen. Sie setzen sich mit den paradoxen Wiederbegegnungen ihrer „Nachbarn" und den Geistern der Vergangenheit auseinander. Das Stück spielt auf Englisch, Deutsch, Hebräisch und Arabisch mit deutschen und englischen Übertiteln.

4. Neben dem klassischen Theater bestimmt das experimentelle Theater , die freie Szene, Episierung und Performance die gegenwärtige Theaterlandschaft. Die Einbeziehung von Laien auf der Bühne gehört schon länger zum Theateralltag. Das Theaterkollektiv Rimini Protokoll im Berliner HAU (= Hebbel am Ufer, einem linken Avantgarde-Theater) hat mit einem neuen Reality Trend die Theaterszene geprägt. Das Theater bringt keine Laien, aber sogenannte Experten des Alltags auf die Bühne, z.B. ein Tanzprojekt mit Migrantenkindern, und ermöglicht so ungewöhnliche Sichtweisen auf unsere Wirklichkeit. Die Macher von Rimini Protokoll erweitern den Theaterbegriff, indem sie in einem anderen Stück den Theaterraum total vermeiden. Mit „Remote Berlin" werden die Besucher mit Kopfhörern und Audiogeräten durch die Stadt geführt. Es geht dabei nicht darum, wie die Stadt jetzt ist, sondern wie sie in Zukunft sein könnte. Dasselbe Projekt hat in ortsspezifischen Versionen

auch in mehreren anderen Städten – darunter Hannover, Lissabon und Avignon – stattgefunden.

Auf der Ruhrtriennale 2013 stellte Rimini Protokoll das interaktive Theaterstück „Situation Rooms" vor: mit 20 Räumen, in denen sich die Zuschauer aktiv mit ihren iPads durch virtuelle Räume bewegen. Thema ist der internationale Waffenhandel und -gebrauch. Nicht der Text, sondern ungewöhnliche Seh- und Hörerlebnisse sind der Schwerpunkt.

5. Viel diskutiert werden Fragen nach den Grenzen der Kunst: Was kann Kunst bewirken? Theater soll relevant und politisch korrekt sein. Das testet zum Beispiel Elfriede Jelinek mit dem Stück „Die Schutzbefohlenen" aus, das mit der Flüchtlingspolitik abrechnet.

Die Flüchtlingskrise beherrschte Ende 2015 die Theater: „Mannheim Arrival" trägt authentische Geschichten von Flüchtlingen vor, in Gegenwart der Geschilderten. Am Thalia-Theater Hamburg in dem Stück „Ankommen" erzählen Jugendliche aus Afrika, wie sie als Minderjährige Deutschland erreicht haben. Die Flüchtlingsprojekte führten dazu, dass die Theater auch praktisch anfingen zu helfen: mit Unterkünften, Spenden, Benefiz-Konzerten und Lesungen. Als gesellschaftliche Institution sehen sie sich als Teil der Öffentlichkeit, die aktiv eingreift.
Auch der politische Theaterregisseur Volker Lösch mischt sich ein. Am Dresdener Staatsschauspiel inszeniert er mit „Graf Öderland" nach Max Frisch eine Aufführung über Pegida. Charakteristisch für ihn ist der „Bürgerchor", den er in bekannte Stücke einbaut und die er damit aktualisiert. Im Chor treten normale Bürger auf. In Dresden sind es Dresdener Bürger, die Stimmungen vermitteln und durch ihre Parolen zeigen, was Angst macht. Der Regisseur will zum Nachdenken anregen. Sein Theater will sich dem Hass widersetzen und in einer Stadt, die sich in gegensätzliche Lager aufspaltet, die eigene Haltung zur Welt zeigen. Das wird schwer genug, denn das Konzept von Pegida lehnt alles ab, das nicht ins eigene Weltbild passt. Der Hass der Asylgegner und Rechtspopulisten blendet alle vernünftigen Argumente aus und greift zu physischer Gewalt. Politisches Theater erhält hier eine gewaltige Aufgabe.
Die Grenzen zwischen Theater und Wirklichkeit verwischen. Das Theater der Flüchtlinge gerät in Gefahr, Schicksale für eigene Zwecke zu instrumentieren und Zuschauer zu Voyeuren zu machen. Das Authentische darf das Theater nicht zerstören, das die Wirklichkeit reflektieren, umformen und erhöhen muss.

6. Aufregend politisches Theater lebt und spielt die Berliner Compagnie, gegründet 1981, mit ihren meist selbst entwickelten Stücken zu den Themen Frieden, Gerechtigkeit, Menschenrechte, die Klimakatastrophe usw. In „SO HEISS GEGESSEN WIE GEKOCHT" ist der Schauplatz die Küche eines kleinen Gasthofs, in dessen unmittelbarer Nachbarschaft ein Kohlekraftwerk gebaut werden soll.

7. Das Jugend- und Kindertheater ist eine der wichtigsten Entdeckungen unserer Zeit. Die Stücke stellen die Komplexität des kindlichen Alltags dar. Soziale Missstände, Intoleranz und Gewalt, Probleme in der Familie und in der Schule sind wichtige Themen, die ernst oder amüsant verpackt dargestellt werden. Vom Grips-Theater in Berlin wird beispielhaft gezeigt, dass abenteuerliche Stoffe nicht nur im Märchen, sondern vor allem auch in der Wirklichkeit zu finden sind. Die Zuschauer sollen sich in den Stücken wiedererkennen und die Stücke sollen helfen, die soziale Fantasie zu entwickeln und die Umwelt besser zu verstehen und zu verändern. Die Stücke sind weltweit übersetzt und nachinszeniert worden. „Grips haben" heißt übrigens „Köpfchen haben", „etwas schnell kapieren/verstehen". Eine der ältesten und profiliertesten Kinder- und Jugendtheater ist die Schauburg in München. Wie das Junge Theater Augsburg will es Kinder und Jugendliche dazu bringen, die immer komplexer werdende Welt zu verstehen.

Große Häuser wie das Deutsche Theater oder das Schauspielhaus Hamburg haben eine eigene Sparte für das junge Publikum eingerichtet. Das Theater für Kinder und Jugendliche ist im Aufwind, mit dem „richtigen" Theater kann es aber nicht konkurrieren.

Zentren der Musikgeschichte

1. Viele große Namen der Musikgeschichte sind besonders eng mit zwei Städten verbunden: mit Leipzig (Sachsen) und Wien (Hauptstadt von Österreich).

Leipzigs Tradition als Musikstadt gründet sich auf drei Einrichtungen: auf das Gewandhausorchester, den Thomanerchor, die älteste musikalische Einrichtung der Stadt, und auf die Hochschule für Musik und Theater. Sie war auf Initiative des Gewandhauskapellmeisters Mendelssohn Bartholdy gegründet worden.

2. In Leipzig war Johann Sebastian Bach (1685–1750) ab 1723 Kantor an der Thomaskirche und Musikdirektor an beiden Hauptkirchen. Er lehrte, leitete den Thomanerchor und war zu seiner Zeit auch ein berühmter Organist.
Bachs Musik ist eine Zusammenfassung verschiedener abendländischer Traditionen, des protestantisch geprägten Barock wie der Mehrstimmigkeit des Mittelalters („Kunst der Fuge"). Er war der große Lehrmeister für die Musiker nach ihm. Während der 27 Jahre an der Thomaskirche schuf er den größten Teil seiner Orgelkonzerte, Kantaten, Motette und Choräle sowie die Johannes- und die Matthäus-Passion. Im Gegensatz zu seinem Antipoden Friedrich Händel, dem Weltbürger, der in London seine Heimat fand, verlief der Lebensweg des Thomaskantors im bürgerlichen Pflichtenkreis. Ordnungswille und Disziplin in Leben und Kunst verbanden sich bei ihm mit barocker Lebensfreude. Von seinen 13 Kindern aus zwei Ehen wurden fünf als Komponisten bekannt.
Bach war wie Luther durchdrungen vom Geist seiner Zeit, von Schuld und Erlösung. Wie jener war er überzeugt vom satanischen Hintergrund alles Weltlichen. Eher fremd für uns ist auch die Todessehnsucht, die aus allen seinen Werken spricht.

Drei Jahre vor seinem Tode brachte eine Reise nach Potsdam Abwechslung in Bachs arbeitsreichen Alltag. Friedrich der Große empfing ihn und spielte dem Meister ein eigenes Thema vor, das dieser in einer Fuge ausführte. Bach fand höchste Bewunderung.

Die Mitte des 18. Jahrhunderts – Bach starb 1750 – war gleichzeitig eine Zeitenwende; der Traum von den unbegrenzten Möglichkeiten menschlicher Vernunft begann. Bach geriet in Vergessenheit und sein Vermächtnis wurde zunächst wenig beachtet. Erst 1827 setzte mit der Aufführung der Matthäus-Passion in Berlin unter Mendelssohn Bartholdy eine Bach-Bewegung ein. 1850, genau hundert Jahre nach seinem Tod, gründeten Robert Schumann und Franz Liszt die Bach-Gesellschaft.

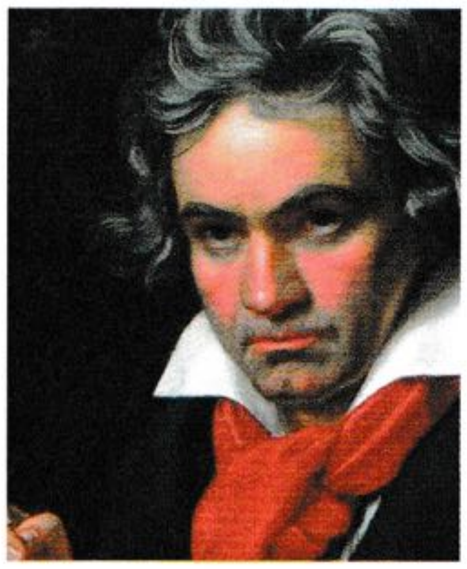
3. Auch im 19. Jahrhundert war Leipzig das musikalische Zentrum. Felix Mendelssohn Bartholdy wurde als Sohn eines wohlhabenden Bankiers 1809 in Hamburg geboren (1847 in Leipzig gestorben) und hatte das Glück, von jung an gefördert zu werden. Er genoss eine umfassende Ausbildung und wurde ein Mann von Welt. Schon früh entwickelte er seinen musikalischen Stil, der klassisches Maß mit romantischer Empfindung verband. Goethe erlebte ihn als zwölfjähriges Wunderkind und äußerte sich über sein Können mit Wohlwollen. Nach der Düsseldorfer Zeit als Musikdirektor, Diri-

Die Familie Mozart

gent und Kapellmeister wurde er 1835 Direktor der Leipziger Gewandhauskonzerte. Er gründete in Leipzig das Konservatorium, an dem auch Robert Schumann als Lehrer tätig war. Erst 2009, zu seinem 200. Geburtstag erschien das vollständige Verzeichnis seiner 750, zum Teil lange unbekannten Kompositionen, das seine enorme Kreativität offenlegt und viele Vorurteile widerlegt.

4. Robert Schumann (1810–1856), Sohn eines Buchhändlers und Verlegers in Zwickau, war Romantiker durch und durch: eine unruhige, zwiespältige Natur, die sich zwischen rauschhaftem Schaffensdrang und abgrundtiefer Depression bewegte. Sein großes Vorbild war Franz Schubert. Er heiratete Clara Wieck, die Tochter seines Klavier- und Kompositionslehrers. Sie erlangte als Pianistin Weltruhm und war auch selbst eine begabte Komponistin. Eine herzliche Freundschaft verband beide mit Felix Mendelssohn Bartholdy. Robert Schumann unterstützte den jungen Brahms, dessen Genie er früh erkannte. Nach langen Leidensjahren starb er in geistiger Umnachtung.

5. Wien war gegen Ende des 18. Jahrhunderts Sammelpunkt der großen Komponisten der Epoche („Wiener Klassik"). Hier lebten Joseph Haydn, Wolfgang Amadeus Mozart und Ludwig van Beethoven und schrieben ihre großen Sinfonien.
Mozarts Vater stammte aus Augsburg, Wolfgang Amadeus Mozart wurde 1756 in Salzburg geboren. Bereits mit fünf Jahren begann er zu komponieren, als Sechsjähriger machte er Konzertreisen nach München und an den kaiserlichen Hof in Wien, ein Jahr später nach Paris und London, und mit zwölf war er Konzertmeister des Salzburger Erzbischofs. Ab 1781 lebte er in Wien, wo sich nach den Jahren der musikalischen Triumphe seine Lebenskurve zu neigen begann. Eine unvorstellbare Kreativität ging einher mit banalen Geldsorgen. Mozart war abhängig von den Aufträgen des Hofes und des Adels, war Intrigen ausgesetzt, stieß auf Jubel und Ablehnung und konnte trotz verzweifelter Bemühungen auf keine gesicherte Existenz hoffen. Er starb mit 36 Jahren in Wien in großer Armut.
Ludwig van Beethoven (1770 Bonn–1827 Wien) verfasste 1802 in Wien sein „Heiligenstädter Testament". Verzweiflung und Trotz gegen die beginnende Taubheit sprechen aus den Zeilen. Er dachte an den Tod, aber der Künstler Beethoven gewann und nahm das Schicksal an. Goethe lernte ihn 1812 kennen und bewunderte seine Musik. Als Mann des Hofes war der Dichter aber abgestoßen von dem ungestümen – heute würde man sagen unangepassten – Wesen des Meisters.



Mozart und Haydn, zusammen mit Beethoven, waren bestimmend für die Instrumentalmusik über eine Dauer von mehr als hundert Jahren. Der in Wien geborene Franz Schubert (1797–1828) war nicht nur Sinfoniker und Vertreter der Klaviermusik, sondern auch Schöpfer eines neuen Liedstils, der das 19. Jahrhundert wesentlich beeinflusste. Die Tradition der Wiener Klassik führten Anton Bruckner (1824–1896), Johannes Brahms (1833–1897) und Hugo Wolf (1860–1903) fort. Gustav Mahler (1860–1911) war der große Sinfoniker der beginnenden Moderne.

6. Die Reihe großer Namen, die in Wien wirkten, ließe sich fortführen: Richard Strauss (1864 München – 1949 Garmisch) schrieb zusammen mit dem Dichter Hugo von Hofmannsthal (1874 Wien – 1929 bei Wien) mehrere Opern, darunter den „Rosenkavalier". Arnold Schönberg (1874 Wien – 1951 Los Angeles) entwickelte die

Die Bayreuther Festspiele: „Parsifal"

Zwölftonmusik. Alban Berg (1885 Wien – 1935 Wien) komponierte die Opern „Wozzeck" und „Lulu".

7. Der Name Richard Strauss führt zu einem Zentrum der neueren Musik: München. Karl Amadeus Hartmann (1905 München – 1963 München) organisierte die Konzerte der „Musica viva" und förderte damit die Musik seiner Zeit. Carl Orff (1895 München – 1982 München) schuf mit seinem international bekannten „Schulwerk" eine Einführung in die neue Musik.

Kostenloses „Danke-Konzert für Flüchtlinge und Helfer", München 2015

8. Das Musikgeschehen der Nachkriegszeit begann 1946 mit den „Ferienkursen für Neue Musik" in Darmstadt. Hans Werner Henze (1926-2012) und Karlheinz Stockhausen (1928-2007) wurden ihre international bekannten Vertreter.

Bardentreffen in Nürberg (= ein Open-Air-Festival; Barde = hier Liedermacher)

Le Nozze di Figaro (Semperoper Dresden 2015)

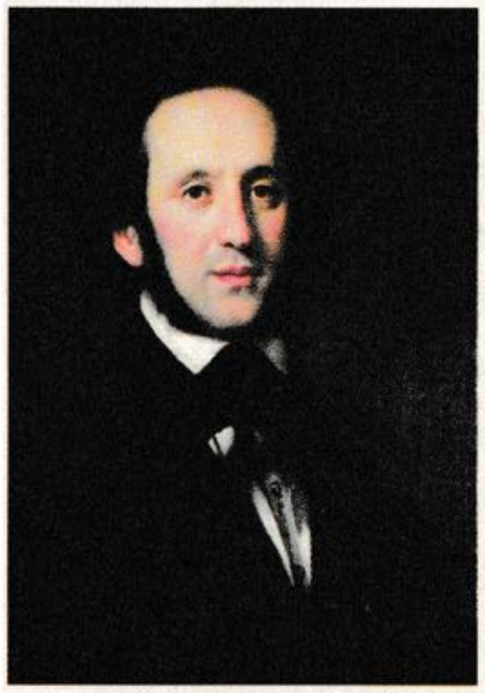
9. Musikveranstaltungen im Allgemeinen und die großen Festivals neigen eher zu einer traditionelleren Programmgestaltung, d.h. zur Musik des Barock, der Klassik und der Romantik, während die Gegenwartsmusik oft in Nischen abgedrängt wird. Musik- und Theaterfestivals haben ihre große Zeit in den warmen Sommermonaten. Sie finden in Sälen oder Open-Air statt, ziehen Touristen an und sind für Städte und Gemeinden längst zu einem Wirtschaftsfaktor geworden. Zu den großen Events gehören auch das Afrika-Festival in Würzburg und der Karneval der Kulturen in Berlin und anderen Städten, die mit Musik und bunten, freizügigen Tanzgruppen für Integration und Toleranz werben.
Wichtige Musikereignisse außerhalb der Spielzeit sind in Österreich die Bregenzer, die Salzburger und die Wiener Festspiele und das Avantgarde-Festival „steirischer herbst" in Graz. Die Salzburger Festspiele, die 1920 von dem berühmten österreichischen Theaterregisseur Max Reinhardt (1873 bei Wien – 1943 in New York) gegründet wurden, brillieren mit Konzert- und Opernaufführungen und dem Sprechtheater. Der „Jedermann, Das Spiel vom Sterben des reichen Mannes" von Hugo von Hofmannsthal wird jährlich auf den Stufen des Domplatzes zur Eröffnung gespielt.

In Deutschland finden statt: die Bayreuther Festspiele, die ausschließlich den Musikdramen Richard Wagners gewidmet sind, die Münchner Opernfestspiele, das Schleswig-Holstein Festival, das seine Spielorte in Schlösser, Kirchen und Scheunen verlegt – und unzählige Musikfeste mehr, die über den Sommer verteilt landauf landab zu finden sind.

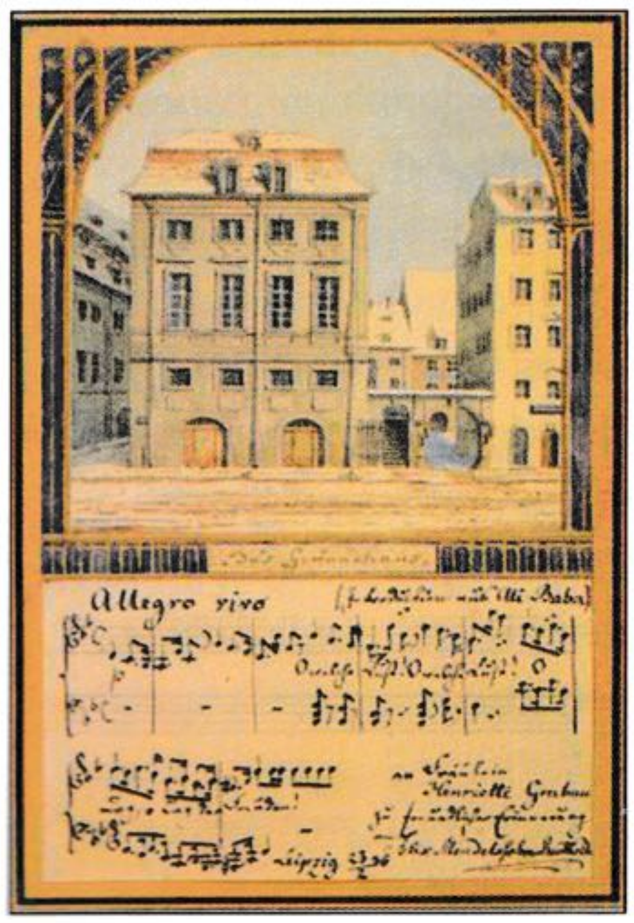
10. Seit 2002 findet die RuhrTriennale, ein internationales Fest der Künste im Ruhrgebiet, statt. Spielstätten sind ehemalige Maschinenhallen, Zechen und Kokereien. Wo früher Strom und Wind für den Hochofenbetrieb erzeugt wurde, gibt es heute experimentelle Kunst, in der sich Tanz, Konzert, Theater, Performance und Installation mischen.
Die klassische Musik hat sich in den letzten Jahren dem breiten Publikum geöffnet: durch Live-Übertragungen auf öffentlichen Plätzen, im Kino und im Internet. Große Sänger agieren wie Popstars und machen besonders die klassische Oper zu einem eindrucksvollen Erlebnis. Die Dichte der Orchester und Spielorte in Deutschland ist in der Welt einzigartig.

11. Berühmte Orchester und ihre Dirigenten sind überall zu Hause: die Berliner und die Wiener Philharmoniker, die Staatskapelle Dresden, das Leipziger Gewandhausorchester, die Bamberger Symphoniker oder die Orchester der Rundfunkanstalten. Bestes Beispiel für eine weltweite Verbundenheit ist Kurt Masur, der bis Ende 1996 Gewandhaus-Kapellmeister war. Masur war zur international bekannten Figur geworden, als er in Leipzig mit dem Appell „Keine Gewalt" zur friedlichen Revolution 1989 betrug.

Ein berühmtes Orchester



Stolz ist man in Leipzig darauf, dass es nicht Könige oder Fürsten waren, die es gründeten, sondern Bürger der Stadt. Am 11. März 1743 riefen Leipziger Kaufleute, Bürger und Adlige das „Große concert" ins Leben, das aus Stadtpfeifern, Geigern und diversen Studentengruppen hervorgegangen war. Die Finanzierung des „Großen concerts" war unbürokratisch und zugleich effektiv: Reiche Kaufleute bezahlten je einen der 16 Musiker für ein Jahr und ließen dafür im Gasthaus „Drey Schwanen" (= Drei Schwäne) spielen. Als es dort zu eng wurde, zog man um in das Haus der Tuchmacher und Wollhändler – im Volksmund „Gewandhaus" genannt. Seitdem gab es kaum einen Komponisten oder Dirigenten, der nicht mit dem Orchester gearbeitet hätte. Den Weltruhm begründete Felix Mendelssohn Bartholdy, der als Erster Aufführungen und Proben leitete. Er arbeitete intensiv auf ein hohes künstlerisches Niveau hin. Eine Tradition begann, als Mendelssohn vor 150 Jahren das Leipziger Konservatorium gründete. Mitglieder des Orchesters unterrichteten dort und bildeten den Nachwuchs aus.



Gewandhaus zu Leipzig

Das erste Gewandhaus, Gemälde von Mendelssohn

AUFGABEN

1. Sollte der Musikbetrieb auch auf Bahnhöfen oder in Fußgängerzonen stattfinden?
2. Sollten Kinder mehr Musikunterricht haben?
3. Sollten kulturelle Institutionen öffentlich oder durch Mäzene finanziert werden?

Filmereignisse

Literatur, Bildende Kunst und der Film sind nach europäischem Kunstverständnis nicht nur ein Wirtschaftsfaktor. Deshalb wird Kulturschaffen regional, auf Landes- und Bundesebene gefördert, auch von der EU. Das betrifft öffentliche Kulturbetriebe, z.B. Theater, Museen, Bibliotheken, sowie private Kulturschaffende, z.B. Filmregisseure und Kunstvereine.

Highlights der Filmgeschichte

Nosferatu (1921)

Film von F.W. Murnau nach Motiven des Romans „Dracula" von Bram Stoker. Klassiker des Horrorfilms, Stummfilm, der auch heute noch sehenswert ist.

Metropolis (1926)

Film von Fritz Lang, Stummfilm. Science-Fiction-Film, der von der möglichen Überbrückung der Kluft zwischen Arbeitern und Herrschenden handelt. Dieser Film wird als Filmklassiker immer wieder gezeigt.

Der technisch aufwendige Film brachte die mächtige UFA (Universum Film AG) in finanzielle Schwierigkeiten. Sie kam 1927 unter rechtsnationale Leitung. 1946 wurde sie als DEFA in Babelsberg bei Berlin (Ost) wieder gegründet. Heute steht auf dem DEFA-Gelände eine Medienstadt mit Film- und TV-Studios.

Der blaue Engel (1930)

Film von Josef von Sternberg nach dem Roman „Professor Unrat" von Heinrich Mann mit Marlene Dietrich als Lola. Professor Rath, ein Sonderling, verfällt der in einem übel beleumdeten Lokal gastierenden Sängerin Lola und heiratet sie. Der bürgerliche Abstieg beginnt. Er tritt schließlich als Zauberkünstler in der Truppe auf, die nach Jahren wieder in seine Heimatstadt kommt. Der Film endet tragisch mit seinem Tod im alten Klassenzimmer, in das er sich nach dem endgültigen Zusammenbruch seiner Existenz geflüchtet hat. Heinrich Mann ging es um die Entlarvung der bürgerlichen Scheinmoral. Der Film ist die Tragödie eines Menschen, der vom bürgerlichen Weg abweicht.

Der Untergang der deutschen Filmkultur durch den Nationalsozialismus und Fehlentwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg haben einen Neubeginn lange verzögert. Filme wie „Des Teufels General" oder später der Antikriegsfilm „Die Brücke" waren die Ausnahme. Erst Ende der 70er-Jahre konnte der deutsche Film international wieder Aufmerksamkeit erringen. Volker Schlöndorffs Grass-Verfilmung „Die Blechtrommel" (1979) bekam die Goldene Palme von Cannes und den Oscar.

Des Teufels General (1955)

Verfilmung des Schauspiels von Carl Zuckmayer durch Helmut Käutner. Der Film ist eine Charakterstudie des begeisterten Fliegers Harras, der Hitlers General wird. Harras unterstützt mit seiner Fliegerei den Krieg, den er moralisch ablehnt. Zum Schluss wird er Opfer dieses Teufelsbundes. Zuckmayer wollte eine realistische Schilderung ohne ideologische Vereinfachung und stieß dadurch auf Missverständnisse. Der veränderte Schluss des Dramas arbeitet deutlicher den Entschluss des Offizierskorps zum Widerstand gegen Hitler heraus.

Die Brücke (1959)

In den letzten Kriegstagen werden sieben Jungen zur militärisch sinnlosen Bewachung einer Brücke in ihrer Heimatstadt abgestellt. Ihr psychologisches Porträt zwischen Engagement, romantisch-jungenhafter Abenteurer-Mentalität und grausamer Ernüchterung ist der Inhalt des Films.

Das Oberhausener Manifest (1962), eine Erklärung mit dem Titel „Opas Kino ist tot", ist die Geburtstunde des „Jungen deutschen Films". Die Regisseure übten Kritik an den Jahren des Wiederaufbaus und der Wirtschaftswunderzeit, da sie einen wirklichen Neubeginn vermissten. Eingehend befasste sich vor allem Rainer Werner Fassbinder (1945-1982), der sich als Chronist deutscher Geschichte verstand, mit den Versäumnissen der Republik: „Die Ehe der Maria Braun", „Lola", „Die Sehnsucht der Veronika Voss". Er provozierte und war der produktivste und anregendste Filmemacher seiner Zeit. Inhaltlich engagierte Filme wollen Zeitdokumente sein. Sie reflektieren in den Jahren der terroristischen

Anschläge die Entstehung von Gewalt. Internationale Beachtung fand der Film „Die bleierne Zeit" (1981) von Margarete von Trotta, der die Biografie einer Terroristin nachzeichnet. Bemerkenswert auch der Film „Rosa Luxemburg" von 1985, in dem eindrucksvoll das Leben dieser sozialistischen Politikerin nachgezeichnet wird. Einer der größten Publikumserfolge wird der in seinem Selbstverständnis „linke" Film „Die verlorene Ehre der Katharina Blum".

Die verlorene Ehre der Katharina Blum (1975)

Film von Volker Schlöndorff und Margarete von Trotta nach der gleichnamigen Erzählung von Heinrich Böll. Untertitel der Erzählung: Wie Gewalt entsteht und wohin sie führen kann.
Katharina Blum lernt im Karneval einen jungen Mann kennen, nimmt ihn mit nach Hause und wird am nächsten Morgen von einer polizeilichen Fahndung überrascht. Ihr Gast, ein vermeintlicher Terrorist, ist verschwunden. Die Geschichte eskaliert, als sich die Presse in der Person eines skrupellosen Reporters einmischt. Katharina Blum gerät in die Mühlen der Justiz, die sich in ihr Privatleben einmischt und sie zu einem „Fall" macht. Während eines „Exklusivinterviews" erschießt sie den Reporter der „Zeitung". Mit der „Zeitung" war indirekt die auflagenstärkste Tageszeitung, die „Bild"-Zeitung, gemeint.

Nur wenige Filme nehmen sich der Gastarbeiterproblematik an. Zu den eindrucksvollsten gehört „Angst essen Seele auf" von Rainer Werner Fassbinder.

Angst essen Seele auf (1973)

Die 60-jährige Putzfrau Emmi lernt in einer Gastwirtschaft den 20 Jahre jüngeren marokkanischen Gastarbeiter Ali kennen. Eine zarte Liebesgeschichte zwischen den ungleichen Partnern beginnt. Beide heiraten – zum Spott von Nachbarn, Verwandten und Kollegen. Ablehnung schlägt in Freundlichkeit um, als man entdeckt, dass die beiden nützlich sein können als Kunden oder bei sonstigen Hilfeleistungen. „Profitsucht wirkt sicherer als Fremdenhass" ist die Botschaft des Films. Die Ehe ist nicht von langer Dauer.

Auffallend viele Filme gehen auf literarische Vorlagen zurück. Fassbinder beschäftigte sich 1971/72 mit Fontanes Roman „Effi Briest" (1894/95), den er sensibel nacherzählt. Es ist die psychologisch fein beobachtete Geschichte einer jungen Frau, die die Ehe bricht und verstoßen wird, dem bürgerlichen Ehrenkodex zuliebe. Auf der Linie seiner Zeitbilder liegt die zehnteilige Fernsehproduktion „Berlin Alexanderplatz" (1979/80) nach dem Roman von Alfred Döblin (1929). Der Roman erzählt die Geschichte des entlassenen Sträflings Franz Biberkopf, der die Realität als menschliches Chaos erlebt. Zu diesen „literarischen" Filmen gehört nicht zuletzt die schon erwähnte Grass-Verfilmung „Die Blechtrommel" von Volker Schlöndorff.

Die Blechtrommel (1978/79)

Es ist die Geschichte des in Danzig geborenen Oskar Matzerath, der aus Protest gegen die Zeit bis zum Ende des Kriegs sein Wachstum einstellt. Er trommelt seinen Protest mit seiner Kindertrommel hinaus. Buch und Film entlarven das kleinbürgerliche Milieu als Nährboden der NS-Diktatur.

Schlöndorff ist neben Werner Herzog, dem Filmer der Außenseiter in einer bizarren und gewalttätigen Welt (z.B. „Fitzcarraldo", 1981), einer der international erfolgreichsten Filmregisseure. Nicht unerwähnt bleiben sollen der Experimentator Wim Wenders („Buena Vista Social Club", 1999 , und der Tanzfilm „Pina", 2011, der dem Tanztheater Wuppertal und dessen Choreografin Pina Bausch gewidmet ist) und Werner Schroeter, dem wir eine der gelungensten Romanverfilmungen verdanken: „Malina" nach dem gleichnamigen Roman von Ingeborg Bachmann..

Eine Überraschung für alle Filmbegeisterten waren die Filmkomödien, die ab der Achtzigerjahre gedreht wurden. Dazu gehören die Filme von Döris Dörrie („Männer", 1985; „Keiner liebt mich", 1994) und von Helmut Dietl, der die feine Münchner Gesellschaft entlarvt („Kir Royal").

SCHTONK (1992)

von Helmut Dietl handelt von der gesellschaftlichen Doppelmoral und der Wiederholbarkeit der Geschichte. Ein pfiffiger Kunsthändler schreibt die angeblich verschollenen Hitler-Tagebücher selbst, ein Sensationsreporter ver-

kauft sie teuer und eine bekannte Illustrierte veröffentlicht sie – und ruiniert ihren Namen.

Als ein etwas anderer deutscher Film stellt sich „Lola rennt" (1998) vor. Der Regisseur Tom Tykwer verbindet verschiedene Stilelemente, bezieht Zeichentrick- und Videopassagen mit ein, unterlegt den Film mit atemloser Musik und spielt verschiedene Variationen der Geschichte durch. In mitreißenden Bildern entlädt sich ein Feuerwerk, das den Triumph der Liebe und das Lebensgefühl der späten Neunziger darstellt.

Good Bye, Lenin (2003)

Das Kino landete mit der Tragikomödie „Good Bye, Lenin!" von Wolfgang Becker einen Sensationserfolg. Eine brave DDR-Mutter, einst Aktivistin, hat nach einem Herzinfarkt im Koma die Wende verschlafen. Um ihr acht Monate später nach dem Aufwachen einen Schock zu ersparen, gaukelt ihr Sohn Alex vor, das sozialistische Musterland würde weiter bestehen. Er scheut keine Mühe, um auf den 79 Quadratmetern Plattenbau die DDR wiederherzustellen, schafft Spreewaldgurken heran. (Anm: Das ist eine Delikatesse aus dem Spreewald bei Berlin), organisiert sozialistische Gesänge und vieles mehr. Ein Heimatfilm der ganz besonderen Art, der mit zahlreichen Filmpreisen bedacht wurde.

Das Kinojahr 2004 wurde nach Angaben der Berliner Filmförderungsanstalt (FFA) zum besten seit der Wiedervereinigung. Über 5% mehr Zuschauer gingen in die Kinos und das Image des deutschen Films verbesserte sich auch auf dem internationalen Markt, vor allem dank der Filmförderung.

Gegen die Wand (2004)

Die deutsch-türkische Produktion von Fatih Akin wurde in mehr als 40 Länder verliehen, ein weltweiter Erfolg. Unter dem Titel „Head-on" lief er auch in den USA und wurde in der „New York Times" als „erster sehr guter Film des Jahres" gefeiert.

Die 20-jährige Sibel möchte dem strengen Elternhaus entfliehen und überredet Cahit zur Scheinehe ohne gegenseitige Verpflichtungen. Doch Cahit verliebt sich in Sibel. Als Sibel auch ihre Liebe entdeckt, ist es für die beiden zu spät. Cahit hat voller Eifersucht einen ihrer Liebhaber erschlagen. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis trifft er Sibel in Istanbul wieder und hofft noch immer auf eine gemeinsame Zukunft.

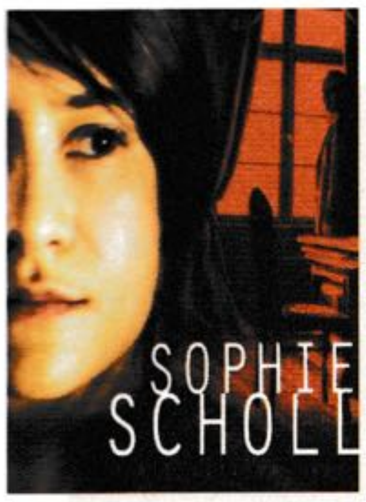
Der Untergang (2004)

Der Film hat die letzten Tage Hitlers zum Inhalt. Er basiert auf dem gleichnamigen Buch des Historikers Joachim Fest (2002). Während in der Hauptstadt der Häuserkampf tobt, verschanzt sich Hitler mit einigen seiner Generäle und Vertrauten im Führerbunker der Reichskanzlei.
Dieser Film von Bernd Eichinger hat als erschütterndes Zeitdokument große Anerkennung gefunden, hat aber auch kontroverse Diskussionen ausgelöst. Es wurde kritisch hinterfragt, ob halbfiktionale Unterhaltung dem Thema angemessen ist und vor allem ob Hitler als Mensch mit Gefühlen gezeigt werden darf. Andererseits fällt die großartige Leistung der Schauspieler, vor allem die Darstellung von Bruno Ganz als Hitler, ins Gewicht. Der Film hat zur Auseinandersetzung mit der Geschichte auch bei der jungen Generation beigetragen.

2005 kam ein weiterer aufwühlender historischer Film in die Kinos:

Sophie Scholl – Die letzten Tage (2005)

Er erinnert an die Münchner Studentin Sophie Scholl, Mitglied der Widerstandsbewegung „Weiße Rose", die am 22. Februar 1943 von den Nazis hingerichtet wurde. Der Film wurde neben vielen weiteren Preisen auf der Berlinale 2005 mit dem Silbernen Bären für die beste Regie (Marc Rothmund) und ebenfalls mit dem Silbernen Bären für die beste Darstellerin (Julia Jentsch) ausgezeichnet.
Der Film erzählt die letzten fünf Tage zwischen der Verhaftung am 18. Februar in der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität, den Verhören und dem Prozess vor dem „Volksgerichtshof" bis zum Tod durch das Fallbeil in einem Münchner Gefängnis.
Fotos aus ihrem Leben zum Schluss des Films zeigen eine lebenslustige junge Frau, die gern anders gelebt hätte, aber in eine schlimme Zeit hineingeboren wurde. Sie ist



zur Symbolfigur für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus geworden. Aus den Flugblättern der „Weißen Rose": „Mit mathematischer Sicherheit führt Hitler das deutsche Volk in den Abgrund. Hitler kann den Krieg nicht gewinnen, nur noch verlängern. Seine und seiner Helfer Schuld hat jedes Maß unendlich überschritten. Die gerechte Strafe rückt näher und näher!"

Das Leben der anderen (2006)

Der Film macht das Netzwerk der Stasi (Staatssicherheit) transparent, das die gesamte Gesellschaft der DDR in ein System von Überwachung und Bespitzelung verwandelte. Ein Stasi-Hauptmann kommt während der Beobachtung mit der Welt der Liebe, der Kunst und der freien Meinungsäußerung in Berührung und wird unfähig, belastende Beobachtungen weiterzugeben.

Der Film von Florian Henckel von Donnersmarck (Drehbuch und Regie) erhielt zahlreiche Auszeichnungen, auch den Oscar als bester fremdsprachiger Film.
Den Deutschen Filmpreis erhielt 2007 ein Film ganz anderer Art, die Komödie von Marcus H. Rosenmüller:

Wer früher stirbt, ist länger tot (2007)

Sebastian, ein 11-jähriger Bauernjunge, glaubt, am Tod seiner Mutter schuld zu sein, möchte sich von dieser Sünde befreien und sucht nun eine neue Frau für seinen Vater. Deftig bayerischer Humor mit Hintersinn und der bayerische Dialekt machen diesen verqueren „Heimatfilm" zum Publikumsrenner des Jahres.

Das weiße Band (2009)

Der Schwarzweißfilm des österreichischen Regisseurs Michael Haneke handelt von mysteriösen Vorfällen in einem protestantischen Dorf in Norddeutschland vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs. Der Lehrer wird in seiner Existenz bedroht, als er die Kinder des Pastors als Urheber der Taten vermutet. Sie mussten auch wegen kleiner Vergehen wochenlang ein weißes Band tagen, das sie an die Tugenden erinnern sollte. Dazu Haneke: „Überall, wo es Unterdrückung, Demütigung, Unglück und Leid gibt, ist der Boden bereitet für jede Art von Ideologie. Deshalb ist ‚Das weiße Band' auch nicht als Film über den deutschen Faschismus zu verstehen. Es geht um ein gesellschaftliches Klima, das den Radikalismus ermöglicht. Das ist die Grundidee." Ausgezeichnet mit der Goldenen Palme von Cannes.

Eine Überraschung für die Kinowelt war 2014 ein Historienfilm, dessen Lebendigkeit verzauberte:

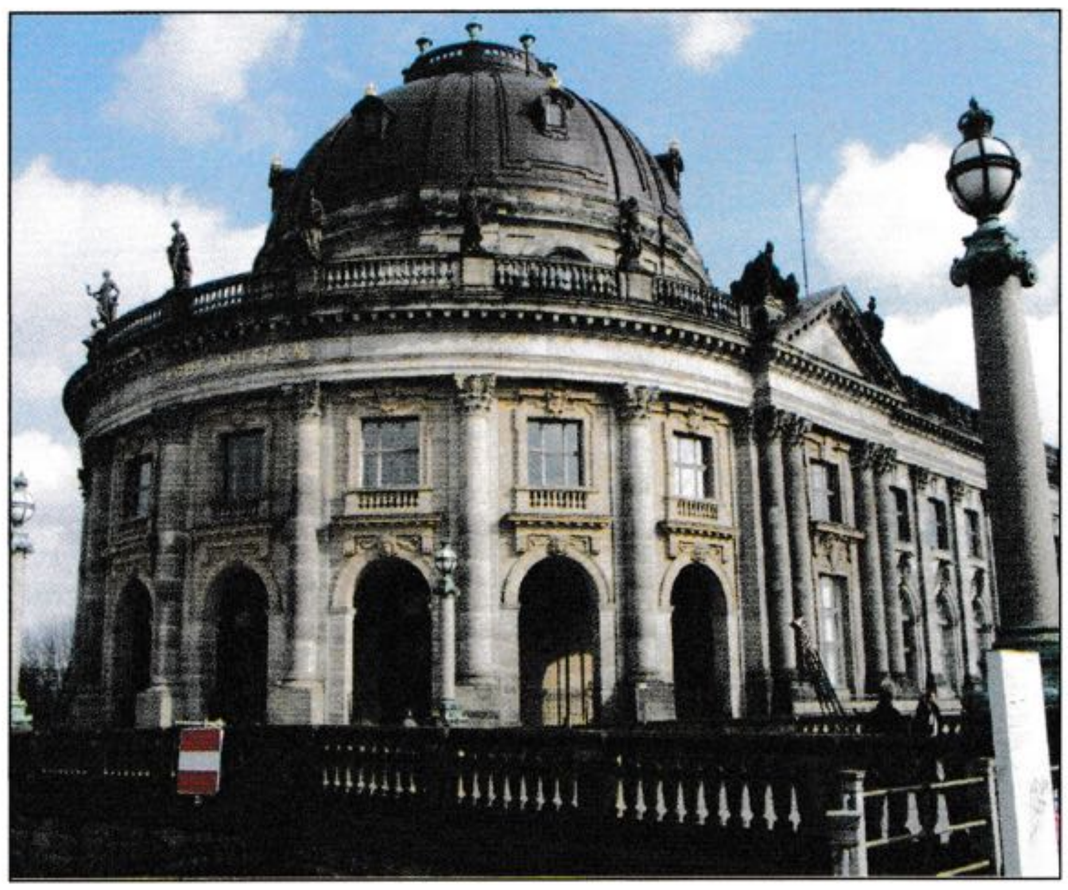
Die geliebten Schwestern (2014)

von Dominik Graf (Buch und Regie). Der Film zeichnet biographisch das Leben des jungen Dichters Friedrich Schiller in Weimar von 1788 bis 1801 nach. In dieser Zeit, war er leidenschaftlich mit den beiden Schwestern Charlotte, die er später heiratet, und Caroline verbunden. Ein erhaltener Brief lässt das Dreiecksverhältnis erahnen, das im Sommer 1788 in Rudolstadt an der Saale intensiv gelebt wurde. Ereignisse wie die Französische Revolution bilden den historischen Hintergrund.

Elser – Er hätte die Welt verändert (2015)

Regie: Oliver Hirschbiegel. Der Welt wäre viel erspart geblieben, wäre das Attentat auf Adolf Hitler gelungen. Der Film erzählt die Planung und Durchführung des Anschlags. Der Widerstandskämpfer Georg Elser deponierte am 8. November 1939 eine Bombe im Bürgerbräukeller, wo Hitler im Beisein vieler Nazi-Größen eine Rede halten sollte. Hitler verließ das Lokal aber zu früh und überlebte. Elser, von Beruf Tischler, war ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus. Er wollte den Krieg verhindern und hatte ganz allein die Initiative ergriffen. Im April 1945 wurde er im KZ Dachau ermordet.

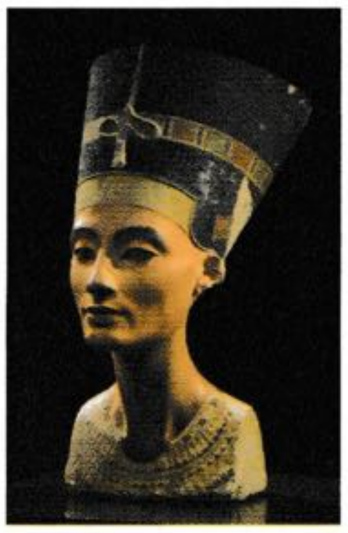
Vielfalt der Museen



Bode-Museum

1. Moderne Museen sind ein Ort der Begegnung mit Eventcharakter. Sie schaffen Erlebniswelten und beziehen die Besucher mit ein. Eine neue Kulturstudie bestätigt ihre besondere Beliebtheit neben dem Theater. Museen findet man nicht nur in Städten, sondern über das ganze Land verteilt, z.B. das Limeseum, das über ein römisches Kastell informiert. Es befindet sich dort, wo der Limes die befestigte Grenze Germaniens zum Römischen Reich bildete.
Aus der Vielzahl der 6000 Museen seien im Folgenden nur einige der bedeutendsten herausgegriffen.

2. Im Zentrum Berlins, auf der Museumsinsel, ist in den vergangenen 150 Jahren ein Ensemble von Museen entstanden, die eine perfekte Einheit bilden: Das Alte Museum, im klassizistischen Stil erbaut, die Nationalgalerie und das Pergamonmuseum zeigen die Entwicklung vorderasiatischer, ägyptischer, antiker und christlicher Hochkulturen. Besondere Anziehungskraft hat der Pergamon-Altar, ein im zweiten Jahrhundert vor Christus errichteter griechischer Altar, der nach 1879 von Kleinasien nach Berlin gelangt war.



Nofretete (14. Jh. v. Chr.)

Das Bode-Museum (Berliner Museumsdirektor um 1900), an der Spitze der Museumsinsel gelegen, zeigt Skulpturen und Gemälde vom Anfang bis zum Ende des 18. Jahrhunderts. Die Büste der Nofretete ist im 2009 neu eröffneten Neuen Museum zu bewundern.
In Berlin verwaltet die Stiftung Preußischer Kulturbesitz die Sammlungen des aufgelösten preußischen Staates, die den größten Kunstbesitz in Deutschland darstellen.
Das Zeughaus, ein Barockbau von 1730, ist das älteste Gebäude am Prachtboulevard Unter den Linden. Nach dem Fall der Mauer gründete die Bundesregierung hier das Deutsche Historische Museum, in dem Zeugnisse der Geschichte vom Mittelalter bis heute gezeigt werden.

3. Berlin hat eine beeindruckende Zahl von Gedenkstätten. In der Gedenkstätte Deutscher Widerstand wird das gesamte Spektrum des deutschen Widerstands gegen den Nationalsozialismus dokumentiert: Widerstand aus christlichem Glauben, Widerstand aus der Arbeiterbewegung, in Kunst und Wissenschaft, im Exil, im Kriegsalltag, die militärische Verschwörung des 20. Juli 1944, die Weiße Rose, Jugendopposition. In der Gedenkstätte Plötzensee wird der hier ermordeten Opfer der Hitler-Diktatur gedacht. Drei sowjetische Ehrenmale erinnern an die im Kampf um Berlin gefallenen Soldaten der Roten Armee. Die Villa am Wannsee, in der 1942 die Deportation und Ermordung der Juden Europas beschlossen wurde, ist seit 1992 eine Gedenk- und Bildungsstätte. In Berlin wurde auch das Jüdische Museum errichtet und das zentrale Mahnmal für

Mahnmal für die ermordeten Juden Europas

Deutsches Museum

die Opfer des Holocaust. Das von Daniel Libeskind entworfene Museum mit seiner auffälligen Zickzack-Architektur wurde 2001 eröffnet und zählt heute zu den meistbesuchten Ausstellungshäusern Deutschlands. Am 9. Mai 2005 ist das Denkmal für die ermordeten sechs Millionen Juden Europas in Berlin unweit des Brandenburger Tors und des Reichstags feierlich eingeweiht worden. Entworfen wurde es von dem amerikanischen Architekten Peter Eisenman. Die Diskussion und die Fertigstellung haben 17 Jahre gedauert. Das Denkmal ist das Bekenntnis zu dem größten Verbrechen in Europa und Mahnmal gegen das Vergessen. 2711 Betonstelen (= Quader) unterschiedlicher Höhe auf einem riesigen Feld werden zu einem Ort der Besinnung und des Nachdenkens.

4. Das Germanische Nationalmuseum in Nürnberg ist die größte Sammlung deutscher Kultur von der Vorzeit bis ins 20. Jahrhundert. Das Museum entstand, als noch kein einheitlicher deutscher Staat existierte; es sollte demzufolge wie ein Auftrag zur nationalen Einheit wirken.

5. München ist berühmt für seine Gemäldesammlungen der Alten und der Neuen Pinakothek mit altdeutschen und niederländischen Meistern, Gemälden der italienischen Malerei und des 19. Jahrhunderts. 2003 wurde die Pinakothek der Moderne eröffnet, eines der weltweit größten Museen für die Kunst des 20. und 21. Jahrhunderts. Das offene und großzügige Gebäude zeigt Kunst, Grafik, Architektur und Design unter einem Dach.

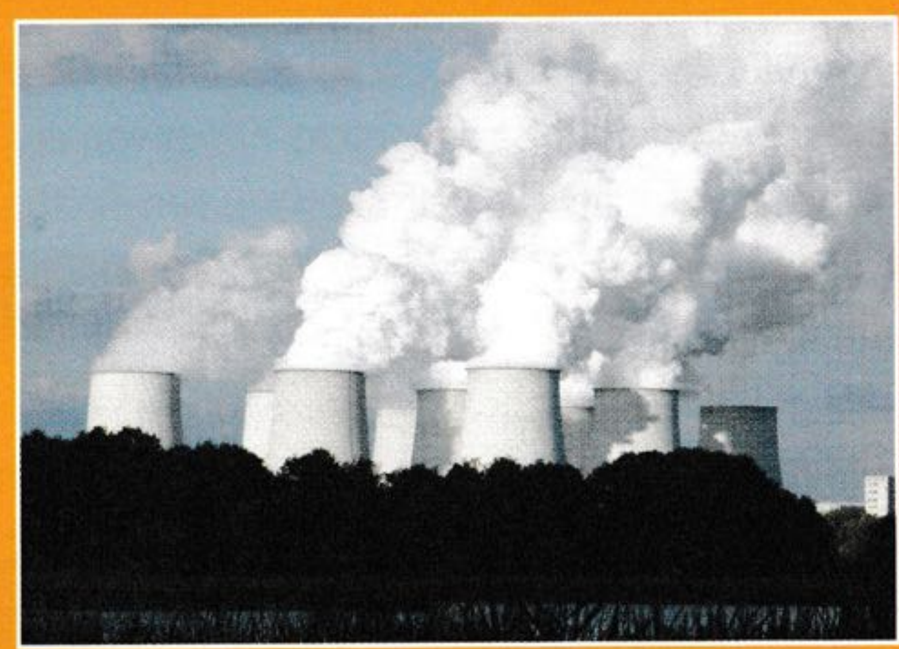
6. Einzigartig ist in München das Deutsche Museum, das größte technisch-naturwissenschaftliche Museum der Welt. Im Planetarium simulieren Projektionsgeräte die Bewegung der Gestirne. In der Nachbildung eines Bergwerks oder in einem U-Boot erlebt der Besucher die Ausstellung hautnah. Weitere Abteilungen betreffen die Luftfahrt, die Schifffahrt, die Raumfahrt, die Geschichte der Fotografie, die Nano- und Biotechnologie und vieles mehr. Das Museum besitzt wertvolle historische Unikate, so das erste Automobil, den ersten Computer und den ersten Dieselmotor.
Bis 2025 werden alle Ausstellungen erneuert; für den Besucher wird es mehr Interaktion und Diskussion geben.
Selbst aktiv sein, sehen und begreifen, spielen und staunen ist das Konzept dieses Museum seit seiner Gründung 1925.

7. Eines der jüngsten Museen mit internationalem Profil ist das Museum Ludwig in Köln, hervorgegangen aus einer Stiftung des Kunstsammlers und Fabrikanten Peter Ludwig, das Teil des Museumskomplexes zwischen Dom und Altstadt ist. Hier befindet sich auch das Wallraf-Richartz-Museum (mittelalterliche und neuzeitliche Gemäldesammlungen), die Kölner Philharmonie, eine Cinemathek, die Kunst- und Museumsbibliothek und in unmittelbarer Nachbarschaft das Römisch-Germanische Museum, errichtet auf den Mauern einer römischen Stadtvilla.

AUFGABEN

1. Wem gehört die Nofretete-Büste? Forschen Sie nach.
2. Museen früher und heute – Was hat sich gewandelt?

6. Aus der Wirtschaft



Braunkohlekraftwerk Jänschwalde (Brandenburg)

Servicearbeiten an einer Windturbine

Die Welt der Arbeit

Der Strukturwandel

1. Seit der Jahrtausendwende gehen die Uhren in Deutschland anders: Alte Sicherheiten sind nicht mehr selbstverständlich; die Bürger müssen sich auf die veränderten Verhältnisse einstellen. Über viele Jahre sind die Einkommen gewachsen, der Lebensstandard ist gestiegen und die Freizeit hat einen immer höheren Stellenwert bekommen. Die Wochenarbeitszeit betrug 1960 in Westdeutschland durchschnittlich 5 1/2 Tage mit 44,5 Stunden, 1992 noch 5 Tage und 38,5 Stunden. Seit 1994 gibt es die 35-Stunden-Woche. In den Neunzigerjahren begann eine gegenläufige Entwicklung: Die Steuern und Abgaben erhöhten sich und die Realeinkommen gingen leicht zurück. Seit 2004 steigt die Wochenarbeitszeit wieder: 41,5 Stunden beträgt heute die durchschnittliche Arbeitszeit pro Woche.

2. 1970 gab es in Westdeutschland noch Vollbeschäftigung (nur 150 000 Arbeitslose und 800 000 offene Stellen). Seit den 70er-Jahren aber stieg die Zahl der Arbeitslosen, heute sinkt sie wieder. Arbeitslos sind Menschen ohne Berufsausbildung und ältere Arbeitnehmer. Wer keinen Schulabschluss und keine Berufsausbildung hat, hat kaum Chancen, weil Beschäftigung für Ungelernte in einer technisch hochkomplizierten Arbeitswelt immer weniger wird. Gleichzeitig fehlen Arbeitskräfte in den Sozialberufen, bei der Pflege von Kranken und Alten, und Fachkräfte vor allem in der Elektrotechnik, im Maschinenbau und im Bauwesen. Wer an einer Fachhochschule ein Ingenieurstudium abschließt und sich früh spezialisiert, ist auf dem Arbeitsmarkt heiß begehrt.

3. In Deutschland gibt es seit 1927 die gesetzliche Arbeitslosenversicherung. Die Geldmittel für die Versicherung werden je zur Hälfte von den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern aufgebracht.

Die Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg zahlt aufgrund dieser Beiträge das Arbeitslosengeld I (für alle, die arbeitslos werden) und das Arbeitslosengeld II (= die frühere Sozialhilfe für Langzeitarbeitslose).

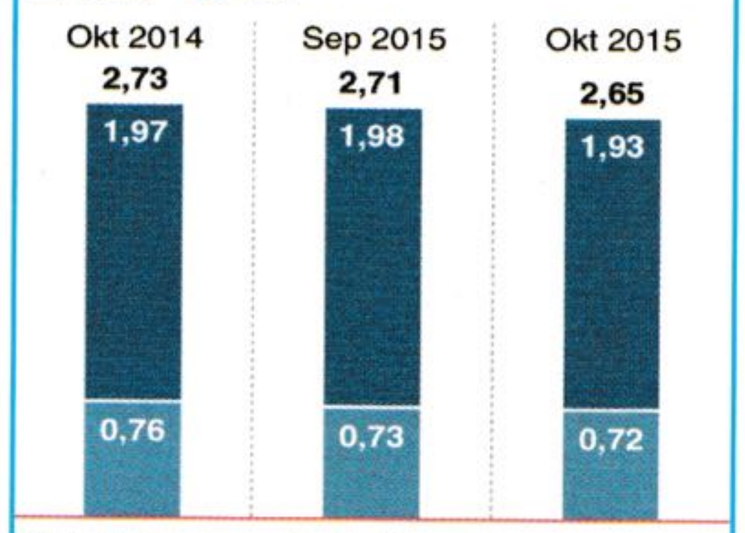
→ Das Stichwort Arbeitslosengeld II = Hartz IV (Sozialhilfe)

Finanzielle Hilfe der Städte und Kommunen für Menschen, die nicht genügend Geld für ihren Lebensunterhalt zur Verfügung haben. Zu den Empfängern gehören Langzeitarbeitslose, ältere Menschen mit niedriger Rente, Familien mit geringem Einkommen, alleinerziehende Mütter und Kinder (siehe S. 166).

Die gesetzliche Rentenversicherung zahlt Rente ab 65 Jahre (wird langsam angehoben auf 67 Jahre). Wer 45 Jahre gearbeitet hat, darf mit 63 in Rente gehen. Die Rente steigt kaum, weil die Älteren zahlreicher werden und die Jüngeren die Kosten aufbringen müssen. Der Generationenvertrag bedeutet, dass die heute Berufstätigen für die Rentner von heute sorgen (S. 76). Ob die Rentenkasse gut gefüllt ist oder nicht, hängt von der Konjunktur ab, d.h. von den Beiträgen der Berufstätigen und der Firmen zur Rentenversicherung.

In die solidarische Krankenversicherung zahlen alle Arbeitnehmer ein. Diejenigen, die gesund sind, zahlen für die, die krank sind.

Arbeitslose im Oktober



Arbeitslosenquote in Prozent

	Ost	
9,0 %	8,7	8,6
	West	
5,6	5,6	5,5
	insgesamt	
6,3	6,2	6,0

Quelle: Bundesagentur für Arbeit dpa•23249

Was tun Staat und Wirtschaft?

1. Arbeitslosigkeit ist heute in allen Industrieländern ein zentrales Thema. In Deutschland steuert die Regierung mit aktiven Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung dagegen: Die Arbeitslosenzahlen sind so niedrig wie seit Jahren nicht mehr.
Die Wirtschaft ihrerseits antwortet auf Strukturschwächen und den Druck der Globalisierung mit Rationalisierung und Kostensenkung. Ihre Strategien haben zu steigender Industrieproduktion geführt: Nicht nur Forschung, Entwicklung, Marketing und Management bleiben wieder öfter in Deutschland, sondern auch die Produktion wichtiger Industriegüter.

→ Das Stichwort Familienunternehmen
Zu den Familienunternehmen zählen kleine regionale und auch große Unternehmen ab 50 Mio. Umsatz. Auch internationale Großkonzerne wie BMW und VW sind in Familienbesitz. Besonders kleinere Unternehmen binden Beschäftige über Jahre und sind regional als Sponsoren begehrt. Sie stabilisieren die Wirtschaft.

2. 1918/19 führten Gewerkschaften und Arbeitgeber den 8-Stunden-Tag ein. Seit den Siebzigerjahren gibt es die 5-Tage-Woche. Im 21. Jahrhundert macht dieser Normalarbeitstag einer flexiblen Verteilung der Arbeitszeit Platz. Mischformen zwischen Home-Office-Tagen und festgelegten Bürotagen sind verbreitet. Die alte Arbeitswelt ist im Umbruch, ähnlich wie vor rund 200 Jahren, als die Agrar- von der Industriegesellschaft abgelöst wurde. Das Muster der lebenslangen Vollzeitarbeit im erlernten Beruf löst sich langsam auf; bereits 33% (2015) der Beschäftigten, 58% Frauen, arbeiten in Teilzeit, mit Zeitverträgen oder Werkverträgen für begrenzte Projekte.

3. Weit verbreitet ist Zeitarbeit, die Arbeitslose wieder in feste Arbeit bringen soll.

→ Das Stichwort Zeitarbeit/Leiharbeit
Die Zeitarbeitsfirma verleiht den Arbeitnehmer an eine Firma. Betriebe sollen Auftragsspitzen und Personalengpässe ausgleichen. Berufsanfänger können sich einen Überblick über Branchen und Firmen verschaffen. Missstände stellen sich dann ein, wenn der Zeitarbeiter nicht den Sprung in die Festanstellung schafft, schlechter gestellt ist als die festangestellten Kollegen und die Zeitarbeit endlos ausgedehnt wird.

4. Mit den sozialen Reformen 2002 sind auch Niedriglöhne eingeführt worden. Minijobs bedeuten meist weniger soziale Absicherung und einen niedrigeren Verdienst. Atypisch beschäftigt sind vor allem Frauen, junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren, Geringqualifizierte und Ausländer, unter anderem in der Gastronomie und im Handel (s. auch Mindestlohn S. 138). Als „arm" gilt in Deutschland, wer inklusive staatlicher Leistungen weniger als 60% des Durchschnittseinkommens des Landes verdient. Geringverdiener stocken ihr Einkommen auf durch den Bezug von Arbeitslosengeld II (= Hartz IV) oder mit einem zweiten Job. Ihnen droht Altersarmut, weil ihre Rente gering sein wird und das Geld für eine private Versicherung fehlt. Armut in Deutschland ist eine „relative Armut" gegenüber der „absoluten Armut" in Ländern der Dritten Welt.

Neue Arbeitsmodelle entstehen in einer sich rasant entwickelnden digitalen Welt. Arbeit wird flexibler und hat positive und auch negative Seiten: Arbeitsformen wie Clickworking oder Crowdworking überlassen das Sagen den Firmen, die Arbeit als Minijobbs häppchenweise zuteilen. Wohin die neuen Wirtschaftsformen führen, in prekäre Abhängigkeit oder als Befreiung und als Teilen von Arbeit, ist noch offen.

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2013 bestätigt, dass die oberen Schichten reicher und die unteren ärmer geworden sind. Und in der Mitte

der Gesellschaft verfestigt sich die Unsicherheit, ob der Lebensstandard auch in Zukunft zu halten ist. Die Frage der Gerechtigkeit wird zu einem zentralen Thema.

Atypische Beschäftigung: So bezeichnet das Statistische Bundesamt Teilzeitstellen bis zu 20 Stunden pro Woche, befristete Arbeitsverträge, geringfügige Beschäftigung (auch Minijobs oder 450-Euro-Jobs) oder Jobs als Zeitarbeiter. Knapp 8 Millionen Menschen sind derzeit atypisch beschäftigt.

Geringverdiener: Ca. ein Fünftel aller Vollzeitarbeiter sind Geringverdiener. Einfache Arbeit nimmt immer mehr ab und konzentriert sich auf den Niedriglohnsektor. Geringverdiener arbeiten oft 45 Stunden und mehr die Woche und verdienen durchschnittlich nicht mehr als 2/3 des durchschnittlichen Stundenlohns.

Minijobs und Teilzeitjobs: Ein Teil der Geringverdiener arbeitet in Mini- oder Teilzeitjobs. Das betrifft vor allem Frauen, die etwas dazu verdienen wollen, und schlecht Ausgebildete. Wenn niemand sonst in der Familie Geld verdient, können Minijobber staatliche Unterstützung (= Hartz IV) beantragen.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer

1. Es gab 2015 in Deutschland 43,5 Millionen Erwerbstätige, davon ca. 80% in Vollzeitjobs: Freiberufler, Arbeiter, Angestellte, Beamte und Auszubildende.

→ Das Stichwort Mindestlohn

Der gesetzliche flächendeckende Mindestlohn ist ein niedrigstes Arbeitsendgeld, dessen Höhe ein Gesetz oder ein Tarifvertrag regelt. Er soll Lohndumping verhindern und bewirken, dass Erwerbstätige ihre Existenz durch ihr Einkommen sichern können und nicht auf staatliche Hilfe angewiesen sind. 21 EU-Länder haben bereits einen gesetzlichen Mindestlohn. In Deutschland gibt es seit dem 1. Januar 2015 einen Mindestlohn von € 8,50, mit wenigen Ausnahmen.

2. Arbeitnehmer werden durch die Gewerkschaften vertreten, Arbeitgeber u.a. durch die Arbeitgeberverbände. Beide sind Tarifpartner, die die Tarifverträge ohne Einmischung des Staates (= Tarifautonomie) aushandeln. Diese Verträge legen die Löhne und Gehälter, die Arbeitszeit, Urlaubsdauer usw. fest. Die jährlichen Tarifauseinandersetzungen sind zum Teil sehr heftig: Wenn sie scheitern und auch eine Schlichtung die Auseinandersetzung nicht beilegt, bleibt der Streik. Die Gewerkschaft kann den Streik ausrufen, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder in einer Urabstimmung dafür gestimmt hat. Die Arbeitgeber können ihrerseits mit der Aussperrung von der Arbeit antworten.
Dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) gehören 8 Einzelgewerkschaften an; die größte Einzelgewerkschaft in Deutschland und weltweit ist die IG Metall mit 2,27 (2015) Millionen Mitgliedern. Die zweitgrößte ist die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di (gegründet 2001). Nur 32% aller Betriebe sind noch gewerkschaftlich organisiert. Die Bedeutung von Tarifverträgen nimmt ab und die Ungleichheit bei den Löhnen wächst, besonders bei Geringqualifizierten. Kleine Gewerkschaften vertreten bestimmte Berufsgruppen und versuchen, deren Interessen durchzusetzen. Das Gewerkschafteinheitsgesetz will die großen Gewerkschaften stärken, um Streiks für Einzelinteressen einzudämmen.
Es wird wieder mehr gestreikt, besonders im Dienstleistungssektor, z.B. bei Erziehern und Sozialarbeitern. Die Forderung lautet: Die Arbeit an und mit Menschen soll genauso viel wert sein wie die Arbeit an Maschinen. Die Arbeitskämpfe werden aggressiver, auch weil Tochtergesellschaften entstehen, die trotz gleicher Arbeit weniger bezahlen.

3. Die Rechte der Arbeitnehmer in den Betrieben sind gesetzlich geregelt durch das Betriebsverfassungsgesetz und die Mitbestimmung. In allen Betrieben, die mehr als fünf Arbeitnehmer beschäftigen, kann ein Betriebsrat

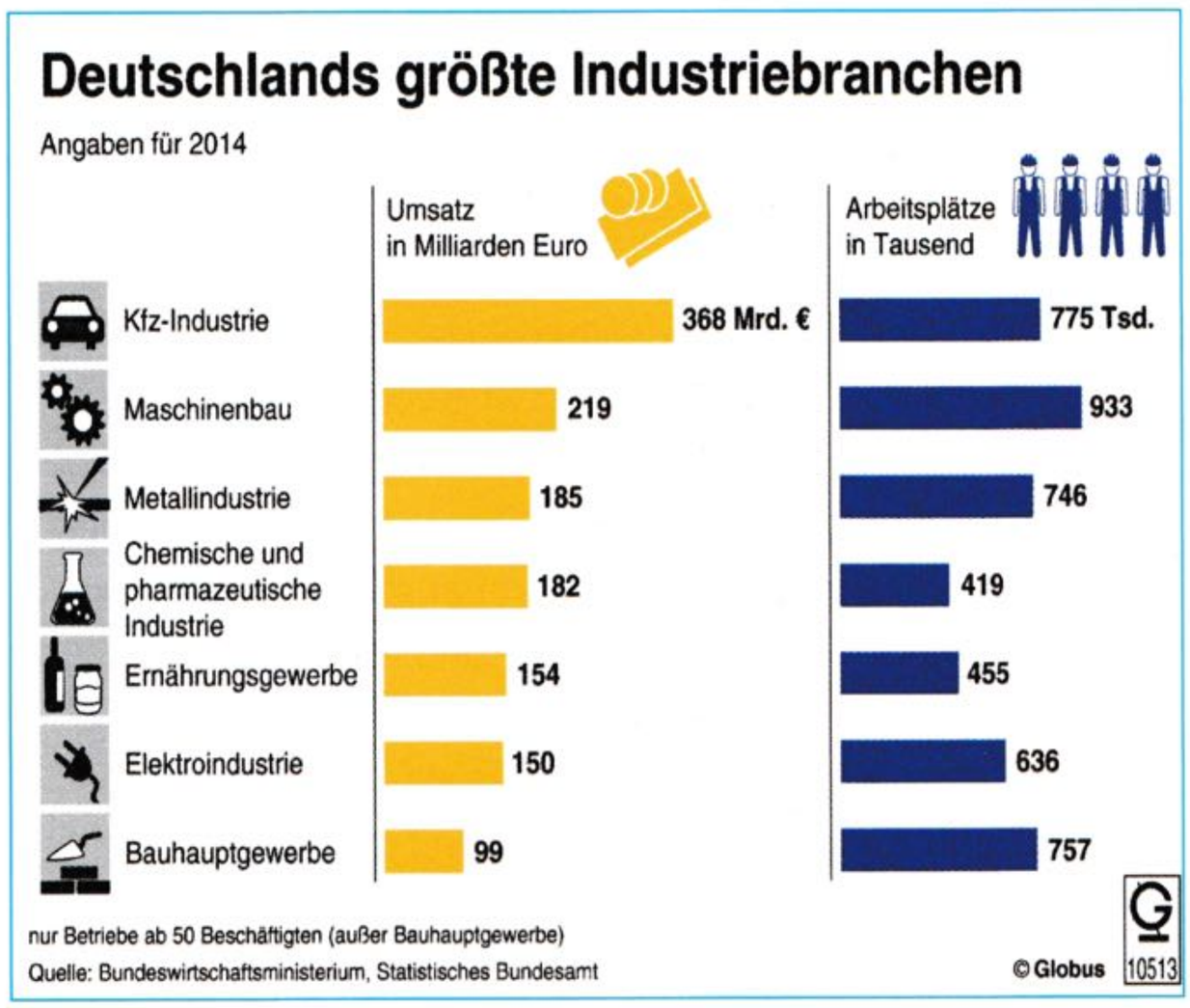
gewählt werden. Dieser vertritt die Interessen der Arbeitnehmer. In bestimmten Gesellschaften mit mehr als 2000 Arbeitnehmern wird ein Aufsichtsrat gebildet, der zur Hälfte aus Vertretern der Arbeitnehmer besteht.

4. Etwa 2 Millionen Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund erwirtschaften einen Teil des Bruttoinlandsprodukts und zahlen jährlich Steuern und Sozialabgaben in Milliardenhöhe. Es leben derzeit in Deutschland ca. 710.000 Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund, die durch Eigeninitiative zu wirtschaftlicher Vielfalt und Beschäftigung beitragen. Wer gut ausgebildet ist und fließend Deutsch spricht, erhöht seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Geringqualifizierte und Jugendliche ohne Schulabschluss haben es entschieden schwerer. Ausländische Jugendliche brauchen dringend Förderung und Chancen für ihre Zukunft: frühe Sprachförderung und Zugang zum Bildungssystem.

Made in Germany

1. Deutschlands Handelsüberschuss – mehr Exporte als Importe – ist größer als in jedem anderen Land. Das Bild der Weltwirtschaft ist geprägt von globalen Zusammenschlüssen der Unternehmen, der Bildung von Wirtschaftsräumen (die EU, der Mercosur, Asean-Staaten, die OAS) und dem Kampf gegen weltweite Finanzkrisen. Exportschwerpunkte der deutschen Industrie sind Straßenfahrzeuge, Maschinen, chemische Produkte, Elektrotechnik und die Umwelttechnologie.

2. Deutschland gehört zu den G-7, den großen westlichen Industrieländern, die den Weltmarkt beherrschen. Die größten deutschen Unternehmen sind Volkswagen, Daimler, E.ON (Energie), Siemens (Elektrotechnik), Metro (Lebensmittel) und BASF (Chemie). Mit Autos werden die höchsten Umsätze erzielt. Durch eine starke Industrie und die nicht einseitige Abhängigkeit von Finanzdienstleistungen ist das Land auch in Krisenzeiten besser aufgestellt.



3. Die westdeutsche Wirtschaft ist aber eine überwiegend mittelständische Wirtschaft. Rund zwei Millionen Unternehmen sind kleine oder mittlere Betriebe mit bis zu 500 Beschäftigten, in denen fast zwei Drittel der Arbeitnehmer tätig sind. Auch in Ostdeutschland gewinnt die Wirtschaft immer mehr mittelständische Konturen und schafft so neue Arbeits- und Ausbildungsplätze.

4. Die Internetbranche wächst zurzeit überdurchschnittlich: durch E-Commerce, Cloud-Dienste und bezahlte Inhalte. Deutschland ist führend bei der Herstellung von Sensoren, z.B. für Handys. Dringend werden starke Datenleitungen im ganzen Land benötigt. Neu ist die junge Start-up-Szene, die mit öffentlichen Mitteln und von Risikokapitalgebern unterstützt wird. Dazu gehören Kreative in Berlin oder IT- und High-Tech-Gründer in Hamburg, München oder im Rhein-Ruhr-Gebiet. Sie sind risikofreudig, während die meisten Deutschen die Festanstellung als ihr Ideal ansehen.

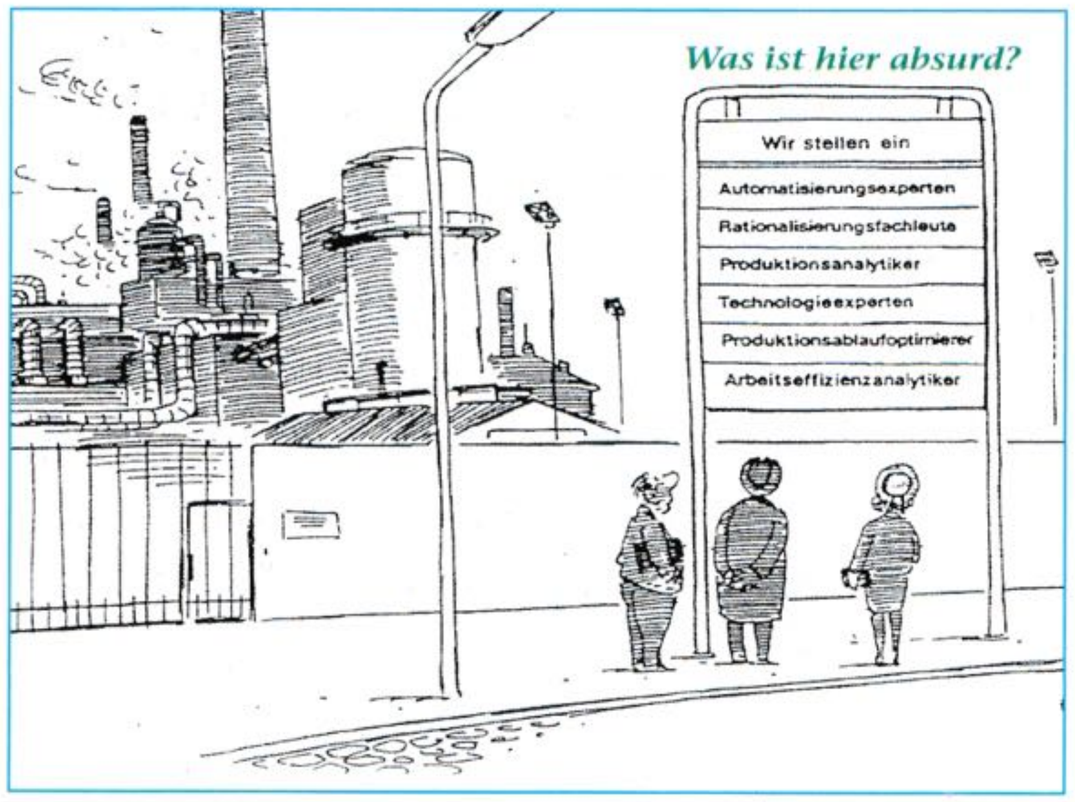
Wirtschaft seit der Wende

1. Die westliche Marktwirtschaft stand jahrzehntelang im Gegensatz zur östlichen Planwirtschaft. Prinzip der Marktwirtschaft ist der Wettbewerb; ihr Motor ist der Gewinn. Gesteuert wird der Wirtschaftsprozess über den Preis, dessen Höhe von Angebot und Nachfrage, Überangebot und Mangel abhängt. Hinzu kommen Privateigentum, freie Berufs- und Arbeitsplatzwahl sowie freier Geldverkehr, verbunden mit dem Bank- und Steuergeheimnis. Das Gesetz verbietet Absprachen zwischen Konkurrenten und den Zusammenschluss von Firmen, der den freien Wettbewerb gefährden könnte.
Das Idealziel der Marktwirtschaft sind stabile Preise, ein hoher Beschäftigungsstand, ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges Wachstum. Realität ist, dass Rezessionen in regelmäßigen Abständen dieses Ideal trüben. Kritiker merken an, dass Wohlstand nicht allein auf Wachstum beruht, sondern u.a. auch auf Bildung und Umweltverträglichkeit.

2. In der Bundesrepublik wurde das freie Spiel der Marktprinzipien zugunsten der von allen bezahlten Bereiche eingeschränkt. In der sozialen Marktwirtschaft greift der Staat in diese Bereiche regulierend ein, insbesondere bei Gesundheit, Wohnen, Verkehr, Erziehung, Rechtspflege, Bildung, Forschung und Entwicklung, die im allgemeinen nationalen Interesse stehen. Auch Solidarleistungen zur Vermeidung existenzieller Notlagen gehören dazu, wie zum Beispiel das Wohngeld oder bei Arbeitslosigkeit das Arbeitslosengeld. Ein wesentliches Moment der sozialen Marktwirtschaft ist die Tarifpartnerschaft von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden (siehe S. 138).

3. Um die marktwirtschaftlichen Kräfte zu stärken, verfolgt die Bundesregierung eine Politik der Privatisierung. Sie hat sich aus vielen Unternehmen zurückgezogen, z.B. aus dem Industriekonzern VW und den Energieversorgungsunternehmen. Das ehemals staatliche Unternehmen Lufthansa ist privatisiert, Post und Bahn zum Teil. Subventionierung und Regulierung prägen dennoch weite Teile der Wirtschaft, z.B. in der Energieversorgung. Die Wettbewerbshüter der EU in Brüssel steuern mit Deregulierung und Liberalisierung dagegen, Marktradikalismus droht. Eine EU-Richtlinie plante, das Wasser zu privatisieren, ist aber nach heftigen Bürgerprotesten (1 Million Unterschriften) wieder zurückgenommen worden. Elementar wichtige Güter müssen Gemeineigentum bleiben.
Der Staat ist besonders in Krisenzeiten gefragt. In der Wirtschaftkrise 2008/09 rettete er Banken vor dem Zusammenbruch, brachte Konjunkturpakete auf den Weg und unterstützte Kurzarbeit.

4. Das größte Privatisierungsgeschäft betrieb bis Ende 1994 die Treuhandanstalt in Berlin. Sie wurde gegründet, um die mehr als 8000 staatseigenen Betriebe der ehemaligen DDR an die Marktwirtschaft anzupassen, d.h. sie zu privatisieren (zu verkaufen), zu sanieren oder „abzuwickeln"; 47 000 Betriebe wurden insgesamt privatisiert. Die Arbeit der Treuhand ist insofern einmalig, als es bisher keine Umwandlung einer Volkswirtschaft in dieser Größenordnung gegeben hat. 1,5 Millionen Arbeitsplätze

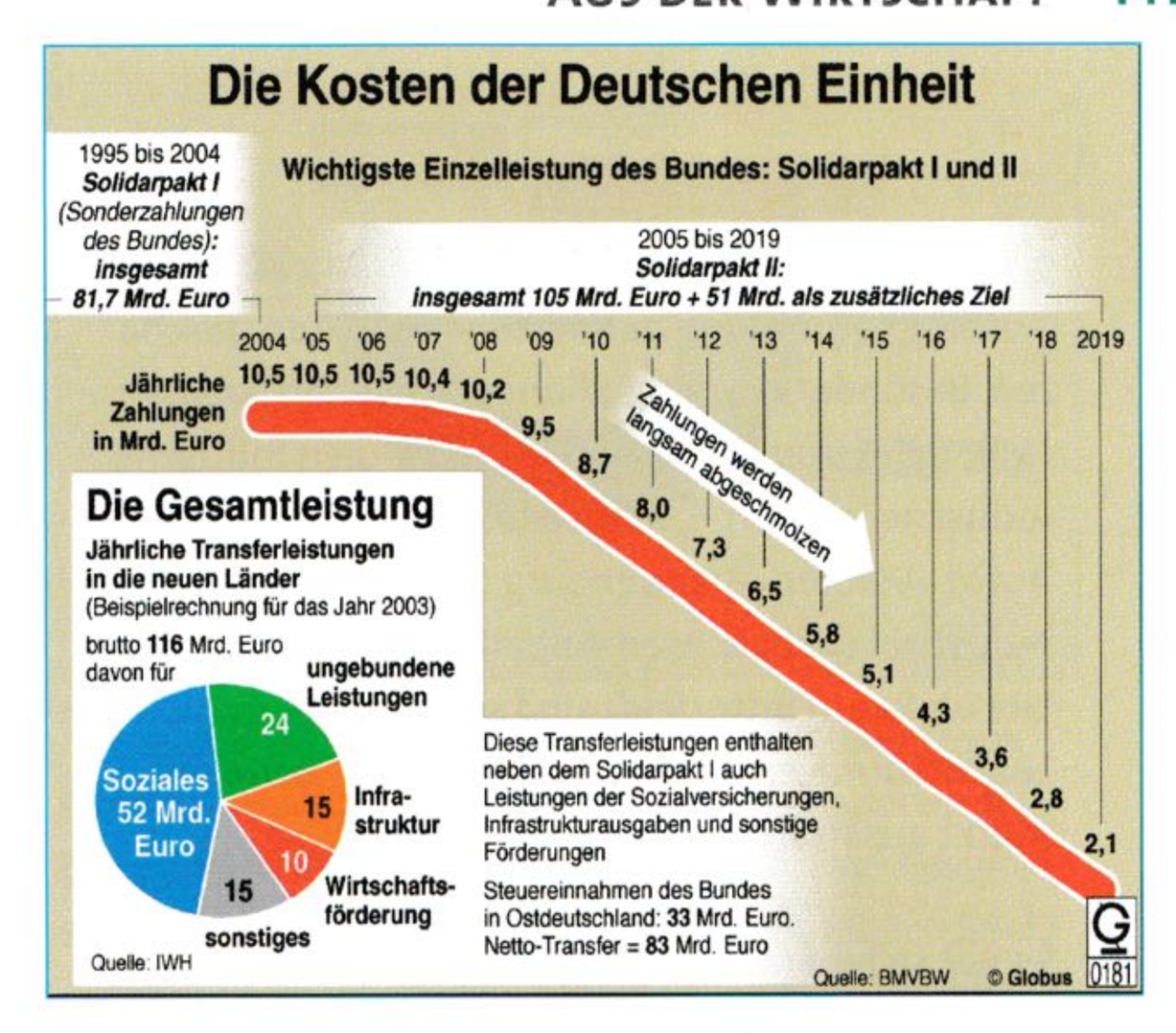


sind entstanden und zwei Drittel von 4 Millionen gingen verloren. Der Arbeitsplatzabbau hat besonders von ostdeutscher Seite viel Kritik erfahren. Die Privatisierung sei „im Prinzip richtig" gewesen, „falsch waren die Methoden und das Tempo", schrieb Helmut Schmidt (Ex-Bundeskanzler).

→ Das Stichwort Abwicklung, abwickeln

Diese Wörter waren Schlüsselwörter der wirtschaftlichen Umstrukturierung in den neuen Bundesländern. Sie bedeuten „Auflösung", „Liquidation", „Stilllegung" bzw. „auflösen", „liquidieren", „stilllegen". Positiv dagegen sind „Sanierung" bzw. „sanieren".

5. Politik und Wirtschaft unterschätzten die Unterschiede zwischen Ost und West: Das Leistungsgefälle war groß und die Menschen waren nach 40 Jahren DDR auch andere. Die Erwartungen an Wohlstand waren hoch, aber die Entwicklung verlief anders als nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Einführung der Mark und die Übertragung westdeutscher Sozialmodelle, die nur in einer dynamischen Wirtschaft funktionieren können, führten zum Crash, zur Kostenexplosion in den Betrieben, zu De-Industrialisierung und Arbeitslosigkeit.
Die wirtschaftliche Situation in den neuen Bundesländern verschärfte sich, als die traditionellen Märkte der ostdeutschen Industrie, nämlich die finanzschwachen osteuropäischen Länder, wegbrachen. Der Export ostdeutscher Waren ging 1990/91 um 75% zurück. Die riesigen Kombinate wie auch mittlere und kleinere Betriebe überlebten die Wende nicht.
Tatsache ist, dass die Treuhand zwar die Betriebe auf ihre Überlebenschancen prüfte, aber der Privatisierung (= den Verkauf) vor einer aktiven Wirtschaftspolitik den Vorrang gab. Sie subventionierte die Umstrukturierungen und löste dadurch einen „Goldrausch" westdeutscher Unternehmer aus.



6. Neben privaten Investitionen fließen Milliardenbeträge in die neuen Bundesländer: für staatliche Förderprogramme, den Ausbau des Verkehrsnetzes, für die Modernisierung von Schulen, Krankenhäusern und Wohnungen, den Wohnungsbau, für Maßnahmen des Umweltschutzes, die berufliche Fortbildung und Umschulung. Gleichzeitig trieb der Staat den Ausbau der Verwaltung und des Justizwesens voran. Die Gelder kommen vom Bund, den alten Bundesländern, der Europäischen Gemeinschaft und aus den Förderungsfonds. Alle Bundesbürger leisten einen sogenannten Solidaritätszuschlag („Soli" genannt"), der auf die Löhne und Einkommen erhoben wird.

→ Das Stichwort Solidarpakt II

Der Fonds „Deutsche Einheit" sollte den fünf östlichen Bundesländern nach der Wende wirtschaftlich „unter die Arme greifen". Aber die Schulden wuchsen und die Mittel reichten nicht aus. 1995 stellte dann der Solidarpakt weitere 81 Milliarden Euro zur Verfügung, die Ost und West bis 2004 angleichen sollten. 2005 musste der Solidarpakt II in Höhe von 156 Milliarden gestartet werden. Diese Förderung läuft 2019 aus. Es wird geschätzt, dass insgesamt fast 2 Billionen Euro in die neuen Bundesländer geflossen sind. Weitere Finanzhilfen wurden in Aussicht gestellt.

7. Inzwischen haben Innovationen und eine gewisse Aufbruchstimmung dennoch neue Fakten geschaffen. Besonders in den Ballungsräumen in Sachsen (Mikroelektronik in Dresden), Thüringen (optische Industrie in Jena), Eisenach (Automobilbau und Autozulieferer), Brandenburg (Luft- und Raumfahrt-Industrie) und Sachsen-Anhalt (Photovoltaik-Industrie im Raum Bitterfeld) sind sogenannte industrielle Leuchttürme entstanden, die auch auf den Weltmarkt ausstrahlen.

Es hat sich herausgestellt, dass Zukunftssicherung nur durch Investitionen in die Köpfe und in Innovationen möglich wird, weniger als bisher durch die Förderung der Infrastruktur, des Städte- und Straßenbaus. Positiv zu bewerten für Ostdeutschland ist natürlich auch die Tatsache, dass der Lebensstandard gestiegen ist, und vor allem, dass jeder reisen kann, wohin er will, sofern das Portemonnaie dies zulässt.

8. Negativ schlägt zu Buche, dass seit dem Mauerfall ca. zwei Millionen Menschen dem Osten den Rücken gekehrt haben, dass manche Regionen nur dünn besiedelt sind und dass das Lohnniveau und die Produktivität noch zurückliegen, mit Ausnahme der großen Städte und Wirtschaftszentren (= Ost-West-Gefälle). Vielfach fehlen große Industriebetriebe und der Nachwuchs. Die ostdeutschen Bundesländer bleiben auch 25 Jahre nach dem Mauerfall von den Transfers aus dem Westen abhängig, wobei anzumerken ist, dass Ostdeutschland ein Vorbild für sparsames Wirtschaften und den Abbau von Schulden ist.
Inzwischen bessern sich auch hier die Zahlen; die Abwanderung scheint fast gestoppt.

9. Staat und Wirtschaft müssen in Forschung und Entwicklung, Bildung und Wissenschaft investieren.
Mit Ernst Werner von Siemens, Gottlieb Daimler und

Robert Bosch war Deutschland das Land der Tüftler und Erfinder, die die Marke Made in Germany weltbekannt machten. Heute konzentriert sich das Land darauf, in Zukunftstechnologien wie z.B. der Solar- und Windenergie sowie der Biotechnologie vorn zu sein, auch unter schwierigen Weltmarktverhältnissen (siehe S. 151ff.).

Konzerne kritisieren eine mangelnde Flexibilität des Arbeitsrechts und bauen trotz guter Bilanzen Stellen ab, während Familienunternehmen langfristiger planen und neue Arbeitsplätze schaffen. Alle gemeinsam üben Kritik an den hohen Sozialabgaben – das sind Leistungen der Firmen über den Lohn hinaus –, an der Energiepolitik und den zu vielen Vorschriften. In Brüssel und hierzulande ist man inzwischen bestrebt, Bürokratie und Handelshemmnisse abzubauen, was allerdings manchem zu langsam vorangeht. Pluspunkte für den Standort Deutschland bringen die gute Ausbildung, die hohe Produktivität der Arbeitnehmer, das soziale Klima, die Infrastruktur, politische Stabilität und nicht zuletzt die Rechtssicherheit.

Fragen

1. Welche Erfindungen haben diese Forscher im 19. Jahrhundert gemacht? Recherchieren Sie im Internet: Rudolph Diesel, Otto Lilienthal, Werner von Siemens, Johann Philipp Reis, Georg Simon Ohm.
2. Mit welchen Entdeckungen sind die folgenden Namen im 20. Jahrhundert verbunden? Recherchieren Sie im Internet: Alfred Wegener, Otto Hahn, Karl Freiherr Drais, Max Planck, Konrad Zuse, Werner Heisenberg.

Die EU und Europas Krisen

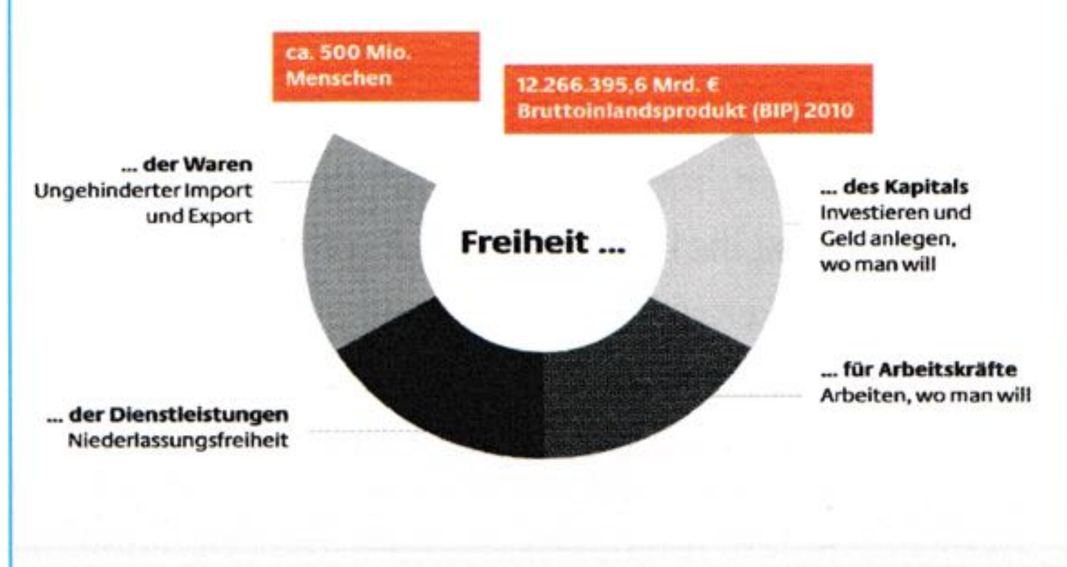
1. In Artikel 8a des EWG-Vertrags heißt es: „Der Binnenmarkt umfasst einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital ... gewährleistet ist." Und seit dem 1.1.1993 ist er „verwirklicht". Insgesamt erwarten die Europäer von der europäischen Integration neue Absatzmärkte, mehr Stabilität und eine bessere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt.
Die Realität aber sieht anders aus: Viele EU-Staaten haben sich verschuldet und das Jahr 2015 brachte neue Gefahren, die Europa verändern werden.

2. Rückblick: In den ersten zehn Jahren der Europäischen Gemeinschaft – seit 1958 – wurden schnelle Fortschritte erzielt. Die sechs Gründungsstaaten Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg schafften alle Zölle und Quoten in ihrem Binnenhandel ab. Der Kapitalverkehr ist seit 1990 frei, d.h. Gelder können über die Grenzen fließen und angelegt werden, wo die Bedingungen am günstigsten sind.

Und am 1.1.1993 sind dann auch die Grenzkontrollen für einen Großteil des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Waren weggefallen. Der Reisende kann privat ohne Einschränkungen zum eigenen Bedarf einkaufen und die Waren einführen. Waren, die gewerblichen Zwecken dienen, müssen weiterhin im Bestimmungsland versteuert werden, denn die Steuern – z.B. die Mehrwertsteuer – sind in den einzelnen Ländern der EU unterschiedlich hoch.

3. „Eine simple Idee – aber schwer zu verwirklichen", hieß eine Überschrift in der „Süddeutschen Zeitung" kurz vor Beginn des Binnenmarkts: Der Politik der Liberalisierung und des Freihandels stellen sich Protektionismus und

Der Europäische Binnenmarkt und seine vier Grundfreiheiten



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

nationale Interessen entgegen. Bisher sind Tausende von Richtlinien in Brüssel beschlossen worden, aus denen der Binnenmarkt derzeit zusammengesetzt ist. Eine Richtlinie setzt flächendeckend eine Innovation durch, z.B. den Ersatz der alten Glühbirne durch Energiesparlampen. Die Richtlinie übt Druck auf die Länder aus, den Rechtsakt in ein nationales Gesetz zu übernehmen. Schornsteinfeger z.B. hatten früher einen sogenannten Gebietsschutz, d.h. nur ein Schornsteinfeger arbeitete in einem bestimmten Gebiet in Deutschland. Seit Januar 2013 können Schornsteinfeger in allen EU-Ländern arbeiten, was aber wegen mangelnder Sprachkenntnisse sicherlich Schwierigkeiten bereitet.

4. Im freien Warenverkehr soll der Grundsatz gelten, dass das in einem Land der Gemeinschaft hergestellte Erzeugnis auch gut ist, um im anderen angeboten zu werden. In Wirklichkeit werden viele Einwände gegen den freien Warenverkehr erhoben, um nationale Produkte zu schützen. Beispiele: Die Deutschen öffneten nur unwillig ihre Grenzen auch für Bier, das nicht den strengen Vorschriften für deutsches Bier entspricht; die Franzosen verteidigen die besondere Herstellung ihres Baguettes, um das typische Flair zu erhalten. Österreich machte vor dem Beitritt zur Bedingung, dass typisch österreichische Ausdrücke gleichberechtigt neben hochdeutschen Begriffen stehen, also „Tomate" und „Paradeiser", „Blumenkohl" und „Karfiol", „Schlagsahne" und „Schlagobers". Einig ist man sich, dass die kulturelle Vielfalt in der Gemeinschaft erhalten bleiben muss.

5. Die EFTA-Länder Finnland, Österreich und Schweden erweiterten 1994 die Union von 12 auf 15 Mitglieder. Trotz vieler Schwierigkeiten im Detail war der Binnenmarkt für sie attraktiv. Deutschland ist immer ein starker Befürworter für seine östlichen Nachbarn gewesen.

6. In Handelsfragen ist die Gemeinschaft, nicht mehr der einzelne Mitgliedsstaat, zuständig. Leider spricht Europa oft nicht mit einer Stimme und schmälert so sein Gewicht bei internationalen Abkommen. Ein kleinteiliges Europa der Nationalstaaten kann global aber nur verlieren.

→ Das Stichwort

Institutionen der Europäischen Union

Neben Frankfurt (Europäische Zentralbank = EZB) stehen auch die Standorte weiterer Institutionen fest: der Europäische Rechnungshof: Brüssel; die Europäische Umweltagentur: Kopenhagen; die Arzneimittelagentur: London; die Polizeistelle Europol: Den Haag; die Europäische Drogenüberwachungsstelle: Lissabon; die Europäische Stiftung für Berufsbildung: Turin; das Übersetzungszentrum: Luxemburg (weitere Institutionen auf S. 176).

Der Europäische Binnenmarkt ist mit über 500 Millionen Verbrauchern der größte gemeinsame Markt der Welt. Doch die Entwicklung verlief nicht immer „rund": Deutschland und Frankreich verletzten den Maastricht-Vertrag (Verschuldung über 3%), die Verschuldung verschiedener EU-Länder folgte und die gemeinsame Währung geriet in Turbulenzen. Rettungsschirme wurden aufgespannt, um die Märkte zu beruhigen und Mitgliedsländer aus der Staatsverschuldung zu helfen. Die Sparauflagen führten in Europa zur Schwächung der Wirtschaft und zu hoher Arbeitslosigkeit, vor allem der Jugendarbeitslosigkeit. Sie zu bekämpfen ist zurzeit ein wichtiges Ziel.

→ Das Stichwort

Europäischer Rettungsschirm (ESM)

Die starken Euro-Länder stehen für die schwachen ein mit Krediten (mit günstigen Zinsen) und Bürgschaften zur Stabilisierung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Die überschuldeten Staaten müssen dafür ihre Situation analysieren und sparen.

Die Regierungschefs beschlossen nach dem EFSF (die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität, ein „Wortungeheuer") den ESM, den Europäischen Stabilitätsmechanismus und den Fiskalpakt (Begrenzung der Schulden = Schuldenbremse).
In Deutschland wurden von Bürgern Klagen gegen den ESM beim Bundesverfassungsgericht erhoben, aus Furcht vor einer Haftung für die Schulden anderer Länder. Das Gericht wies die Klagen ab und unterstützte die Euro-Rettung. Gewinner ist die Demokratie, denn das Gericht bestätigte damit den Beschluss des Parlaments. Gewinner ist auch Europa, zu dem sich die meisten Länder trotz heftiger Kontroversen bekennen. Zu Beginn der EU war für die Zukunft Europas vor allem die Friedenssicherung das Ziel, heute ist es die ökonomische Sicherung und die Solidarität der Länder.

Die EZB, die Europäische Zentralbank, die unabhängig ist und auf die Geldwertstabilität achtet, kaufte zur Stützung des ESM unbegrenzt Anleihen überschuldeter Länder auf. Dadurch sanken die Zinsen und entlasteten die Länder. Um in Zukunft Finanzkrisen zu vermeiden, schuf das Europäische Parlament gesetzliche Grundlagen für eine europäische Bankenaufsicht. Seit 2014 überwacht die EZB besonders wichtige Banken im Euroraum und kontrolliert deren Liquidität (Bankenunion). Die Banken müssen eine Bankenabgabe in einen europäischen Fonds einzahlen, mit dem marode Banken abgewickelt werden können. Inzwischen scheinen die Krisenländer wieder auf einem guten Weg zu sein, doch es wird noch dauern, bis Arbeitslosigkeit und Staatsschulden der Vergangenheit angehören.

Die organisierte Sicherheit

Wie bekämpft die Europäische Union das organisierte Verbrechen? – In Maastricht wurde 1992 die Gründung einer europäischen Polizeibehörde beschlossen, die 1999 koordinierend tätig wurde: EUROPOL. Denn so vorteilhaft die Öffnung der Binnengrenzen für Wirtschaft und Tourismus ist, so wenig darf sie der internationalen Kriminalität – Waffen- und Drogenhandel, Geldwäsche, Terrorismus – zugute kommen.
EUROPOL in Den Haag (Niederlande) ist ein unionsweites System zum Austausch von Informationen innerhalb eines Europäischen Polizeiamtes. Es dient der Unterstützung der Zusammenarbeit der Polizei. EUROPOL kann auf das Schengener Informationssystem (SIS) zurückgreifen, das wichtigste Fahndungssystem in Europa. Eine europaweite Vernetzung der Datenbanken wurde vorgenommen.

2004 schufen die EU-Innen- und Justizminister eine zweite Sicherheitsbehörde: die europäische Grenzschutzagentur Frontex in Warschau (Polen). Sie koordiniert die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten beim Schutz der Außengrenzen (Landgrenzen, Flughäfen, Seegrenzen) gegen illegale Einwanderung.
Das zentrale europäische Überwachungssystem „Eurosur" sammelt Daten der Schiffsüberwachung von Drohnen, Radaranlagen und Bewegungssensoren. Seit immer mehr Flüchtlinge über verschiedene Routen nach Europa drängen, steht der Grenzschutz im Dilemma zwischen Auftrag und Menschlichkeit. Für Europa steht die Frage im Raum, wie sich Flüchtlingspolitik mit europäischem Geist und Werten verträgt.

FRAGEN

1. Welche positiven oder negativen Folgen können offene Grenzen haben? (Siehe S. 92, Schengener Abkommen)
2. Wie beurteilen Sie die Arbeit von Frontex?

Umweltsorgen

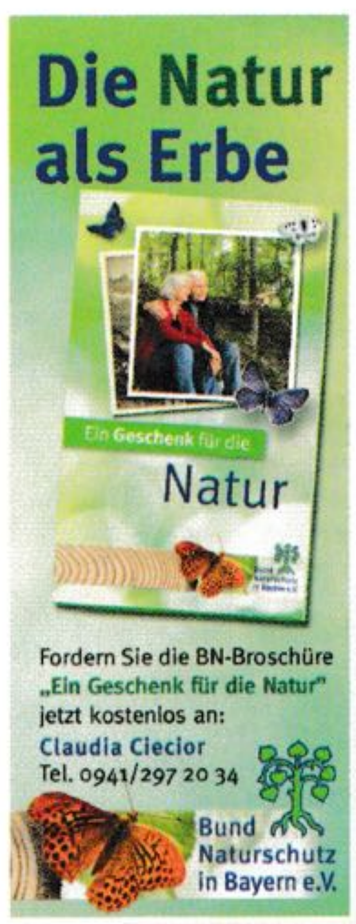
Belastungen der Umwelt

1. Eines ist sicher: Die Umwelt hat von der Vereinigung auf jeden Fall profitiert. Niemand hat vorher so genau gewusst, wie schlimm es um Luft, Boden und Wasser stand. Die ehemalige DDR war ein Umweltsünder ersten Ranges. Sie entließ mehr Schwefeldioxid und mehr Staub in die Luft als die größere und wirtschaftsstärkere frühere Bundesrepublik.
Auf Maßnahmen zur Luftreinhaltung, auch auf die Stilllegung von Industrien ist es nun zurückzuführen, dass die Schadstoffe Schwefeldioxid, Stickoxide und Staub nach der Wende erheblich zurückgegangen sind. Es gelten Vorschriften wie z.B. die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft und die Verordnung für Großfeuerungsanlagen.
Die Bundesregierung hat schon 1982 mit Maßnahmen zur Luftreinhaltung und zum Schutz der Wälder begonnen. 1986 wurde das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eingerichtet und die Bundesländer bekamen ihre Umweltministerien.
2004 entstand das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das den Anteil von Wind-, Wasser-, Sonnenenergie und Geothermie an der Stromerzeugung in Deutschland gesteigert hat. Umfangreiche Fördermittel werden zur Verfügung gestellt.

2008 hat Deutschland die Förderung für erneuerbare Energien sowie der Wärme-Kraft-Kopplung (Erzeugung von Strom und Wärme für Haushalte und Industrie) erhöht und ein Klimapaket beschlossen. Es steht Geld für die Windkraft und für Biomasse zur Verfügung, weniger für die Photovoltaik. Die Wärme-Kraft-Kopplung gilt als besonders effizient und umweltschonend. Gefördert werden auch Hausbesitzer, die mit Solaranlagen, Holzpellets oder

Wärmepumpen Energie erzeugen oder ihre Häuser besser isolieren (Wärmedämmung, siehe auch Öko-Häuser, S. 64, 149). Die Reform des EEG im Jahr 2014 regelt die Förderung neu. Sie hat zum Ziel, die Strompreise stabil zu halten und den Anteil erneuerbarer Energien zu steigern.

Die UN-Klimakonferenz in Paris 2015 hat ein neues weltweites Klimaabkommen beschlossen, das 2020 in Kraft treten und das Kyoto-Protokoll ablösen wird. Der Vertrag verpflichtet alle 195 beteiligten Staaten zum Klimaschutz: Die Erderwärmung soll auf 1,5 bis 2 Grad begrenzt und die CO_2-Emissionen sollen in der 2. Hälfte des Jahrhunderts auf null gesenkt werden. All 5 Jahre werden die Klimaziele überprüft und nachgebessert. Entwicklungsländern wird finanzielle Unterstützung zugesichert. Das Ergebnis gilt als historisch, weil die Länder von Kohle, Öl und Gas Abschied nehmen und alternativen Energien eine Chance geben.

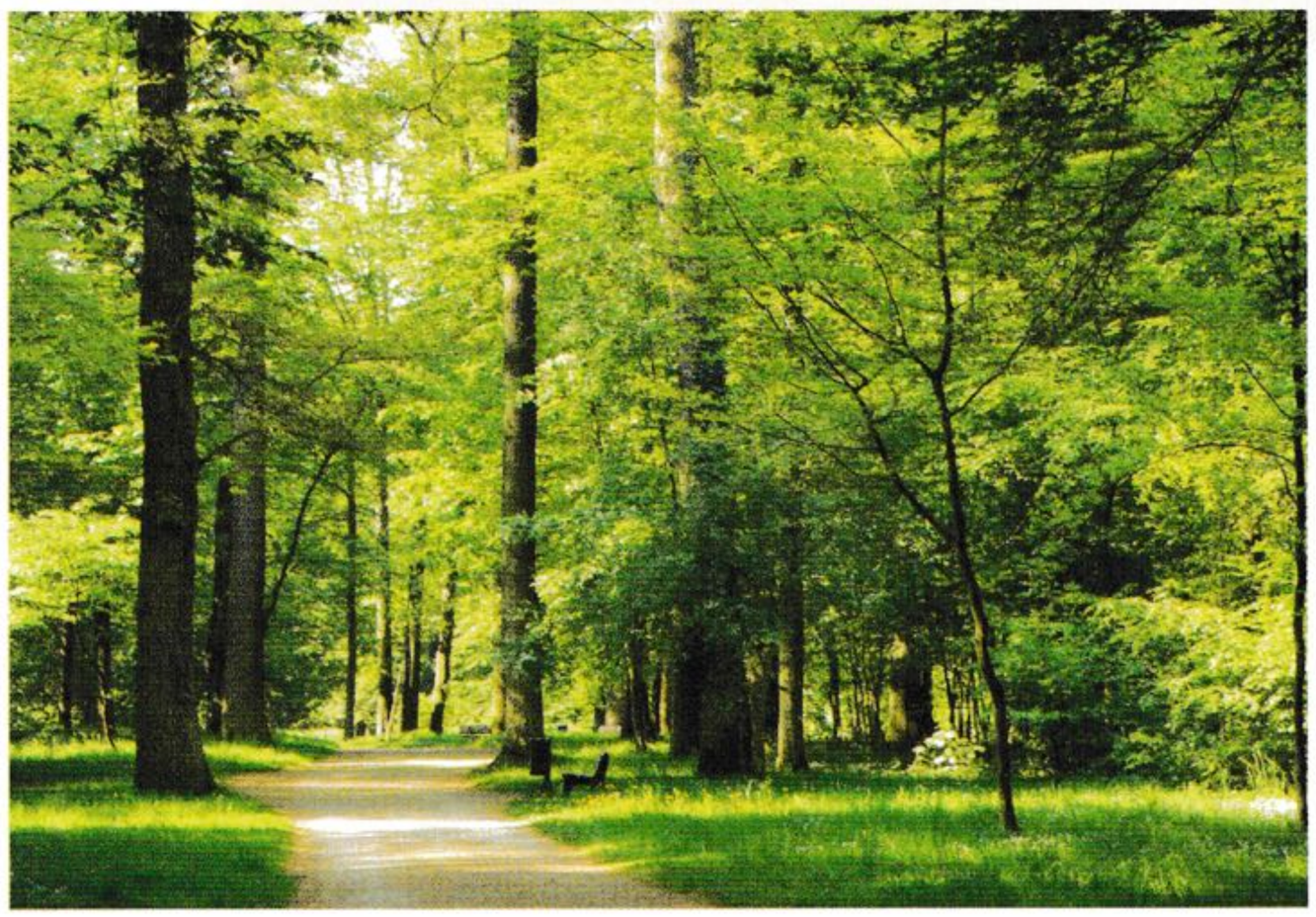


2. Lesen Sie den folgenden Auszug aus einem Papier des BUNDES (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland), der größten Naturschutzorganisation in Europa.

Waldzustandsbericht

Vor fast 40 Jahren machte der BUND auf das Waldsterben aufmerksam. Hinweisschilder mit dem Text: „Hier sterben die Kiefernwälder" stellte der Bund Naturschutz schon 1972 im bayerischen Kelheim auf. Es hagelte Proteste, die Schilder mussten entfernt werden. Zwei Jahre später bestätigte der Umweltminister den Befund. Es überschlugen sich bald darauf die Warnungen und ein Spruch wurde in die Welt gesetzt, klar und kompromisslos: „Erst stirbt der Wald, dann stirbt der Mensch." Heute geht es dem Wald wieder sehr viel besser, weil auch die Luft sauberer geworden ist. Der Wald bedeckt ca. ein Drittel der Fläche Deutschlands. Er ist nicht mehr ursprünglich, sondern ist gepflegt und bewirtschaftet, d.h. Nutzholz wird geschlagen und verkauft. Es gibt wieder mehr gesunde Mischwälder (= Nadel- und Laubbäume), insgesamt zwei Drittel des gesamten Waldbestandes. Der Bund Naturschutz fordert mehr Nachhaltigkeit für die Waldpolitik (nur so viel soll geschlagen werden, wie nachwachsen kann) und mehr naturbelassene Wälder. Obwohl der Wald stabiler geworden ist, fürchten Klimaschützer, dass der Klimawandel negative Folgen für den Wald haben wird.

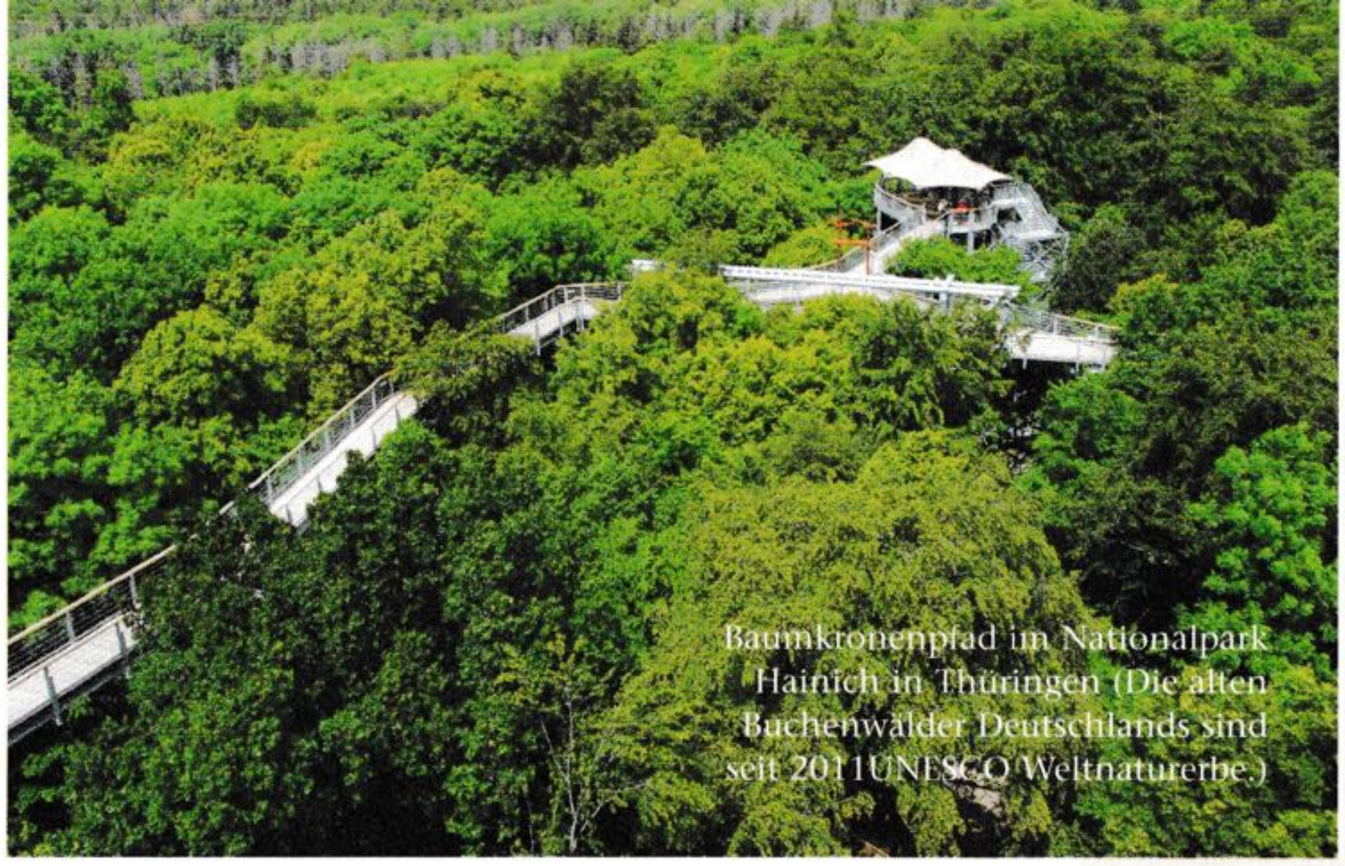
(Aus dem Positionspapier des BUNDES, 1992, ergänzt 2015)



Die EU wollte Reformen in der Landwirtschaft umsetzen: Mittlere und kleine Unternehmen (Öko-Betriebe) sollten stärker gefördert werden. 5% der Felder sollten ökologisch belassen werden (ohne Pestizide), Monokulturen sollten verhindert werden. Leider ist die große Agrarreform misslungen: Wiesen dürfen zu Acker werden, Düngen ist erlaubt, ein Kompromiss, der allen schadet, dem Naturschutz und der Artenvielfalt.

Aufgaben

1. Wissen Sie, was der BUND ist? (Siehe S. 79)
2. Wie werden Umweltprobleme in Ihrem Land diskutiert? Und welche?

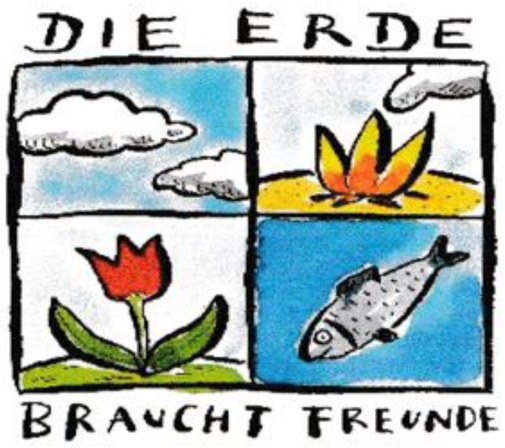


Baumkronenpfad im Nationalpark Hainich in Thüringen (Die alten Buchenwälder Deutschlands sind seit 2011 UNESCO Weltnaturerbe.)

3. Die Luftreinhaltung ist nur ein Aspekt in der Palette der Umweltsorgen. Die Reinhaltung des Wassers, Verbesserungen zum Schutz von Flüssen und Seen sind ebenso Gegenstand der Umweltpolitik. Eine Studie des Europäischen Umweltamts lobte, dass Abwässer heute seltener in Flüsse und Seen geleitet werden. Die Gewässer sind sauberer geworden und werden zum Teil renaturiert, d.h. in einen ursprünglichen Zustand zurückverwandelt. Eine Verordnung begrenzt den für den Menschen gesundheitsschädlichen Bleigehalt. Noch bilden Chemikalien, die mit der Landwirtschaft zusammenhängen, besonders für Fische und Krebse eine Gefahr.
Sieben Alpenstaaten – Österreich, Deutschland, Frankreich, Italien, Schweiz, Liechtenstein, Slowenien sowie die Europäische Union – haben 1991 eine „Übereinkunft zum Schutz der Alpen" (Alpenkonvention) auf den Weg gebracht und sich für den Schutz eines grenzüberschreitenden Ökosystems ausgesprochen.

Alpen brauchen noch mehr Schutz

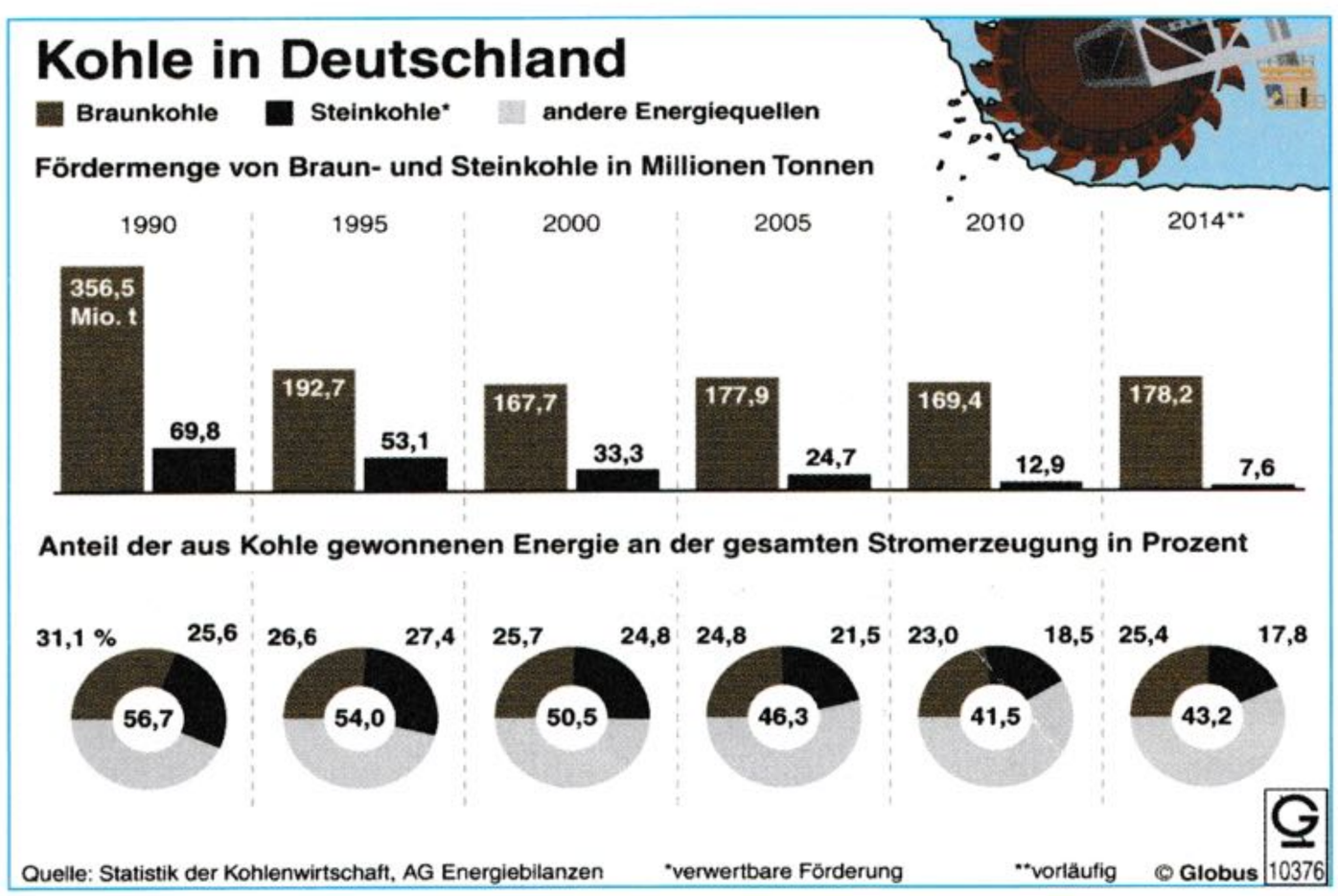
Von Jahr zu Jahr zieht es immer mehr Menschen in die Bergregionen, zum Wandern, Bergsteigen oder auf Klettersteige. Die Berge sind absolut „in" für jüngere Leute wie auch für Ältere. Das hat zur Folge, dass sich an manchen Wochenenden Karawanen von Ausflüglern und Touristen über das ausgebaute Wegenetz zu komfortablen Hütten mit schöner Aussicht hinaufbewegen. Klettersteige boomen. Sie sind für Ungeübte ein gefährliches Ziel und werden von Naturschützern sehr kritisch betrachtet. Im Winter steigt die Zahl der Übernachtungen in den Bergen, obwohl wegen des Klimawandels die Schneefallgrenze steigt und traditionelle Skiorte nicht mehr schneesicher sind. Künstliche Beschneiungsanlagen sollen Abhilfe schaffen und so mancher fragt sich, wie viel Belastung die Natur noch aushalten wird. Nicht zu übersehen ist auch, dass das Abschmelzen der Gletscher neue Gefahren mit sich bringt, da das Zurückgehen des Eises und damit des Dauerfrosts zu Bergrutschen und Felsabgängen führt.
Der Bund Naturschutz mahnt: In Bergwäldern darf es keine Kahlschläge mehr geben. Außerdem keine künstliche Beschneiung, keine weiteren Straßen in den Alpen und vieles mehr (siehe S. 79).



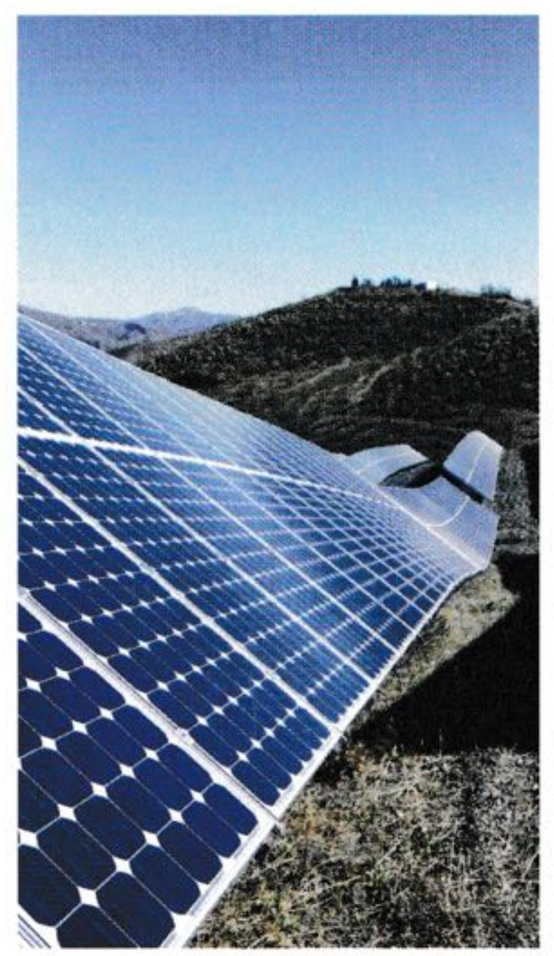
Das Bundesnaturschutzgesetz schafft Möglichkeiten, Gebiete zu Nationalparks zu erklären; Tiere und Pflanzen sind dann besonders geschützt. Heute gibt es 16 Nationalparks an der Nord- und Ostsee, in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen (Sächsische Schweiz) und Bayern (Bayerischer Wald und Berchtesgaden).

Alternative Energien und Klimaschutz

1. Ein Energiemix aus Mineralöl, Erdgas, Steinkohle, Braunkohle, erneuerbare Energien und Kernenergie sichern die Versorgung in Deutschland. In Zukunft sollen die erneuerbaren Energien den Hauptanteil übernehmen, damit Deutschland unabhängiger von Energieimporten wird. 2011 leitete die Politik eine Energiewende ein: Acht alte Atommeiler wurden sofort abgeschaltet, die restlichen 9 sollen bis 2022 schrittweise vom Netz gehen und von alternativen Energien ersetzt werden (= Atomausstieg). In dieser Zeit ist geplant: der Ausbau erneuerbarer Energien (Offshore-Windparks, Wasserkraft, Geothermie, Solarstrom, vor allem Sanierung alter und Neubau energieeffizienter Häuser), Bau neuer Hochspannungsleitungen von der Nordsee nach Süden, Bau von neuen Gas- und leider auch klimaschädliche Kohlekraftwerken zur Überbrückung bis zur vollständigen Versorgung mit neuen Energien, Suche eines Endlagers für radioaktive Abfälle.



Durch den rasanten Boom des Ökostroms sind konventionelle Kraftwerke nicht mehr ausgelastet. Der grüne Kraftwerkspark wächst, der konventionelle Kraftwerkspark (= Stein- und Braunkohle-Kraftwerke sowie Atomkraftwerke) schrumpft. 8 Braunkohle-Kraftwerke werden abgeschaltet. Der Rückbau der Atommeiler wird Milliarden kosten. Die Verluste der Stromkonzerne wachsen. Die ganze Branche ist im Umbruch. Mit der Energiewende entsteht eine neue Energieversorgung: hin zu kleineren Kraftwerken und einer dezentralen Versorgung. Viele Länder schauen mit großem Interesse auf Deutschland, denn es geht um neue Formen von Wirtschaftlichkeit, um Kreativität und Gemeinsamkeit. Die Energiewende ist unumkehrbar.



2. Alternative Energiequellen sind unerschöpflich; sie werden nicht durch einmalige Nutzung verbraucht wie Kohle und Erdöl. Man nennt sie deshalb auch erneuerbare oder regenerative Energien. Dazu gehören Wasserkraft, Wind-, Sonnen- und Bioenergie sowie Geothermie (= Strom aus ca. 100 Grad heißem Wasser unter der Erde). Ihr Anteil ist auf 33 % der Energieerzeugung gestiegen.
Große Anlagen vermarkten den Strom direkt an der Strombörse. Kleine private Photovoltaik-Anlagen, die zum Beispiel umweltbewusste Bürger auf dem eigenen Dach installieren, speisen überschüssigen Strom ins Netz ein und bekommen eine Vergütung. Jeder Stromkunde, auch der Selbsterzeuger, zahlt die sogenannte EEG-Umlage, mit der die Vergütungen finanziert werden.
Bürger investieren gemeinsam in Solaranlagen und Windparks und gründen Energiegenossenschaften. Auch viele Gemeinden gründen eigene Stadtwerke, erzeugen eigenen Strom und setzen sich zum Ziel, autark zu werden, d.h. keinen Strom von außen zu kaufen.
Für Windenergie an Land und Photovoltaik treten mit der

Reform neue, strengere Regeln in Kraft. Die Vergütung für Biomasse (Gülle und Abfallstoffe) schließt in Zukunft aus gutem Grund Mais, Zuckerrüben und Getreide aus. Aus Biomasse kann Bio(erd)gas (Methan) gewonnen werden, das die gleichen Eigenschaften wie fossiles Erdgas hat, aber ein erneuerbarer Energieträger ist, der weitgehend klimaneutral nutzbar ist.
Erneuerbare Energien liefern Strom, wenn die Sonne scheint und Wind weht. Fieberhaft wird an der Entwicklung von Stromspeichern gearbeitet. Eine Lösung könnte die Power to Gas-Technologie (P2G) sein, die Strom in Biogas verwandelt, das sich dann speichern lässt.
Aber es gibt auch Proteste. Nicht immer sind die Bürger begeistert, wenn vor ihrer Haustür ein Windpark entsteht und Strommasten aufgestellt werden. Bürgerinitiativen bilden sich, besonders in Bayern. Sie wollen die Trasse Suedlink über 800 Kilometer von der Nordsee nach Bayern verhindern, da die Masten die Landschaft verändern würden. Erdkabel statt Freilandleitungen sind nun auf Teilstrecken die Lösung. Die Zeit drängt, denn die Atomkraftwerke werden 2022 abgeschaltet. Deutschland hat gute Ergebnisse bei den erneuerbaren Energien erreicht, bei den Übertragungskapazitäten für den Strom besteht noch Handlungsbedarf. In der Nordsee entstehen ein Windpark nach dem anderen und damit Stromüberschüsse. Wenn diese nicht weitergeleitet werden, laufen Kraftwerke wieder an, um Engpässe zu vermeiden.

3. Windkraftwerke brauchen gute Windverhältnisse; sie entstehen u.a. in Form von Offshore-Parks in der Nordsee, z.B. der Windpark „DanTysk" westlich der Insel Sylt (70 Windräder), der 2015 ans Netz gegangen ist. Die Windparks Nordsee Ost und Sandbank folgen. Hier investiert die Stadt München, die als erste Millionenstadt bis 2025 ganz auf regenerative Energiequellen umsteigen will: durch Windparks, Geothermiekraftwerke oder Flusskraftwerke. Die Offshore-Windenergieanlagen können schon ca. 3 Millionen Haushalte mit Strom versorgen.

4. Fracking als Methode der Gas- und Ölgewinnung durch Zertrümmern tieferer Gesteinsschichten trifft in einem dicht besiedelten Land wie Deutschland auf heftigen Widerstand der Bevölkerung, die eine Verschmutzung des Trinkwassers befürchtet. Unkonventionelles Fracking in über 3000 m Tiefe zur Gewinnung von Gas, Trinkwasser und Erdwärme ist erlaubt, riskantes Fracking bis 3000 m ist bis 2019 verboten; die Auflagen für Probebohrungen wurden verschärft. Die geringen Mengen deutschen Schiefergases sind ökonomisch nicht sinnvoll nutzbar.

→ Das Stichwort Emissionshandel

Seit 2005 gibt es den Emissionshandel, der das klimaschädliche Kohlendioxid verringern soll: Fabriken und Kraftwerke kaufen Zertifikate (1 Zertifikat = 1 Tonne Kohlendioxid), müssen dazukaufen, wenn sie den Grenzwert überschreiten, und verkaufen, wenn sie ihren CO_2-Ausstoß verringern. Dieses europäische Modell sollte Vorreiter für die Klimapolitik weltweit sein.
Die inzwischen zu billigen Zertifikate bieten keinen Anreiz mehr, in emissionsarme Anlagen zu investieren. Deshalb werden 2019 dem Markt Zertifikate entzogen. Weitere Reformen sollen folgen. Das Ziel: Bis 2030 40% weniger CO_2-Ausstoß in der EU als 1990.

Die Bilanz in Deutschland lautet:

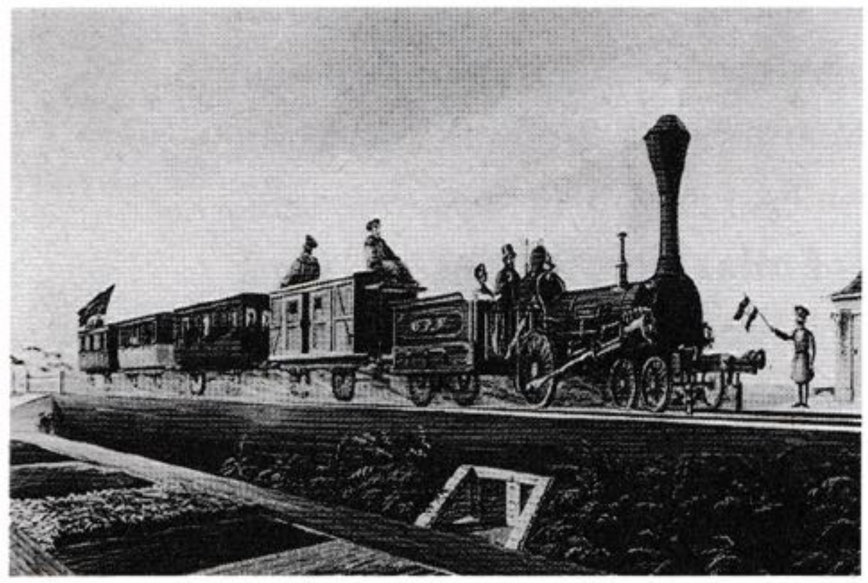
a) Anteil an Ökostrom: 33%
b) 40% weniger CO_2 bis 2020 ist schwer zu erreichen. Alle Kohlekraftwerke müssten stillgelegt und mehr Elektroautos verkauft werden.
c) Der Atomausstieg ist endgültig. Ein Atomendlager ist nicht in Sicht.

Aufgaben

Wie wird der Energiemix der Zukunft aussehen?
EU-Gesetze schreiben vor, dass bei allen großen Bauplanungen die Folgen für die Umwelt geprüft werden müssen. Wie ist ihre Meinung dazu?

Verkehrswege

1. Die dicht besiedelte Bundesrepublik hat auch eines der dichtesten Verkehrsnetze der Welt: ein Autobahn- und Fernstraßennetz von 650 000 Kilometern, ein Eisenbahnstreckennetz von 42 000 Kilometern, Häfen und Wasserstraßen und ein enges Luftverkehrsnetz im schon überfüllten Luftraum über Mitteleuropa. Trotzdem müssen die Verkehrsnetze weiter ausgebaut werden. Und das hat verschiedene Gründe: Im Europäischen Binnenmarkt ist Deutschland zum Transitland für Europa geworden. Mit der Erleichterung der Handelsbeziehungen zu den ost- und südosteuropäischen Ländern sind auch hier neue Verkehrsströme entstanden. Die bisher getrennten Verkehrsnetze von Ost- und Westdeutschland wurden zusammengeführt.



Eisenbahnfahrt 1844 / TGV und ICE

2. Daneben hat die zunehmende Mobilität in unserer Gesellschaft zu mehr Verkehr in den Ballungsräumen geführt; der Bau von Umgehungsstraßen und die Berücksichtigung des Umweltschutzes (Maßnahmen gegen Lärm) sind zu einer weiteren wichtigen Aufgabe geworden. Deutschland ist wie Österreich und die Schweiz auch Durchgangsland nach Süden. Die Autobahn München – Kufstein (= deutsch-österreichische Grenze) – Innsbruck – Brenner-Pass (= österreichisch-italienische Grenze) ist eine der wichtigsten Verkehrsverbindungen für den Personen- und Güterverkehr über die Alpen. Die Folge ist eine starke Umweltbelastung für die Alpenregion. Der Bau eines Brenner - Basistunnels zur Entlastung der Brenner-Strecke ist in Planung, wird aber frühestens 2026 betriebsbereit sein.

3. Das Auto, Verkehrsmittel Nummer eins, ist auch das größte Sorgenkind. Ca. 54 Millionen Autos gibt es allein in Deutschland. Aber neue Entwicklungen bahnen sich an: Umweltzonen in Großstädten, benzinsparende Autos und Verkehrsleitsysteme. Junge Leute bevorzugen oft das Carsharing, denn nicht besitzen, sondern nutzen wird zum Ziel: ein Wertewandel, der eine neue Konsumkultur ankündigt? Auch das Fahrrad ist „in", denn besonders Großstädte bauen das Netz der Fahrradwege aus. Die Bahn hat ihr Leihangebot Call a Bike auf 50 Städte ausgeweitet; e-Bikes und e-Roller werden zum Thema. Anfang 2015 zählte das Programm 700.000 registrierte Teilnehmer.
Die Entwicklung von Hybrid- und Elektroantrieben wird vorangetrieben (Stichwort Elektromobilität). Schnellladestationen für Pkws werden erprobt, aber der angestrebte Massenmarkt ist nicht in Sicht: Elektroautos sind zu teuer, haben zu wenig Reichweite und es gibt kaum Kaufanreize. Der Handel mit Luxuslimousinen und Geländewagen bringt mehr Gewinn.
Intercity- und ICE-Züge verkehren zwischen den Großstädten im Stundentakt und fahren auch über die Landesgrenzen. Seit 1212 sind daneben kostengünstige Fernbusse zwischen den großen Städten unterwegs. Das bisherige Monopol der Bahn ist zu Ende und die Bürger nehmen die günstigen Angebote begeistert an.

4. Die großen Flüsse Donau, Rhein, Elbe, Main, Weser sind zum großen Teil schiffbar und haben eine erhebliche Bedeutung für den Gütertransport. Hinzu kommen künstliche Wasserstraßen, die Meere (Nord-Ostsee-Kanal) und Flüsse (Mittellandkanal, Main-Donau-Kanal, Elbe-

Havel-Kanal) miteinander verbinden. So ist ein Wasserstraßennetz zwischen den großen Seehäfen und den Industriezentren entstanden. Für die Nutzung der Wasserstraßen sprechen die Sicherheit und die hohe Umweltverträglichkeit.

5. Deutschland hat 19 internationale Flughäfen. Drehscheibe im deutschen Flugverkehr ist der Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt mit 60 Millionen Fluggästen im Jahr. Die Deutsche Lufthansa hat sich nicht nur im Passagierverkehr, sondern auch im Frachtverkehr einen Namen gemacht. Mit der Star-Alliance knüpft sie ein weltweites Netz von Partnerschaften. Der Großflughafen Erding bei München hat sich zu einem zweiten Drehkreuz neben Frankfurt entwickelt.

Neue Technologien

1. Als Forschungsstandort hat Deutschland ein beträchtliches Potenzial: 20 000 forschende Industrieunternehmen, über 400 Hoch- und Fachhochschulen, 16 Großforschungsanlagen, 80 Max-Planck-Institute mit dazugehörigen Forschungseinrichtungen und 66 Fraunhofer-Institute. Das Fraunhofer-Institut in Erlangen IIS, das größte der Gruppe, ist weltweit durch die Erfindung des mp3-Formats bekannt geworden. Außerdem die Helmholtz Gemeinschaft und die länderorientierte Leibniz-Gemeinschaft.
Das Modell Humboldt-Professoren der Alexander-von-Humboldt-Stiftung holt internationale Forscher nach Deutschland und stiftet sie mit Fördergeldern aus. Das Netzwerk besteht aus über 26 000 Humboldtianern in über 140 Ländern.
Deutschland verfügt über eine leistungsfähige Infrastruktur bei Grundlagen- und angewandter Forschung und belegt einen Spitzenplatz bei der Erfindertätigkeit.
Zu den Stärken gehört auch, dass besonders häufig aus Forschung ein Produkt wird.
Im Vergleich zu den Wirtschaftsregionen München, Berlin, Hamburg, Köln/Bonn, Rhein-Main, Leipzig/Halle und Dresden nimmt die Region Stuttgart den Spitzenplatz ein. Deutsche Unternehmen finanzieren ca. 70% der Investitionen für Forschung und Entwicklung.

2. Deutschland exportiert hauptsächlich Maschinen, Kraftwagen, chemische Erzeugnisse, Datenverarbeitungsgeräte, elektrische und optische Erzeugnisse. In den letzten Jahren ist das Land ein attraktiver Standort für die moderne Wissenschaft mit neuen, zukunftweisenden Forschungsgebieten geworden. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) hat sich zum Ziel gesetzt, Schlüsseltechnologien sowie die Innovationsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen zu fördern.
Umwelttechnologie: Deutschland ist dank staatlicher Förderung führend in Umwelttechnologien und im Welthandel von Umweltschutzgütern (Welthandelsanteil 18 %). Die Unternehmen dieser Branche beschäftigten 2013 rund 370.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Seit dem Beschluss der Bundesregierung, bis 2022 alle Atomkraftwerke abzuschalten, konzentriert man sich auf die alternativen Energien. Bis 2050 soll die Stromerzeugung zu 80% alternativ sein. Dies ist eng verbunden mit dem Ziel einer zunehmenden Digitalisierung. Der intelligente Einsatz moderner Informati-

Wissenschaftspark Potsdam

ons- und Kommunikationstechnologie (IKT) hilft in vielen Bereichen, Energie einzusparen.
Die Windenergie ist eine im Vergleich junge Branche. Durch ihre Nutzung sind in den letzten Jahren mehr als 101.000 Arbeitsplätze entstanden. Etwa 8% der Stromversorgung in Deutschland stammt aus der Nutzung der Windenergie. Deutschland verfügt inzwischen über rund 25.000 Windenergieanlagen. Ende 2014 speisten 258 Offshore-Windenergieanlagen in Nord- und Ostsee Strom ins Netz.
Der Strom lässt sich mit Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung verlustarm von Nord- nach Süddeutschland transportieren. Hierzu ist eine neue innovative Technik notwendig, die eine große Herausforderung für die Elektrotechnische Industrie darstellt. Umweltorganisationen streiten zurzeit intensiv über die Vor- und Nachteile von Freileitungen gegenüber Erdkabeln, über Kosten und den Schutz des Landschaftsbildes.
Optische Technologien: Deutsche Unternehmen gehören zu den Weltmarktführern z. B. in der Lasertechnik und in optischen Technologien. Atemberaubend ist die Leistung des Sonnenteleskops Gregor, das 2013 auf Teneriffa eingeweiht wurde. Es ist eines der leistungsfähigsten Teleskope zur Beobachtung der Sonne, betrieben von einem Konsortium aus Kiepenheuer-Instituten, dem Astrophysikalischen Institut Potsdam, dem Institut für Astrophysik Göttingen, dem Max-Planck-Institut für Sonnenforschung und weiteren internationalen Partnern.
Elektromobilität: Die Entwicklung der Elektromobilität (= CO_2-freie Mobilität) bedeutet umweltpolitische Chancen und ist ein zukunftweisendes Thema. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie hängt ganz wesentlich von ihren Erfolgen auf den Märkten der Elektromobilität ab. Mitte 2015 waren 19 verschiedene elektrische Fahrzeugmodelle von deutschen Herstellern auf dem Markt, aber die anvisierte eine Million Fahrzeuge 2020 auf Deutschlands Straßen wird sicher nicht zu schaffen sein.

Die Raumsonde Rosetta der ESA, der Europäischen Weltraumorganisation

Luft- und Raumfahrt: Das erfolgreiche europäische Verkehrsflugzeug Airbus bauen Firmen in Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Spanien, Belgien und Italien. Kurz- und Mittelstreckenflugzeuge aus dem Airbus-Programm werden komplett in Hamburg zusammengebaut und ausgeliefert.
Die Airbus-Group, bis 2013 EADS (= European Aeronautic Defence and Space Company), ist eine Fusion europäischer Luftfahrtkonzerne und sitzt an mehr als 70 Entwicklungs- und Produktionsstandorten in Europa.
Die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) weist auf ihre zentrale Rolle bei Schlüsseltechnologien wie der satellitengestützten Telekommunikation und der Navigation hin. Europäische Umweltsatelliten wie die MetOp-Satelliten (Meteorological Operational Satellites) arbeiten in einer erdnahen polaren Umlaufbahn und sind eine ideale Ergänzung zu geostationären Wettersatelliten. Sie können innerhalb eines Tages die gesamte Erdoberfläche abtasten. Sie liefern z.B. Daten für die Beobachtung von Wirbelstürmen und damit für frühzeitige Rettungseinsätze.
In der Raumfahrt arbeiten Frankreich und Deutschland eng zusammen. Gemeinsam wollen sie die Trägerraketen Ariane 6 entwickeln, die vom Raumfahrtzentrum Kourou in Französisch-Guayana ins All starten soll.
2014 war ein gutes Jahr für die deutsche Raumfahrtindustrie. Die Mission des deutschen ESA-Astronauten Alexander Gerst war ein voller Erfolg ebenso wie die europäische Rosetta-Mission. Die Raumsonde Rosetta hatte nach 10 Jahren Flug und 510 Millionen Kilometern den Kometen Tschurjumow-Gerasimenko erreicht. Der Lander Philae ist am 12. November 2014 gelandet. Ziel der Mission ist die Erforschung der Urmaterie und der Entstehung des Lebens. Wichtige Instrumente der Rosetta-Mission wurden von der deutschen Raumfahrtindustrie entwickelt und gefertigt.

Die „Polarstern" im Weddelmeer der Antarktis

Navigationssystem „Galileo": Ein weiteres Projekt der Europäer ist das zivile Navigationssystem „Galileo", eine Konkurrenz zum amerikanischen GPS. Nach einigen Rückschlägen gewinnt das Projekt wieder an Fahrt. Alle reden vom autonomen Autofahren. Doch künftig sollen auch Güterzüge ohne Lokführer ihren Zielbahnhof finden, Schiffe ohne Kapitän den Hafen erreichen und sogar Flugzeuge ohne Piloten landen können. Benötigt werden dazu exakte elektronische Karten und ultrapräzise Satellitensignale. Genau da soll das europäische Satellitensystem helfen. Zurzeit befinden sich 10 Satelliten im Orbit auf einer rund 23.500 Kilometer hohen Umlaufbahn. Das voll ausgebaute System wird 24 Satelliten umfassen, dazu 6 als Reserve. Die Fertigstellung ist für das Jahr 2020 vorgesehen. Produziert werden diese Satelliten von der Firma OHB System AG in Bremen.

3. Im Brennpunkt steht seit Jahren die grüne Gentechnik. Das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber der Grünen Gentechnik ist groß. Experimente mit gentechnisch veränderten Pflanzen auf dem freien Feld sind in Deutschland komplett abgesagt worden. Die Grüne Gentechnik findet nur noch im Labor und im Gewächshaus statt. Einen kommerziellen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen gibt es zurzeit nicht. 2014 beschloss die EU, dass in Zukunft jedes Land selbst entscheiden soll, ob es den Anbau erlaubt.
Bio-Produkte stehen zurzeit hoch im Kurs und die Biobranche wächst.

4. Zu den Exportschlagern gehören verschiedenste Produkte der Umwelttechnik: Müllroboter, die Abfälle automatisch trennen und entsorgen, mobile Trinkwasseraufbereitungsanlagen für Katastrophenfälle oder die kleinste Kläranlage der Welt, Meerentsalzungsanlagen oder Recyclinganlagen für alte Autoreifen.

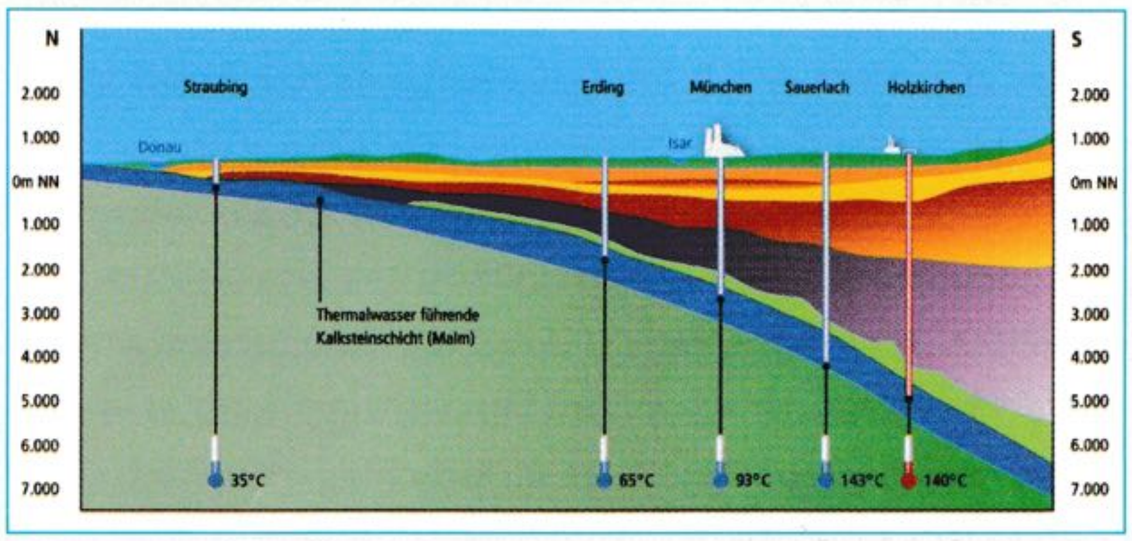
Meldungen aus der Presse:

HALO-Forschungsflugzeug gestartet

Das Höhenforschungsflugzeug HALO (= High Altitude and Long Range Research) des Deutschen Zentrums für Luft und Raumfahrt (DRL in Pfaffenhofen bei München) soll Wetterextreme, die Ozonschicht und die Schadstoffverteilung rund um den Globus erforschen und Wettervorhersagen verbessern.

Die Polarstern

Die Polarstern, eines der leistungsfähigsten Polarforschungsschiffe der Welt, wird vom Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung (AWI) in Bremerhaven betrieben. Sie dient der Erforschung der Polarmeere und versorgt die ständig besetzten Forschungsstationen in der Arktis (Koldewey-Station) und Antarktis (Neumayer-Station III,). Mit ihren 20 000 PS starken Motoren kann sie bis zu 1,5 m dickes Eis mit einer Geschwindigkeit von ca. 5 Knoten durchfahren..



Geothermie in München

Im Süden von München wurde ein Geothermie-Kraftwerk gebaut, das durch eine Thermalwassertemperatur von 140°C Heizwärme erhält und für 16.000 Haushalte Strom erzeugt. München will bis 2040 die erste deutsche Großstadt werden, in der die Fernwärme zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien besteht. Der günstige geologische Untergrund Münchens ist für eine umweltfreundliche Energieversorgung besonders geeignet. Vibro-seismische Messungen untersuchen 170 Quadratkilometer, um ideale Standorte für weitere Geothermie-Anlagen zu ermitteln.

Bewusstseinswandel

1. In Deutschland ist man zu Recht stolz auf die gelungene friedliche Revolution 1989. Denn es waren nicht nur die Politiker, sondern es war der Mut vieler namenloser Bürger, die die Einheit herbeigeführt haben. Willy Brandts Ausspruch, dass jetzt „zusammenwächst, was zusammengehört" entspricht der Entwicklung danach. Skeptischer äußert sich Egon Bahr in seinem Buch „Gedächtnislücken": „... ich sehe nicht, dass das Ziel der inneren Einheit, so wie es postuliert worden ist, erreicht wird. Aber ich sehe, dass die junge Generation hineinwächst in die Selbstverständlichkeit des neuen Staates. Das ist dann auch eine Einheit." In Europa ist besonders unter Jugendlichen eine europäische Identität entstanden, und zwar durch Reisen, Freundschaften und berufliche Auslandsaufenthalte und Kontakte.

2. In den ersten Jahren der Wiedervereinigung war Identitätskrise das Schlagwort. Diskussionen zu den Themen Nation und Nationalbewusstsein waren an der Tagesordnung. Dann trat eine Trendwende ein. Man hatte wieder Zuversicht und besann sich auf etwas mehr Selbstbewusstsein. In der Mitte Europas begann Deutschland eine wichtige Rolle zu spielen. Die Partnerschaft zu Frankreich ist dabei das Fundament. Mit der Osterweiterung ist auch ein wichtiges Kapitel in der Nachbarschaft zu Polen aufgeschlagen worden, das von Überwindung der Skepsis gegenüber dem Nachbarn, von Zusammenarbeit und Aufarbeitung geprägt ist.
2013 überraschte eine Umfrage der BBC, die Deutschland zum beliebtesten Land erklärte. 59% von 26 000 befragten Personen in 22 Ländern befanden Deutschlands Einfluss als „überwiegend positiv". Aber wer von Deutschland aufgrund seiner augenblicklichen wirtschaftlichen Stärke eine Führungsrolle in Europa erwartet, wird Zurückhaltung spüren. Zu groß sind die Schatten der Vergangenheit und die Zweifel an sich selbst. Die Deutschen würden Militäreinsätze lieber reduzieren, Kampfeinsätze rufen Widerstand hervor. Sie unterstützen den Einsatz für Menschenrechte, für Umwelt- und Klimaschutz und sehen ihr Land lieber als Vermittler in Konflikten.
Erst mit der Wiedervereinigung kam die Aufarbeitung der Vergangenheit, die bis heute andauert: erinnern und verarbeiten statt verdrängen. Als Deutschland noch in Ost und West gespalten war, galt immer der andere Staat als der böse. Wirtschaftswunder im Westen und die Idee von dem sozialistischen neuen Menschen im Osten verhinderten die Beschäftigung mit der dunklen Vergangenheit. Die Wiedervereinigung hat den Blick frei gemacht.
Ein weiteres Problemfeld neben der „inneren Einheit" und der Vergangenheitsbewältigung beschäftigt die Deutschen mit Blick auf die Zukunft. Das ist die Gestaltung und Entwicklung der Europäischen Union.
Heute bekennen sich die meisten nach wie vor zu Europa, aber Skepsis und Ängste bestimmen den Alltag. Sorge bereiten Tendenzen in Brüssel, die darauf abzielen, demokratisch beschlossene Regeln zugunsten von Nutzen und Ertrag zu umgehen. Der Wirrwarr von Richtlinien, Demokratiedefizite, die Kosten irritieren. Die Bürger sind sensibel, wenn es um den Schutz von Umwelt, von Arbeitnehmer- und Verbraucherrechten geht. Wichtig ist ihnen rechtsstaatliche Transparenz. Ein bürgernahes, soziales Europa könnte die Skepsis überwinden.
Ein ganz neues Kapitel wurde mit der Flüchtlingskrise und dem Erstarken rechter Strömungen aufgeschlagen. Hier gerät die Idee von Europa an ihre Grenzen (siehe S. 157).

4. Die folgenden Artikel blicken zurück und nach vorn: Sie reflektieren Befindlichkeiten zur Wiedervereinigung und lassen Stimmen zu Europa zu Wort kommen.

Die Einigung war für uns der kürzeste Weg zu Freiheit und Demokratie. Die Schwierigkeiten, die wir jetzt haben, sind bescheiden im Vergleich zu den Schwierigkeiten, die wir hätten, wenn wir uns nicht vereinigt hätten. ... Wir im Osten haben vierzig Jahre nach Westen geblickt – heimlich, mit dem Fernseher. Diese Grenze, die uns nicht vor Feinden schützen, sondern am Weglaufen hindern sollte, war das große Ärgernis. Wir wussten: Wenn sie fallen würde (woran wir kaum noch glaubten), wäre es aus mit der SED. Und ganz offiziell hieß es ja: Diese Grenze ist nötig, damit wir den Sozialismus aufbauen können, was ja zugleich hieß: Sie wird entbehrlich, falls das Experiment auf der Farm der Tiere abgebrochen wird.
Wir dachten tatsächlich ohne Arg, ihr freut euch, wenn wir kommen.[...]
Und dann kam die Ernüchterung von 1990. Ich meine nicht das Gerangel um die Staatsverträge. Da hätten wir uns manches anders gewünscht, aber es war von vornherein klar: Hier stoßen sich die Interessen hart im Raum, Patentlösungen gab es nicht und wir konnten nur bitten, nicht fordern.
[...] Und dann hörten wir das befremdliche Bekenntnis: „Ich fühle mich in Paris mehr zu Hause als in Leipzig." Nichts gegen solche Gefühle. Niemand ist verpflichtet, sich in Leipzig zu Hause zu fühlen. Paris ist eine herrliche Stadt. Gefühle fallen unter den Schutz der Privatsphäre. Es ist nur die Frage, ob solche Gefühle zum Zensor für unerhörte Begebenheiten geeignet sind. [...]
Das vereinigte Deutschland sei durch die Ungleichzeitigkeit bestimmt, liest man. Ich übersetze: Die im Osten sind zurückgeblieben. Zugrunde liegt die Vorstellung, da gäbe es einen (gesetzmäßigen? – so nannten das die Marxisten) Gang der Entwicklung, und die Westler seien halt weiter als wir im Osten. Wir müssen nachholen, also Schüler werden. Nun ist daran jedenfalls dies richtig: Wir haben im Osten Erfahrungsdefizite, die sich aus der Diktatur ergeben. Wir sind ungewohnt im freien Wort, ungewohnt im Umgang mit dem Rechtsstaat, ungewohnt in der Kunst der Selbstdarstellung und Selbstempfehlung und manches mehr. Wir im Osten haben manchmal den Eindruck, in einigen dieser Künste seien manche Westler allzu weit fortgeschritten, mehr Schein als Sein. Ungleichzeitigkeit aber heißt etwas anderes: zurückgeblieben. Wir seien, heißt es dann, noch auf dem Stand der Fünfzigerjahre. ... Wir hängen altdeutschen vordemokratischen Mustern nach, wollen Gemeinschaft statt Streitkultur, autoritäre Führung statt bloß auf Legitimationsdefizite zu reagieren, verweigern uns dem notwendigen Modernisierungsschub und hängen rückwärtsgewandten Sehnsüchten nach. Kurz: Wir sind eine Gefahr, weil wir einen Rechtsruck befördern.

[...] Gibt es das nicht, dass auch ihr ein ganz kleines bisschen von unseren Erfahrungen lernen oder sie wenigstens versuchsweise interessiert zur Kenntnis nehmen könntet? Wir haben etwas erlebt, das ihr nicht erlebt habt. Es ist natürlich ein bloßer Witz, dass wir nach vierzig Jahren just auf dem Stand der westlichen Fünfzigerjahre gelandet sind. Das wäre ja eine seltsame prästabilisierte Harmonie des Geschichtsablaufs.
[...] Ich beichte gern: Wir im Osten wünschen uns politische Führung, das heißt ein plausibles Angebot für die nächsten Schritte und Ziele auf dem Weg zur deutschen Einigung. ... In der DDR gab's den Spruch: „Alle machen mit, keiner weiß Bescheid." Ganz so arg ist es im vereinigten Deutschland nicht. Aber wir sind doch nicht deshalb von vorgestern, weil wir erwarten, der Konsens über nächste Schritte und nächste Ziele könnte größer und konkreter sein.

(aus: „Sind wir ein Volk?" von Richard Schröder, Prodekan der theologischen Fakultät an der Humboldt-Universität Berlin, in: DER SPIEGEL, Dokument 2 vom März 1994, S. 9, 10/11, 13, 14)

Nach wie vor gibt es in Ostdeutschland ein etwas anderes Lebensgefühl als im Westen. Wer von West nach Ost geht, um dort zu arbeiten oder zu studieren, erlebt es. Auffallend ist, dass heute weit weniger Westdeutsche die östlichen Bundesländer besuchen als nach der Wende. Das Interesse füreinander ist dem Alltag gewichen.

Günter Wetzel, Flucht mit dem Ballon

Über die deutsche Einheit

1979 flüchtete Günter Wetzel, seine Familie und die Familie seines Freundes mit einem selbst gebastelten Ballon in den Westen. Heute wurde Günter Wetzel nach seiner Meinung gefragt.

Frage: *Zehn Jahre vor der Wiedervereinigung sind Sie aus der DDR geflohen. Warum?*

Günter Wetzel: *Es gab viele Gründe. Einer war beispielsweise die berufliche Entwicklung. Ich durfte nicht studieren, weil mein leiblicher Vater im Westen lebte. Er hatte uns 1960 verlassen, als ich sechs war, und ich hatte nie mit ihm Kontakt. Trotzdem wurde ich eingeschränkt.*

Frage: *Wie war die erste Zeit im Westen?*

Wetzel: *Zunächst ging es durch die ganze Welt. Wegen unserer Ballonflucht waren wir überall eingeladen, zum Beispiel bei „Dalli Dalli" in Wien, auf Ballonfahrertreffen oder in Hollywood. Von dem ganzen Trubel fühlten wir uns völlig überrannt.*

Frage: *Und deshalb haben Sie sich aus der Öffentlichkeit zurückgezogen.*

Wetzel: *Genau. Wir haben uns gesagt, Schluss jetzt, wir kümmern uns um Beruf und Familie und führen ein ganz normales Leben wie jeder andere auch.*

Frage: *Und es war anders, als Sie es gewohnt waren?*

Wetzel: *Klar. Aber man hat sich schnell darauf eingestellt. Dass es viel zu kaufen gab, dass man frei seine Meinung äußern kann, dass man in Urlaub fahren kann, das wurde ganz schnell selbstverständlich.*

Frage: *Wie ging es Ihnen, als die Mauer fiel?*

Wetzel: *Es war überwältigend. Man kann sich das heute überhaupt nicht mehr vorstellen.*

Frage: *Haben Sie das Bedürfnis gehabt zurückzukehren?*

Wetzel: *Nie. Ich hab' hier meine neue Heimat gefunden.*

Frage: *Wie bewerten Sie die deutsche Einheit?*

Wetzel: *Es war das einzig Richtige, dass die Grenze wegkam und Deutschland wieder zusammenwuchs. In den ersten Jahren war das aber nicht einfach – es sind auf beiden Seiten riesige Fehler gemacht worden.*

Frage: *Zum Beispiel?*

Wetzel: *Im Osten ist vieles plattgemacht worden, was es sicherlich nicht gebraucht hätte. Dafür sind viele aus dem Osten mit falschen Vorstellungen in den Westen gegangen. Sie dachten, dass hier der goldene Westen ist und einem die gebratenen Hühner ins Maul fliegen. Man muss ehrlich sein: Die Unterstützung für jemanden, der nix tun wollte, war in der DDR größer.*

Frage: *Viele sprechen noch heute von Ossis und Wessis, auch junge Leute, die zu DDR-Zeiten noch nicht geboren waren. In den Köpfen scheinen noch zwei Fronten zu bestehen.*

Wetzel: *Das ist das Schlimme an der Geschichte. Es ist die Beeinflussung durch die Älteren. An diesem Punkt muss man noch arbeiten und es wird noch mehr als eine Generation dauern, bis dieses Denken aus den Köpfen verschwunden ist. Aber ich bin überzeugt, dass die Einheit gelungen ist.*

(aus: Nordbayerischer Kurier, 2./3. Oktober 2010, S. 4)

Europa – Krise eines Modells

Die EU krankt an einem fundamentalen Widerspruch, der seit ihrer Gründung besteht. Übernationale Strukturen sind im vereinten Europa entstanden, aber daneben artikulieren sich nationale Interessen. Während die einen mehr Europa fordern, besinnen sich die anderen auf ihre nationalstaatliche Vergangenheit.
Die einzelnen Mitgliedstaaten haben zwar Souveränität abgegeben, sind aber auf halbem Wege stehen geblieben. Man behauptet, Europa wäre im Wesentlichen eine Wirtschaftsgemeinschaft geblieben. Aber das ist übertrieben, denn es ist viel Gemeinsames entstanden: 28 souveräne Staaten haben sich zusammengetan und bilden eine Region des Friedens und der Rechtssicherheit. Es gibt den Binnenmarkt, ein Parlament, dessen Einfluss wächst, einen gemeinsamen Gerichtshof (EuGH), der EU-Recht vertritt, die Europäische Zentralbank, viele Institutionen des öffentlichen Lebens usw.

Länder mit eigenen Traditionen haben sich nicht gegen Unterdrückung und Gewalt zusammengeschlossen, sondern für etwas Neues: für eine Gemeinschaft, die sich wirtschaftlich mit seinen weltweit einzigartigen sozialen Standards in der globalisierten Welt behaupten will. Deutschland gilt vielfach als Modell für die betriebliche Mitbestimmung, die Konsenspolitik der Sozialpartner, die Integrationspolitik für Ausländer und die Rechtsordnung.

Als Schwachstellen haben sich herausgestellt: Staatsverschuldung, mangelnde Kontrollmechanismen, Verletzung der Stabilitätskriterien, unterschiedliche Steuersysteme usw. Die harten Sparauflagen in der Eurokrise haben zu nie dagewesenen Arbeitslosenzahlen geführt.

Bleibt die Idee von Europa nur ein schöner Traum? Tatsache ist, dass die Zahl ihrer Anhänger schrumpft und die Zahl der Populisten und Nationalisten wächst, die das Rad der Geschichte zurückdrehen und den Nationalstaat wieder stärken wollen.
Tatsache ist aber auch, dass Europa nach wie vor eine gewisse Faszination ausübt und eine Verheißung ist für Flüchtlinge vor allem aus Bürgerkriegsländern, die Frieden, Sicherheit und die Hoffnung auf ein besseres Leben suchen.

Bisher hat Europa alle Krisen überwunden und so besteht Hoffnung, dass die bisher größten Krisen, die Flüchtlingskrise und die Terrorgefahr, gemeinschaftlich und auch international gelöst werden können. Aber das Jahr 2015 wird Europa und unsere Art zu leben verändern.

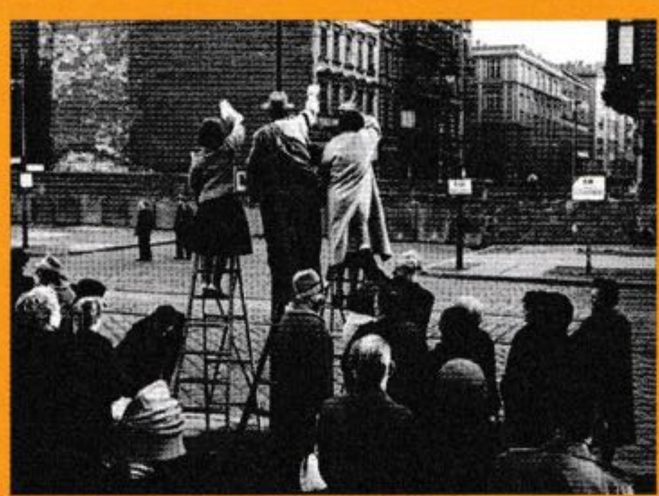
Jugendorchester der EU (= EUYO European Union Youth Orchestra), dem 140 junge Musiker aus allen 28 EU-Mitgliedsländern angehören.

Anhang

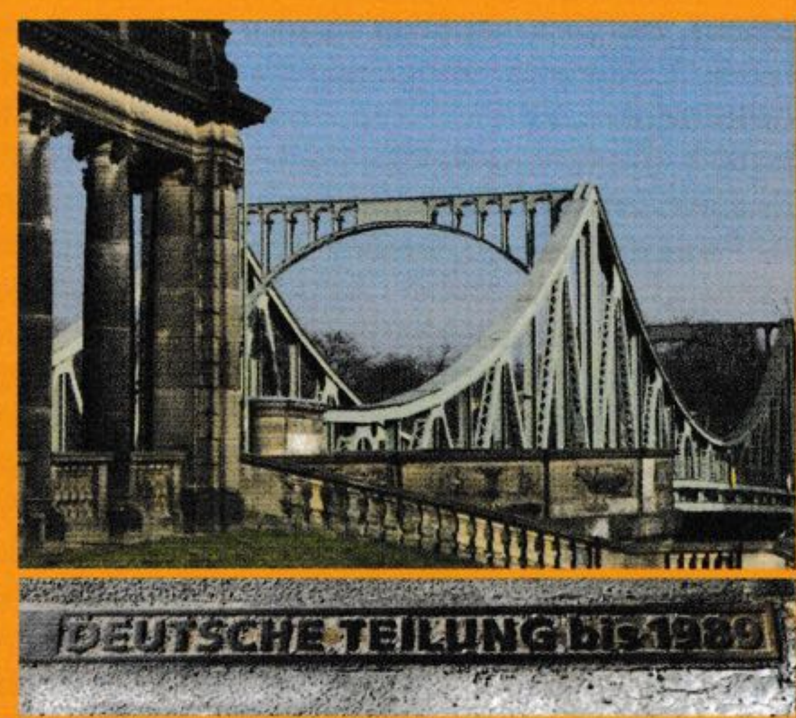
Historische Rückblende

1

2



3



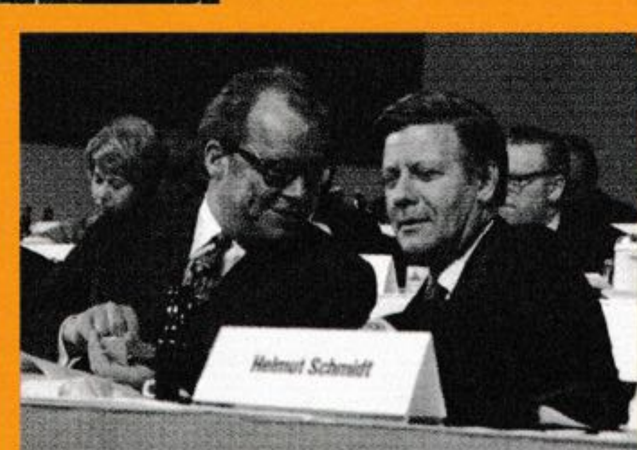
4

5

6

7

1: Kriegsende 1945
2: Potsdamer Konferenz 1945
3: Errichtung der Berliner Mauer 1961
4: Glienicker Brücke heute: Symbol des Kalten Krieges.
Hier wurden Spione Ost und West ausgetauscht.
5: DDR-Bürger protestieren 1989
6: Unterzeichnung des 2+4-Abkommens
7: Öffnung der Mauer 1989
8: Willy Brandt (1913-1992) und Helmut Schmidt (1918-2015)
auf dem SPD Bundesparteitag 1973



8

Bis zum Jahr 1000

um Christi Geburt Auf dem Gebiet des heutigen Deutschland siedeln germanische, keltische und slawische Stämme.

9 n. Christus Schlacht im Teutoburger Wald: Nach der Eroberung Galliens durch Julius Cäsar und nach der Niederlage der römischen Truppen im Teutoburger Wald errichten die Römer ihre Garnisonen an Rhein und Donau. Die Ursprünge der Städte Köln, Trier, Mainz, Regensburg u.a. gehen auf diese Zeit zurück. Die Römer bleiben bis zum Beginn der Völkerwanderung Ende des 4. Jahrhunderts.

ca. 400 – 800 Zerstörung des Römischen Reichs durch germanische Stämme – Goten, Franken und Langobarden. Entstehung des Frankenreichs.

Anfang 8. Jh. Angelsächsische Missionare, darunter der Mönch Bonifatius, missionieren den Norden Germaniens. Gründung von Klöstern. Die Sachsen werden nach jahrelangen, blutigen Kriegen von Karl dem Großen unterworfen und christianisiert.

800 Krönung Karls des Großen vom Papst in Rom zum Kaiser des Heiligen Römischen Reichs. Die Imperiumsidee eines alle Christen umfassenden, nach einheitlichem Recht gestalteten Reichs wird vom Römischen Reich übernommen. Karl der Große schafft die Einheit des Rechts und der Verwaltung in seinem Reich. Er zieht Gelehrte an seinen Hof in Aachen. Er gilt als „Vater des christlichen Abendlandes". Deshalb ist er von begeisterten Europäern als Leitbild für die Einigung Europas angesehen worden.

10./11.Jh. Bau der großen romanischen Dome in Magdeburg, Hildesheim, Worms, Speyer und Mainz. Das Bistum Magdeburg wird Zentrum der Missionierung östlich der Elbe. Zahlreiche Städte werden an den Verkehrs- und Handelswegen gegründet.

Das Mittelalter

Mitte 12. Jh.– Mitte 13. Jh. Herrschaft der Staufer. Friedrich I. stärkt in der Auseinandersetzung zwischen kirchlicher und kaiserlicher Macht seinen Herrschaftsanspruch auf Italien. Die Stauferburgen in Italien entstehen.

um 1200 Die Zeit der Stauferherrschaft und der Kreuzzüge ist die Blütezeit der mittelhochdeutschen höfischen Dichtung. – Aus der Romanik entwickelt sich die Gotik: der Kölner Dom, das Freiburger Münster, Backsteingotik in Nord- und Ostdeutschland.

13. Jh. In diesem Jahrhundert entstehen viele Burgen und Stadtbefestigungen. Einzelne Territorialfürsten, so der Sachsenkönig Heinrich der Löwe, erweitern ihre Macht östlich der Elbe.

1250 – Ende 15. Jh. Machtverlust der Zentralgewalt. Wirtschaft und Handel entwickeln sich. In den Städten und den Städte-Bünden (die Hanse) entsteht eine neue bürgerliche Kultur, die sich mit der feudal-ritterlichen auseinander setzen muss. Das neue Lebensgefühl drückt sich in prächtigen Patrizierhäusern, Rathäusern und Festsälen aus. Die mittelalterlichen Stadtanlagen in Nördlingen und Rothenburg ob der Tauber und das Rathaus in Lübeck werden gebaut. In den Städten schließen sich die Handwerker in Zünften zusammen, um ihre Rechte wahrzunehmen. Gleichzeitig verarmt der Ritterstand teilweise zum Raubrittertum.

1291 Die drei reichsunmittelbaren Bauerngemeinden Uri, Schwyz und Unterwalden finden sich zum Rütlischwur, einem „ewigen Bund", zusammen. Er soll ein Schutz ihrer Souveränität gegen die territorialen Ansprüche der Habsburger sein. Das ist der Beginn der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

1348 Gründung der ältesten deutschen Universität in Prag. Böhmen erlebt unter Karl IV. (1346–1378) seine Glanzzeit. Prag ist eine der größten Städte Europas.

Die Reformation

ab 1400 Das Zeitalter ist gekennzeichnet von wachsender Rechtsunsicherheit und sozialen Spannungen. Das verarmende Rittertum fordert immer häufiger Naturalabgaben und Dienstpflichten von den Bauern. – In die Zeit des ausgehenden Mittelalters fallen viele Entdeckungen: Johannes Gutenberg erfindet die Buchdruckerkunst in Mainz (um 1450). Diese Erfindung trägt wesentlich zur Verbreitung der lutherischen Reformideen bei. Bis 1500 entstehen über 1000 Druckereien, die über 35 000 Druckerzeugnisse produzieren.

um 1500 Höhepunkt der spätgotischen deutschen Malerei und Altarschnitzkunst (Veit Stoß, Tilman Riemenschneider, Albrecht Dürer).

31. Okt. 1517 Der Augustinermönch Martin Luther veröffentlicht in Wittenberg seine 95 Thesen, die eine Reform des katholischen Glaubens zum Ziel haben. Er verwirft die hierarchisch-kultische Mittlerstellung der Kirche und tritt für eine unmittelbare Gotteserfahrung ein. Die lutherischen Ideen breiten sich schnell aus.

1521 Luthers Bibelübersetzung ist die Grundlage einer einheitlichen deutschen Hochsprache. Er muss sich auf der Wartburg in Sicherheit bringen, nachdem der Bann des Papstes und die Reichsacht gegen ihn ausgesprochen worden sind.

1555 Der Religionskrieg zwischen Kaiser Karl V. und den protestantischen deutschen Fürsten endet mit dem Augsburger Religionsfrieden: Der Landesfürst bestimmt durch seine Religionszugehörigkeit die seiner Untertanen, d.h. die protestantischen Fürsten haben sich behauptet. Der Norden und die Mitte Deutschlands werden protestantisch, der Westen und Süden bleiben zum größten Teil katholisch.

ab 1556 Das Reich der Habsburger, das auch Spanien und die Niederlande umfasst, zerfällt in eine spanische und eine österreichisch-deutsche Linie. Als die Habsburger 1526 Ungarn und Böhmen erobern, nimmt die spätere österreichisch-ungarische Monarchie allmählich Gestalt an.

16. Jh. Viele deutsche Städte kommen zu großem Wohlstand infolge sich entwickelnder weltweiter Handelsbeziehungen. Kapitalistische Frühformen werden sichtbar: Bankiers wie die Augsburger Fugger und Handelsgesellschaften werden die Geldgeber von Fürsten und Kaisern. Reformation und Gegenreformation beeinflussen das Schulwesen: Universitäten (Jena, Gießen) werden gegründet. Luther und Melanchthon setzen sich für Neuerungen ein. Der Jesuitenorden gründet eigene Schulen.

1618–1648 Im Zuge der Gegenreformation versuchen die Habsburger in Böhmen den katholischen Glauben durchzusetzen. Das ist der Beginn des 30-jährigen Krieges. Äußerer Anlass ist der „Prager Fenstersturz": protestantische tschechische Adlige werfen den habsburgischen Gesandten aus dem Fenster der Prager Burg. Aus dem Religionskrieg entwickelt sich ein skrupelloser Machtkrieg der neuen Großmächte um die europäische Vorherrschaft.

1648 So genannter „Westfälischer Friede" in Münster. Der 30-jährige Krieg ist ein bedeutender historischer Einschnitt: Schweden und Frankreich werden führende Mächte. Die Niederlande und die Schweiz werden selbstständige Staaten. – Die Bevölkerungszahl ist von 17 Millionen (1618) auf 8 Millionen infolge von Krieg, Hunger und Seuchen gesunken. Reiche Städte und Dörfer sind niedergebrannt und ausgeraubt.

Ende 17.–Ende 18. Jh.

1683 Österreich muss sich gegen die Türken wehren, die vor Wien stehen. Mit dem Sieg erweitert es seine Machtstellung nach Osten. – Zu dieser Zeit gibt es in Deutschland ca. 100 Reichsfürsten und 1500 selbstständige Landesherren, nur das Kurfürstentum Brandenburg-Preußen ist auf dem Weg zum späteren Königreich Preußen (1701).

1650–1750 Zeit des Absolutismus in Europa, der höfisch-barocken Prachtentfaltung. Vorbild ist der Hof Ludwigs XIV. in Versailles, die Zentralisierung des Staates und der Bürokratie sowie des Wirtschaftslebens. Entstehung von zwei absolutistischen Staaten: Österreich-Ungarn unter den Habsburgern und Preußen unter den Hohenzollern. Der neue, aus Italien kommende Architekturstil des Barock dient der Repräsentation, der staatlichen wie der kirchlichen. Die barocke Baukunst feiert Triumphe im katholischen Süden Deutschlands, im protestantischen Norden war es die Musik, die Ausdruck eines neuen Lebensgefühls wird. Unter dem sächsischen Kurfürsten August dem Starken (1694–1733) entstehen die barocken Schlösser Dresdens. Der Kurfürst regiert mit barocker Pracht: Er ist Baumeister und Kunstsammler, ein Verschwender und „Don Juan".
Im Wien der Habsburger werden barocke Schlösser geschaffen: Belvedere und Schönbrunn. Die zahlreichen Schlösser, die in den deutschen Residenzstädten entstehen, sind noch heute überall zu besichtigen. Das Volk hat keinen Zugang zu den prunkvollen Festen, die der höfischen Gesellschaft vorbehalten sind. Theateraufführungen werden fester Bestandteil des höfischen Lebens, nur im spartanischen Preußen ist das Theater verbannt. Hier herrschen preußische Tugenden: Treue, Opferwilligkeit, Unbestechlichkeit, Pünktlichkeit und Sparsamkeit. Andererseits werden Untertanengeist und Militarismus gefördert. Der Absolutismus führt besonders in den Kleinstaaten zu grenzenloser Willkür; aus Geldmangel verkaufen Fürsten ihre Untertanen als Leibeigene in fremde Armeen. In Schillers „Die Räuber" (1782) wird die Willkür der Herrschenden angeprangert.

1740 Maria Theresia von Österreich und Friedrich II. von Preußen treten ihre Regierung an.

1799 Napoleon wird Erster Konsul der französischen Republik. Er beginnt mit der Neuordnung Deutschlands: Linksrheinische Gebiete gehen an Frankreich. Kleine Territorien werden größeren Gebieten – Bayern, Baden, Württemberg, Preußen, Hessen – zugeschlagen.

Das 19. Jahrhundert

1806 Der deutsche Kaiser Franz II. nennt sich von nun an nur noch Kaiser von Österreich. Das ist das Ende des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. Napoleonische Kriege. Nach 20-jährigen Kriegswirren ist der Absolutismus des Fürstentums „von Gottes Gnaden" am Ende. Der Staatsbürger verlangt nach Einfluss, nach einer Verfassung und einem Parlament.

1810 Gründung der Berliner Universität durch den Kulturminister Preußens, Wilhelm von Humboldt. Fichte, der erste Rektor, rüttelt in seinen Reden den nationalen Widerstand gegen Napoleon wach.

1813 Niederlage Napoleons bei Leipzig.

1814/15 Eine Neuordnung Europas nach den Napoleonischen Kriegen ist das Ziel des Wiener Kongresses. Resultat ist der Deutsche Bund, der seinen Sitz in Frankfurt am Main hat, unter der Führung des österreichischen Fürsten Metternich. Der Bund besteht aus 39 Staaten. Der Habsburger Monarchie unter Metternich gelingt es, allerdings durch Unterdrückung liberalen Geistes, die Völker – Deutsche, Ungarn, Tschechen, Slowaken, Kroaten, Serben, Italiener – zusammenzuhalten. Die restaurative Politik Metternichs bringt zwar 30 Jahre Frieden durch die Abwehr nationaler Strömungen, gleichzeitig aber ist sie nicht im Stande, einer sich wandelnden Gesellschaft evolutionär Rechnung zu tragen.

1817 Gründung der Burschenschaften als liberale und nationale Bewegungen.

27.05.1832 Das Hambacher Fest: Die erste Großdemonstration in der deutschen Geschichte für Freiheit und nationale Einheit. Kundgebung vor der Kulisse der Hambacher Schlossruine (Pfalz).

1848 Die Revolution der französischen Kleinbürger und Arbeiter weitet sich auf Preußen, Österreich und Bayern aus. Es geht um die nationale Einheit, um eine freiheitliche Verfassung und um die Garantie der Bürgerrechte. Die Paulskirchenversammlung in Frankfurt/Main arbeitet eine vorbildliche Verfassung aus, die aber mangels einer zentralen politischen Macht nicht durchgesetzt werden kann. Verfassun-

gen und Parlamente werden von den Monarchen, d.h. von oben, ausgearbeitet bzw. eingerichtet.

Februar 1848 Karl Marx und Friedrich Engels veröffentlichen das „Kommunistische Manifest".
Neben den Bemühungen des Bürgertums um einen Nationalstaat artikulieren sich die revolutionären Ideen in Hinblick auf das Industrie-Proletariat. In Preußen – wie auch in Österreich – haben die konservativ-reaktionären Kräfte die Oberhand; eine sozialdemokratische Arbeiterpartei setzt sich in Deutschland bis zum Ersten Weltkrieg parlamentarisch nicht durch.

1862–1871 Fürst Otto von Bismarck, der konservative preußische Ministerpräsident (1871–1890 Reichskanzler), erreicht die Einigung Deutschlands im kleindeutschen Rahmen, d.h. ohne Österreich.

1871 Kaiserproklamation im Schloss Versailles nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71. Dieses Zweite Kaiserreich war im Geist preußisch und konservativ. Die deutschen Staaten behalten ihre Hoheit in Recht, Kultus und Verwaltung. Das Wilhelminische Kaiserreich ist gekennzeichnet durch widerstrebende Elemente: eine unerhört dynamische industrielle Entwicklung (Krupp-Werke in Essen, Elektrokonzern Siemens und Halske in Berlin, Chemiekonzern Bayer u.a.) und eine Umwandlung des sozialen Gefüges; Aufstieg der Sozialdemokratie trotz der restriktiven Sozialistengesetze. Nach außen betreibt das Reich Großmachtpolitik, z.B. imperialistische Kolonialpolitik im Konflikt mit England und Frankreich, die mit deutlich nationalistischen und chauvinistischen Tendenzen einhergeht.

Das 20. Jahrhundert

1914 Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajewo und Ausbruch des Ersten Weltkriegs.

1914–1918 Der Erste Weltkrieg, der zehn Millionen Menschen das Leben kostet, verändert die Welt total: Die Weltmächte USA und Russland (ab 1922 UdSSR), China und Japan gestalten von nun an die Weltgeschichte mit. Drei Monarchien – die deutsche, russische und die habsburgisch-österreichische – danken ab.

1919 Aus den Territorien der Habsburger Monarchie entstehen die Tschechoslowakei, Ungarn, Jugoslawien und Österreich. Gründung der Republik Polen. Südtirol wird von der neu gegründeten Republik Österreich abgetrennt. Deutschland wird eine Republik.
Die Linken spalten sich in Sozialdemokraten und radikale Linke, die einen Umsturz nach sowjetischem Vorbild herbeiführen wollen.

1919 Unterzeichnung des Versailler Vertrags, der Deutschland die alleinige Kriegsschuld anlastet. Die Folge sind hohe Reparationszahlungen.

1919 Die Weimarer Verfassung tritt in Kraft. Der erste Reichspräsident der Weimarer Republik ist der Sozialdemokrat Friedrich Ebert.

1929 Der Börsenkrach in New York führt zur Weltwirtschaftskrise.

1930 In den Wahlen wird die NSDAP (= Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) Adolf Hitlers zweitstärkste Partei.

1932 Es gibt 6 Millionen Arbeitslose. Hitler überrollt das Land mit einer demagogischen Propagandamaschinerie, die parlamentarische Rechtsstaatlichkeit verliert jede Basis. Sie wird von der Forderung nach dem autoritären Führerstaat zunichte gemacht. Bei den Wahlen 1932 verlieren die alten Parteien der Republik die Mehrheit.

1933 Hitler wird von Reichspräsident Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Die Parteien und die Länderregierungen werden gewaltsam aufgelöst. Mitglieder der SPD, die gegen das Ermächtigungsgesetz gestimmt haben und Kommunisten werden von nun an verhaftet, misshandelt und ermordet. Die ersten Konzentrationslager entstehen in Dachau (bei München) und in Oranienburg (bei Berlin). – Die faschistische Diktatur wird durch eine Wahl legalisiert. Die Aufrüstung beginnt.

1935 Die Nürnberger Gesetze legalisieren die Diskriminierung und Verfolgung der Juden.

1938 Hitler marschiert in Österreich ein. Die Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei fordern den Anschluss an das nationalsozialistische Deutschland. England und Frankreich geben der aggressiven Außenpolitik Deutschlands um des Friedens willen nach und willigen in die Abtretung des Sudetenlandes ein. In der Folge dieser Ereignisse verliert die Tschechoslowakei 1939 ihre staatliche Existenz. (Diese wird 1945 wieder hergestellt, die Sudetendeutschen werden vertrieben.)

9./10.11.1938 Reichskristallnacht: Zerstörung von Synagogen, jüdischen Friedhöfen, Wohn- und Geschäftshäusern durch die Nationalsozialisten; Verhaftung, Berufsverbote und Konfiskation jüdischen Vermögens.

August 1939 Nichtangriffspakt mit Stalin.

1. Sept. 1939 Deutsche Truppen marschieren in Polen ein.

ab 1940 Deutsche Truppen besetzen Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen, Jugoslawien und stehen vor Moskau. – Die USA treten in den Krieg ein.

1943 Die deutsche 6. Armee geht in Stalingrad zu Grunde, aber der Krieg dauert noch zwei Jahre und nimmt immer brutalere Formen an. Schon seit 1933 gibt es Konzentrationslager, aber erst ab 1943 ist die Maschinerie des Todes perfekt. Bis zum Krieg sind die KZs vorwiegend Internierungs- und Arbeitslager. Nach 1939/40 werden in Osteuropa die Vernichtungslager zur „Endlösung der Judenfrage" gebaut. Verschleppt werden auch Menschen, die in der wirren Ideologie des NS-Regimes keinen Platz haben: Geistliche, sog. „Arbeitsscheue", Homosexuelle, geistig Behinderte.

Januar bis Mai 1945 Die Konzentrationslager werden von der Roten Armee (Auschwitz – Birkenau) und von amerikanischen und britischen Truppen (Buchenwald, Bergen-Belsen, Dachau,

Mauthausen) befreit. Noch kurz vor Kriegsende, als die Rote Armee vorrückt, schickt die SS Tausende von Häftlingen auf Gewaltmärsche Richtung Westen und versucht, die verräterischen Beweise zu vernichten.

ab 1942 Amerikaner und Engländer fliegen Luftangriffe auf die deutsche Rüstungsindustrie und auf die Großstädte.

1943 Verhaftung und Hinrichtung der Widerstandskämpfer der Weißen Rose (Kreis um Hans und Sophie Scholl), die an der Münchner Universität in Flugblättern zum Widerstand und zur moralischen Erhebung aufgerufen haben.

6. Juni 1944 Die Alliierten landen in Frankreich.

20. Juli 1944 Das Bombenattentat auf Hitler misslingt. Seiner Rachejustiz fallen viele Widerstandskämpfer (u.a. Graf Stauffenberg) zum Opfer.

Februar 1945 Jalta-Konferenz, auf der Stalin (UdSSR), Roosevelt (USA) und Churchill (Großbritannien) das Vorgehen der Alliierten beschließen: Festlegung der Oder-Neiße-Grenze bis zu einer Friedenskonferenz, Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen.

30. April 1945 Selbstmord Hitlers

8. Mai 1945 Deutschland wird von der Roten Armee und den West-Alliierten besetzt. Waffenstillstand und bedingungslose Kapitulation.

1945 Als Vertreter der Siegermächte treffen sich: Churchill und Attlee (Großbritannien), Truman (USA) und Stalin (UdSSR). Sie beschließen die Errichtung eines Alliierten Kontrollrats, die völlige Entmilitarisierung Deutschlands, ordnen die Aufhebung der nationalsozialistischen Gesetzgebung und die Bestrafung der Kriegsverbrecher an.
Das Potsdamer Abkommen: Die Gebiete östlich der Oder-Neiße werden unter die Verwaltung Polens und der Sowjetunion gestellt. Das restliche Deutschland wird in eine französische, britische, amerikanische und sowjetische Zone aufgeteilt. In Berlin werden vier Sektoren eingerichtet.

1945 Deutsche Kriegsverbrecher werden in den Nürnberger Prozessen abgeurteilt.

40 Jahre Teilung: 1949–1989

1948–1949 Berlin-Blockade: Die UdSSR sperrt alle Wege zwischen Westberlin und Westdeutschland. Die Stadt wird von den USA und Großbritannien über eine Luftbrücke versorgt.

1949 Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (= DDR, aus der sowjetischen Besatzungszone). Der erste Kanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, betont im Bundestag, dass die Bundesrepublik Deutschland „allein befugt" sei, „für das deutsche Volk zu sprechen" (Alleinvertretungsanspruch). Er betreibt die Integration in den Westen; zur gleichen Zeit schließt sich die DDR unter Walter Ulbricht den östlichen Verbündeten an. Zwischen Ost- und Westeuropa entsteht der sogenannte „Eiserne Vorhang"; die Zeit des „Kalten Krieges" beginnt. 1955 werden zwei Bündnissysteme geschaffen: im Westen die NATO, im Osten der Warschauer Pakt. Zwei getrennte Wirtschaftssysteme entwickeln sich: die EWG (= Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) und das östliche COMECON.

23. Mai 1949 Konrad Adenauer unterzeichnet das Grundgesetz.

1952 Die UdSSR schlägt den Westmächten vor, einen Friedensvertrag mit Deutschland, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, abzuschließen. Die Westmächte und die Bundesregierung lehnen ab und fordern freie Wahlen. Die DDR-Regierung verlangt für Besucher Aufenthaltsgenehmigungen und kappt in Berlin die Telefonverbindungen zu den West-Sektoren.

1953 Europäische Menschenrechtskonvention tritt in Kraft.

1953 Die Regierung der DDR nimmt die Erhöhung der Arbeitsnormen um mindestens zehn Prozent nicht zurück. Volksaufstand: Am 17. Juni retten nur noch Panzer der sowjetischen Armee die Herrschaft des SED-Regimes. Der politische Aufstand der Arbeiter wird blutig niedergeschlagen.

1954 Die UdSSR erklärt die Souveränität der DDR.

1955 Die Bundesrepublik wird ein souveräner Staat. Sie wird Mitglied des Atlantischen Bündnisses (NATO).

1956 Die DDR-Volkskammer beschließt die Schaffung der Nationalen Volksarmee (NVA). Zwei Wochen zuvor hatte die Bundeswehr ihren Dienst begonnen. Die DDR tritt dem Warschauer Pakt bei.

März 1957 Am 25. März wurden die Römischen Verträge von Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden in Rom unterzeichnet. Die Verträge bestehen aus dem EWG-Vertrag (Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG) und dem Vertrag für die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM). Sie sind die Grundlage für die spätere Europäische Gemeinschaft (EU). Im März 2007 feierte die EU den 50. Jahrestag ihrer Gründung.

1959 Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wird in Straßburg errichtet: Schutz der in der Menschenrechtskonvention (1953) verbrieften Grundrechte; Kontrollsystem, das Beschwerden gegen Verstöße untersucht.

1959 Deutschlandkonferenz in Genf mit Delegationen der Bundesrepublik und der DDR wird ohne Ergebnis vertagt.

1960 Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft ist abgeschlossen.

Juni 1961 Der Staatsratsvorsitzende der DDR Walter Ulbricht sagt auf einer Pressekonferenz in Ostberlin: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten."

13.8.1961 Errichtung der Berliner Mauer.

16.8.1961 Die DDR schließt die Grenzen zu Westdeutschland.

1963 Elysée-Vertrag als Grundlage der deutsch-französischen Freundschaft.

1968 Höhepunkt der studentischen Protestbewegung für eine Demokratisierung der Hochschule und die Veränderung der Gesellschaft. Kritik gegenüber allen Anpassungsformen der Leistungsgesellschaft (antiautoritäre Bewegung). – Entstehung der außerparlamentarischen Opposition (APO). Die RAF = Rote Armee Fraktion, verantwortlich für Attentate vor und nach 1970, erklärte sich 1998 für aufgelöst.

1969 Die SPD unter Willy Brandt übernimmt zusammen mit der F.D.P. die Regierung (Bundeskanzler von 1974 bis 1982: Helmut Schmidt SPD, ab 1982 Helmut Kohl CDU)

August 1970 Unterzeichnung des Gewaltverzichtsabkommens mit der UdSSR, wenig später mit Polen. Mit dem Verzicht auf Gewalt und der Anerkennung bestehender Strukturen trägt die Entspannungspolitik zur Normalisierung bei.

1970 Bundeskanzler Willy Brandt und DDR-Ministerpräsident Willi Stoph treffen sich in Erfurt und beginnen den deutsch-deutschen Dialog.

1971 Bewohner von Westberlin dürfen wieder Besuche in Ostberlin machen.

1971 Willy Brandt erhält für die neue Ostpolitik den Friedensnobelpreis.

1972 Vier-Mächte-Abkommen über Berlin bringt Erleichterungen im innerdeutschen Transitverkehr. Deutsch-deutscher Grund(lagen)vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen.

1974 DDR und Bundesrepublik richten „Ständige Vertretungen" ein (keine Botschaften).

1974-82 Helmut Schmidt, Bundeskanzler, verbesserte zusammen mit dem französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing die deutsch-französischen Beziehungen und ging damit entscheidende Wege zur europäischen Integration. In die Regierungszeit von Schmidt fiel der Terror der Roten Armee Fraktion (RAF). Er wird geehrt als großer Staatsmann. Sein Wort hatte bis zu seinem Tode 2015 als moralische Instanz großes Gewicht.

1.8.1975 33 europäische Staaten, die USA und Kanada unterzeichnen die KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)-Schlussakte: Vereinbarungen über Gewaltverzicht, die Unverletzlichkeit der Grenzen, Zusammenarbeit. – Die KSZE wird 1992 zu einer festen Institution.

1976 Der Sänger Wolf Biermann wird während einer Tournee in der Bundesrepublik ausgebürgert. Danach werden in der DDR weitere Schriftsteller verurteilt oder vertrieben.

1987 Besuch Honeckers in der Bundesrepublik.

ab August 1989 Montagsdemonstrationen in den großen Städten der DDR.

September 1989 Ungarn öffnet seine Grenzen. Innerhalb von drei Tagen verlassen 15 000 DDR-Bürger ihr Land über Ungarn und Österreich in die Bundesrepublik.
Die Bürgerrechtsbewegungen „Neues Forum" und „Demokratie jetzt" melden sich zu Wort, etwas später die Gruppe „Demokratischer Aufbruch".

September/Oktober 1989 Demonstrationen in Leipzig, Ostberlin, Dresden und anderen Städten für Meinungs- und Versammlungsfreiheit („Wir sind das Volk – Keine Gewalt") und für Reformen. Einzelne evangelische Pfarrer stellen sich offen an die Spitze der Opposition.

18.10.1989 Rücktritt von Partei- und Staatschef Erich Honecker. (1992 wird ihm in Berlin der Prozess gemacht. Auf Grund seines schlechten Gesundheitszustands wird das Verfahren aufgehoben. Honecker darf zu seiner Familie nach Chile ausreisen, wo er am 29.5.1994 stirbt.)

4.11.1989 Eine Million Menschen demonstrieren in Ostberlin für Meinungsfreiheit und offene Grenzen.

8.11.1989 Das Politbüro der SED tritt zurück.

9.11.1989 Öffnung der Grenzen. Zehntausende fahren nach Westberlin. Auf der Mauer vor dem Brandenburger Tor wird begeistert gefeiert.

13.11.1989 In Leipzig Demonstrationen für weitere Reformen. Aufschrift „Deutschland, einig Vaterland".

Januar 1990 Die Zentrale des Staatssicherheitsdienstes in Ostberlin wird gestürmt.

Februar 1990 Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher erreichen in Moskau die prinzipielle Zustimmung des sowjetischen Staatspräsidenten Gorbatschow zur Vereinigung.

März 1990 Zum ersten Mal seit 40 Jahren finden freie (Volkskammer-) Wahlen in der DDR statt.

Juni 1990 Die beiden deutschen Parlamente verabschieden den Staatsvertrag, in dem die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion festgelegt wird. Diese politisch notwendige, aber durch die Eile wirtschaftlich nachteilige Entscheidung ist noch heute umstritten. – Erklärung zur Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze zu Polen.

1.7.1990 Der deutsch-deutsche Staatsvertrag tritt in Kraft. Die D-Mark gilt in ganz Deutschland. Die Personenkontrollen an der innerdeutschen Grenze sind abgeschafft.

Juli 1990 Kohl und Gorbatschow treffen sich im Kaukasus. Kohl erhält die Zusage, dass das vereinte Deutschland die volle und uneingeschränkte Souveränität erhalten soll. Es kann über seine Bündniszugehörigkeit (NATO) selbst entscheiden.

Juli 1990 Die Volkskammer der DDR beschließt die Wiederherstellung der fünf Länder.

1.8.1990 Der Einigungsvertrag (eigentlich „Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands") regelt den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland. Er enthält die Bestimmungen zur Überleitung in Bundesrecht für alle Bereiche des öffentlichen Lebens (Justiz, Verwaltung, Kultur usw.) und legt besondere Bestimmungen für übergangsweise geltendes Recht der DDR fest.

12.9.1990 2+4-Vertrag („Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland"): Die Außenminister der alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkriegs und die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und der DDR unterzeichnen einen Vertrag, der dem vereinigten demokratischen Deutschland den Weg ebnet; der „Kalte Krieg" ist damit zu Ende.
Die Siegermächte geben anschließend ihre Rechte und Verantwortlichkeiten für Berlin und Deutschland als Ganzes auf. Dem vereinten Deutschland wird die volle Souveränität eingeräumt.

3.10.1990 Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland.

2./3.10.1990 Um Mitternacht wird die Vereinigung feierlich begangen. Vor dem Reichstagsgebäude in Berlin findet eine Feier statt, die in ein Fest und ein Feuerwerk überleitet.

November 1990 Besuch Gorbatschows in Bonn. Unterzeichnung des „Vertrages über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit" beider Länder und des „Vertrages über die Entwicklung einer umfassenden Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik".

Die Vereinigung und danach

2.12.1990 Erste gesamtdeutsche Wahlen zum Bundestag.

Juni 1991 Vertrag mit Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit.
Im Bundestag fällt die Entscheidung für Berlin als Regierungs- und Parlamentssitz.

1991 Stasi(Staatssicherheits)-Unterlagen-Gesetz: Jeder Bundesbürger kann ab 1.1.1992 beantragen, dass nach Stasi-Unterlagen über ihn gesucht wird; wurde er bespitzelt, bekommt er die Kopien sämtlicher Akten inklusive der Namen der Spitzel und Denunzianten.

21./22.9.1991 Die Ausschreitungen Rechtsradikaler gegen Asylbewerberheime in Hoyerswerda (Sachsen) eskalieren.

22.8.1992 Krawalle Rechtsradikaler in Rostock-Lichtenhagen (Mecklenburg-Vorpommern): Jugendliche setzen einen Häuserblock in Brand und bringen dadurch 100 Vietnamesen in Lebensgefahr.

23.11.1992 Bei einem Brandanschlag in Mölln (Schleswig-Holstein) werden drei türkische Bewohnerinnen getötet. (Die Täter werden wenige Tage später festgenommen und nach einem längeren Prozess verurteilt.) – In vielen Städten finden daraufhin Demonstrationen gegen Ausländerfeindlichkeit statt. – Einige neonazistische Vereinigungen werden verboten.

2.12.1992 Der Bundestag verabschiedet den Vertrag von Maastricht (Europäische Union).

6.12.1992 In München und später in anderen Städten der Bundesrepublik wird mit Lichterketten gegen Fremdenhass, Rechtsradikalismus und Gewalt demonstriert.

6.12.1992 Die Parteien einigen sich auf den Asylkompromiss: das Individualrecht auf Asyl bleibt erhalten, Missbrauch soll verhindert werden.

17.12.1992 Die Gesellschaft für Deutsche Sprache (Wiesbaden) erklärt „Politikverdrossenheit" zum Wort des Jahres 1992.

1.1.1993 Der Europäische Binnenmarkt tritt in Kraft.

26.5.1993 Der Bundestag verabschiedet die Änderung des Grundgesetzartikels 16 (Asyl): Flüchtlinge aus einem „sicheren Drittstaat" sind nicht mehr asylberechtigt.

29.5.1993 In Solingen wird ein Brandanschlag auf ein von einer türkischen Familie bewohntes Haus verübt. Fünf Frauen und Mädchen verbrennen. Ein 16-Jähriger und drei weitere Jugendliche werden festgenommen.

1991–1993 Assoziierungsverträge mit Ungarn, Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Rumänien und Bulgarien. Partnerschaftsabkommen mit der Ukraine und Russland im Frühjahr 1994. Die Verträge sehen einen schrittweisen Zugang zum Europäischen Binnenmarkt vor. Außerdem Bildung einer Freihandelszone mit Estland, Litauen und Lettland.

November 1993 Der Vertrag von Maastricht tritt in Kraft. Die EG (Europäische Gemeinschaft) wird zur EU (Europäische Union); das bedeutet Zusammenarbeit in der Außen- und Wirtschaftspolitik, Vorbereitung einer gemeinsamen Währung, mehr Mitentscheidungsrechte für das Europäische Parlament, Regionalförderung wirtschaftlich schwächerer Staaten, Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik. Das Subsidiaritätsprinzip soll bürgernahe Entscheidungen fördern und unnötigen Zentralismus vermeiden.

Februar 1994 Der Bundestag debattiert über Kunst und nationale Symbole.
Der bulgarisch-amerikanische Künstler Christo darf 1995 den Reichstag in Berlin für 14 Tage mit Stoff verhüllen. Christo will in Zeiten des Übergangs Zeichen setzen und zur Auseinandersetzung mit der Geschichte herausfordern. Die Resonanz seiner Aktionen im Juni/Juli 1995 ist überwältigend.

September 1994 Die russischen Truppen und die alliierten Streitkräfte verlassen offiziell die Bundesrepublik Deutschland. Sie werden in Berlin getrennt verabschiedet.

01.01.1995 Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens in die EU.

26.03.1995 Das Schengener Abkommen über die Abschaffung der Personenkontrollen an innereuropäischen Grenzen tritt in Kraft. Dies betrifft derzeit nur bestimmte Staaten und wird bisher nicht konsequent durchgeführt. Ein Informationssystem (SIS) mit Fahndungscomputer in Straßburg soll Personendaten austauschen und somit nach der Öffnung der Grenzen zur Sicherheit beitragen.

8. Mai 1995 50. Jahrestag des Kriegsendes. Seit Beginn des Jahres finden unter dem Zeichen der Versöhnung und gegen das Vergessen Gedenkfeiern, Ausstellungen, Tagungen, Lesungen und Dankgottesdienste statt. Gefeiert wird in Paris, London, Moskau, Washington, Oslo, Warschau, Tel Aviv, in Berlin und in allen größeren deutschen Städten. Presse, Funk und Fernsehen bieten historisches Material, Gespräche und Interviews an historischen Stätten. Beteiligt sind Politiker, Künstler, Augenzeugen und nicht zuletzt auch die jüngere Generation. Niederlage oder Befreiung sind die politischen Reizwörter: Befreiend ist das wachsende Bewusstsein, dass Wachsamkeit, Widerspruch und Zivilcourage notwendig sind, auch in der Demokratie.

Februar 1990 Deutsche Konzerne und Banken verpflichten sich, einen Entschädigungsfonds für ehemalige Zwangsarbeiter einzurichten.

31.12.1995 Tod von Heiner Müller (s. Seite 116), zuletzt Leiter des Berliner Ensembles.

1996/97 Europagipfel zur Revision des Maastricht-Vertrages: Reformbedürftig sind die Entscheidungsmechanismen und die Verfahren zur Erarbeitung einer gemeinsamen Außen-, Verteidigungs-, Innen- und Rechtspolitik. Um neue Mitglieder aufnehmen zu können, müssen die EU-Institutionen demokratischer und handlungsfähiger werden.

1997 Vertrag von Amsterdam: Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlaments.

1997 Der Bundestag beschließt ein Gesetz, das die Unrechtsurteile unter dem NS-Regime annulliert.

1.8.1998 Die Rechtschreibreform tritt in Kraft. Sie bleibt stark umstritten.

1.1.1999 Beginn der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Einführung des Euro als Währungseinheit mit festen Wechselkursen zu den nationalen Währungen. 1 Euro = 1,95583 DM

März 1999 Agenda 2000: Die 15 Regierungschefs der EU einigen sich auf das Reformpaket Agenda 2000. Es regelt die Ausgaben von 600 Milliarden Euro bis

zum Jahr 2006. Die Einigung ist Voraussetzung für die Ost-Erweiterung der EU (Aufnahme der Reformländer).

Juni 1999 Neuwahl des Europäischen Parlaments.

19. Juni 1999 Die europäischen Bildungsminister stecken die Ziele zur Schaffung eines europäischen Hochschulraumes ab (= Bologna-Prozess): 1. Die Einführung eines Systems vergleichbarer Abschlüsse. 2. Die Einführung eines zweistufigen Systems von Bachelor- und Master-Studium. 3. Die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen.

1.1.2000 Beitritt Griechenlands in die EU.

23.3.2000 Zwangsarbeiter-Entschädigung: Nach monatelangen Verhandlungen einigen sich Deutschland, die USA und Israel sowie die fünf europäischen Staaten und Opferverbände in Berlin auf die Verteilung von zehn Milliarden DM in der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft.

März 2000 EU-Beschäftigungsgipfel in Lissabon: Die Beschäftigungsquote (derzeit 60%) in der EU soll bis 2010 70% betragen. Die Sozialsysteme sollen überprüft werden. Die EU-Kommission wird detaillierte Analysen zum Lohnniveau und zu gesetzlichen Regelungen in den Mitgliedsstaaten machen. Ziel: Die Union soll der wettbewerbsfähigste und dynamischste Wirtschaftsraum der Welt werden.

Juni 2000 Bundeskanzler und die Chefs der großen Energieunternehmen einigen sich über den stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie.

August 2000 Ein Gericht in Halle verurteilt drei Skinheads als Mörder des Mosambikaners Alberto Adriano in Dessau zu langjährigen Haftstrafen.

31.10.2000 Die erste feste Besatzung der Internationalen Raumstation ISS startet ins All. Sie bleibt vier Monate an Bord.

11.12.2000 Der EU-Gipfel in Nizza beschließt eine EU-Charta der Grundrechte und ebnet den Weg für die Osterweiterung.

2000 PISA (Programme for International Student Assessment): Studie im Auftrag der OECD, die schulische Leistungen regelmäßig mit einem standardisierten Verfahren untersucht, um die Bildungssysteme der Staaten zu vergleichen und die Bildungskompetenz der Schüler zu erfassen. PISA-Studie 2000: Teilnahme von ca. 180 000 Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 Jahren in 32 Staaten.
Die PISA-Studie war ein Schock: Deutschland auf Platz 20 von 32 Ländern, z.B. in der Leseleistung.

August 2001 Die Bundeswehr schickt Soldaten nach Mazedonien.

11. September 2001
Terroranschlag in New York. Die USA rufen den „Krieg gegen den Terror" aus.

Dezember 2001 Afghanistan-Konferenz auf dem Petersberg bei Bonn: Einigung auf eine Übergangsregierung, UN-Friedenstruppe sichert den Prozess.

31. Dezember 2001 Abschied von der D-Mark, die ersten Euros sind da.

Januar 2002 1200 deutsche Soldaten werden nach Afghanistan verlegt.

Februar 2002 Im Februar 2002 berief der Bundeskanzler die Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt". Unter der Leitung von VW-Vorstandsmitglied Dr. Peter Hartz („Hartz-Kommission") haben 15 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft eine neue Ordnung für den Arbeitsmarkt entworfen: Hartz I: Einrichtung von Personal-Service-Agenturen, Hartz II: Einrichtung von Mini-Jobs und Ich-AGs, Hartz III: Umbau der Bundesanstalt für Arbeit in die Bundesagentur für Arbeit (BA), Hartz IV: Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum neuen Arbeitslosengeld II.

September 2002 Bundestagswahl: SPD und Grüne führen die Koalition unter Kanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer fort.

Oktober 2002 Deutschland legt sich fest: Nein zu einer militärischen Aktion gegen den Irak.

Oktober 2002 Deutschland verfehlt die Stabilitätskriterien der EU. Mehr als 3% des Bruttosozialprodukts Schulden.

Dezember 2002 4,3 Mio. Arbeitslose, kein wirtschaftlicher Aufschwung in Sicht.

22. Januar 2003 US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld bezeichnet Deutschland und Frankreich, die einen Krieg gegen den Irak ablehnen, als „altes Europa".

Frühjahr 2003 Anti-Kriegsproteste: 85% der Deutschen sind gegen einen Militärschlag im Irak.
Der Westen redet viel über die Ursachen des Terrorismus und viele sind sich einig: Globale Armut, Unwissenheit und Hoffnungslosigkeit, Intoleranz, Hass und Hochmut der Religionen sind Quellen des Terrorismus.

Februar 2003 Deutschland und die Niederlande übernehmen das Kommando über die ISAF -Schutztruppe in Afghanistan.

März 2003 Bundeskanzler Gerhard Schröder stellt die Agenda 2010 vor. Die Agenda 2010 werde helfen, „Gerechtigkeit zwischen den Generationen zu sichern und die Grundwerte unseres Gemeinwesens zu stärken". Die Agenda setzte umfassende Reformen in Gang u.a. für folgende Bereiche: Renten, Gesundheit, Kündigung, Ausbildungsplätze, Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Bildung (Ganztagsschulen), Handwerk, Gemeindefinanzen, Steuer.

Juni 2003 Die IG-Metall muss ihren Streik in Ostdeutschland für die Einführung der 35-Stunden-Woche ergebnislos abbrechen.

13.07.2003 Im mexikanischen Pueblo läuft der letzte VW-Käfer vom Band: Seit 1938 das 21.529.464. Auto.

14.09.2003 Die Schweden lehnen die Einführung des Euro ab.

24.10.2003 Die Afghanistan-Mission der Bundeswehr wird auf die Region Kundus ausgedehnt.

12.02.2004 Zweihundertster Todestag des großen Philosophen Immanuel Kant.

1. Mai 2004 Osterweiterung: 10 weitere Staaten treten der EU bei.

23. Mai 2004 Horst Köhler wird von der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten gewählt (2000 – 2004 Direktor des internationalen Währungsfonds IWF in Washington).

2./3. September 2004 Ein Großbrand zerstört den Rokokosaal und 30 000 Bücher der Herzogin-Anna-Amalia-Bibliothek in Weimar. Die 1691 gegründete Bibliothek besitzt wertvolle Schätze aus der Blütezeit der deutschen Klassik, darunter die mit 3900 Bänden - größte „Faust"-Sammlung und mittelalterliche Handschriften. Seit 1998 Weltkulturerbe der UNESCO.

September 2004 Das berühmteste Museum Dresdens, das Grüne Gewölbe Augusts des Starken mit Schätzen der Goldschmiedekunst und Kostbarkeiten aus Bernstein, Elfenbein, Perlen und Edelsteinen, wird im Residenzschloss nach 60 Jahren wiedereröffnet.

Sommer 2004 Demonstrationen gegen die Arbeitsmarktreformen. Schwerpunkt der Proteste in Ostdeutschland. Demokratie und Sozialstaat sind in den Köpfen eng verknüpft; notwendiger Sozialabbau, der die Sozialsysteme sichern soll, führt zu Ablehnung und Verweigerung. Extreme Gruppierungen am linken und rechten Rand des Parteienspektrums profitieren von den Protestwählern. Da vor allem rechtsextreme Parteien keine Lösungen anzubieten haben, ist ihr Verbleib in den Parlamenten immer nur von kurzer Dauer.

12. Januar 2005 Das Europa-Parlament verabschiedet die neue EU- Verfassung.

26. Januar 2005 Das Bundesverfassungsgericht ermöglicht die Erhebung von Studiengebühren. 2013 sind die Studiengebühren wieder abgeschafft.

16. Februar 2005 Das Kyoto-Protokoll tritt in Kraft. 141 Staaten verpflichten sich, ihre Emissionen bis 2012 um 5% gegenüber 1990 zu verringern.

13. April 2005 Das Europa-Parlament stimmt mit großer Mehrheit für den Beitritt Bulgariens und Rumäniens im Jahr 2007.

19. April 2005 Der deutsche Kardinal Joseph Ratzinger wird zum Papst gewählt. Er nennt sich Benedikt XVI. Er ist der erste deutsche Papst seit fast 500 Jahren.

25. April 2005 Bulgarien und Rumänien unterzeichnen die Verträge für den EU-Beitritt im Jahr 2007. Die EU wächst weiter.

27. April 2005 Der neue Airbus A 380, der weltgrößte Passagierjet, absolviert seinen Erstflug.

12./13. Mai 2005 Bundestag und Bundesrat verabschieden die EU-Verfassung mit großer Mehrheit.

Juni 2005 Bund und Bundesländer legen ein Programm für den Aufbau von Spitzen-Unis auf.

5. Juni 2005 Die Schweizer stimmen für den Beitritt zum Schengener Abkommen. Die Personenkontrollen an den Grenzen sollen 2008 wegfallen.

18. September 2005 Bundestagswahl: Ergebnis ist ein Kräfteverhältnis, das zur Großen Koalition von CDU und SPD führt. Grüne und F.D.P. gehen in die Opposition, zu der auch die neue Linkspartei gehört.

28. September 2005 Der Bundestag beschließt die Ausweitung des Bundeswehr-Einsatzes in Afghanistan.

4. Oktober 2005 Die EU-Außenminister beschließen die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der Türkei. EU und die Türkei nehmen Verhandlungen auf.

15. November 2005 Das Forschungsschiff „Sonne" setzt die ersten Tsunami-Warnbojen aus.

22. November 2005 Angela Merkel wird zur ersten Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Die Kanzler vor ihr waren: Konrad Adenauer (1949-1963), Ludwig Erhard (1963-1966), Kurt Georg Kiesinger (1966-1969), Willy Brandt (1969-1974), Helmut Schmidt (1974-1982), Helmut Kohl (1982-1998), Gerhard Schröder (1998-2005).

Mai 2006 Die EU verabschiedet die Dienstleistungs-Richtlinie. Innerhalb der EU-Staaten öffnen sich die Märkte. Bürokratie wird abgebaut. Die Richtlinie muss innerhalb von drei Jahren in nationales Recht umgesetzt werden.

Juni 2006 Im Städte-Ranking der 50 größten Städte (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) steht München an der Spitze (Arbeitsmarkt). Es folgen Frankfurt (höchste Einkommen), Stuttgart und Düsseldorf. Dresden hat auf Rang 10 aufgeschlossen. Berlin rangiert ganz hinten.

Juni/Juli 2006 Fußballweltmeisterschaft in Deutschland.

Juni/Juli 2006 Bundestag und Bundesrat verabschieden die Föderalismusreform, eine Verfassungsreform: 1. Der Bundesrat muss nur einem Drittel statt zwei Drittel der Gesetze zustimmen. Der Staat wird schneller. 2. Dafür bekommen die Bundesländer mehr Rechte in der Bildung (Ganztagsschulen, Zulassung zum Studium).

August 2006 Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), auch Antidiskriminierungsgesetz genannt, tritt in Kraft.

Herbst 2006 10 Unis qualifizieren sich im Rahmen der „Exzellenzinitiative" als „Elite-Hochschulen". Bund und Länder fördern die Spitzenforschung.

2006-2007 Die Konjunktur springt an und die Zahl der Arbeitslosen sinkt

1. Januar 2007 Bulgarien und Rumänien treten der EU bei.

2007 Die EU wird ein einheitlicher Zahlungsraum, der grenzüberschreitende Zahlungen und Kredite erlaubt.

März 2007 Klimagipfel: Die Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer beschließen 3 x 20% bis zum Jahr 2020: 20% Reduzierung des CO2-Ausstoßes, 20% Anteil alternativer Energien (heute 13%), 20% Steigerung der Energieeffizienz. In das Ergebnis konnten die USA einbezogen werden.

März 2007 Die EU feiert den 50. Jahrestag ihrer Gründung.

August 2007 Im Gästehaus Meseburg (Mecklenburg) beschließt die Regierung ein umfangreiches Paket zum Klimaschutz.

Dezember 2007 Verabschiedung des EU-Reformvertrags von Lissabon unter portugiesischer Ratspräsidentschaft. Als Ersatz der abgelehnten EU-Verfassung soll er die Arbeitsmöglichkeiten der EU verbessern.

Juni 2008 Das EU-Parlament beschließt die Rückführungs-Richtlinie zum Umgang mit illegalen Einwanderern (Bedingungen der Abschiebehaft und Mindestgarantien). Enttäuscht reagieren die Flüchtlingsorganisationen und Amnesty International.

Herbst 2008 Die internationale Bankenkrise wirkt sich negativ auf das Wirtschaftswachstum aus. Der Export bricht ein, vor allem im Maschinenbau.

2008/2009 Wirtschaftskrise. Die deutsche Wirtschaft schrumpft. Die Bundesregierung bringt zwei Konjunkturpakete auf den Weg, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Das zweite Konjunkturpaket stellt Geld für die Bildungsinfrastruktur (Neubauten, Sanierung von Universitäten und Schulen, Geräteausstattung) bereit sowie Hilfen für die Wirtschaft (Deutschlandfonds). Der Staat greift ein, wenn die Marktwirtschaft sich nicht selbst reguliert (Stützung der Banken, Finanzaufsicht und Regelung der Managergehälter).

September 2009 Bundestag und Bundesrat beschließen die EU-Begleitgesetze zum Lissabon-Vertrag (= EU-Reformvertrag). Sie geben dem Parlament mehr Mitwirkungsrechte bei europäischen Entscheidungen.

Oktober 2009 Die Schriftstellerin Herta Müller erhält den Nobelpreis für Literatur für ihr Gesamtwerk über die rumänische Diktatur.

2010 Die Konjunktur ist auf Erholungskurs: Das Bruttoinlandsprodukt steigt, Exporte steigen, Arbeitslosenzahlen gehen zurück. Aber das Staatsdefizit ist zu hoch.

Mai 2011 Menschen aus Osteuropa (Polen, Estland, Litauen, Lettland, Ungarn, Tschechien, der Slowakei und Slowenien) brauchen in Deutschland keine Arbeitserlaubnis mehr.

Juli 2011 Der Wehrdienst wird freiwillig. Statt des Zivildienstes wird der Bundesfreiwilligendienst für soziale Aufgaben eingerichtet. Die Freiwilligen nennt man auch „Bufdis".

August 2011 Das Parlament beschließt den Atomausstieg.

Seit 2010 Die Staatsschuldenkrise (Euro-Krise) in mehreren Ländern der Eurozone (Griechenland, Irland, Portugal, Spanien, Italien) belasten die EU. Stabilisierungsmaßnahmen, sog. Rettungsschirme, schaffen Liquidität und unterstützen mit Bürgschaften.

Januar 2012 Der Deutsche Bundestag setzt eine Untersuchungskommission ein zur Aufklärung der Morde der rechtsextremistischen Zwickauer Terrorzelle und des Versagens der Sicherheitsbehörden. Die Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) war 2011 entdeckt worden. Ihr werden zwischen 2000 und 2007 neun Morde an Einwanderern aus der Türkei und Griechenland sowie an einer deutschen Polizistin zur Last gelegt.

März 2012 Die Bundesversammlung wählt Joachim Gauck mit großer Mehrheit zum 11. Bundespräsidenten

September 2012 Die EZB (= die Europäische Zentralbank) beschließt den unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen aus Krisenländern, um

1. Juli 2013 Kroatien wird 28. Mitgliedsland der EU.

Sept. 2013 Der Lehrbetrieb an der neuen Türkisch-Deutschen Universität in Istanbul wird zum Wintersemester 2013/14 aufgenommen.

Februar 2014 Das europäische Zahlungssystem Sepa (= Single Euro Payments Area) startet.

22.-25. Mai 2014 8. Europawahl zum Europäischen Parlament.

Juni / Juli 2014 Fußball-WM in Brasilien. Deutschland wird Weltmeister.

4. November 2014 Die Europäische Zentralbank übernimmt die Bankenaufsicht über die Großbanken Europas (24 in Deutschland).

9. November 2014 Große Feier in Berlin zum 25. Jahrestag des Mauerfalls. 7000 Ballons markierten den Verlauf der Mauer. Sie wurden am Abend des 9. November gestartet und markierten so den Fall der Mauer.

1. Januar 2015 Litauen führt als 19. Land den Euro ein.

1. Januar 2015 Der flächendeckende allgemeine gesetzliche Mindestlohn tritt in Kraft.

13. April 2015 Der Schriftsteller und Nobelpreisträger Günter Grass stirbt.

20. September 2015 Die Volkswagen AG gibt Manipulationen an Abgastestwerten von Dieselfahrzeugen in den USA zu.

3. Oktober 25 Jahre Deutsche Wiedervereinigung

10. November 2015 Der Politiker, Publizist und ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt stirbt in seiner Heimatstadt Hamburg.

2014 - 2015 Die Bewegung „Pegida" (= Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes") organisiert vor allem in Dresden jeden Montag eine Demonstration gegen Überfremdung und eine aus ihrer Sicht verfehlte Einwanderungs- und Asylpolitik. Es gibt Gegendemonstrationen.

2015 Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten des Nahen Ostens und aus Krisengebieten Afrikas strömen nach Europa auf der Suche nach einem besseren und sicheren Leben. Der Zusammenhalt der EU ist in Gefahr, denn die Mitgliedstaaten suchen nach nationalen Lösungen und schotten sich ab.

13. November 2015 Der Terror des IS erreicht Europa: Anschläge in Paris.

30. Nov. bis 11.Dez. UN-Klimakonferenz in Paris

Literatur

Die Literaturliste enthält eine Auswahl von Büchern, Schriften und Statistiken, aus denen zitiert wird und die während der Arbeit am Buch zu Rate gezogen wurden.

Statistisches Jahrbuch 2015 für die Bundesrepublik Deutschland, hrsg. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2015
Volks-Ploetz, Auszug aus der Geschichte, 5., aktualisierte Auflage, Verlag Ploetz, Freiburg und Würzburg 1991
Martin und Sylvia Greiffenhagen, Ein schwieriges Vaterland, Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland, Paul List Verlag, München 1993

Kapitel 1

dtv-Atlas zur deutschen Sprache, Tafeln und Texte mit Mundart-Karten, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1992
Ruth Reiher, Berlinisch heute. Kompetenz - Verwendung - Bewertung, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main 2001
Mainhardt Graf Nayhauß (Hrsg.), Kauderwelsch. Die Sprache der Politiker, Edition Lingenstiftung, Lingen Verlag, Köln 2012
Jürgen Trabant, Globalesisch oder was? Ein Plädoyer für Europas Sprachen, Verlag C.H. Beck, München 2014
Tom Segev, Simon Wiesenthal. Die Biographie, Siedler-Verlag. München 2010
Deutsche im Ausland, Fremde in Deutschland, hrsg. Klaus J. Bade, C.H. Beck'sche Verlagsanstalt, München 1992
Deutsches Ausländerrecht, Einführung von Helmut Rittstieg, Beck Jurist. Verlag, dtv Taschenbücher Bd. 5537, München 2005
Beate Winkler, Zukunftsangst Einwanderung, Beck'sche Reihe 471, München 1992
Klaus-Dieter Henke (Hrsg.), Revolution und Vereinigung 1989/90, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2009
Miltiades Oulos, Blackbox Abschiebung. Geschichten und Bilder von Leuten, die gerne geblieben wären, edition suhrkamp 2644, Suhrkamp Verlag, Berlin 2013
Spezial Eurobarometer 386: Die europäischen Bürger und ihre Sprachen, Befragung Februar-März 2012, durchgeführt von TNS Opinion & Social, koordiniert von der Europäischen Kommission

Kapitel 2

Thilo Koch (Text) / Werner Neumeister, Erhard Pansegrau (Fotografie), Deutschland, F. Bruckmann, München 1991
Heinz Stade, Falko Behr, Erfurt. Den Wandel zeigen, Edition Leipzig , Leipzig 2005
Baedecker Allianz Reiseführer, Deutschland, Mair DuMont, Ostfildern 2005
Merian Hefte: Deutschland, Berlin, Hamburg, Leipzig, Dresden, Bonn, Köln, Karlsruhe, Osnabrück, Harz

Kapitel 3

17. Shell Jugendstudie „Jugend 2015“, „Eine pragmatische Generation behauptet sich“, hg. Shell AG, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2015
Rupert Voß, HerzSchlag – Mein Engagement für Menschlichkeit, Kösel-Verlag, München 2009
Manja Greß / Florian Oertel, Einsatz gegen Rechts, in: Nordbayerischer Kurier 18./19.06.2005 / dpa, Hamburg
Eric Chavistré, Wir Gutkrieger. Warum die Bundeswehr im Ausland scheitern wird, Frankfurt/New York, Campus Verlag 2009
Heike Groos, Ein schöner Tag zum Sterben. Als Bundeswehrärztin in Afghanistan, Krüger Verlag, Frankfurt am Main 2009
„Ein perfektes Team“, x-bay stellt euch die Kandidaten des Jugendparlaments vor, in: Nordbayerischer Kurier vom 10./11. März 2007
Ulrich Beck / Elisabeth Beck-Gernsheim, Lebensformen im globalen Zeitalter: Fernliebe, Suhrkamp Verlag, Berlin 2011
Sanfter Urlaub - aber wie?, Urlaub und Freizeit mit der Natur, Kampagne: Freizeit, Sport, Tourismus, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Bonn, April 1991
Christoph Butterwegge, Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird, Campus Verlag, Frankfurt/Main 2009
Ines Geipel, Generation Mauer. Ein Porträt, Klett Cotta, Stuttgart 2014
Klaus Hurrelmann, Erik Albrecht, Die heimlichen Revolutionäre. Wie die Generation Y unsere Welt verändert, Beltz-Verlag, Weinheim und Basel 2014
Ahmad Mansour: Generation Allah. Warum wir im Kampf gegen religiösen Extremismus umdenken müssen, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2015

Kapitel 4

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, C.H.Beck, 9. Auflage, München 2007
Die politische Ordnung in Deutschland, hrsg. Bayerische Landeszentrale für politische Bildung, München 2004
Richard von Weizsäcker, Von Deutschland aus, Reden des Bundespräsidenten, Corso bei Siedler, Wolf Jobst Siedler, Berlin 1985
Europa-Recht, Europäische Union, EG-Vertrag, Europäisches Prozessrecht, Europarat-Satzung, Menschenrechtskonvention, Beck-Texte im dtv, 22. Auflage, München 2007
Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland, Darstellung der Kompetenzen, Strukturen und bildungspolitischen Entwicklungen für den Informationsaustausch in Europa, KMK, Bonn 2003, S. 33
Jugendrecht (u.a. Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit, Jugendarbeitsschutzgesetz, Berufsbildungsgesetz, Berufsbildungsförderungsgesetz, BaföG), Beck-Text im dtv, München 1993
Markus Beckedahl, Falk Lüke, Die digitale Gesellschaft. Netzpolitik, Bürgerrechte und die Machtfrage, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2012
Richard David Precht, Anna, die Schule und der liebe Gott. Der Verrat des Bildungssystems an unseren Kindern, Goldmann, München 2013

Kapitel 5

H. A. und E. Frenzel, Daten deutscher Dichtung, Chronologischer Abriß der deutschen Literaturgeschichte, Band 1 und 2, 26. Auflage, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1991
Volker Bohn, Deutsche Literatur seit 1945, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1993
Manfred Zettel, Erste Lieb' und Freundschaft. Goethes Leipziger Jahre, Mitteldeutscher Verlag, Halle 2008
Sabine Appel, Johann Wolfgang von Goethe. Ein Porträt, Böhlau Verlag, Köln-Weimar 2009
Rüdiger Safranski, Goethe und Schiller. Geschichte einer Freundschaft, Hanser Verlag, München 2009
Rüdiger Safranski, Goethe. Das Kunstwerk des Lebens. Biographie, Carl Hanser Verlag, München 2013
Max Frisch, Schweiz als Heimat? Versuche über 50 Jahre, hrsg. von Walter Obschlager, 2. Auflage, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1990
Wolfgang Koydl, Die Besserkönner. Was die Schweiz so besonders macht, Orell Füssli Verlag, Zürich 2014
Friedrich Dürrenmatt und Max Frisch, in: Konturen. Magazin für Sprache, Literatur und Landschaft 1/1992, S. 47-58
„Schreiben ist das Schlechteste, was ich kann, darum muss ich's immer wieder probieren.“ Adolf Muschg im Gespräch über Literatur, die Schweiz und die Staatskunst, in: Konturen 1/1994, S. 15–19
Peter Handke, Die Stunde da wir nichts voneinander wußten, Ein Schauspiel, Suhrkamp Weißes Programm Schweiz, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1992
Reiner Kunze, Die wunderbaren Jahre, S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 1976
Über Deutschland, Schriftsteller geben Auskunft, hrsg. Thomas Rietzschel, Reclam Verlag, Leipzig 1993
Christa Wolf, Auf dem Weg nach Tabou. Texte 1990–1994, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1994; für die Bundesrepublik Deutschland: Luchterhand Literaturverlag, München
Christa Wolf, Hierzulande Andernorts, Erzählungen und andere Texte, 1994-1998, Luchterhand Verlag, München 1999
Günter Grass, Gegen die verstreichende Zeit, Reden, Aufsätze und Gespräche 1989-1991, Luchterhand Literaturverlag, Hamburg und Zürich 1991
Erika und Klaus Mann, Escape to Life, Deutsche Kultur im Exil, edition spangenberg, München 1991
Ingo Schulze, Simple Storys, Ein Roman aus der ostdeutschen Provinz, Berlin Verlag, Berlin 1998
Ingo Schulze, Neue Leben, Berlin-Verlag. Berlin 2005
Ingo Schulze, Adam und Evelyn, Berlin Verlag, Berlin 2008-10-25
Robert Ide, Geteilte Träume. Meine Eltern, die Wende und ich, Luchterhand Literaturverlag, Köln 2007

Said, Freund: In Deutschland leben, Ein Gespräch, C.H. Beck Verlag, München 2004
Der Literaturstreit im vereinten Deutschland, „Es geht nicht um Christa Wolf", edition spangenberg, München 1991
Akteneinsicht Christa Wolf, Zerrspiegel und Dialog, Eine Dokumentation, hrsg. von Hermann Vinke, Luchterhand Literaturverlag, Hamburg 1993
Heiner Müller, Krieg ohne Schlacht, Leben in zwei Diktaturen, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1992
Bertolt Brecht, Gesammelte Werke, werkausgabe edition suhrkamp, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1967
Peter Michalzik. Die sind ja nackt! Gebrauchsanweisung fürs Theater, DuMont Buchverlag, Köln 2009
Jens *Uwe Tellkamp.* Der Turm. Geschichte aus einem versunkenen Land, suhrkamp taschenbuch 4160, Suhrkamp Verlag. Frankfurt am Main 2008
100 Gedichte aus der DDR, hrsg. von Christoph Buchwald und Klaus Wagenbach, Verlag Klaus Wagenbach 2009
Joachim Gauck, Winter im Sommer, Frühling im Herbst, Erinnerungen, Siedler Verlag, München 2009
Eugen Ruge, In Zeiten des abnehmenden Lichts. Roman einer Familie, Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 2011

Kapitel 6

Europa im Aufbruch, Was bringt der EG-Binnenmarkt?, DER SPIEGEL, Dokument 1 vom Februar 1993
Der Vertrag von Maastricht I-III, DER SPIEGEL, Dokument 2–4 vom Juli 1992
Dirk Laabs, Der deutsche Goldrausch. Die wahre Geschichte der Treuhand, Pantheon Verlag. München 2012
Britta Rehder, Betriebliche Bündnisse für Arbeit in Deutschland, Campus, Frankfurt am Main 2003
Kultur und Technik 1/2006, Zeitschrift des Deutschen Museums, Verlag C.H. Beck, München
Technologien des 21. Jahrhunderts, Pressedokumentation 25/92, hrsg. Bundesministerium für Forschung und Technologie, Bonn
Jens Reich, in: Reden über das eigene Land, C. Bertelsmann Verlag, München 1993, S. 16–32
Arnulf Baring, Deutschland, was nun?, Wolf Jobst Siedler Verlag, Berlin 1991
Zeitschrift *PRISMA,* aus der Arbeit des Goethe-Instituts 1/94 (Europäische Kulturpolitik)
Susan Neiman, Fremde sehen anders, Suhrkamp, Frankfurt am Main 2005
Julian Nida-Rümelin: Der Akademisierungswahn: Zur Krise beruflicher und akademischer Bildung. Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2015
Albrecht von Lucke, Die gefährdete Republik. Von Bonn nach Berlin 1949 – 1989 – 2009, Wagenbach Verlag, Berlin 2009

Anhang

Hans Endlich und Harm Mögenburg, Deutschland, einig Vaterland, Abgang einer Diktatur, Chance eines Neuanfangs, Diesterweg Verlag, Frankfurt am Main 1991
Heribert Prantl und Robert Probst (Hrsg.), Einigkeit und Recht und Wohlstand. Wie Deutschland wurde, was es ist. 60 Jahre Bundesrepublik, Süddeutsche Zeitung Edition, München 2009
Egon Bahr, Peter Ensikat, Gedächtnislücken. Zwei Deutsche erinnern sich, hrsg. Von Thomas Grimm, Aufbau-Verlag, Berlin 2012
Robert Menasse, Der europäische Landbote. Die Wut der Bürger und der Friede Europas, Paul Zsolnay Verlag, Wien 2012
Adolf Muschg, Vergessen wir Europa? Eine Gegenrede, Wallstein Verlag, Göttingen 2013
Ulrich Beck, Weltrisikogesellschaft. Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit, suhrkamp taschenbuch, Berlin 2008
Ulrich Beck, Das deutsche Europa. Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise, Suhrkamp Verlag, Berlin 2012
Helmut Schmidt, Mein Europa. Mit einem Gespräch mit Joschka Fischer, Hanser Verlag, München 2013
Roman Herzog, Europa neu erfinden. Vom Überstaat zur Bürgerdemokratie, Siedler Verlag, München 2014
Gesine Schwan, Robert Menasse, Hauke Brunkhorst, Weil Europa sich ändern muss. Ein Gespräch, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2015

Bildquellen

DIE ARCHE, Berlin (S. 59 o.l.); Archiv für Kunst und Geschichte, Berlin (S. 125); Auswärtiges Amt (Logo Schulen – Partner der Zukunft) (S. 71); Bayerische Zugspitzbahnen (S. 11); Bayreuther Festspiele GmbH (S. 127 o.); Bildagentur Fotolia (S. 40 r., 42 r., 59 m.l, 69); Dietrich - Bonhoeffer -Schule, Recklinghausen (S. 26); BUND Baden-Württemberg (Foto: Dieter Eidens-Holl) (S. 89); Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (S. 147 m. „Die Erde braucht Freunde"); Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (Logo BFD) (S. 70); Bundesministerium für Finanzen (S. 143); Bundesverband Deutsche Tafel e.V., Foto: Wolfgang Borrs (Bergedorfer Tafel) (S. 82); Cartoon - Caricature- Contor, München (S. 140); Deutsche Sportjugend (dsj), Frankfurt am Main (S. 71); Deutsches Museum (S. 134); dpa picture alliance (Globus- Statistiken und Fotos), Hamburg (S. 7: Foto: Balazs Mohai), 20 (Foto: Armin Weigel), 22, 25, 34, 35 u.r., 59 u.m., 60, 62, 63, 75, 76, 92, 105, 135, 136, 139, 141, 148); Europäische Gemeinschaften 1995 -2000 (S. 83 m.); EUYO with Ashkenazy, Carnegie Hall 2012 (Foto: Richard Termine) (S. 157); Fotoredaktion Nordbayerischer Kurier (S. 72); Jugendinitiative gegen Rechtsextremismus Wunsiedel (Foto: Gisela Totzauer) (S. 50); Freies Deutsches Hochstift, Frankfurt am Main (S. 46 u.l., 110 r.); Gewandhaus zu Leipzig (S. 128); Josef Heckerott, Bottrop (S. 15o.); Peer Koop, München (S. 109); Klimahaus Bremerhaven (S. 31); Landesbildstelle Baden, Karlsruhe (S. 23 u.l.); Landesamt für Denkmalpflege, Sachsen (S. 48 l.); Landesbildstelle Berlin (S. 36 u.l., 159 u.l.); Landesbildstelle Hessen, Frankfurt am Main (S. 45 l.); Landesbildstelle Südbayern, München (S. 23 u.); Landesmedienzentrum Rheinland -Pfalz, Koblenz (S. 23 m.l., 46 u.r.); Klaus Leidorf. Luftbilddokumentation, Buch am Erlbach (S. 12 u.); Leipziger Messe GmbH, Leipzig (S. 48); Renate Luscher, München (Cover-Foto, S. 7 u., 11, 13 l., r., 23 (7 x), 26 m., 30, 32 l., 34 l., 35 u. l., 36 o., 37 u., 38 o., u., 39, 44, 48 m., 49, 50 m., 52 o., m., 56 (4x), 57 (5x), 59 u., 63 u.., 77, 78 o., 79, 81, 83 o. r., 100, 101, 107 o., 109 o. l., u.r.,111 u., 127 u., 133 o. l., 147 u., 150, 151); MM Verlag, A Salzburg (S. 126 o.); Nina Mösch, Bayreuth (S. 66); Nationalpark Hainich (Foto: Rüdi-

ger Biehl) (S, 147 o.), Andreas Oft, München (S. 23 o.l., u. l., 37 o., 53 r., 55 u., 56 u.r., 59 m., 65 o., 75 l., 79, 84); Isolde Ohlbaum, München (S. 113); Ökomenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche (S. 19); Ralf Orlich, Mitterdarching (S. 11 o.); Bildagentur Pitopia (S. 59 o., 65 u., 103); Marlene Pohle, Stuttgart (S. 10, 16); Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bundesbildstelle (S. 83 u. r., S. 159 m.l.); Pro Asyl (S. 19); Rheinisches Bildarchiv, Köln (S. 42 l.); Richter-Publizistik, Bonn (www.crp-infotec.de) (S. 95); Schiller - Nationalmuseum, Bildarchiv, Marbach (S. 112 r.); Sekretariat der Kultusministerkonferenz, Bonn (S. 99); Senator Entertainment AG, Berlin (S. 132 r.); Siemens - Pressebild, Siemens AG München/Berlin (S. 67, 135 m.r.,u., 142); Shell Deutschland Oil GmbH (S. 68); Spezial Eurobarometer 386, Juni 2012 (Europäische Kommission) (S. 17); SPIEGEL Verlag, Hamburg (S. 43); Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz, Berlin (Mendelssohn/ Gemälde von Eduard Magnus, S. 128); Statistisches Bundesamt (S. 9, 11, 12, 19, 25); Hans J. Stenzel, Berlin (S. 19 u. l.); Strasser Capital GmbH, München (S. 148 o.); Süddeutscher Verlag, Bildarchiv, München (S. 53 u.l., 109: 3 Bilder, 150 o., 159: 4 Bilder); Tourismus -Zentrale Nürnberg (S. 55); Luxushotel Suitess, Leipzig (S. 49); Ullstein -Bilderdienst, Berlin (S. 117); Verlag für Deutsch, Ismaning (S. 50 u.); Hans -Christian Wöste/Alfred - Wegener -Institut für Polar- und Meeresforschung (S. 153 o.); Metin Yilmaz, Berlin (S. 59, 69)

Creative Commons

Links:
https://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.5/deed.en
https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en

S. 8: Großgliederung Europas/NordNord-West/cc-by-sa-3.0 Vorschlag des Ständigen Ausschusses für geographische Namen (StAGN); S. 9: Die Schengener Staaten/CrazyPhunk; S. 13: Hauptsynagoge/ Maximilian Dörrbecker/cc-by-sa-3.0; S. 28: Hamburg Speicherstadt/cc-by-sa-2.0 (Heribert Pohl); S. 28: Elbphilharmonie/cc-by-sa-4.0; S. 29: Wolfsburg. Volkswagenwerk von Osten/Vanellus foto/cc-by-sa-3.0; S. 29: VW Käfer (Axel Hindemith); S. 31:Deutsches Auswandererhaus Bremerhaven/cc-by-sa-3.0 (PhilippN); S. 33: Stralsund Alter Markt/ cc-by-sa-3.0 (Softeis); S. 33: Schweriner Schloss/cc-by-sa-1.2 (Mit freundlicher Genehmigung von Ralf Roletschek; Ralf Roletschek / fahrradmonteur.de); S. 35: Berlin von oben/Matthias Renner (Marathoni62)/cc-by-sa-3.0; S. 40: Braunkohlekraftwerk Schkopau/ Felix Abraham/cc-by-sa-3.0; S. 41: Zeche Zollverein/Thomas Robbin/cc- by -sa -3.0; S. 43: Klaus Kammerichs: Beethon/cc-by-sa-3.0 (Hans Weingartz); S. 50: Loreley- Felsen/cc-by-sa-3.0 (Roland Todt); S. 51: Universität Saarbrücken/CAPN HIRN/cc-by-sa-3.0; S. 55: S. 52: Heidelberg/Christian Bienia/cc-by-sa-3.0; S. 55: Fuggerei (Lernerfolg); S. 57: Brötchen/3268zauber/cc-by-sa-3.0; S. 58: Labskaus/cc-by-sa-3.0 (Pamba.mpimaji), Maultaschen/cc-by-sa-3.0 (FloSch), Dresdner Christstollen-cc-by-sa-4.0 (Lizzy), ; Eisbein auf Sauerkraut/cc-by-sa-3.0 (Rainer Zenz), Himmel und Erde/cc-by-sa-3.0 (Tamorlan); S. 83: Bundesverfassungsgericht/Tobias Helfrich/cc-by-sa-3.0; S. 83: Gauck/Michael Lucan/pixeldost/ cc-by-sa-3.0, Grundgesetz (Bundesregierung/Stutterheim); S. 91: Eurozone/Glentamara; S. 91: Europa/ kolja21(talk)/cc-by-sa-3.0; S. 99: teilintegrative Schulsysteme/(DeStatis) David Liuzzo, Färbung Roland Struwe, Marius_Gancher/cc-by-sa-3.0; S. 101: Humboldt-Universität mit Alexander von Humboldt-Denkmal /Christian Wolf/ cc-by-sa-3.0; S. 109, 115: Grass/Blaues Sofa/cc-by-sa-2.0; S. 109: Kunze/Schelm/ cc-by-sa-3.0; S. 109: Muschg/Klaus Baum/cc-by-sa-3.0; S. 109, 114: Handke/Mkleine/cc-by-sa-3.0; S. 109: Friedrich Schiller/Ludovike Simanowitz; S. 109: Herta Müller/Dontworry/cc-by-sa-3.0; S. 109, 115: Jelinek/Ghuengsberg/cc-by-sa-2.5; S.116: Christa Wolf/Spree Tom/ cc-by-sa-3.0; S. 116: Reiner Kunze/EPei/ cc-by-sa-3.0; S. 124: Berliner Compagnie/HerbertErwin; S. 126: Beethoven; S. 127 l.: Bardentreffen/Ralf Schulze/ cc-by-sa-3.0; S. 135: Kraftwerk Jänschwal/ Ra Boe (talk) /cc-by-sa-3.0; S. 144: Euro - Symbol/Christoph F. Siekermann/cc-by-sa-3.0; S. 152 A 3D model of the Rosetta Spacecraft/User IanShazell; S. 153: Polarstern/Hannes Grobe, Alfred-Wegener-Institut/cc-by-sa-2.5; S. 159: Willy Brandt und Helmut Schmidt/Bundesarchiv/ cc-by-sa-3.0

S. 7 l.: www.interkulturellewoche.de; S. 7: www.bfh-hanau.de; S. 14: www.ricksteves.com '(Foto: Dominic Bonuccelli); S. 23 u.: www.zugspitze.de; S. 26: www.cuxhaven.de; S. 38: www.visitberlin.de; S. 48 r., 56 u.r., 107 u., 110 l.: www.pixelio/zaubervogel; S. 67: www.arbeits-abc.de; S. 70: www.alpenverein.de; S. 75: www.gera.de; S. 76: www.hofmanngoettig.de, Alten - und Pflegeheim, Koblenz; S. 83 o.l.: www.pixelio.de/P.-Kirchhoff; S. 98: www.diepresse.com; S. 121: www.flickr.com/photo/norbert_blech „Keine Urheberrechtsbeschränkungen bekannt"; S. 122: www.schulen. rosenheim.de (Foto: Gerd Danitschek); S. 122 u.: www.gorki.de (Foto: Thomas Aurin)

o. = oben / m. = Mitte / u. = unten / l. = links / r. = rechts.

Wir haben uns bemüht, alle Inhaber von Text- und Bildrechten ausfindig zumachen. Sollten Rechteinhaber hier nicht aufgeführt sein, so wären wir für entsprechende Hinweise dankbar.

Lösungen und Bildinformationen

Seite 9: Die Staaten des Schengener Abkommens: Vollanwenderstaaten (dunkelblau); Nicht EU-Schengenmitglieder (IS, N, CH, FL) (hellblau); Zukünftige Mitglieder (BG, CY, HR, RO) (oliv); Kooperierende Staaten (GB, IRL) (grün)

Seite 22: 8, 4, 5, 3, 7, 1, 2, 6, 10, 9

Seite 23 (von Norden nach Süden, von links nach rechts): Nordsee-Insel Juist; Kreidefelsen auf Rügen; Kölner Dom; Brandenburger Tor; Wartburg; Rhein mit Loreley; Frankfurt am Main; Dresden; Rothenburg; München; Neuschwanstein; Zugspitze

Seite 56: 1 Frankfurter; 2 Grünkohl; 3 Thüringer; 4 Weißwurst; 5 Currywurst; 6 Schlachteplatte

Seite 57: 1 Bauernbrot; 2 Brötchen; 3 Vollkornbrot; 4 Weißbrot; 5 Brezen; 6 Knäckebrot

Seite 58 (von links nach rechts):
4a, 6b, 1c, 2e, 6d, 5f

Seite 59 o.l.:
Das Kinder- und Jugendzentrum "Die Arche" wurde 1995 in Berlin gegründet. Ziel des Vereins ist es, Kinder von der Straße zu holen, sinnvolle Freizeitmöglichkeiten zu bieten und gegen soziale Defizite zu agieren sowie Kinder wieder ins Zentrum der Gesellschaft zu stellen.

Seite 159
1: 1945 hisste ein Soldat der Roten Armee die Sowjetflagge auf dem Reichstagsgebäude in Berlin; 2: Potsdamer Konferenz 17.7.-2.8.1945: Churchill, Truman und Stalin während einer Verhandlungspause vor Schloss Cecilienhof; 3: Errichtung der Berliner Mauer 1961; 4: Glienicker Brücke; 5: DDR-Bürger demonstrieren in der Leipziger Innenstadt für Reisefreiheit (4. September 1989); 6: Unterzeichnung des 2 + 4-Abkommens (1990): die Außenminister von links nach rechts: James Baker (USA), Douglas Hurd (Großbritannien), Eduard Schewardnadse (UdSSR), Roland Dumas (Frankreich), Lothar de Maizière (Ministerpräsident der DDR), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik Deutschland); 7: Bürger aus der DDR, Westberlin und der Bundesrepublik auf der Mauer am 10. November 1989; 8: Willy Brandt und Helmut Schmidt (1973)

Index

A

Abwicklung 141
8-Stunden-Tag 137
Agenda 2010 166
Airbus 151
Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) 66
alte Bundesländer 12, 23ff., 25
alte Menschen (Senioren) 75ff.
alternative Energien 148f.
Altersarmut 75
Ariane 152
Arbeitgeber 138
Arbeitnehmer 75ff., 136, 138
Arbeitslosengeld 77, 136ff., 140
Arbeitslosenversicherung 136
Arbeitslosigkeit 32, 38, 62, 65, 75, 81, 136, 162, 166
Arbeitszeit 65, 136
Arbeitszeitmodelle 137
ARD 95
Armut 63, 137
Arte-Kanal 96
Asylbewerber 20, 21
Asylrecht 20, 21, 85
Atomausstieg 148
Attac 88
atypische Beschäftigung 137
Aufstocker 63
Ausländer 5, 15, 19ff.
ausländische Arbeitnehmer 19ff.
Auslandsschulen 72
Aussiedler 14, 22
Auswanderung 22
Autoverkehr 45, 149

B

Bach, Johann Sebastian 28, 34, 45, 46, 49, 125
Bachelor 102f., 104
Bachmann, Ingeborg 109, 117, 130
Backsteingotik 33
Baden-Württemberg 23ff., 51
Bafög 102, 106
Bahn und Straße 79, 149f.
Bankenunion 144
Bayern 23ff., 53
Beitrittsländer 91, 144
Beethoven, Ludwig van, 42, 126
Berlin 9, 13ff., 16, 23ff., 34ff., 163f.
Bernhard, Thomas 122
berufliche Bildung 104ff.
Berufsschule 104
Betriebsrat 138
Betriebsverfassungsgesetz 138
Bevölkerung: Einwohnerzahl 12; Bevölkerungsdichte 12; Lebenserwartung 12, 75; Minderheiten 15
Bevölkerungsdichte 12
Biermann, Wolf 41, 116, 164
Biotechnologie 33, 38, 142, 151
Bildung und Ausbildung: Schulsystem 98ff.; Hochschulen 100f.; duales System in der beruflichen Bildung 104ff.; Weiterbildung 107
Bildungskanal BR alpha 97
Bildungswesen 99
Biotechnologie 33, 35
Böll, Heinrich 117f., 130
Bologna-Prozess 102, 165
Brandenburg 24ff., 34
Brandenburger Tor 35, 36, 38, 164
Braunkohlen-Tagebau(-Förderung), 34, 47, 148
Brecht, Bertolt 118, 121
Breitensport 80
Bremen 23ff., 30ff.
Brüssel 92, 93, 143
Bund (= Bundesrepublik) 25
BUND 79, 146
Bundesagentur für Arbeit 107, 136
Bundesbeauftragte(r) für Kultur und Medien 25
Bundesfreiwilligendienst 70
Bundeshauptstadt 9, 24f.
Bundeskanzler, -in 84, 85
Bundesländer (auch: Länder) 9, 23ff.: Hauptstädte 23ff.; Rundfunk und Fernsehen 94; Schule und Studium 98; neue Bundesländer 11, 23ff.; alte Bundesländer 11, 23ff.
Bundespräsident 83, 84, 85, 86
Bundesrat 25, 84f.
Bundesregierung 9, 85
Bundesstaat, demokratisch-parlamentarischer – 9, 26, 85
Bundestag 84f., 165
Bundesverfassungsgericht 83, 85
Bundeswehr 70
Bündnis 90/Die Grünen 87, 88
Bürger in der Industriegesellschaft: Belastungen und Probleme 62, 63ff., 67ff., 72ff., 76, 81f.; ausländische Mitbürger 19ff.; Freizeit 77f., 136; Sport 70ff., 78ff.; Lebensstandard 63, 77ff.; Familie 60f.; Jugendliche 67ff.; alte Menschen 75ff.
Bürgerinitiativen 81, 89f.
Bürgerrechtsgruppierungen 88

C

CDU 87, 88
Chancengleichheit 67, 98
CHE 101
chemische Industrie 40, 42, 44
CSU 87, 88

D

DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst) 103
DDR: Politik 35, 67ff., 88, 154, 163f.; Wirtschaft 32; Schulsystem 103; Literatur 115f.; Umwelt 47, 145; Nostalgie 88; Autos 47; Wirtschaft 140f.
demographischer Wandel 12, 13, 75
demokratisch 84ff.
Deutsch (deutsche Sprache) 14ff.: Hochdeutsch 16; Dialekte 15f.; Verkehrssprache 17; Arbeitssprache (EU) 17; Amtssprache 17; Geschäfts- und Verhandlungssprache 17
Deutsche Bundesbank 44
Deutsche Staatsbürgerschaft 21
Deutsche Welle 42, 96
Deutsches Museum 55, 134
Deutschlandradio 96
Dialekte 15f.
Die Linke 87, 88
documenta 134
doppelte Staatsbürgerschaft 21
3sat 96
Drittmittel 101
Drogen 89, 144
duales System 104
Dubliner Abkommen 90
Dürrenmatt, Friedrich 112, 121

E

Est Side Gallery 38/39
EFTA 90, 91, 144f.
Ehrenamtliche Tätigkeit 65, 82
Ein-Euro-Job 136
Eingetragene Partnerschaft 60
Einigungsvertrag (Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands) 86, 123, 164
Einwanderung 20, 22; Zuwanderungspolitik in der EU 20f.
Einwanderungsland 20, 21
Einwohnerzahl 12, 25
Elbe-Havel-Kanal 40, 150
Elektromobilität 150, 151
Elite 101
Elterngeld 64
Emissionshandel 149
Energiepolitik 148
Energieträger 148
Energiewende 148
erneuerbare Energien 148
ESM 139, 144
EU siehe Europäische Union
EU-Kommission 17, 92
EU-Ministerrat 92
EU-Reformvertrag 93
EU-Richtlinie 143
Euro 44, 91
Euro-Krise 143
Euro-Rettungsschirm 90
Euro-Stabilitätspakt 92
Europa: Sprachen 17f.; Geschichte 90ff.; europäische Institutionen 92f., 144; Verfassung 93; EU-Binnenmarkt 142ff.; Krise 157
Europa-Artikel 23 88
Europaflagge 83, 94
Europäische Union (= EU) 25, 86, 92: Sprachen 17f.; Bildungsprogramme 98, 103; Berufsprofile 105; Institutionen 92f., 144; EU-Binnenmarkt 142ff.; Umwelt 145; Verfassung 93; Verkehr 149
Europäische Zentralbank (EZB) 44, 144
Europäischer Binnenmarkt 90ff., 139, 142ff., 149, 156
Europäischer Gerichtshof 92
Europäischer Rat 92
Europäischer Rettungsschirm (ESM) 144
Europäischer Wirtschaftsraum 91
Europäisches Parlament (= Europa-Parlament) 83, 92, 93
Europarat 90, 92, 94
EUROPOL 145
Exilliteratur 121
Extremismus 69
EZB 44, 144

F

Familie 60f.
FDP 87, 88
Fernsehen 94ff.
Feste 78: kirchliche Feste 78; Karneval 42, 78; Oktoberfest 78; gesetzliche Feiertage 78
Filme 129ff.
Fläche 9
flexible Arbeitszeiten 137
Flüchtlinge 7, 20f., 62, 100, 105, 123f.
Flughäfen 30, 44, 150
Flüsse 11, 50, 150
Föderalismus 25, 85, 98
Forschung 102f., 149, 151
Fracking 89, 149
Frauen, – und Berufstätigkeit 64ff.
Frauenquote 65
Freizeit 72, 77ff., 136
Fremdenfeindlichkeit 20, 90, 165f.
Fremdenverkehr 27, 33, 79
Friedensbewegung 41, 89
Frisch, Max 112, 121
Frontex 145
5 %-Klausel 85, 86
Fußball 79ff., 156f.

G

G-7 (Gruppe der Staats-und Regierungschefs der größten Industrieländer) 140
G8 100
Galileo 121, 152,173
Ganztagsschule 64, 100
Gastarbeiter 19, 22, 130
Gedenkstätten 46, 133f.
Generationenvertrag 76, 136
Gentechnik 152
Geographie 24: Fläche 9, 25; Inseln 10, 11; Seen 11; Nachbarstaaten 9; Länge der Grenzen 9
Geothermie 148, 153
Geringverdiener 138
Germanisches Nationalmuseum 134
Gesamtschule 100
gesellschaftliche Gruppen: Parteien 86ff.; Gewerkschaften 138; Tarifpartner 138; Kirchen 12f.; Bürgerinitiativen 89
Gewalt 20, 74, 89, 124
Gewerkschaften 138, 139
Girl's Day 106
Gleichberechtigung 65f., 86
Globalisierung 89, 94, 137, 142
Goethe, Johann Wolfgang von 39, 44, 45, 46, 111f., 125
Graduiertenschulen 101
Grass, Günter 109, 115, 117, 130
Grenzen im Binnenmarkt 143
Grüne Gentechnik 152
Grundgesetz 20, 65, 83, 85f., 88, 94, 165, 171
Grundlagenvertrag 162
Grundrechtecharta 93
Grundsicherung 77
Gruppe 47, 117f.
Gymnasium 98f., 100

H

Häfen 27f., 30, 31, 33, 40, 41
Hamburg 23ff. 27
Händel, Friedrich 41
Handke, Peter 109, 114, 121
Handwerk 104, 106, 136
Hannovermesse 30
Hanse 27
Hansestadt 27, 30, 33
Hartz-Kommission 166
Hartz IV 136ff.
Hauptschule 98f., 105
Hauptstadt 9, 24f.
Heine, Heinrich 41, 50
Henze, Hans Werner 126f.
Hessen 23ff., 44
Heym, Stefan 116
Hightech 105
Hilfsorganisationen 77
Hochdeutsch 16
Hochschulen 98, 100ff.; Hochschulreformen 101
Hörfunk siehe Rundfunk
Hugenotten 34, 40
Humboldt-Forum 37

I

Identitätskrise 154ff.
Individualisierung 81
Industriestandort Deutschland 142
innere Einheit 154ff.
Innovationen 142
Inseln 10, 11, 26, 32
Integration 13, 21, 143 (Europa)

J

Jelinek, Elfriede 109, 114
Juden in Deutschland 13, 35, 44, 55, 133f., 162
Jugend: Ost und West 67ff.; Shell-Jugendstudie 68; Berufswahl 104ff.; Jugendorganisationen/-verbände 71f.; Reisen 78f.
Jugendarbeitslosigkeit 144
Jugend- und Kindertheater 124
Jugendorganisationen/-verbände 71f.
Jugendprogramme 71f.

K

Kant 110
Karl der Große 14, 41, 160
Karneval, Kölner 42, 78
Kernenergie 148, 166
Kinderarmut 64
Kindergeld 140
Kinderbetreuung 64
Kirchen 12f.
Kitaplatz 64
Klassiker 110
Klima 11, 26, 33, 35, 43, 50
Klimawandel 11, 43f., 145f.
Klimaschutz 148f.
kommunales Wahlrecht 21
Konkurrenzfähigkeit 136
Krankenversicherung 136
KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) 18, 164
Kultur 15, 17, 28, 36f., 39, 46, 86, 96, 109ff., 123
kulturelles Leben: Medien 94ff.; Literatur 110ff.; Musik 125ff.; Film 129ff.; Museen 133f.
Kunze, Reiner 109, 116
Kurzarbeit 141

L

Länder (= Bundesländer, Föderalismus) 25, 71, 84f., 98
Länderparlamente 85f., 89
Landessprache 14
Landschaft 26, 29, 32, 34, 39, 47, 50, 54
Landschaften 11; Flüsse und Seen 11, 54; Gebirge 10, 11, 54
Landwirtschaft 25, 27, 32, 52, 54, 106f.
Lebensgemeinschaft 60
Lehrstellen 105f.
Lissabon-Vertrag (= EU-Reformvertrag) 93
Löhne 63, 77, 137
Luft- und Raumfahrt 150
Luftreinhaltung 145f.
Luftverkehr 149f.
Luther, Martin 16, 39, 45f., 125, 160

M

Maastrichter Vertrag (Vertrag von Maastricht) 90f.
Main-Donau-Kanal 150
Mann, Thomas 121f.
Marktwirtschaft 140f., 144
Massentourismus 79
Master 102, 104
Mauer (Berliner –) 35f., 154, 163
Mecklenburg-Vorpommern 23ff., 31
Medien 28, 94f.
Mehrgenerationenhaus 76
Mehrsprachigkeit 18
Meister-Bafög 106
Meisterprüfung 106
Mendelssohn Bartholdy, Felix 28, 49, 125f., 128
Messen/Messestandorte 48, 140
Mieten 62, 63
Mikroelektronik 48
Minderheiten 12, 15, 17, 90
Mindestlohn 138
Minijob 118
MINT-Fächer 101
Mitbestimmung 138
mittelständische Wirtschaft 140
Montagsdemonstrationen 47, 164
Mozart, Wolfgang Amadeus 125f.
multikulturell 20
Muschg, Adolf 109, 113
Museen 39, 133f.: Bode-Museum 133; Deutsches Museum 134; Germanisches Nationalmuseum 134; Museum Ludwig 134; Museumsinsel in Berlin 133; Pergamonmuseum 133; Wallraf-Richartz-Museum 134; Pinakothek der Moderne 134
Museumsinsel in Berlin 133
Muslime 14
Müller, Heiner 116, 123

N

Nachbarstaaten 9
Nachhaltige Entwicklung 35, 43, 148
Nationalpark 26, 32, 147
Nationalsozialismus 121f., 132, 133, 162f.
Nationalsozialisten (Nazis) 53, 55, 162f.
Nationalstaat 157, 162
Neonazis 73ff., 157
neue Bundesländer 12, 23ff., 25
nichteheliche Lebensgemeinschaften 60f.
Niedersachsen 23ff., 29
Niedriglöhne 136, 145
Nord-Ostsee-Kanal 27, 150
Nordrhein-Westfalen 23ff., 41
NPD 89

O

Obdachlose 62
Oder-Neiße-Grenze 22, 32
OECD 98, 139, 142
öffentlich-rechtlicher Rundfunk 94f.
Offshore Windpark 135, 142, 148
Öko-Haus 64
Ökologie 40f., 64, 71, 106, 147
ökologische Probleme 47
Ost- und Westdeutschland 11, 56: Einheit 88; Kirche 12f.; Wohnen 61ff.; Arbeitslosigkeit 65, 136; Lebensbedingungen 63; Mieten 63; Löhne 63; Landwirtschaft 32; Frauen und Berufstätigkeit 64ff.; Jugendliche 67ff.; Hochschulen 102f.; berufliche Bildung 104f.; Sport 80f.; Wirtschaft 139; Gesellschaft 65, 154f.; Naturschutz 31,79; Politik 154f.
Osterweiterung 91, 144

P

Parallelgesellschaften 21
Parlament 9, 84f.
Parlamente 25, 84
parlamentarisches Regierungssystem 84
Parteien 85, 86ff.
Patriotismus 156f.
PDS 88
„Pegida“ 21, 73
Pergamonmuseum 133
Personen- und Güterverkehr 150
Pflegeversicherung 76
Pinakothek der Moderne 134
PISA-Studie 98, 166
Planwirtschaft 140
Plattenbau 63
Politikverdrossenheit 69
politische Struktur 83ff.: parlamentarisches Regierungssystem 84; Parteien, 84, 86ff.; sonstige Gruppierungen 88f.; Institutionen 84ff.; Bund und Länder (Föderalismus) 25, 84, 85, 98
Potsdamer Abkommen 32, 35, 163
Potsdamer Konferenz 35, 159, 172
Presse 28, 94f.
„prekäre“ soziale Verhältnisse 64
Preußen 34, 161f.
private Sender 95f.
Privatisierung 140
Programme der Europäischen Union 103f.

R
RAF 132, 163
Rationalisierung 105, 137, 140
Realschule 98, 100
rechtsextreme Parteien 89
Rechtsextremismus 89
rechtsextremistische Vereinigungen 89
Rechtsradikalismus 73ff., 165
Reformen 12, 76, 77, 98, 145, 166f.
Reisen 78f.
Religion(en) 12f., 44, 166
Religionsunterricht 12, 100
Rente, Rentner 75, 136
Rettungspakete 91
Rezession 140
Rheinland-Pfalz 23ff., 50
Römisch-Germanisches Museum 42
Rundfunk (= Hörfunk) 42, 94ff.

S
Saarland 23ff., 25, 51
Sachsen 23ff., 47ff.
Sachsen-Anhalt 23ff., 39
sanfter Tourismus 31, 79
Schengener Abkommen 9, 21, 92, 165
Schiffsverkehr 150
Schiller, Friedrich 45, 111f.
Schleswig-Holstein 23ff., 26f.
Schule 98ff.
Schüleraustausch 72
Schulsystem 98ff.
Schwaben 51
Schweiz 91
Seen 11, 26, 32, 34, 47, 54
Shell-Jugendstudie 68f.
Singles 60f.
Sinti und Roma (Zigeuner) 15
Solaranlagen 146ff., 152
Solarindustrie 40, 142, 148
Solidarität 69, 81, 92
Solidaritätsbeitrag 88
Solidarleistungen 140
Solidarpakt 25, 141
Sorben 15, 39
Sorgerecht 60
soziale Fragen: Familie 60f.; nichteheliche Lebensgemeinschaften 60f.; Frauen 64ff.; Individualisierung 81
soziale Gerechtigkeit 98
soziale Marktwirtschaft 140, 144, 167
Sozialhilfe 77
Sozialleistungen 76, 140: Arbeitslosengeld 136, 140; Kinder-/Elterngeld 64, 140; Sozialhilfe 77; Wohngeld 140
Sozialstaat 75
SPD 87, 88
Sport 70ff, 77, 78ff.
Sprachen 14f., 17ff.
Sprachschichten 15f.
Staatsanleihen 145
Staatsbürgerschaft 21
Staatsform 9
Staatssicherheit (Stasi) 80, 117, 164
Staatsziele 86
Stabilitätspakt 144
Standort Deutschland 142
Start-up-Szene 139
Stockhausen, Karlheinz 126f.
Straßen 32, 33, 40, 55, 149
Strauß, Botho 123
Strukturwandel 94, 136f.
Studiengebühren 25
Studium 98, 100ff.
Sturm-und-Drang-Dichtung 111
Subsidiaritätsprinzip 25, 165

T
Tageszeitungen 94f.
Tarifautonomie 138
Tarifpartner 138
Technologiepolitik 151f.
Teilzeitbeschäftigung 64, 138
Telekommunikation 91, 105, 152
Thüringen 23ff., 45f.
Tourismus 52, 78f.
Trabi 47
Treuhandanstalt 140

U
Umwelt 47, 54, 145ff.; Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland 71, 79, 146; Europäische Union 146, 148; Staatsziel Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen 86; Reinhaltung der Luft und des Wassers 145f.; Waldsterben 45, 145f.; Nationalparks 31, 148; Naturschutz 79; FCKW-Verbot 146; Wohnen 64
Umwelttechnologie 151
Urlaub 78f.

V
Vereine 78, 80, 82
Vereinigung (auch: Wiedervereinigung) 9, 38, 39, 45, 47, 48, 67ff., 88, 91, 117, 154ff., 164
Verfassung (siehe auch Grundgesetz) 85, 93
Verfassungskommission 86
Vergangenheitsbewältigung 86
Verhältniswahlrecht 85
Verkehrswege 33, 45, 149f.
Vertrag von Nizza 93
Volksbegehren 89
Volkshochschulen 107
Volkswagen 29, 47

W
Wahlen 85, 86ff.
Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion (deutsch-deutscher Staatsvertrag) 90f., 93, 144, 164
Waldsterben 146
Wallraf-Richartz-Museum 134
Walser, Martin 117
Wasserstraßen 44, 149
Weihnachten 78
Weimar 45f., 110
Weimarer Republik 46, 162
Weinanbau 50, 52
Weinfeste 78
Weiterbildung 107
Welterbeliste 27, 42, 43, 110, 167
Wende 9, 12f., 13, 32, 47, 48, 67ff., 80, 85, 116, 120, 123, 131, 136, 141, 164
Werften 30
Westdeutschland, siehe Ost- und Westdeutschland
Wetter 11
WG (Wohngemeinschaft) 60
Windparks 148
Wirtschaft 27, 29, 30, 32, 34, 38, 40, 41, 44, 45: wirtschaftsgeographische Zentren 40, 44, 55, 141f.; Autoindustrie 29, 42, 47, 51, 54; Hochtechnologie 51, 151ff.; chemische Industrie 40, 42, 44; Elektro- und Elektronikindustrie 44, 51, 54, 55; Maschinenbau 42, 54, 55; Bergbau (Kohlebergbau) 41, 47, 51; Kernindustrie 148; Luft- und Raumfahrtindustrie 33, 54, 151; Stahlindustrie 41, 51, 152; neue Technologien 151ff.; Energieversorgung 148; Sozialpartner 138; Soziale Marktwirtschaft 144; Europäischer Binnenmarkt 142ff.; Wirtschafts- und Währungsunion (EU) 164
wirtschaftsgeographische Zentren 40, 44, 49, 55, 141f.
Wochenzeitungen 94
Wohlfahrtsverbände 77
Wohnen 61ff.
Wohngemeinschaften 60
Wohnungsbau 62
Wolf, Christa 109, 115

Z
ZDF 96
Zeitarbeit 137f
Zeitschriften 95
Zeitungen 94
Zugverkehr 149
Zukunftstechnologien 150ff.
Zuwanderung 20f.
Zuwanderungs- und Integrationsgesetz 20
2+4-Vertrag 164

Links

Viele weitere Links finden Sie unter www.deutsch-verlag.com.

Kapitel 1

www.destatis.de: Statistisches Bundesamt
www.bundesregierung.de: Regierung online

Kapitel 2

www.statistik-portal.de: Statistische Ämter des Bundes und der Länder
www.brotkultur.de

Kapitel 3

www.bmfsfj.de: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
www.dbjr.de: Deutscher Bundesjugendring
www.bpb.de: Bundeszentrale für politische Bildung
www.muenchen-gegen-armut.de

Kapitel 4

www.kika.de: ARD/ZDF-Kinderkanal
timster@mct-dortmund.de
www.kindernetz.de: SWR Kindernetz
www.liliputz.de: Kinderradio vom WDR
www.kmk.org: Kultusministerkonferenz
www.schulweb.de: Schulen im Internet
www.studis-online.de: Informationen zum Studium
www.bafoeg.bmbf.de: Bafög-Infos
www.bafoeg-rechner.de: Informationen ums Bafög
www.bmbf.de: Bundesministerium für Bildung und Forschung
www.stipendienlotse.de
www.che.de
www.stipendienkredit.de
www.studentenjob.de
www.ihk-ausbildung.de
www.nationalesmintforum.de
www.anerkennung-in-deutschland.de

Kapitel 5

www.bach-leipzig.de: Bachfest in Leipzig
www.bregenzerfestspiele.com: Festspiele in Bregenz am Bodensee
www.staatsoper.de: Münchner Opernfestspiele
www.salzburgfestival.at: Salzburg Festival

Kapitel 6

Institutionen der EU:
Belgien: Europäische Fischereiaufsichtsagentur: www.cfca.europa.eu
Exekutivagentur Bildung: www.eacea.europa.eu
Europäische Verteidigungsagentur: www.eda.europa.eu
Deutschland: Europäische Agentur für Flugsicherheit: www.easa.europa.eu
Dänemark: Europäische Umweltagentur: www.eea.europa.eu
Frankreich: Gemeinschaftliches Sortenamt: www.cpvo.europa.eu
Europäische Eisenbahnagentur: www.era.europa.eu
Griechenland: Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung: www.cedefop.europa.eu,
Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit: www.enisa.europa.eu
Irland: Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen: www.eurofound.europa.eu
Italien: Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit: www.efsa.europa.eu
Luxemburg: Übersetzungszentrum: www.cdt.europa,eu
Niederlande: Europäisches Polizeiamt: www.europol.europa.eu
Polen: Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen: www.frontex.europa.eu
Portugal: Europäische Beobachtungsstelle für Dogen und Drogensucht: www.emcdda.europa.eu, Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs: www.emsa.europa.eu
Schweden: Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten: www.ecdc.europa.eu
Spanien: Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt: www.ohim.europa.eu
Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz: www.osha.europa.eu, Satellitenzentrum der EU: www.eusc.europa.eu
Vereinigtes Königreich: Europäische Arzneimittel-Agentur: www.emea.europa.eu
Österreich: Europäische Agentur für Grundrechte: www.fra.europa.eu

Landeskunde aktiv

von Oliver Bayerlein

Inhaltlich kreativ und technisch innovativ – das ist „Landeskunde aktiv".

Der Kurs gibt Hilfen für alle, die in einem deutschsprachigen Land studieren oder arbeiten wollen.

Das Buch ist kombiniert mit der eigenen Homepage www.landeskundeaktiv.com, von der die Audios und Arbeitsblätter heruntergeladen werden können. Sämtliche Audios sind auch auf CD verfügbar.

Lehrbuch, *128 Seiten, komplett 4-farbig mit vielen Fotos und Realien*
ISBN 978-3-19-181741-1

Lehrerhandbuch, *64 Seiten (s/w) mit didaktischen Hinweisen und Lösungen.*
ISBN 978-3-19-191741-8

Audio-CD, *80 Minuten*
ISBN 978-3-19-201741-4

Ergänzende Infos
zur Landeskunde unter
"Aktuelle Wörter"
www.deutsch-verlag.com

Landeskunde Deutschland 2016

Von der Wende bis heute

**Ein landeskundliches Lesebuch
für Deutsch als Fremdsprache**

- völlig überarbeitete Fassung mit aktuellen Beiträgen (Flüchtlingskrise usw.)
- breite Themenauswahl aus Geografie, Politik, Kultur und Wirtschaft
- dazu historische Rückblicke mit einer Vielzahl authentischer Texte
- ergänzende Informationen zu allen Themen über die Homepage abrufbar
- informative Bebilderung mit Fotos, Zeichnungen, Statistiken und Cartoons
- mit lesefreundlicher Gliederung innerhalb der Kapitel
- für den Landeskunde-Unterricht und für den landeskundlich interessierten Deutschlerner auf dem Niveau B2 bis C2 (Lerner mit fortgeschrittenen Sprachkenntnissen)

VERLAG für DEUTSCH
Renate Luscher

ISBN 978-3-19-001741-6
(Hueber Verlag)

9 783190 017416